

**Die Konkretisierung des Projekts einer Europäischen Sicherheitskonferenz
als Symptom für die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen
vom Kalten Krieg zur Entspannung.**

**Politische und politikwissenschaftliche Interpretationen
der Möglichkeiten und Grenzen der Entspannung.**

INAUGURAL - DISSERTATION

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

Philosophischen Fakultät

der Philipps-Universität Marburg/Lahn

1977

Vorgelegt von

Krimhilde Marx

aus Andernach/Rhein

Marburg/Lahn 1976

Die Konkretisierung des Projekts einer Europäischen Sicherheitskonferenz
als Symptom für die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen
vom Kalten Krieg zur Entspannung.

Politische und politikwissenschaftliche Interpretationen
der Möglichkeiten und Grenzen der Entspannung.

I N A U C U R A L - D I S S E R T A T I O N

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

Philosophischen Fakultät

der Philipps-Universität Marburg/Lahn

Vorgelegt von

Krimhilde Marx

aus Andernach/Rhein

Marburg/Lahn 1976



Von der Philosophischen Fakultät der Philipps-Universität Marburg/Lahn

als Dissertation angenommen am 6. Januar 1977

Tag der mündlichen Prüfung am 7. Februar 1977

Berichterstatter: Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow

Mitberichterstatter: Prof. Dr. Theo Schiller
Prof. Dr. Frank Deppe

INHALTSÜBERSICHT

Seite

EINLEITUNG	1
1. Das Problem	1
2. Materialgrundlagen	1
3. Inhalt, Aufbau und Intention	2
Erster Teil: THEORETISCHES GRUNDLAGENMATERIAL ZUM PROBLEM 'ENTSPANNUNG'	10
A. Das Begriffsinstrumentarium von Entspannung	10
I. Eingrenzung der Begriffsinhalte	10
II. Der Versuch einer Theorie der Entspannung	13
III. Die Rahmenbedingungen einer Ent- spannungspolitik	15
B. Die Theorie der friedlichen Koexistenz	19
I. Zugang zur Begriffsbestimmung	19
II. Besonderheiten der handlungs- leitenden Doktrin	20
1. Die spezifische Form des Klassen- kampfes	20
2. Die historische Notwendigkeit	21

	Seite
C. Der Kalte Krieg und die Entspannung	24
I. Allgemeine Aussagen	24
1. Begriffsbestimmung des Terminus 'Kalter Krieg'	25
2. Ursachen für die Konfliktbeziehungen zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR	28
3. Die Notwendigkeit eines Krisen- managements	32
II. Ausgewählte Darstellungen der Ursachen des Kalten Krieges und ihre Konsequenzen für eine Entspannungspolitik	34
1. Die Sowjetunion als Urheber des Kalten Krieges	34
a) Die Intention der westlich orien- tierten, liberal-orthodoxen Schule	34
b) Ein Beispiel: Das Weißbuch 1970	36
c) Die Argumentation von Boris Meissner	40
d) Die Argumentation von Gerhard Wettig	49
2. Die USA als Urheber des Kalten Krieges	56
a) Die Intention der revisionistischen Schule	56
b) Die Argumentation von David Horowitz	57
c) Die Argumentation von Gunnar Adler- Karlsson	63
3. Die Wechselwirkungen der Konfrontation im Kalten Krieg	67
a) Die Argumentation von Zbigniew Brzezinski	67
b) Die Argumentation von Werner Link	70

	Seite
III. Der Übergang vom Kalten Krieg zur Entspannung	77
1. Das Konzept einer friedensfördernden Kooperation nach Johan Galtung	77
2. Die Überwindung des Abschreckungssystems	82
3. Die Bedingungen einer Entspannungspolitik als Friedenspolitik	86
a) Der Bedeutungsverlust der Superstruktur	86
b) Das modifizierte Verständnis der Systemkonkurrenz	97
 Zweiter Teil: DARSTELLUNG KONKRETER ENTSPANNUNGSELEMENTE IN DEN INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN	 105
A. Allgemeine Bemerkungen über die Funktionen einer Sicherheitskonferenz, die Interessenlage der Supermächte und die Kontinuität antagonistischer Systeminteressen	105
B. Die Entwicklung des Konferenzprojekts	119
I. Die sowjetischen Vorschläge zur Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems für Europa	120
II. Das modifizierte Verhandlungsangebot nach der CSSR-Intervention und die Konkretisierung sowjetischer Vorstellungen zum Konferenzprojekt	129
III. Die Entwicklung der westlichen Position zum Projekt einer Europäischen Sicherheitskonferenz	137
1. Die Sicherung der Existenz der NATO im Entspannungsprozeß	137

	Seite
2. Der Alternativvorschlag der NATO, die MBFR-Verhandlungen	141
a) intrasystemare Funktionen	142
b) intersystemare Funktionen	144
3. Das offizielle Aufgreifen des Konferenz- gedankens durch die NATO und die Kon- kretisierung der westlichen Vorstel- lungen	148
IV. Die Annäherung der Standpunkte von Ost und West	154
1. Die Tagesordnung	155
2. Die Verknüpfung von MBFR und KSZE	156
3. Der Termin	158
C. Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)	162
I. Die multilateralen Vorbereitungsgespräche in Helsinki vom 22. November 1972 bis 8. Juni 1973	162
1. Der Grundgedanke der Konferenzvorbe- reitung	162
2. Die Aufgabe der Vorbereitungsgespräche	163
3. Der Verfahrensmodus	164
4. Meinungsverschiedenheiten	165
II. Die I. Phase der Sicherheitskonferenz. Das Außenministertreffen in Helsinki vom 3. Juli bis 7. Juli 1973	175
1. Die unterschiedliche Akzentsetzung im Prinzipienkatalog	176
2. Die unterschiedlichen Zielvorstellungen zu Korb III	178
3. Ansätze für mögliche Gemeinsamkeiten in Korb II	182
4. Die Konferenzfolgen (Korb IV)	184

	Seite
III. Die II. Phase der Sicherheitskonferenz. Die Arbeit der Kommissionen vom 18. September 1973 bis 22. Juli 1975 in Genf	187
Grundlegende Kontroversen in ausge- wählten Themenbereichen und ihre Beilegung durch Kompromissformeln in der Schlußakte	189
IV. Analyse ausgewählter Textstellen (Korb III)	202
1. Die Zielsetzung in der Präambel	202
2. Die Empfehlungen von Korb III und ihre Verbindung zum Prinzipienkatalog	204
3. Die angestrebten Verbesserungen	205
V. Zur Beurteilung des Konferenzergebnisses	215
1. Die Rechtsnatur der Schlußakte	215
2. Die Argumente der Konferenzkritiker	218
3. Alternative zur KSZE ?	225
4. Die Rolle der EG während der Verhand- lungen	227
5. Zusammenfassung	232
Dritter Teil: THEORETISCHE MÖGLICHKEITEN EINER ETABLIERUNG VON ENTSPANNUNG: KOOPERATION UND ABRÜSTUNG	235
A. Die intersystemare Kooperation; Eingrenzung des Kooperationsbereichs	235
I. Die Gründe für die Aufnahme einer Kooperation	236
II. Die Systemkonkurrenz als vorgegebene Rahmenbedingung	238
III. Kooperation und Abgrenzung	241

	Seite
B. Kooperation und Friedenssuche	244
I. Das analytische Konzept von Lothar Brock	245
II. Das analytische Konzept von Wilfried von Bredow	249
III. Vergleich beider Konzepte	251
C. Kooperation und Abrüstung	261
I. Die Interdependenz beider Strategien	261
II. Bedingungen für Abrüstungsmaßnahmen	264
 ZEITTAFEL	 272
 LITERATURVERZEICHNIS	 275
 ANMERKUNGEN (Nr. 1 - 604)	 Band II

EINLEITUNG

1. Das Problem

Die vorliegende Untersuchung verfolgt die Absicht, den Wandel in den intersystemaren Beziehungen (Konfrontation - partielle Kooperation) bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Kontinuität der Interessendivergenzen zwischen Ost und West (Systemkonkurrenz) darzulegen, Zusammenhänge aufzuzeigen und Bedingungen zu analysieren.

Angesichts der Hartnäckigkeit, mit der sich die düsteren Prognosen behaupten, die das herannahende Ende der Entspannung prophezeien, obwohl diese noch kaum praktische Gestalt angenommen hat, muß es mit ein Ziel dieser Arbeit sein, zu untersuchen, ob es überhaupt eine reale Alternative zur Entspannungspolitik geben kann.

Entspannung wird damit zum Schlüsselbegriff. Da wir feststellen mußten, daß dieser Begriff ebenso wie Sicherheit und Frieden zum Allgemeingut gängigen Sprachgebrauchs geworden ist, dabei aber durchaus nicht eindeutig verwendet wird, ist es notwendig, sich mit diesen Begriffen auseinanderzusetzen, um dann ein eindeutiges Begriffsinstrumentarium benutzen zu können.

2. Materialgrundlagen

Die Arbeit stützt sich im wesentlichen auf publizierte Dokumente und aktuelle Veröffentlichungen in der Zeitschriften- und Tagespresse.

Die offiziellen Verlautbarungen werden, soweit es der begrenzte Rahmen dieser Arbeit erlaubt, in ihren wesentlichen Grundzügen zitiert und nicht nur der reine Quellennachweis erbracht.

Hiermit wollen wir unsere eigene Einschätzung untermauern und nicht die Parteilichkeit, die einigen Monographien zugrunde liegt, ungeprüft übernehmen, sondern vielmehr die dahinter sich verbergende Intention aufdecken.

Obwohl die verwendeten Dokumente allgemein zugänglich sind, erachten wir es doch als hilfreich, die erhobenen Feststellungen an Ort und Stelle nachprüfen zu können, selbst wenn dies zu einem Aufblähen unseres Anmerkungsapparates führen muß.

Zudem soll der Anmerkungsapparat eine bessere Einordnung der vorhandenen Literatur ermöglichen. Pragmatische Erwägungen veranlaßten uns, Anmerkungen und Literaturliste in einem gesonderten Anlagenband vorzulegen.

Angesichts der Brisanz der aktuellen Problematik erschien es erforderlich, auf die - wie vielfach festgestellt werden mußte - vorgefaßten, das Ergebnis der jeweiligen Studien determinierenden Erwartungshaltungen detailliert hinzuweisen, um sie als solche kenntlich zu machen.

Im Verlauf der Arbeit haben wir uns bemüht, die Gefahr, die aus der Verwendung offizieller Communiqués und Reden dergestalt erwächst, daß man versucht ist, gutklingende und wohlgesetzte Worte als bare Münze zu nehmen, nicht aus dem Auge zu verlieren.

3. Inhalt, Aufbau und Intention

Die Grundfrage, um derentwillen wir diese Untersuchung anstellen, ist die, ob die Europäische Sicherheitskonferenz als ein Schritt auf dem Weg der Entspannung in den internationalen Beziehungen angesehen werden kann und somit ein Symptom für qualitativ neue, entwicklungsfähige Beziehungsmuster darstellt, oder ob sie als ein zwar spektakulärer, nicht aber innovativer Akt, d.h. als eine Veranstaltung, der keine konkreten Maßnahmen in Richtung auf eine den Frieden begünstigende Politik folgen, gewertet werden muß.

Zur Klärung dieses Problemkreises reicht es aus den oben genannten Gründen nicht aus, die vorhandene Literatur zu rezipieren und damit zum Ausgangspunkt unserer Studie zu machen.

Auch ein voraussetzungsloser Blick auf die politischen Aktualitäten, d.h. ohne vorab den Bezugsrahmen und die theoretischen und historischen Grundlagen der Entwicklung der internationalen Beziehungen geklärt zu haben, ist wenig hilfreich. Dies kann nur zu vorschnellen Einschätzungen führen, die widersprüchliche Randerscheinungen und Einzelereignisse aus dem allgemeinen Kontext herausgelöst als Rückfall in konfrontative Politik überbewerten, anstatt sie als unumgänglich gerade in der noch nicht stabilisierten Übergangszeit und der damit für beide Seiten verbundenen Abgrenzungsproblematik anzuerkennen.

Ein anschauliches Beispiel für eine dieserart unzulängliche, dennoch weit verbreitete Betrachtungsweise, in die neben der ahistorischen Komponente weitere Kategoriefehler eingehen, wie u.a. die bruchlose Übertragung eigener, systemspezifischer Vorstellungen und Begriffsinhalte auf das andere System, bietet die Resonanz, die den Veröffentlichungen sogenannter Systemkritiker wie Solschenizyn und Sacharow in der westlichen Welt zuteil wird.

Hieraus ergibt sich die Konsequenz, eine Reihe von Vorfragen zu klären, die in obiger Fragestellung enthalten sind, um so über eine tragfähige Basis zu verfügen, von der aus das Problem in angemessener Weise beurteilt werden kann. Zunächst ist deshalb das notwendige Begriffsinstrumentarium - friedliche Koexistenz, Kalter Krieg und Entspannung - darzulegen und für diese Untersuchung einzugrenzen.

Relativ unproblematisch ist die Darlegung des Begriffsinhalts der friedlichen Koexistenz, da es sich hierbei

um eine verbindliche offizielle Theorie mit ebensolcher Interpretation handelt, die nach Einschätzung der sozialistischen Staaten deren Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten regeln soll.

Eine andere Verfahrensweise erfordern die Begriffe Kalter Krieg und Entspannung, da man sich hierbei nicht auf eine allgemein verbindliche und anerkannte Definition stützen kann.

Wir haben es deshalb für notwendig erachtet, für die Klärung des Terminus Kalter Krieg ausgewählte Darstellungen über seine Ursachen heranzuziehen und auf ihre Konsequenzen für die Möglichkeiten einer Entspannungspolitik zu überprüfen.

Dabei ließen wir uns von der Einschätzung leiten, daß ein rein deskriptiver Begriff, in den zudem eine Reihe subjektiver und ideologischer Vorstellungen eingeflossen sind, nicht in der Lage ist, praktischer Politik eine Perspektive zur Überwindung der thematisierten konfrontativen Verhaltensmuster aufzuzeigen. Demzufolge entschieden wir uns für den weiteren Verlauf unserer Untersuchung für einen Begriff des Kalten Krieges, in dem Ansätze zu seiner Überwindung angelegt sind, da er den Funktionsrahmen der Kalten-Kriegs-Politik, das Abschreckungssystem und die damit verbundenen Risiken thematisiert und problematisiert.

Hierauf aufbauend können wir dann Bedingungen für eine Entspannungspolitik, die sich als Friedenspolitik versteht, formulieren.

Wenn damit ein allgemeiner Bezugsrahmen für Entspannung und Entspannungspolitik abgesteckt ist, können wir uns der praktischen Seite der Entspannungsentwicklung zuwenden, als deren konkrete Ausgestaltung das Projekt einer Europäischen Sicherheitskonferenz angesehen werden soll. In diesem Kapitel, das sich der

Entwicklung des Konferenzgedankens widmet - angefangen von dem sowjetischen Vorschlag, zur Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems für Europa eine Sicherheitskonferenz abzuhalten, und der zunächst ablehnenden Haltung des Westens, über eine Annäherung beider Standpunkte bis hin zur Einberufung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki -, liegt der Hauptakzent auf der allmählichen Zunahme entspannungsförderlicher Elemente in den Beziehungen zwischen beiden Supermächten und den von ihnen angeführten Bündnis-systemen.

Gleichmaßen zu berücksichtigen ist der Gesichtspunkt, daß trotz der Aufnahme eines Entspannungsdialogs beide Seiten weiterhin an ihren grundlegenden antagonistischen Systeminteressen festhalten.

Zu untersuchen ist deshalb auch die Fragestellung, ob die Fortexistenz der Systemkonkurrenz der friedlichen Koexistenz und dem Entspannungsgedanken widerspricht oder, ob sie nicht vielmehr diese sogar erst ermöglicht. Ein hieraus sich ergebender Teilaspekt verweist auf die Frage, wenn nicht ein Wegfall der Systemkonkurrenz für die veränderten Beziehungen verantwortlich gemacht werden kann, welche inter-systemaren Entwicklungen dann beide Supermächte zu einem Überdenken ihrer Politik und einer Modifizierung ihrer Beziehungen veranlaßten.

Unter dem Gesichtspunkt der Kontinuität antagonistischer Zielvorstellungen einerseits und der Gründe, die beide Seiten zu einer Aufgabe konfrontativer Verhaltensmuster und ihrer Ersetzung durch perspektivisch auf partielle Kooperation gerichtetes Verhalten zwangen andererseits, lassen sich die verschiedenen Phasen der Konferenz und der zu Tage getretenen Divergenzen zwischen Ost und West sinnvoll strukturieren und interpretieren.

Die Berücksichtigung dieser beiden maßgeblichen Faktoren läßt eine realitätsorientierte Einordnung der KSZE in den Grobzusammenhang der Entspannungspolitik und eine illusionslose Einschätzung ihrer Grenzen und Möglichkeiten zu.

Für eine Auseinandersetzung mit den Argumenten der Konferenzkritiker läßt sich aber diese Methode nicht heranziehen, da diese von anderen Fragestellungen ausgehen und die Durchsetzung sowjetischer Zielvorstellungen, deren Faktizität undiskutiert vorausgesetzt wird, als allein maßgebendes Bewertungskriterium heranziehen.

Angesichts der Resonanz, die diese Argumentation in der Öffentlichkeit haben kann, haben wir uns detailliert mit einzelnen Argumenten der Konferenzkritiker, stellvertretend dargelegt an der Argumentation der parlamentarischen Oppositionsparteien CDU/CSU, befaßt und sie auf die tatsächlich feststellbaren Fortschritte, die die Sowjetunion nach Meinung dieser Konferenzkritiker auf der Konferenz für sich verbuchen konnte, überprüft.

Hierbei stellte sich heraus, daß es sich um dieselben Argumente handelt, die in den fünfziger Jahren in der Lage waren, eine Europäische Sicherheitskonferenz zu verhindern.

Angesichts der seither veränderten weltpolitischen Konstellationen und damit einhergehenden veränderten Beziehungen zwischen beiden Systemen könnte eine Berücksichtigung der Empfehlungen der CDU/CSU an die Bundesregierung, die auf eine Aufrechterhaltung der von der Atmosphäre des Kalten Krieges bestimmten Mißtrauensposition und der hieraus resultierenden Feindperzeptionen hinauslaufen, einen Rückfall in die Kalten-Kriegs-Strukturen bedeuten.

Dies ist im Rahmen unserer Untersuchung mit ein Grund, warum wir uns auf diese Argumentationsebene begeben

müssen und es nicht ausreichen kann, die Methode der Konferenzkritiker als dem Untersuchungsgegenstand nicht adäquat zurückzuweisen und die Konferenzkritiker als Konferenz- und Entspannungsgegner zu charakterisieren.

Wie aus der Themenstellung bereits ersichtlich, gehen wir davon aus, daß die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit an sich noch kein Erfolg im Sinne einer unumkehrbaren Beendigung des Konfrontationsverhältnisses, sondern vielmehr ein Anzeichen einer sich abzeichnenden Strukturveränderung in den internationalen Beziehungen ist.

Da sie keinen Endpunkt einer Entwicklung darstellen kann, noch als solcher von ihren Initiatoren und den teilnehmenden Staaten angesehen wird; versuchen wir, Richtungen aufzuzeigen, wie die künftige Entwicklung konzipiert sein muß, um den Teilerfolg, die Abhaltung der Konferenz und die Verabschiedung gemeinsamer Konferenzdokumente, d.h. die Abfassung von Leitlinien für eine künftige, dem Frieden förderliche Entwicklung der Beziehungen, fortzuführen.

Eine mögliche Perspektive sehen wir auf dem Gebiet der Kooperation (1), die deshalb mit ihren Folgeproblemen erörtert wird.

Zunächst legen wir die konkreten partiellen Interessen beider Seiten an einer Kooperation und die objektive Notwendigkeit zur Aufnahme dieser Kooperation, der sich beide Kooperationsparteien gleichermaßen gegenübergestellt sehen, dar.

Dies erlaubt jedoch noch keinen Rückschluß auf einen per se friedensfördernden Effekt kooperativer Strukturen. Dieser ist vielmehr erst zu problematisieren, um so die Bedingungen aufzeigen zu können, deren Kenntnisnahme und Berücksichtigung allein die Chancen für eine Entwicklung in Richtung auf eine Friedensmaximierung vergrößern.

Galt bereits für die Einberufung der Sicherheitskonferenz die Prämisse, daß die Systemkonkurrenz nicht aufgehoben werden darf noch soll, sondern von beiden Seiten die Systemunterschiede zu berücksichtigen sind, so gilt dies um so mehr für die Entwicklung und Installierung kooperativer Strukturen.

Demzufolge haben wir uns mit Kooperation im Rahmen der vorgegebenen Systemkonkurrenz auseinandergesetzt und versucht, einzelne Problembereiche, insbesondere die im Zuge zunehmender Interaktion zwischen beiden Systemen auftretenden intersystemaren und innergesellschaftlichen Konfliktfelder unter dem Gesichtspunkt der von beiden Seiten für notwendig befundenen Abgrenzung darzulegen.

Mit dem Instrument der wirtschaftlichen Kooperation allein, selbst unter der Voraussetzung, daß die Unterschiede der gegensätzlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen berücksichtigt und gewährleistet bleiben, die Prämissen des Abschreckungssystems aber beibehalten werden, bleiben jedoch die Veränderungen der internationalen Beziehungen auf jederzeit widerrufbare Klimaverbesserungen beschränkt und lassen das beiderseitige Wettrüsten unberührt.

Wir erachten deshalb die militärische Kooperation und damit die allgemeine Abrüstung als notwendige und gleichzeitig zu betreibende Ergänzung der politischen Entspannung, um schließlich das den Frieden behindernde Syndrom der Abschreckungsgesellschaft zu beseitigen.

Bemühungen auf diesem Gebiet sind jedoch über das Stadium partieller Rüstungskontrollabsprachen bisher kaum hinausgegangen. Demzufolge haben wir abschließend den Versuch unternommen, einen Katalog einzuleitender Übergangsstrategien zu entwerfen, um die Chancen für reale Abrüstungsmaßnahmen zu verbessern.

Es ging uns dabei darum, bei wesentlich bescheideneren Stufen der Intensivierung eines Abrüstungsbewußtseins der breiten Öffentlichkeit anzusetzen, da wir diese Herangehensweise für weitaus erfolgversprechender ansehen als umfassende Abrüstungsprogramme abzufassen, deren Effizienz sich in der durchaus realitätsorientierten Einschätzung der Notwendigkeit einzuleitender Maßnahmen erschöpft, ihr Ansatzpunkt aber von Wunschvorstellungen diktiert ist.

Wir wollen uns deshalb sowohl der engagierten, wie auch der noch zu informierenden und emanzipierenden Öffentlichkeit zuwenden, die unserer Meinung nach einen entscheidenden Beitrag beim Forcieren der Abrüstungsbemühungen leisten kann.

Ein erfolgsgarantierendes Konzept für reale und umfassende Abrüstungsmaßnahmen können wir ebensowenig wie viele namhafte Wissenschaftler geben.

Die einzige, wenn auch unbefriedigende Antwort, warum trotz einer Vielzahl verbaler Bekundungen auf dem Gebiet der militärischen Entspannung bisher wenig Konkretes erkennbar wurde, ist die, daß rationales Handeln immer noch zu sehr von den Prämissen gegenseitiger Feindperzeptionen blockiert ist. Dies zu beseitigen wäre die Grundvoraussetzung für die Ablösung des Abschreckungsprinzips, was letztlich erst Entspannung als maßgebliches Prinzip der internationalen Beziehungen unumkehrbar machen würde.

Erster Teil: Theoretisches Grundlagenmaterial zum Problem 'Entspannung'

A. Das Begriffsinstrumentarium von Entspannung

I. Eingrenzung der Begriffsinhalte

Entspannung und friedliche Koexistenz (2) sind heute zwei häufig verwendete Schlagworte zur Charakterisierung gegenwärtiger bzw. zur Richtungsweisung zukünftiger Politik zwischen Ost und West. Der Tatbestand, daß beide Begriffe vom Westen wie vom Osten verwendet werden, täuscht jedoch darüber hinweg, daß dieses Begriffspaar von beiden Gesellschaftssystemen inhaltlich unterschiedlich gefüllt wird. Nicht einmal innerhalb des Westens scheint eine eindeutige Definierung möglich zu sein.

Im Westen wird der Begriff "Entspannung" weitgehend dem der "friedlichen Koexistenz" vorgezogen, obwohl auch der damalige Präsident der USA, Richard M. Nixon, anlässlich des amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffens im Mai 1972 in Moskau mit seiner Unterschrift unter den Vertrag über "Die Grundprinzipien der Beziehungen" anerkannte, daß es im atomaren Zeitalter keine Alternative zur friedlichen Koexistenz gebe.

Mit Entspannung werden sowohl (vorläufige) Ergebnisse realer Vorgänge, wie die qualitativ neuen Beziehungen zwischen den beiden Supermächten, USA und UdSSR, seit den 70er Jahren, die Aktivitäten unterhalb der atomaren Superstruktur, also zwischen den einzelnen Mitgliedern der beiden Bündnisse, wie etwa die Ostverträge der Bundesrepublik Deutschland mit Mitgliedern des Warschauer Paktes, als auch allgemeine Entwicklungen, z.B. die Vorgeschichte der multilateralen Konferenzen (KSZE und MBFR) bis hin zu ihren Einberufungen, bezeichnet.

Doch selbst mit dem erfolgreichen Ablauf dieser Projekte hat Entspannung ihr Ziel noch nicht erreicht, die oben genannten Beispiele kennzeichnen vielmehr nur Etappen in einem Prozeß der Entspannung.

Entspannung kann somit nicht das Resultat, nicht den Endpunkt eines abgeschlossenen Prozesses bezeichnen, sondern nur die Richtung von Entwicklungen weisen.

Wenn Entspannung als Gegenbegriff zu Spannung benutzt wird, d.h. Entspannung einen Zustand absoluter Harmonie und Konfliktlosigkeit bezeichnen soll, muß unter dieser Prämisse eine auf Entspannung gerichtete Politik von vornherein unmöglich erscheinen und zum Scheitern verurteilt sein.

Der von diesem Vorverständnis geleitete und angestrebte Zustand kann nur als ein utopischer qualifiziert werden, da er von den vorgegebenen Realitäten abstrahiert, stattdessen aber unvermittelte Maximalforderungen erhebt, die infolge ihrer historischen Bezugslosigkeit praktische Politik niemals erfüllen kann.

Eine solche Konzeption führt jedoch nicht nur nicht zum Ziel Entspannung, sie verschließt darüber hinaus jeglichen Zugang zu Änderungen, da die von ihr angestrebten Änderungen als Utopie doch nie erreicht werden können.

Gemessen an diesem alles überragenden Ziel müssen sämtliche denkbaren Teilmaßnahmen als unzureichend und damit zu geringfügig erscheinen, um auch nur den Versuch zu unternehmen, sie einzuleiten, da das notwendige Kriterium der Erfolgsträchtigkeit von diesem Standpunkt aus niemals erfüllt werden kann.

Hieraus ergibt sich, daß Entspannung nur dann sinnvoll konzipiert ist und eine Weiterentwicklung ermöglichen kann, wenn sie als Gegenbegriff zu einem Zustand bzw. einem Prozeß von Mehr-Spannung, von Spannungszuwachs, verstanden wird. Sie muß sich demzufolge auf einen Spannungs- und Konfliktabbau richten, wobei allein die gegenwärtige Lage ihr den Ansatzpunkt vorgibt.

Entspannung ist mithin eine richtungsweisende politische Kategorie, die ausgehend von der gegenwärtigen Lage des Ost-West-Konflikts versucht, Mechanismen der friedlichen Konfliktlösung zwischen den beiden Gesellschaftssystemen zu finden, eventuell sogar zu institutionalisieren, um so praktische Politik in zunehmendem Maße von der des Kalten Krieges zu entfernen und in Bahnen in Richtung auf einen stabileren Frieden zu lenken.

Bereits vom allgemeinen Sprachgebrauch her deutet der Begriff Ent-spannung auf den implizierten Prozeßcharakter hin. Er beinhaltet bestimmte Prozesse und Abläufe und ist unmittelbar an der politischen Praxis zu untersuchen, da Entspannung erst an der politischen Praxis konkret werden kann.

Mit unseren vorläufigen Erläuterungen sind wir jedoch noch nicht zu einer Definition von Entspannung vorgedrungen. Auch die geforderte Ableitung von Entspannung aus den politischen Realitäten erlaubt es noch nicht, von einer allgemein gültigen Definition zu sprechen, da in die Beurteilung bzw. in die ihr vorausgehende Untersuchung der Strukturen gegenwärtiger und vorgegenwärtiger Politik unweigerlich Wertmaßstäbe einfließen. Diese aber führen zu sehr unterschiedlichen Einschätzungen über das Ausmaß, in dem die gegenwärtige weltpolitische Lage bereits von Entspannung getragen wird oder ob Entspannung als eine Möglichkeit, der Politik neue Wege und Methoden aufzuzeigen, in den gegenwärtigen Beziehungen angelegt ist, und von den beiden Hauptkontrahenten USA und UdSSR und den von ihnen angeführten Bündnissystemen angestrebt wird.

Desweiteren muß berücksichtigt werden, daß bisher kein Konsens über das Ziel von Entspannung besteht, ob sie notwendigerweise eine Konvergenz der Systeme zur Folge haben muß oder ob eine europäische Friedensordnung auch ohne eine solche denkbar ist.

II. Der Versuch einer Theorie der Entspannung

Auch Helga Haftendorns Bemühungen (3), den Begriff der Entspannung theoretisch zu klären, um so "einen in der empirischen Forschung und der politischen Praxis operationalisierbaren Begriff zu gewinnen" (4), bleiben letztlich auf der Versuchsebene stehen, da es ihr nicht gelingt, die von ihr festgestellte Ambivalenz von Entspannung zu einem einheitlichen Begriff zusammenzufassen und zu verallgemeinern (5).

Entspannung und friedliche Koexistenz unterscheiden sich bei Helga Haftendorn in ihrem jeweiligen Ansatzpunkt. Entspannung beschreibt "steuerbare Prozesse, die unter bestimmten Systembedingungen und beim Vorhandensein eines entsprechenden politischen Willens ausgelöst werden können" (6).

Mit Entspannung soll ein auf Entscheidung beruhendes und eine bestimmte Zielrichtung verfolgendes politisches Handeln in einer bestimmten historischen Phase bezeichnet werden.

Die friedliche Koexistenz hingegen ist dem politischen Handeln vorangestellt, als "ein geschlossenes theoretisches Gedankengebäude ..., aus dem Handlungsmaximen mit dem Anspruch innerer Notwendigkeit abgeleitet werden" (7).

Friedliche Koexistenz bezeichnet demnach "eine historisch besondere Struktur der internationalen Beziehungen" (8).

Beide Begriffe beziehen sich auf dieselbe historische Epoche, "die auf der einen Seite eine Folge rüstungstechnologischer Entwicklung ist, auf der anderen jedoch als eine sozioökonomisch bedingte Phase des Klassenkampfes zwischen Kapitalismus und Sozialismus begriffen wird." (9)

Die Aufnahme des klassenkämpferischen Aspekts in die Theorie der friedlichen Koexistenz erlaubt der Sowjetunion die Aufrechterhaltung des ideologischen Anspruchs auf zwangsläufige Überlegenheit des eigenen Systems sozialistischer Gesellschaftsordnung sowjetischer Prägung und ermöglicht gleichzeitig eine durch die inneren Schwierigkeiten bedingte, ökonomisch-technologische Zusammenarbeit mit dem Westen unter dem Aspekt gegenseitigen Nutzens (10).

Ein weiterer Unterschied zwischen Entspannung und friedlicher Koexistenz, auf den jedoch Helga Haftendorn nicht explizit hinweist, liegt in dem Prozeßcharakter von Entspannung (11), der für die Theorie der friedlichen Koexistenz in offiziellen Texten ausdrücklich abgelehnt wird (12).

Zusammenfassend bezieht sich der Entspannungsbegriff auf bestimmte historische Akteure und ist politisch wie geographisch auf die Beziehungen zwischen industrialisierten Staaten der kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaftsformation eingegrenzt.

Oberstes Ziel eines jeden Staates ist die Systemerhaltung, was im Innern die Bewahrung der grundlegenden Strukturen und nach außen gerichtet die Verteidigung der territorialen Sicherheit erfordert. Ausgehend von dieser These und des notwendigerweise (13) nur noch durch gemeinsame Anstrengungen zu erreichenden Ziels, Sicherheit zu garantieren, folgt nach Haftendorn, daß sich zwischen den beiden Bündnissystemen in den letzten 20 Jahren ein stabilisiertes Interaktionssystem etabliert hat. Dies veranlaßt Haftendorn, von einem Ost-West-Sicherheitssystem zu sprechen.

Dieses Sicherheitssystem kann nur funktionieren, solange die einzelnen Staaten, also die Subsysteme, sowohl die Fähigkeit haben, ihre Interessen und Ziele durchzusetzen, wie die Bereitschaft, solche Ziele,

die mit dem zentralen Wert "Sicherheit" konfliktieren, zu kompensieren.

III. Die Rahmenbedingungen einer Entspannungspolitik

Unter dieser Voraussetzung versteht Helga Haftendorn Entspannungspolitik als einen spezifischen Regelungsmechanismus, der von den Entscheidungsträgern und ihrer Lernfähigkeit abhängt bzw. von ihrer Bereitschaft zur Adaption der eigenen nationalen Ziele an die sich ändernde internationale Lage.

Entspannungspolitik beruht somit im wesentlichen auf Lernprozessen, d.h. auf der Rückkoppelung internationaler Informationsprozesse auf das eigene System und verlangt schließlich die Verstärkung "konsensualer Formen der Konfliktregelung" (14), da Gewaltanwendung als Mittel der Politik unvereinbar ist mit dem obersten Ziel des Fortbestehens oder der "Überlebensmaxime" (15). "Bei konfliktierender Interessenlage wird das Ergebnis derartiger Prozesse ein *modus vivendi*, bei partiell kontroversen, partiell parallelen Interessen ein Kompromiß, bei gleichgerichteten Interessen Einvernehmen sein." (16)

Dies kann als eine Charakterisierung der zum gegenwärtigen Zeitpunkt überschaubaren, schrittweise voranschreitenden Entspannungsgeschichte betrachtet werden.

Als konkretes Beispiel für die Suche nach einem *modus vivendi* können die deutschen Ostverträge interpretiert werden, als Kompromißlösungsversuche die multilateralen Konferenzen (KSZE, MBFR), und für die noch unbesetzte Stufe des Einvernehmens könnten die Forderungen nach einer Institutionalisierung der KSZE als Beispiel dienen.

Der Stand der gegenwärtigen Entwicklung wäre dann als auf der mittleren Etappe angekommen zu bezeichnen.

Ihr Ausgangspunkt waren Konkurrenzpositionen, die nunmehr über die Aufnahme eines Entspannungsdialogs tendenziell auf eine Intensivierung der Kooperation gerichtet sind.

"Das Ergebnis ist ein spezifisches Muster interagierender Prozesse der Anpassung und Einwirkung, das auch als Entspannungsmuster gekennzeichnet werden kann." (17)

Der hierzu notwendige Ausgleich zwischen nationalem Sicherheitsinteresse und internationaler Entspannung, eine Politik zwischen Chancen und Risiken (18) oder konzeptionalisiert als Zweisäulentheorie (19), wird nach Willms (20) in der Praxis gelöst durch die Aufsplitterung politischen Handelns auf zwei Ebenen: erstens der Stabilisierung der Superstruktur und zweitens der dadurch ermöglichten Freisetzung praktischer Weiterentwicklung auf der Entspannungsebene. Dies führt, so Willms, notwendigerweise zu Versuchen, Sicherheit zu institutionalisieren.

"So etwas wie eine Institutionalisierung von Sicherheit wäre jedenfalls der wesentlichste erreichbare Kern von Entspannung." (21) Dabei dürfe jedoch nicht der Fehler gemacht werden, nationalstaatliches Institutionendenken bruchlos auf zwischenstaatliche Beziehungen zu übertragen (22).

Die Institutionalisierungstendenz betrachtet Haftendorn als ein Element der Entspannungspolitik, und zwar in dem Sinne, daß sie Regelmechanismen für einen Ziel- und Interessenausgleich zwischen den einzelnen Mächten in die internationalen Beziehungen einbauen und das hierzu erforderliche Instrumentarium liefern will. Solange diese Mechanismen noch nicht stark genug ausgeprägt, d.h. noch im Prozeß der Institutionalisierung begriffen seien, könne ein Rückfall in nichtkooperative Konfliktregelungsmechanismen jederzeit eintreten.

"Um jedoch zu verhindern, daß Entspannung eine 'kooperative Episode' in den internationalen Beziehungen bleibt, gilt es, die 'Entspannung' solcher Konfliktkonstellationen und ihrer Bestimmungsfaktoren herbeizuführen, die Spannungskonstellationen mit konkurrierenden und konfrontativen Steuerungsversuchen im internationalen System begünstigen." (23)

Für eine Entspannungspolitik, die über das Stadium bloßer Krisenmanagement-Technik hinausgeht und weiterreichende Konsequenzen haben soll, schlägt Helga Haftendorn folgende Etappen vor:

1. Die realistische Einschätzung der gegenwärtigen Strukturen, ihre Konstitutionsbedingungen und ihre Entwicklungsfähigkeit (24)
2. Die Entwicklung kooperativer Interaktionsmuster, die nicht nur ad hoc konsensuale Konfliktregelung ermöglichen, sondern einen Anreiz für ein verstärktes kooperatives Verhalten bieten (25)
3. Die Entwicklung langfristiger Zielvorstellungen für eine gemeinsame Zukunft (26)

Diesen Katalog einzuleitender Schritte, die Umsetzung des im wesentlichen auf den Bereich der Erörterung von Möglichkeiten, mithin auf Theorie beschränkten Entspannungsdialogs in praktische Maßnahmen der Entspannungspolitik, deren Funktionsbedingungen sich aus einem Instrumentarium von Regelmechanismen für Konfliktlösung und kooperativer Interaktion zusammensetzen, verlangt ein hinreichendes Maß an intersystemarer Kommunikation. Ihr Erfolg, ihre Funktionsfähigkeit, hängt letztlich davon ab, inwieweit die einzelnen Staaten zur Informationslieferung und -verarbeitung fähig und zu Lernprozessen bereit sind.

Bestehen bleibt jedoch, so Haftendorn, die Forderung, auf internationaler Ebene korrespondierende Kommunikationsstrukturen zu institutionalisieren, um einen raschen und kontinuierlichen Informationsaustausch zu ermöglichen und Fehleinschätzungen, Feindperzeptionen usw. zu reduzieren. Ansätze liegen in den gegenwärtigen Aktivitäten auf diplomatischem Gebiet wie multilaterale Konferenzen, Gipfeltreffen, Reisediplomatie usw.

Trotz der zweifellos feststellbaren Aufwertung diplomatischer Tätigkeit dürfen aber die letztgenannten Beispiele keinesfalls als "entspannungspositives Instrumentarium" (27) überschätzt werden, d.h. es kann ihnen nicht a priori eine Erfolgsgarantie zugestanden werden. Gerade in der Übergangsphase vom Kalten Krieg einerseits, als Kommunikationsprozesse erst aufgenommen wurden, nachdem der Konflikt eklatant geworden und zu eskalieren drohte, und der Entspannung andererseits, in der Kommunikation noch zu erlernen, alte Feindbilder als tradierte zu überwinden sind und eine Atmosphäre des Vertrauens erst hergestellt werden muß, kann eine Konferenz ebenso eine Konfliktlösung durch Kompromißbildung erbringen, wie auch zu neuen Konflikten und Spannungen führen.

Das über jeden Zweifel erhabene Akzeptieren der Erkenntnis, daß Entspannung ebenso die gegenseitige Anerkennung der Andersartigkeit des anderen Systems wie auch das Recht beider Seiten zu der von ihnen für notwendig erachteten Abgrenzung gegen das jeweils andere System beinhalten muß, läßt die Beziehungen zwischen den Blöcken eine neue Qualität annehmen. Die Durchsetzung dieser Erkenntnis und das Wissen um das Fehlen von Alternativen gehört aber ebenfalls in den Bereich der Lernprozesse.

Entspannungspolitik auf operativer Ebene erscheint mithin "nicht als ein großer konzeptioneller Wurf, sondern vielmehr als ein mühsamer, von Rückschlägen getroffener Lernprozeß - als eine Strategie der Geduld." (28)

B. Die Theorie der friedlichen Koexistenz

I. Zugang zur Begriffsbestimmung

Konnte der Begriff der Entspannung nur praxisbezogen entwickelt werden, so verlangt der Begriff der friedlichen Koexistenz einen völlig anderen methodischen Ansatz (29).

Der Zugang zum Begriff der friedlichen Koexistenz stellt sich zunächst auf abstrakter Ebene, da es sich hierbei um eine handlungsleitende Theorie des Marxismus-Leninismus handelt, die auf Lenin zurückgeht und unter Chruschtschow wieder explizit als Maxime zur Gestaltung des Verhältnisses zwischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten proklamiert wurde.

Diese bruchlos in den Sozialismus eingebaute Theorie gilt als eine, einer ganz bestimmten welthistorischen Epoche, der heutigen realen Lage entsprechende, einzig richtige Form der Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen.

In Bezug auf praktische Politik kommt ihr demzufolge der Status einer handlungsweisenden Funktion in dem Sinne zu, daß sie die Beziehungen zu den Staaten des anderen Gesellschaftssystems regelt.

Die Politik friedlicher Koexistenz muß nach dem Verständnis der sozialistischen Staaten notwendigerweise zur Entspannung führen. Konkret eintretende Rückschläge in der Entspannungsentwicklung in Form von neu auftretenden Konflikten können demzufolge logischerweise nur der anderen Seite und ihrer Fehleinschätzung von der Alternativlosigkeit der friedlichen Koexistenz angelastet werden (30).

II. Besonderheiten der handlungsleitenden Doktrin

1. Die spezifische Form des Klassenkampfes

Die Politik der friedlichen Koexistenz dient, so Jegorow (31), dem Frieden, da sie zur Interessendurchsetzung bzw. zur Konfliktlösung zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftssysteme ausschließlich friedliche Mittel anerkenne:

"Die Leninsche Formel der friedlichen Koexistenz von Staaten mit entgegengesetzter Gesellschaftsordnung enthält einerseits den Verzicht auf den Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Streitigkeiten, ihre Regelung durch Verhandlungen, die umfassende Entwicklung ökonomischer, kultureller und wissenschaftlicher Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Verständnisses und des Vertrauens zwischen den Staaten, der Achtung ihrer territorialen Integrität, der Anerkennung der Unabhängigkeit und Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten."

"Sie setzt die Auseinandersetzung zwischen den Staaten mit entgegengesetzter Gesellschaftsordnung voraus, schließt aber Kriege zwischen ihnen aus." (32)

Proklamiertes Ziel der Politik der friedlichen Koexistenz ist der Frieden. Dieser, verstanden als Sieg des Kommunismus im Weltmaßstab, führt dazu, daß die Politik der friedlichen Koexistenz dem Kampf um den Frieden einen politischen Charakter verleiht, "aber sie 'verschmilzt' eben nicht 'mit dem Kampf um den Frieden'." (33)

"Dieser Kampf stellt sich nicht das Ziel, den Frieden um jeden Preis zu erhalten, denn in diesem Falle würde die friedliche Koexistenz zur Erhaltung des klassenmäßigen Status quo in der kapitalistischen Welt beitragen und die Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung und des nationalen Befreiungskampfes hemmen." (34)

Ausdrücklich nicht in den Geltungsbereich der Theorie der friedlichen Koexistenz fallen Befreiungskriege und Revolutionen in den kapitalistischen Staaten, die infolge der Aufrechterhaltung der weltrevolutionären Zielsetzung durch eine Anwendung des Prinzips der friedlichen Koexistenz nicht beeinträchtigt werden dürfen und somit die Grenzen seiner Anwendung markieren.

2. Die historische Notwendigkeit

Trotz dieser von den sozialistischen Staaten für notwendig erachteten beschränkten Anwendungsfähigkeit der Theorie der friedlichen Koexistenz gibt es jedoch keine Alternative, vielmehr stellt sie die einzige, wissenschaftlich richtige und somit objektiv notwendige Politik dar:

"Die friedliche Koexistenz ist die einzig mögliche Form des friedlichen ökonomischen Wettbewerbs zwischen Sozialismus und Kapitalismus im Weltmaßstab, ... Die friedliche Koexistenz ist kein Allheilmittel, das die kapitalistische Welt vom Klassenkampf, von sozialen Revolutionen und nationalen Befreiungsrevolutionen befreit. Friedliche Koexistenz bedeutet weder Erhaltung des sozialen und politischen Status quo noch Abschwächung des ideologischen Kampfes. ... Die friedliche Koexistenz ist nicht ein frommer Wunsch einer der Seiten, auf den man verzichten kann. Die friedliche Koexistenz ist eine objektive Notwendigkeit." (35)

Zur objektiven Notwendigkeit solchen politischen Handelns angesichts der weltpolitischen Konstellation mit dem bestehenden Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und Kapitalismus wird ergänzend hervorgehoben, daß bereits bei der Gründung der Sowjetunion und der zu diesem Zeitpunkt einsetzenden Systemauseinandersetzung die friedliche Koexistenz als historische Notwendigkeit Gültigkeit besaß.

Die Erklärung für die dennoch zwischen Sozialismus und Kapitalismus ausgetragenen bewaffneten Konflikte ist die, daß es den friedliebenden (sozialistischen) Kräften seinerzeit nicht gelungen sei, das Prinzip der friedlichen Koexistenz als lang andauernder historischer Kategorie damals schon durchzusetzen. Erst eine Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses habe die historische Notwendigkeit zur historischen Realität werden lassen (36).

"Gegenwärtig sind auf Grund des qualitativ neuen Kräfteverhältnisses die Möglichkeiten für die friedliche Beilegung von Streitfragen, die die Menschen bewegen, bedeutend gewachsen." (37)

Damit wird die Behauptung aufgestellt, daß die Sowjetunion als Urheber des Prinzips der friedlichen Koexistenz dessen Notwendigkeit zwar von Anfang an eingesehen und eine dementsprechend ausgerichtete Politik verfolgt habe, infolge der damaligen Schwäche des jungen Sowjetstaates aber an ihrer Umwelt, den aggressiven Kräften des Kapitalismus, bei ihrer Durchsetzung gescheitert sei.

Die Theorie der friedlichen Koexistenz stellt jedoch nicht nur die theoretische Grundlage für Handlungsanweisungen dar, sie bestimmt auch aus leninistisch-sozialistischer Sicht eine bestimmte historische Epoche der Systemauseinandersetzung.

Ursprung der Theorie der friedlichen Koexistenz war bei Lenin die Einsicht, daß die übrige Staatenwelt, der Kapitalismus, unter Berücksichtigung der subjektiven und objektiven Bedingungen für die Durchsetzung der sozialistischen Revolution noch nicht reif war.

Die Politik der friedlichen Koexistenz war demnach konzipiert als eine Art längerfristiger Interims-lösung, die jedoch keinesfalls zur Aufgabe des eigentlichen Ziels des Sozialismus, der Weltrevolution, führte (38).

Die friedliche Koexistenz versteht sich vielmehr als eine spezifische Form des Klassenkampfes, der jedoch, unter ausdrücklichem Ausschluß militärischer Mittel auf die ökonomische und ideologische Ebene verlagert, als friedlicher Wettkampf der Systeme ausgetragen wird.

Als spezifische Form des Klassenkampfes kann aber demnach das Prinzip der friedlichen Koexistenz per definitionem nicht die gesamte Außenpolitik der sozialistischen Staaten bestimmen, also auch nicht ihr Verhältnis untereinander, sondern nur ihre Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten.

Es findet seine Anwendung einzig und allein auf der Basis des Ost-West-Konflikts, da es nach sozialistischem Selbstverständnis nur auf dieser Basis ein Bestimmungsfaktor sinnvoller Politik sein kann. Die Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten untereinander folgen anderen Gesetzen. Sie werden vom Prinzip des sozialistischen Internationalismus bestimmt.

C. Der Kalte Krieg und die Entspannung

I. Allgemeine Aussagen

Haben wir bisher versucht, den allgemeinen Rahmen von Entspannung bzw. der auf östlicher Seite ihr zugrundeliegenden Doktrin der friedlichen Koexistenz relativ abstrakt abzustecken, so wollen wir nun die Frage nach ihren konkreten Ursachen, ihrem politischen Ziel und damit nach ihrem Wesen als einer neuen Qualität in den internationalen Beziehungen und der ihr zugrundeliegenden Politik untersuchen.

Dies verweist auf die Darstellung der der Entspannung vorgelagerten Strukturen. Nur wenn Entspannung als abgeleitete und in den historischen Zusammenhang eingeordnete Kategorie die Möglichkeiten praktischer Politik bezeichnet, kann der Propagandacharakter, der denjenigen Forderungen nach Entspannung innewohnt, die in Entspannung ein Instrument zur Erzeugung eines Harmoniezustands sehen oder diesen zum Postulat für "wirkliche" Entspannung erheben, überwunden werden.

Entspannung kann somit nur konkrete Gestalt annehmen, wenn sie sich auf die Strukturen des Kalten Krieges bezieht, von denen sie sich qualitativ unterscheiden muß.

Entspannung ist nicht auf eine veränderte Geisteshaltung von Wissenschaftlern oder Politikern zurückzuführen, die allgemein friedliebender, einsichtiger oder verantwortungsbewußter geworden wären. Dies würde Entspannung als moralische Kategorie charakterisieren. Stattdessen ist sie aus der geschichtlichen Entwicklung hervorgegangen und sach- und zweckmotiviert.

Die realpolitische Lage hat aus sich heraus den Ansatzpunkt zur Entspannung hervorgebracht. Maßgeblich hierfür war die Sinnlosigkeit und die Unmöglichkeit, mit Hilfe von Kriegen politische Ziele durchzusetzen,

da beide Seiten über Mehrfachvernichtungskapazitäten verfügen und der Versuch zur gewaltsamen Interessendurchsetzung die Selbstzerstörung der Menschheit bedeuten muß. Hierin ist die Unumstößlichkeit bzw. die Unabrufbarkeit der Erkenntnis der Notwendigkeit von Entspannung zu sehen.

Die historischen Voraussetzungen machen den Frieden in Europa, der ausschließlich über den Weg der Entspannung zu erreichen ist, politisch notwendig. Gleichzeitig sind sie aber in einem so hohen Maße konflikträftig, daß jede auf Entspannung abzielende Anstrengung gerechtfertigt erscheint, um den Frieden sicherer zu machen. In Zusammenhang gesehen mit den Bemühungen, den Frieden bzw. Nichtkrieg auch billiger zu machen, beispielsweise durch Rüstungskontrolle, durch die der Rüstungswettlauf zumindest auf der erreichten Stufe eingefroren werden soll, ergeben sie unter Berücksichtigung des Entwicklungsstandes der politischen Lage und des weltpolitischen Kräftegleichgewichts das Charakteristikum einer bestimmten, den Kalten Krieg ablösenden weltpolitischen Phase. Aus dieser These folgt, daß Entspannung direkt aus der ihr vorgelagerten Phase des Kalten Krieges abgeleitet werden kann. Sie kann folglich als die dem Kalten Krieg immanente Logik verstanden werden.

1. Begriffsbestimmung des Terminus 'Kalter Krieg'

Da der Terminus 'Kalter Krieg' ebensowenig eindeutig verwendet wird, wie der Begriff der Entspannung und es nicht nur eine östliche und eine westliche Interpretation, sondern ein breites Spektrum von westlichen Interpretationsversuchen gibt, soll zunächst

eine allgemeine Zusammenfassung der Bereiche dieses Begriffs (39) gegeben werden.

Auf dieser Basis können dann die hier verwendeten Darstellungen, die sich hauptsächlich aufgrund der unterschiedlichen Bewertung der Ursachen des Kalten Krieges ergeben, relativiert werden, und zwar in dem Sinne, daß die dem oft emotionsgeladenen und nicht-wissenschaftlich verwendeten Terminus "Kalter Krieg" zugrunde liegenden Intentionen transparent werden.

Der breite Raum, der westlichen Autoren zu diesem Problembereich eingeräumt werden muß, erscheint insofern gerechtfertigt, da aus der jeweiligen Darstellung der Ursachen des Kalten Krieges unter Einschluß der Schuldfrage die Möglichkeiten und Grenzen der Entspannung abgeleitet werden. Anhand dieser Darstellungen kann darüber hinaus exemplarisch aufgewiesen werden, inwieweit sich ideologische Vorstellungen und Interessen hinter dem allgemein als erstrebenswert anerkannten Ziel der Entspannung verbergen. Entspannung wird dann nämlich nur als Mittel der Rhetorik unter Beibehaltung der tradierten Konfliktbeziehungen und nicht als Ziel wechselseitiger politischer Arbeit verstanden. Diese beschränkte Sichtweise von Entspannung und die Vernachlässigung ihres Prozeßcharakters ist dann der Grund dafür, die multilateralen Konferenzen, KSZE und MBFR, als erfolglos anzusehen.

Mit "Kalter Krieg" wird der Macht- und Interessenkonflikt (41) zwischen der kommunistisch geprägten östlichen und der sich freiheitlich demokratisch verstehenden westlichen Welt nach Ende des Zweiten

Weltkriegs bezeichnet. Es handelt sich weder um einen völkerrechtlich definierten noch um einen im diplomatischen Sprachgebrauch eindeutig verwendeten Begriff. Die Unbestimmtheit und die emotionale aufgeladene Natur dieses Terminus begünstigt einerseits seine Verwendung für publizistische und propagandistische, ja die andere Seite denunzierende Zwecke, andererseits sind gerade diese Eigenarten verantwortlich dafür, daß eine nachträgliche Begriffsbestimmung und - eingrenzung erschwert ist.

Nach sowjetischer Interpretation ist der Kalte Krieg eine besondere Form des Klassenkampfes, der dem Selbstverständnis des Sozialismus entsprechend einzig und allein von der kapitalistischen Seite als dem Klassenfeind betrieben wird. Die von kommunistischer Seite aufgeführten Erscheinungsformen des Kalten Krieges, wie die Einstellung der Leih- und Pachtlieferungen der USA an die Sowjetunion im Jahre 1945, die Truman-Doktrin, der Marshall-Plan, die Gründung der NATO, die Remilitarisierung der BRD und ihre Eingliederung in das westliche Bündnissystem, dienen ihr hierzu als Beweis.

Das Spektrum der westlichen Interpretationen des Kalten Krieges reicht von extremen, der sowjetischen Interpretation vergleichbaren, jedoch in spiegelbildlicher Umkehrung formulierten Kontra-Imitationen, die eine umfassende Feindhaltung der Sowjetunion konstatieren, bis hin zu ausgewogeneren Darstellungen, die seit den 60er Jahren entwickelt wurden. An analytischen Begriffsbestimmungen fehlt es weitgehend, es sei denn, man betrachtet die Darstellung von Werner Link, auf die weiter unten noch eingegangen wird, als Alternative.

Die gängigen Definitionen fußen auf der Annahme, daß sämtliche Äußerungen und Verhaltensweisen der sowjetischen Seite als feindliche Aktionen aufzufassen sind. Für eine normale und friedliche Kommunikation ist damit kein Ansatzpunkt mehr gegeben.

"Kalter Krieg" wird in der politischen Literatur in der Regel als Synonym für Nervenkrieg und subversive Tätigkeit verstanden, als ein Zustand zwischen Krieg und Frieden, jedoch unter Nichtanwendung von 'heißen', d.h. militärischen Waffen.

Mit dieser Umschreibung kann jedoch der Unterschied zwischen Krieg und Kaltem Krieg nicht erfaßt werden, noch viel weniger wird damit die Frage beantwortet, warum der Kalte Krieg trotz seiner Konfliktgeladenheit nicht zu einem Heißen Krieg führte.

2. Ursachen für die Konfliktbeziehungen zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR

Hierzu sollen die Nachkriegsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und den USA untersucht werden. Ursächlich für die Verschlechterung dieser Beziehungen war unter anderem die Enttäuschung ideologischer Erwartungen und der Umschlag in feindseliges Verhalten, der durch Feindperzeptionen ergänzt wurde. Diese Erwartungen mußten aber notwendigerweise enttäuscht werden, da sie durch ideologische, fiktive, und der Wirklichkeit nicht entsprechende Vorstellungen und Maximen, aufgrund von Fehleinschätzungen zustandegekommen waren.

Ein Beispiel für amerikanische Fehleinschätzungen in der Ära Roosevelt ist die Annahme, die Sowjetunion sei in einem Demokratisierungsprozeß begriffen. Von gleichermaßen falschen Vorstellungen geleitet war der Versuch, mit Hilfe der Leih- und Pachtlieferungen an die Sowjetunion, die man je nach Wohlverhalten der Sowjetunion fortzuführen oder einzustellen gedachte, dieser die Bedingungen der Rekonstruktion in Europa zu diktieren.

Diese Annahme übersah die Befehlsstruktur der sowjetischen Wirtschaft, die der Sowjetbevölkerung einen höheren Konsumverzicht auferlegen kann und damit die sowjetische Wirtschaft von äußeren Einflüssen relativ autark macht.

Die sowjetische Führung ihrerseits nahm an, die amerikanische Wirtschaft sei durch die Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft und der damit erwarteten Überproduktionskrise auf den Export in die Sowjetunion angewiesen, und rechnete mit einer allgemeinen und unvermeidlichen Krise des Kapitalismus, die analog zur Weltwirtschaftskrise in den Jahren 1929-33 ihren Höhepunkt in den USA haben müßte. Beiden Seiten diene demnach der drohende wirtschaftliche Zusammenbruch des jeweils anderen Systems als Ausgangspunkt ihrer Kalkulationen.

Die Wirkung dieser Fehleinschätzungen wurden ergänzt durch das eigene Unsicherheitsgefühl, von dem aus die jeweils andere Seite immer als die stärkere eingeschätzt wurde, die auch gewillt sei, diese Stärke für die Durchsetzung ihrer Ziele einzusetzen. Aus dieser Perspektive mußte die Gegenseite automatisch als Feind erscheinen.

Zur Begründung dieses Freund-Feind-Schemas kann bereits die Ideologie einer Seite ausreichen, ohne daß es notwendigerweise zu offen feindseligen Handlungen der jeweils anderen Seite kommen muß. Demzufolge reichte bereits die amerikanische Demokratisierungsmission bzw. die sowjetische Idee des Weltkommunismus aus, um sich von der jeweils anderen Seite bedroht zu fühlen.

Eine Begriffsbestimmung des Kalten Krieges, die auf der Richtigkeit dieser Annahme fußt, wäre dann: "Kalter Krieg" bezeichnet eine psychologisch erfassbare, durch den Frustrations-Aggressionsmechanismus motivierte und dadurch in ihrem Verhaltensverlauf bestimmte Politik der Feindschaft, die gegenseitig

oder auch nur einseitig betrieben wird. Entspannung im Kalten Krieg ist dann das Bemühen, die Feindschaftshaltung nicht mehr als Grundeinstellung zu akzeptieren und die generelle Abwehr und Verfestigungshaltung dadurch abzubauen, daß man die ihr zugrunde liegende Angst von Fall zu Fall abzulösen versucht." (42)

Aber auch im Kalten Krieg waren die Verhaltensweisen nicht kontinuierlich von der "Kalter-Krieg-Atmosphäre" bestimmt, so daß sich in entspannteren Perioden ein Lernprozeß entwickeln konnte, der sich in den vielschichtigen Anstrengungen beider Seiten niederschlug, mit der großen unaufhebbar erscheinenden Kontroverse zu leben, also miteinander, zumindest aber nebeneinander friedlich zu koexistieren.

Dieser Gedankengang veranlaßt Willms (43) zu der These, daß die Logik der Entspannung im Kalten Krieg bereits festgelegt sei.

Dieser These folgend müßte also den Konfliktbeziehungen, die den Kalten Krieg konstituierten, gleichsam ein Moment innewohnen, das ihre Überwindung hervorruft oder doch zum mindesten opportun erscheinen läßt.

Wir wollen deshalb die beiden wesentlichen Komponenten der Konfliktbeziehungen, die für die Eskalierung zum Kalten Krieg verantwortlich sind, thematisieren:

1. Beide Seiten machen einen Absolutheitsanspruch auf die Allgemeingültigkeit der eigenen Ordnungsprinzipien geltend und vertreten diesen Anspruch nicht nur ideologisch gegenüber dem entgegengesetzten Wert- und Gesellschaftssystem sondern bei jeder sich bietenden Gelegenheit in aktueller Tagespolitik.

2. Zwangsläufig wird der Allgemeingültigkeitsanspruch der jeweils anderen Seite zurückgewiesen und bekämpft, was wiederum mit Abwehr- und Verteidigungsmaßnahmen dieser Seite beantwortet wird, die ebenfalls mit einem Absolutheitsanspruch begründet werden.

Diese aktualisierten Konfliktbeziehungen, die man mit dem Terminus 'Kalter Krieg' bezeichnet, sind demnach durch folgende fünf Faktoren bestimmt:

- 1) gegensätzliche Vorstellungen der Wert-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung
- 2) Absolutheitsanspruch für die eigenen Ordnungsprinzipien und die Bereitschaft, diese durchzusetzen
- 3) die notwendige Machtbasis, die eigenen Ansprüche durchsetzen zu können
- 4) real erkennbare Aktivitäten zur Durchsetzung des Allgemeingültigkeitsanspruchs, wobei Umfang und Stärke der eingesetzten Mittel den Intensitätsgrad der Spannungen bestimmen und bis an den Rand militärischer Konfrontation führen können
- 5) das stets vorhandene Mißtrauen gegenüber den Absichten der Gegenseite, bedingt durch die Feindperzeption und das Informationsdefizit, das diese Konfliktbeziehungen prägt.

Solange der Absolutheitsanspruch von mindestens einer Seite vertreten wird, ist der Konflikt latent. Er erreicht die Schwelle zur Realisierung, wenn diese Seite gleichzeitig über die entsprechende Machtbasis verfügt und wird schließlich aktualisiert, wenn der Durchsetzungswille praktiziert wird.

3. Die Notwendigkeit eines Krisenmanagements

In Anbetracht der Fülle politischer, ökonomischer und ideologischer Widersprüche und der Anhäufung von Waffenpotentialen wurde auf diese Weise eine explosive Atmosphäre erzeugt. Beide Staaten mußten das Überschreiten der Schwelle zum heißen Krieg fürchten. Vorkehrungen zur Vermeidung des heißen Krieges wurden damit unvermeidlich. Sie veranlaßten jedoch weder die eine Seite, "ihren Ausschließlichkeitsanspruch prinzipiell aufzugeben und auf die Wahrnehmung von Gelegenheiten zu seiner weiteren Durchsetzung zu verzichten, noch veranlaßten sie die andere Seite, den Ausschließlichkeitsanspruch ihres Kontrahenten nicht mehr zu bestreiten und den daraus sich herleitenden Handlungen nicht mehr entgegenzutreten." (44) Der voll entfaltete, aber kontrollierte Konflikt erschien im Bewußtsein und der Absicht nach als stetige Profilierung gegnerischer Beziehungen.

Da diese aktualisierten Konfliktbeziehungen aber unweigerlich zu einer gesteigerten Labilität der internationalen Lage führen mußten, wurden Maßnahmen zur Krisenbeherrschung entworfen.

Dieses Krisenmanagement funktionierte zwar in den Kernzonen, innerhalb derer das Risiko einer direkten militärischen Konfrontation außerordentlich hoch war, ließ aber in den Randzonen lokal begrenzte Kriege durchaus zu, da hier das Risiko für relativ geringer angesehen wurde (Stellvertreterkriege).

Dennoch war eine Minderung der aktualisierten Konfliktbeziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen auch im Kalten Krieg möglich.

Folgende Entwicklungen und Konstellationen waren dafür verantwortlich:

1. Das internationale Kräfteverhältnis hatte sich auf einer neuen Stufe stabilisiert (atomares Patt).

2. Beide Seiten hatten die Gefahren erkannt, die der Rüstungswettlauf im Inneren des eigenen Systems hervorrief. Es erschien ihnen zweckmäßig, die Konfliktkonstellationen abzuschwächen.
3. Aus den bisher genannten Punkten ergab sich bei den Führungsgremien beider Seiten eine differenzierte Einschätzung des Kräfteverhältnisses sowie eine veränderte Wert- und Rangskala der inneren und äußeren Ziele.
4. Es zeichnete sich eine Entwicklung ab, die unter Umständen in Zukunft schwerer wiegen würde als der Ost-West-Konflikt: die künftige Welternährungs- und Energieversorgungslage machte nur noch ein gemeinsames Überleben möglich.

Prinzipiell gesehen können Staaten mit gegensätzlicher Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nebeneinander existieren. Bedingung dafür ist jedoch, daß weder innere Unsicherheit noch äußere Bedrohung zur Hinwendung zur Konfliktslage motivieren. Die innere Konsolidierung des anderen Systems, sein Recht auf die Aufrechterhaltung der eigenen Ziel- und Wertvorstellungen und die Abgrenzung gegenüber dem anderen muß deshalb im beiderseitigen Interesse liegen, wenn friedliches Neben- bzw. Miteinander ihr Ziel ist. Das Ende des Kalten Krieges kann spätestens zu dem Zeitpunkt angesetzt werden, zu dem von beiden Seiten der Zwang zur Vermeidung eines großen nuklearen Krieges als unausweichlich und unabwendbar anerkannt wurde.

Im Rüstungswettlauf bzw. in seinen Folgen liegt begründet, warum der Kalte Krieg nicht zu katastrophaleren kriegerischen Auseinandersetzungen führte, sondern im Gegenteil die zwingende Kraft und Logik hervorbringen konnte, mit der beide Seiten einsehen mußten, daß die militärische Konfrontation unter allen Umständen zu verhindern sei.

II. Ausgewählte Darstellungen der Ursachen des Kalten Krieges und ihre Konsequenzen für eine Entspannungspolitik

Nach diesem Versuch einer allgemeinen Bestimmung des Kalten Krieges sollen nun vier Versionen zu dieser Thematik referiert werden. Sie spiegeln die Hauptströmungen in der hierzu verfügbaren Literatur wider. Die ihnen zugrundeliegenden Einschätzungen und Stellungnahmen dienen immer wieder als Basis für weitere Veröffentlichungen, die aber nur wenig neue Aspekte eröffnen, sondern lediglich als Modifikationen zu werten sind (45).

Ausgehend von der Prämisse, daß politische Forschung und Wissenschaft nicht nur deskriptive Darstellung der Vergangenheit sein kann (46) und soll (47) oder bloße Vergangenheitsbewältigung, sondern einen direkten Gegenwartsbezug hat, indem sie die aktuelle politische Praxis stimuliert, soll belegt werden, daß die meisten dieser Darstellungen diesem Anspruch nicht genügen können. Sie sind unserer Meinung nach nicht in der Lage, plausible und gangbare Wege für die Zukunft aufzuweisen.

1. Die Sowjetunion als Urheber des Kalten Krieges

a) Die Intention der westlich orientierten, liberal-orthodoxen Schule

Von Vertretern dieser These werden aufgrund ihrer vorgefaßten Annahme, die Sowjetunion sei per se aggressiv, historische Fakten, Reden führender Politiker, Parteiprogramme und außenpolitische Aktivitäten so ausgewählt, daß am Ende ihrer Darstellung die These der einseitigen Verantwortlichkeit und Schuld der Sowjetunion am Kalten Krieg als erwiesen erscheint.

Relativ schnell und unfundiert wird die Schlußfolgerung gezogen, daß sich die USA des stalinistischen Imperialismus nur durch eine rasche Aufrüstung erwehren konnten und somit die Sowjetunion mit ihrer aggressiven Politik den Kalten Krieg verursacht habe. Die USA als Führungsmacht des freien Westens seien zu Beginn der Nachkriegszeit mit ihrer Politik der friedlichen Kooperation an der nichtkooperativen, aggressiven Politik der Sowjetunion gescheitert. Zu ihrer eigenen Verteidigung hätten sie sich schließlich gezwungen gesehen, mit Gegenmaßnahmen wie Marshallplan, Containmentpolitik, Gründung der NATO usw. zu antworten (48).

Diese Art der Darstellung fußt auf der Ausklammerung der Wechselseitigkeit des aggressiven Verhaltens seitens der Supermächte und ihrer jeweiligen Bündnis-systeme. Sie berücksichtigt nicht die Interaktions-muster zwischen ihnen, die über Rückkoppelungseffekte die Atmosphäre des Kalten Krieges verschärften. Zudem verschließt diese Betrachtungsweise den Zugang zum Verständnis der anderen Seite, weil sie das politische Geschehen nur vom westlichen Standpunkt aus mit all seinen ideologischen Implikationen (49) beurteilt.

Unberücksichtigt bleiben die Konsolidierungs- und Restaurationsprobleme des Ostens, ebenso wie die Tatsache, daß die vom Westen als reine Verteidigungs- und Sicherheitmaßnahmen ausgegebenen Aktivitäten (Truman-Doktrin, Aufbau des Stützpunktesystems, Marshall-Plan u.a.m.), wie auch immer sie gemeint gewesen sein mögen, von den östlichen Staaten und hier besonders von der Sowjetunion als feindliche, gegen den Bestand des sozialistischen Systems gerichtete Aktionen empfunden wurden. Dieses Gefühl ständiger Bedrohung hatte aber seine Rückwirkungen auf den Entscheidungsprozeß in der Sowjetunion und müßte ebenfalls in eine Untersuchung über die Ursachen des Kalten Krieges eingehen.

Das Aktions-Reaktions-Schema zwischen Ost und West kann durchaus nicht als klar abgrenzbares Verhaltensmuster betrachtet werden, das der östlichen Seite die aggressiven Aktionen, der westlichen aber die defensive Reaktion zuteilt.

Gerade die Wechselseitigkeit und Zweiseitigkeit waren bestimmend für die Entwicklung zum Kalten Krieg, sie waren vermutlich aber auch mit ein Grund, warum der Kalte Krieg nicht in einen heißen eskalierte. Dieses Argumentationsschema dient auch heute noch, wenn auch in etwas modifizierter, weniger dogmatischer Form, zur Rechtfertigung der Verteidigungsausgaben der NATO-Mitgliedsländer vor der Öffentlichkeit (50).

b) Ein Beispiel: Das Weißbuch 1970

Das Weißbuch 1970 enthält zwar keine ausdrückliche Darstellung des Kalten Krieges, wohl aber wird die Politik der siebziger Jahre mit der unmittelbaren Nachkriegszeit kontrastiert, womit letztlich doch die Thematik - Kalter Krieg / Übergang zur Entspannung - umfaßt ist. Da dort die neue Qualität der Politik auf einen tiefgreifenden Strukturwandel der Weltpolitik der sechziger Jahre zurückgeführt wird, ist der Bezug zur vorausgegangenen Phase, die als Ära der Konfrontation bezeichnet wird, doch gegeben.

Obwohl die Annahme von der Aggressivität und des Expansionsstreben der Sowjetunion nicht explizit zum Ausdruck gebracht wird, sieht man sie doch als Ursache der Konfliktstruktur an, ohne daß es für notwendig erachtet wird, diese Annahme auf ihre Stichhaltigkeit hin zu überprüfen.

Heute sei es möglich, "das zur Kriegsverhinderung militärisch Notwendige zu tun (51), ohne das zur Friedenssicherung politisch Mögliche zu unterlassen." (52)

Dieser Formulierung läßt sich entnehmen, daß das heute 'politisch Mögliche' zu einem früheren Zeitpunkt noch unmöglich war. Daraus folgt, daß eine Politik, die ausdrücklich nicht auf Kooperation und Kommunikation angelegt war, der damaligen Periode angemessen war.

Erst zu Beginn der siebziger Jahre erschien der Versuch zum Gespräch "nicht mehr von vornherein als aussichtslos." (53)

Aufschlußreich sind die vier Faktoren, die für diesen Wandel verantwortlich gemacht werden (54).

Das Weißbuch glaubt, im kommunistischen Block starke Spaltungstendenzen erkennen zu können. Verantwortlich hält man das chinesisch - sowjetische Schisma, aber auch den Zwang zu wirtschaftlicher Reform und die Forderung nach intensiveren Kontakten zum Westen. Vor diesem Hintergrund erscheine die Intervention der fünf Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR als ein Eingeständnis der Schwäche; der Einmarsch könne nicht über diese nach Öffnung zum Westen strebende Entwicklung hinwegtäuschen, einer Entwicklung, die in ganz Osteuropa einschließlich der Sowjetunion selbst unvermindert weiterwirke. Abschließend wird die Schlußfolgerung gezogen, die Probleme seien heute anders gelagert als in den fünfziger Jahren (55).

Bei der Beurteilung dieser Darstellungsweise muß berücksichtigt werden, daß sie zwei Funktionen zu erfüllen hat. Die Argumentation soll zum einen die bisher eingeschlagene Sicherheitspolitik rechtfertigen und weiterführen. Sie muß folglich Forderungen nach Kürzung des Rüstungsetats durch die Aufrechterhaltung von Feindbildern vorbeugen.

Zum anderen darf sie aber auch nicht die eigenen Aktivitäten im Rahmen der Ostpolitik, die im Vergleich zu der der 50er Jahre als innovativ einzuschätzen ist, ad absurdum führen.

Die Argumentation schwankt demzufolge zwischen Elementen tradierter Vorstellungen über das sowjetische Expansionsstreben und Elementen eines vorsichtigen Abtastens neuer Möglichkeiten.

Dies erklärt sich daraus, daß die hierfür verantwortliche Regierung nicht nur der Zustimmung der progressiven sondern auch der Unterstützung der konservativen Wähler bedarf. Sie muß sich deshalb gegen den von der Opposition erhobenen Ausverkaufsverdacht zur Wehr setzen.

Die hieraus zu ziehende Konsequenz für die Bundesregierung ist die, zur Befriedigung eher konservativer Wählerkreise betonen zu müssen, alles zu tun, um die militärische Stärke der Bundesrepublik zu erhalten und zur Befriedigung eher als progressiv zu bezeichnender Gruppen, sich aber gleichzeitig zu einer Alternativensuche zu bekennen hat. Ihr Hinweis, in Einklang mit den Bündnispartnern den Versuch des Ausgleichs zu wagen, entspricht dieser Zweigleisigkeit. Er unterstreicht, daß es sich nicht um einen bundesdeutschen, die Sicherheit gefährdenden Alleingang handelt, sondern alle NATO-Partner diese Strategie verfolgen,

andererseits aber das hinter dieser Gemeinschaft stehende Militärpotential weiterhin verfügbar bleibt und somit die im Versuch des Ausgleichs enthaltenen Risiken absichert (56).

Der Aggressionsverdacht gegenüber der Sowjetunion wird jedoch auch von Entspannungsbefürwortern ungeprüft übernommen. Willy Brandt vertritt beispielsweise die Ansicht, daß die Ursachen des Ost-West-Konflikts "im wesentlichen nicht im Westen lagen" (57), zieht aber, im Gegensatz zu den nachfolgend dargestellten Autoren (58), aus diesem vermeintlichen Zustandekommen des Kalten Krieges nicht die Konsequenz, eine auf Entspannung und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion gerichtete Politik für unmöglich oder gar gefährlich zu halten.

"Der Kalte Krieg mit seiner sterilen Paradoxie, die Grenzen erstarren zu lassen, ohne die Gefahren des Zusammenstoßes zu verhindern, zeigte keinen Ausweg." (59)

Die Politik des Kalten Krieges wird hier gleichgesetzt mit dem Weg in eine gefahrenvolle Sackgasse, deren einzig mögliche Überwindung durch einen Kurswechsel von der Konfrontation zur Kooperation erbracht werden kann.

Es könne nicht genügen, sich mit einem Frieden zufrieden zu geben, der sich in seiner Bestimmung als Nicht-Krieg erschöpft, vielmehr müsse ein Frieden angestrebt werden, der sowohl Voraussetzung wie Ergebnis von Zusammenarbeit ist (60).

Unter 'aktiver Koexistenz-Politik' versteht Brandt die überfällige Anpassung politischen Handelns an eine realistischere Politik, die "weder von Furcht noch von Vertrauensseligkeit getragen sein darf" (61).

Er schlägt vor, eine Phase des Nebeneinanders unter dem Prinzip des Gewaltverzichts zu organisieren, um schließlich ein Miteinander zu ermöglichen. Konvergenzbestrebungen werden dabei als ebenso hinderlich angesehen wie das Konfliktdenken (62). Eine durch die ideologischen Gegensätze bedingte Abgrenzung könne und dürfe nicht ausgeschlossen werden. Es sei aber als Fortschritt anzusehen, wenn in zunehmendem Maße von Interessen anstatt von Ideologien gesprochen werde (63).

"Der Übergang von der klassischen Machtpolitik zur sachlichen Friedenspolitik ... muß als Ziel- und Methodenkatalog von der Durchsetzung zum Ausgleich der Interessen begriffen werden." (64)

In der Zeit des Kalten Krieges habe man klassische Machtpolitik betrieben, da beide Seiten versucht hätten, der jeweils anderen ihren Willen, sprich ihre Ideologie aufzudrängen. Militärische Machtdemonstrationen hätten diplomatische Aktivitäten zurückgedrängt.

Um das Ziel einer sachlichen Friedenspolitik zu erreichen, gelte es nun, die angestauten Emotionen abzubauen und den Wettbewerb sachbezogen zu betreiben. Das Gleichgewichtsdenken bestehe zwar fort, "es muß aber mehr sein, als nur ein ausgewogenes System militärischer Machtmittel." (65)

c) Die Argumentation von Boris Meissner

Auf einer völlig anderen Methode basiert die Argumentation Boris Meissners, der seine Schlußfolgerungen über die Ursachen des Kalten Krieges und die Möglichkeiten aktueller Entspannungspolitik aus seiner Analyse sowjetischer Außenpolitik herleitet (66).

Obwohl die Ursachen des Kalten Krieges nicht Gegenstand seiner Untersuchung sind und der Terminus 'Kalter Krieg' bei ihm selten verwendet wird, erweist er sich als Apologet des Kalten Krieges.

Implizit weist er der Sowjetunion die Verantwortung für die Entwicklung zum Kalten Krieg zu, da seiner Meinung nach die Ursachen des Kalten Krieges in der Ideologie des Sowjetkommunismus begründet sind.

Nach Meissner muß der Sozialismus die Konfrontation der entgegengesetzten Gesellschaftsordnungen zum Ziel haben und betreibt demzufolge Entspannungspolitik nur in Perioden eigener nationaler Schwäche. Damit habe aber Entspannungspolitik lediglich aufschiebende Funktion und nur so lange Gültigkeit, bis die Schwächeperiode überwunden sei und die Systemauseinandersetzung erneut aufgenommen werden könne. Sowjetische Entspannungspolitik strebe demnach keinen dauerhaften Frieden an.

Hieraus aber folgt nicht nur, daß ein konstruktives, kooperatives Verhältnis zwischen den beiden Supermächten so lange unmöglich ist, wie die Sowjetunion an der sozialistischen Ideologie festhält, sondern daß sämtliche auf Entspannung gerichtete Projekte der Gegenwart sinnlos, wenn nicht sogar gefährlich sind.

Wäre diese Einschätzung richtig, müßte sie schwerwiegende Konsequenzen für die aktuelle internationale Politik bzw. für die intersystemaren Beziehungen haben. Wir halten es daher für vertretbar, die ihr zugrundeliegende Argumentation einer intensiven Überprüfung zu unterziehen.

Ausgangspunkt seiner Analyse ist das Expansionsstreben der Sowjetunion, das unter Regreß auf die weltrevolutionäre Zielsetzung der Theorie des Marxismus-Leninismus zum bestimmenden Moment sowjetischer Außenpolitik erklärt wird.

Getreu dem ideologischen Selbstverständnis des Kommunismus, der in der klassenlosen Gesellschaft den einzigen Garanten für den ewigen Frieden sieht, strebt die Sowjetunion den revolutionären Strukturwandel in allen Ländern an. Für Meissner hat dies den Effekt, daß die Sowjetunion nach universaler Herrschaft strebt. Richtig ist seine Feststellung, die Theorie des Marxismus-Leninismus müsse ihrer eigenen Logik entsprechend notwendigerweise die Umstrukturierung des Kapitalismus anstreben, da sie ansonsten keinen Sinn ergibt; die Art der Umstrukturierung, die Aktivitäten, die die Sowjetunion ergreifen könnte, um sie zu forcieren, ist damit jedoch ebensowenig eindeutig festgelegt, wie der Zeitpunkt.

Export von Revolution und gewaltsamer Umsturz durch Einflußnahme von außen wird von der Sowjetunion ausdrücklich abgelehnt. Dies hindert sie jedoch nicht daran, die Unterstützung revolutionärer Befreiungsbewegungen als ihre (sozialistische Bruder-) Pflicht anzusehen. Befreiungs- und Bürgerkriege werden als Mittel der Politik befürwortet, weil sie vom Volk ausgehen, also von innen heraus entstehen. Der weltrevolutionären Tendenz könne, so Meissner, nur durch das bestehende Kräfteverhältnis, d.h. durch das atomare Gleichgewicht des Schreckens, Einhalt geboten werden.

Die Einsicht in die Gefahr des nuklearen Krieges als einer Gefahr für beide Seiten habe zwar die Strategie der friedlichen Koexistenz hervorgebracht. Sie diene aber der Sowjetunion nur als Zwischenstufe auf dem auch weiterhin verfolgten Weg zu einer universalen Herrschaft.

Zur Zeit garantiere zwar das Gleichgewicht des Schreckens die Sicherheit in Europa. Es handelt sich jedoch nach Meinung des Autors nur um eine sehr prekäre Sicherheit und ein labiles Gleichgewicht, da die friedliche Koexistenz zeitlich, räumlich und thematisch begrenzt sei.

Diese, der Theorie der friedlichen Koexistenz tatsächlich immanenten Einschränkungen haben jedoch eine andere Bedeutung als Meissners Interpretation zuläßt. Da Meissner diese Einschränkungen jedoch aus ihrem Begründungszusammenhang herauslöst, kann sich ihm ihre Funktion nicht eröffnen, sondern er sieht seine bereits feststehende Meinung bestätigt.

Die Theorie der friedlichen Koexistenz soll nur eine bestimmte Epoche bezeichnen, die von der ungleichen Entwicklung zwischen Sozialismus und Kapitalismus gekennzeichnet ist. Sie muß daher auf diesen Zeitraum begrenzt sein und kann nur für diesen Zeitraum gültige Gesetze und Handlungsanweisungen formulieren.

In dieser Phase sind nach marxistisch-leninistischer Interpretation und Sichtweise die kapitalistischen Staaten noch nicht reif für die geschichtliche Weiterentwicklung, die Ablösung der kapitalistischen Strukturen durch die fortschrittlichere sozialistische Gesellschaftsordnung.

Die Gültigkeit der Theorie der friedlichen Koexistenz muß also notwendigerweise auf den Zeitraum des Reifeprozesses der kapitalistischen Gesellschaft begrenzt sein.

Hieraus lassen sich jedoch keine Aussagen über den Zeitaufwand, den die kapitalistische Gesellschaft für diesen Reifeprozess benötigen wird, herleiten, womit auch Rückschlüsse auf die definitive Gültigkeitsdauer der Theorie der friedlichen Koexistenz unmöglich sind. Die Sowjetunion geht jedoch von einem relativ langfristigen Zeitraum aus.

Für Meissner hat die zeitliche Begrenzung im wesentlichen die Funktion, daß die Strategie der friedlichen Koexistenz nur als längerfristiger Waffenstillstand konzipiert sei und nur so lange Gültigkeit besitze, bis sich die Sowjetunion eindeutig in der Position des Stärkeren befände. Demzufolge bezeichne die friedliche Koexistenz nur eine Art Wartestellung bis zu jenem Zeitpunkt, zu dem es der Sowjetunion möglich sein werde, der Restwelt ihren Willen, d.h. ihr System aufzuzwingen.

Räumliche Begrenzung meint nach sowjetischer Interpretation nicht etwa eine geographische, sondern eine gesellschaftliche Beschränkung.

Das Prinzip der friedlichen Koexistenz soll ausdrücklich nur die Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen regeln. Es kann per definitionem auf die Beziehungen der sozialistischen Staaten untereinander keine Anwendung finden.

Daß die Sowjetunion gegenüber den anderen sozialistischen Staaten ihr "hegemonial-imperialles Ordnungsprinzip" (67) nicht aufzugeben bereit sei, sondern auf einer Vasallität der Mitglieder des Warschauer Paktes bestehe, erachtet Meissner als Bestätigung seiner These.

Eine solche Beschränkung der Souveränitäts- und Selbstbestimmungsrechte der sozialistischen Staaten widerspreche nämlich jeder völkerrechtlichen Koexistenzkonzeption.

Meissner will den totalitären Charakter des sowjetischen Systems nachweisen und sieht ihn in der Doktrin des proletarisch-sozialistischen Internationalismus, insbesondere in der Einwirkung auf die CSSR belegt.

Seine Darstellung der Intervention in die CSSR bleibt jedoch notwendigerweise indifferent, da er die Notwendigkeit eines jeden Systems außer Acht läßt, zur Wahrung des eigenen Fortbestehens Abweichungen zu unterdrücken, die den Systeminhalt berühren und damit die Grenzen des Systems sprengen und seinen Bestand gefährden (68).

Derart tiefgreifende Veränderungen oder Reformen, wie sie in der CSSR angestrebt wurden, hätten aber, was Meissner unerwähnt läßt, weitreichende Folgen in allen sozialistischen Ländern hervorrufen können und damit den Führungsanspruch der Sowjetunion in Frage gestellt.

Hierin sah man eine Gefährdung des Sozialismus schlechthin. Die Intervention in die CSSR erschien somit aus sowjetischer Sicht als notwendige Maßnahme der Selbstverteidigung (69).

Entsprechend offiziellen Verlautbarungen folgt die ideologische Begrenzung aus der Fortsetzung der ideologischen Auseinandersetzung, denn auch im Zuge der friedlichen Koexistenz werden die Unterschiede zwischen den Gesellschaftssystemen nicht aufgehoben, sondern nur ein friedlicher Wettbewerb ermöglicht (70).

Die Theorie besagt, daß sich beide Systeme gegeneinander abgrenzen müssen - trotz oder gerade wegen der zunehmenden Annäherungen im Zuge wachsender Verflechtung und Zusammenarbeit; ebenso müssen sich beide Systeme aber auch das Recht auf Abgrenzung gegenseitig zugestehen (71).

Insofern dieser Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen ausgetragen wird, ist nach sozialistischem Verständnis der Klassenkampfcharakter unweigerlich eingeschlossen. Er soll jedoch ausschließlich mit friedlichen, also nicht mit militärischen Mitteln, sondern auf ökonomischem und ideologischem Gebiet ausgetragen werden.

Meissners Schlußfolgerung, die friedliche Koexistenz weise demnach einen Janus-Kopf (72) auf, erscheint somit genausowenig abgeleitet wie die Polemik: "Wenn sie als 'spezifische Form des Klassenkampfes' auftritt, ist es äußerst schwer, eine solche 'Koexistenz bis aufs Messer' vom 'Kalten Krieg' zu unterscheiden ..." (73)

Die gesamte sowjetische Osteuropapolitik ist nach Meissner vor dem Hintergrund eines spezifisch sowjetischen Sicherheitsdenkens zu verstehen.

Dieses Sicherheitsdenken habe aufgrund des national-imperialen Interesses der Sowjetunion die Angleichung der Sozialstruktur der abhängigen Länder an das sowjetische Modell verlangt. Es stelle auch die eigentliche Basis für den Ausbau des Warschauer Paktes und die Schaffung eines Systems sozialistischer Arbeitsteilung dar.

Folgerichtig habe man die betroffenen Länder in eine völlige wirtschaftliche und militärische Abhängigkeit zu der Sowjetunion bringen müssen.

In erster Linie sollte damit das orthodox-kommunistische Herrschafts- und Gesellschaftssystem gegen Einflüsse des freiheitlichen Westens und gegen Liberalisierungstendenzen aus dem Inneren des sozialistischen Lagers abgeschirmt werden. Ebenso zeige es, daß der Primat der Innenpolitik, d.h. der inneren Sicherheit, ein zentraler Faktor sowjetischer Außenpolitik sei.

Diese Einschätzung mag für die ersten Nachkriegsjahre, angesichts der Konsolidierungsschwierigkeiten gewisse Berechtigung haben. Unbestritten ist auch, daß in der Stalinzeit die mit der Sowjetunion verbündeten Staaten in eine starke wirtschaftliche Abhängigkeit zur Sowjetunion gerieten und von dieser wirtschaftlich ausgenutzt wurden. Meissner zieht aber aus dieser ersten Zeit des Wiederaufbaus direkte Schlußfolgerungen auf die heutigen Friedensinitiativen der Sowjetunion.

"Die Diffamierung und zugleich Einschläferung des Gegners durch eine Friedenspropaganda, welche den prinzipiell expansiven und aggressiven Charakter der totalitären Außenpolitik verdeckt, gehört dabei zu den bewährten operativen Prinzipien die aufgrund der Lehre von Strategie und Taktik entwickelt worden sind." (74)

Da die Sowjetunion nach Meinung Meissners ein totalitärer Staat ist, Totalitarismus aber überspitzte Machtpolitik darstellt, kann das Gleichgewicht der Kräfte nur durch die Demonstration realer Macht der Gegenseite aufrechterhalten werden (75).

Meissner befürwortet damit die Fortsetzung der Droh- und Machtpolitik des Kalten Krieges, da jegliche Konzessionsbereitschaft des Westens von der Sowjetunion als Zeichen der Schwäche ausgelegt werde (76). In diesem Sinne hätten die Entspannungsinitiativen der Sowjetunion eine rein spalterische und schwächende Funktion.

Mit dem für die westlichen Verbündeten verlockend klingenden Angebot eines europäischen Sicherheitssystems wolle sie die NATO auflösen, Westeuropa von den USA trennen, das Kräftegleichgewicht zu ihrem eigenen Nutzen verschieben und somit selbst mehr Einfluß in Europa gewinnen (77).

Meissners Schlußfolgerung ist die, daß unter den gegebenen Voraussetzungen, d.h. solange sich die Ideologie der sozialistischen Länder nicht gravierend ändert, Entspannungspolitik keine Alternative zum Kalten Krieg sein kann. Solange die UdSSR auf ihrem expansiven Charakter beharre, könne die westliche Antwort nur eine Drohpolitik, eine Demonstration der Stärke sein. Jedes andere Verhalten berge die Gefahr in sich, von der Sowjetunion als Zeichen der Schwäche verstanden zu werden und dieser Anlaß für einen Angriff auf die westliche Welt zu geben, um so ihren Einfluß zu vergrößern. Für Meissner stellt sich die Notwendigkeit von Entspannungspolitik nicht. Für ihn muß und kann es unter den gegebenen Umständen der Aufrechterhaltung der Systemunterschiede keine Alternative zur Konfrontationspolitik geben.

d) Die Argumentation von Gerhard Wettig

Auf einer ähnlichen Grundhaltung basiert die Analyse sowjetischer Außenpolitik bei Gerhard Wettig (78).

Auch für ihn stellt das nationalistische Element den zentralen Bestimmungsfaktor für die auswärtigen Aktivitäten der Sowjetunion dar.

Nach Wettig fühlte sich das Sowjetsystem von Anfang an einer ständigen und akuten Bedrohung ausgesetzt. Dies habe ursprünglich keine reale Basis gehabt, sondern entspringe vielmehr der eigenen prinzipiell-ideologischen Herausforderung an die gesamte politische Umwelt und der damit verbundenen Erwartungshaltung, die Gegenseite müsse sich genauso feindlich gebärden (79).

Da es aber auch feindselige Schritte der westlichen Seite gegeben hat, über die nicht hinweggesehen werden kann, muß aus der eingebildeten Gefährdung gefolgert werden, daß der Westen dem kommunistischen Staat nicht von vornherein feindlich gegenübergetreten, durch dessen Erwartungshaltung aber in diese Position hineinmanövriert worden sei (80).

In diesem permanenten Gefühl der Bedrohung durch die gesamte kapitalistische Umwelt sieht Wettig die Basis für die weltrevolutionäre Theorie, die aus dem Bewußtsein entstanden sei, daß sich ein einzelner und noch dazu relativ schwacher Staat nicht gegen seine gesamte Umwelt durchsetzen könne. Damit entspringt die Idee der Weltrevolution nach Meinung Wettigs den ureigensten Interessen der Sowjetunion, die eigene Existenz zu erhalten und ist demnach nationalistisch.

Hierauf baut Wettig seine gesamte Einschätzung sowjetischer Außenpolitik auf. Da die Sowjetunion faktisch außerstande gewesen sei, sich ihrer unbeugsamen Kampfansage an die gesamte Umwelt zu stellen, habe sie ihr Verhalten den Gegebenheiten angepaßt, ohne jedoch ihre Ziel- und Wertvorstellungen aufzugeben.

Es "mußten eben Formen des begrenzten Kampfes gefunden werden, die untragbare Risiken ausschlossen und sogar die Ausnutzung ausländischer Hilfe für die Überlebenszwecke des Sowjetstaates gestatteten" (81).

Mit diesen Formen ist vermutlich die Theorie der friedlichen Koexistenz gemeint, die analog zu Meissner als "ein militärischer, wirtschaftlicher und sogar politischer Waffenstillstand" (82) bezeichnet wird.

Stringent fortgedacht, entspringen somit nach Meinung Wettigs Entspannungsinitiativen und Koexistenzangebote der Einsicht, die Weltrevolution sei kurzfristig nicht realisierbar. Sie sind somit ein Zeichen sowjetischer Schwäche in nichtrevolutionären Perioden. Daß die Kontinuität sowjetischer Zielsetzung hiervon unberührt bleibe, lasse sich an den Spaltungstendenzen und der Konfliktstrategie gegenüber der "zu Feinden gestempelten Staatenwelt" (83) ablesen.

Den Beweis für die weitere Verfolgung von Spaltungsstrategien durch die Sowjetunion in der heutigen Zeit und damit für Kontinuität in der sowjetischen Außenpolitik sieht Wettig in den verschiedenen Verhandlungsangeboten der Sowjetunion an einzelne Bündnispartner der NATO, die besonders nach dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu dieser Militärorganisation forciert unterbreitet werden. Diese Initiativen hätten trotz gegenteiliger Beteuerungen der Sowjetunion durchaus nicht die Funktion gehabt, einen Verständigungsprozess oder einen Interessenausgleich einzuleiten. Obwohl die sowjetische Führung vorgeblich Frieden und Entspannung propagiert habe, müsse das eigentliche Ziel dieser Initiativen in der wechselseitigen Schwächung der Länder des westlichen Bündnisses gesehen werden (84).

Statt tatsächliche Sicherheit garantieren zu wollen, habe man versucht, mit Hilfe der Entspannungsangebote dem Westen ein trügerisches Sicherheitsgefühl zu suggerieren. Hiermit hoffte man, die dem gemeinsamen Bedrohtsein entspringende Solidarität der westlichen Staaten untereinander aufzulösen und auf das Nordatlantische Bündnis und hier besonders auf das Verhältnis Westeuropa - Vereinigte Staaten desintegrativ einzuwirken.

Offenbar habe die Sowjetunion nicht mit einem Aufgreifen des Entspannungsgedankens durch westliche Länder gerechnet und sich hierdurch in die politische Defensive gedrängt gesehen, da sie nun ihrerseits mit Liberalisierungsforderungen und Paralysisierungstendenzen im eigenen Bündnis konfrontiert wurde (85).

Die Abschirmung gegen das systemwidrige Ausland werde von sowjetischer Politik als unverzichtbare Bedingung für das Bestehen ihres Staates und des sozialistischen Gesellschaftssystems angesehen. Die Konsequenz aus diesen Sicherheitsvorstellungen bestehe deshalb in der Notwendigkeit eines systemkonformen Vorfalles, dessen stetige Garantierung es verlange, auch die innenpolitische Entwicklung in diesem Gebiet ständig unter Kontrolle zu haben (86).

Da die Sowjetunion heute, nicht anders als zu ihrer Gründungszeit, im Bewußtsein einer ständigen Bedrohung durch die kapitalistische Umwelt handle, sich demzufolge die Problemstellung für den sowjetischen Staat nicht geändert habe, sieht Wettig seine These von der Kontinuität sowjetischer Außen- und Innenpolitik, die partiell sogar bis in die Zarenzeit zurückreiche, bestätigt.

In Zeiten der Schwäche werde ihre Politik in erster Linie von dem Bestreben der Sicherung der eigenen Existenz geleitet, in Zeiten der Stärke aber strebe sie danach, ihren Machtbereich zu erweitern.

Angesichts der waffentechnologischen Entwicklung erscheine ihr die direkte Konfrontation mit dem Gegner als zu riskant. Da sie aber auch nicht bereit sei, ihre expansiven Ziele aufzugeben, setze sie nunmehr die Mittel einer zielbewußten, aber verdeckt wirkenden Spaltungsstrategie ein.

Als stringente Ergänzung der Aufrechterhaltung ihrer ursprünglichen Ziele unter veränderten Bedingungen diene ihr die Theorie der friedlichen Koexistenz als eine "Strategie der Aufschübe", d.h. "der vorübergehend gemeinten politischen Waffenstillstände." (87)

Für Wettig ist die friedliche Koexistenz eine pragmatische Anpassung an die Erfordernisse der gegenwärtigen Situation.

Sie widerspreche an sich der Durchsetzung sowjetischer Vorstellungen. Streckenweise könne die sowjetische Außenpolitik zwar mit der im Interesse der Sicherheit betriebenen Politik anderer Staaten verglichen werden (88), sie unterscheide sich hiervon jedoch insofern, als die Sowjetunion nicht den Anspruch erheben könne, im Interesse legitimer Sicherheitsbedürfnisse zu handeln, da ihre Zurückhaltung in Bezug auf ihre expansiven Ziele nur aufgrund der gegebenen weltpolitischen Konstellation zustandegekommen und somit als vorläufig angesehen werde.

"Die Gewalt der Tatsachen reduziert das, was die Leiter der sowjetischen Außenpolitik konkret anstreben können, auf ein relativ eng umgrenztes Ausmaß." (89)

Meissner und Wettig gelangen zu derselben Einschätzung gegenwärtiger sowjetischer Außenpolitik. Die Politik wird als Fortsetzung des Totalitarismus der Gründungszeit des ersten sozialistischen Staates betrachtet.

Da die Sowjetunion den Entspannungskurs nur in Zeiten eigener Schwäche einschlage, könne er im Gegensatz zu der rein machtpolitisch und nationalistisch motivierten eigentlichen Zielsetzung der UdSSR keine Kontinuität haben. Die Konsequenz der Interpretation beider Autoren kann demnach nur die Fortsetzung des Kalten Krieges sein.

In Zeiten sowjetischer Schwäche müsse man dieser Konzessionen abzwängen. Den einzig wirkungsvollen Schutz gegen sowjetisches Expansionsstreben biete eine solidarische Haltung in einem starken nordatlantischen Bündnis, das eine Gegenmacht zur Sowjetunion und zu den Militärpotentialen des Warschauer Paktes darstellen könne.

Die gemäßigte Haltung der Sowjetunion, die lediglich die Funktion habe, den Westen in Sicherheit zu wiegen, dürfe unter keinen Umständen zu einer Aufgabe von Sicherheits- und Machtpositionen führen.

Wenn sich das Kräfteverhältnis zugunsten der Sowjetunion verschiebe, sehe sich diese auch nicht mehr zur Entspannung veranlaßt. Es sei damit zu rechnen, daß sie dann ihren Entspannungskurs abbrechen werde.

Nach Meinung beider Autoren muß die gemeinsame Politik der westlichen Welt darauf angelegt sein, die Sowjetunion so schwach wie möglich zu halten. Im Bewußtsein der Stärke sei die Sowjetunion bestrebt, diese Position in eine Erweiterung ihres Machtbereichs umzumünzen. Folgerichtig müsse demnach auch eine ökonomische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion abgelehnt werden, da das wirtschaftliche Potential der Sowjetunion hierdurch gestärkt wird und diese zu einem härteren Kurs veranlassen würde.

Die hieraus abzuleitende Empfehlung, mit der Sowjetunion auf keinen Fall wirtschaftlich zu kooperieren oder auf ihre Entspannungsangebote einzugehen, widerspricht der eingangs getroffenen Feststellung, daß das Aufgreifen des Entspannungsgedanken durch einige westliche Länder Emanzipationsbestrebungen in den einzelnen Warschauer-Pakt-Staaten hervorgerufen habe. Damit böte doch die Entspannung gerade die Möglichkeit, die von der Sowjetunion intendierten Spaltungstendenzen der NATO umgekehrt gegenüber dem Warschauer Pakt anzuwenden und damit möglicherweise Liberalisierungstendenzen im Sinne westlicher Vorstellungen zu begünstigen.

Ebenso könnte eine überzeugende Selbstdarstellung des westlichen Wirtschaftssystems als eines potenten und den Ansprüchen der Bevölkerung gerechtwerdenden Systems, das sich dem friedlichen Wettbewerb mit dem kommunistischen Wirtschaftssystem stellt, Tendenzen zur Emanzipation doch nur unterstützen.

Einerseits wird die ideologische Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Gesellschaftssystemen als sowjetischer Vorwand eingeschätzt, Konfrontations- bzw. Machtpolitik fortzusetzen, andererseits scheint es gerade die ideologische Auseinandersetzung zu sein, die der Westen am meisten fürchtet.

Dementsprechend ist der Hauptvorwurf, den Meissner der Theorie der friedlichen Koexistenz macht, daß sie weder friedlich noch auf besseres Zusammen- oder Miteinanderleben angelegt sein könne, solange sie die ideologischen Auseinandersetzungen fortsetzen wolle.

Diese Befürchtungen lassen darauf schließen, daß das Vertrauen in die Widerstandsfähigkeit des eigenen Systems gegenüber Fremdeinflüssen nicht allzu stark entwickelt ist.

Offenbar hat nicht nur der Osten westliche Einflüsse zu fürchten, sondern umgekehrt auch der Westen sozialistisches Gedankengut.

Da man östliche Spaltungspolitik so zu fürchten scheint, liegt die Vermutung nahe, daß das Vertrauen in die Solidarität des westlichen Bündnisses ebenso wenig gefestigt ist.

Was die westliche Seite für sich fordert, ist das Recht auf Abgrenzung. Dieses Recht aber wird dem Osten nicht zugestanden, weil die Entspannungsinitiativen vieler, eigentlich eher konservativer Kräfte eben doch von Konvergenzambitionen erfüllt sind.

2. Die USA als Urheber des Kalten Krieges

a) Die Intention der **revisionistischen** Schule

Die revisionistische Schule (90) als Antithese zur Argumentation der liberal-orthodoxen Schule weist nicht nur die Vorwürfe gegenüber der Sowjetunion zurück, sondern macht nun ihrerseits dieselben Einlassungen gegenüber der amerikanischen Nachkriegspolitik geltend.

Obwohl ihre Argumentation ebenso einseitig und damit parteilich ist wie die Beweisführung der liberal-orthodoxen Schule, soll sie dennoch referiert werden. Sie ist die Reaktion auf die jahrelang als richtig angesehenen und einzig vorstellbaren, nicht zuletzt auch offizielle Interpretation des Kalten Krieges

und seiner Ursachen. Trotz ihrer Einseitigkeit liegt ihr Wert doch darin, die Einseitigkeit der liberal-orthodoxen Schule transparent gemacht zu haben.

b) Die Argumentation von David Horowitz

Angelpunkt der Argumentation von Horowitz ist die Umkehrung des gängigen Aktions-Reaktions-Schemas, das die Sowjetunion als expansiv und aggressiv ansieht, während der freie Westen nur auf dieses feindliche Verhalten reagiert habe.

Bei Horowitz wird nunmehr die amerikanische Politik der Nachkriegszeit als aggressiv und nicht-kooperationsbereit angesehen. Aus der Tatsache, daß die USA ihren Machtvorteil gegenüber der Sowjetunion nicht zu Verhandlungen nutzten, folgert Horowitz, daß sie ihre Ziele auf anderen als auf dem Verhandlungswege durchzusetzen gedachten und sieht so in den USA den Hauptinitiator des Kalten Krieges.

Aufgrund der im Zweiten Weltkrieg auf fast allen Gebieten von den USA erworbenen Macht- und Überlegenheitsstellung, die ihnen auch ein Monopol auf die strategischen Entscheidungen eingeräumt habe, hätten die USA versucht, so Horowitz, der UdSSR die Bedingungen zu diktieren. Das aggressive Moment dieses nur als Machtpolitik zu bezeichnenden Verhaltens sieht Horowitz in der mehr oder minder unverhohlenen Absicht, den Kommunismus wieder aufzurollen (gemäß der Strategie des roll back), zum mindesten aber einzudämmen (containment- und Truman-Doktrin).

Hierdurch habe sich die an sich 'friedliebende' Sowjetunion zur Befriedigung ihres Sicherheitsbedürfnisses zu forcierten Rüstungsanstrengungen veranlaßt gesehen.

Angesichts der wirtschaftlich und technologisch schlechten Ausgangssituation (91) der Sowjetunion bei Kriegsende habe diese zu repressiven Mitteln greifen müssen (92). Zur Befriedigung ihres legitimen Sicherheitsbedürfnisses (93) habe sie einen harten Verteidigungskampf geführt, in diesen Zusammenhang müsse auch der Staatsstreich in der Tschechoslowakei eingeordnet werden.

Horowitz konstatiert eine Abhängigkeit zwischen der Verschlechterung des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses und den Entwicklungen in Osteuropa, die seiner Meinung nach nicht ausschließlich durch das sowjetische Expansionsstreben bedingt sind.

Die UdSSR habe in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht über dieselben Mittel wie die USA verfügt

- man denke nur an den Besitz von Interkontinentalraketen als Beleg des hohen technologischen Entwicklungsstandes der USA. Die Sowjetunion habe sich deshalb angesichts der amerikanischen Drohpolitik nur durch eine starke Landstreitmacht und eine vorgeschobene Verteidigungslinie absichern können. Auf diese strategische Überlegung seien letztlich auch die Ereignisse in der Tschechoslowakei zurückzuführen. Damit wird zum mindesten ein Teil der Verantwortung für die osteuropäische Entwicklung den USA angelastet.

Darüber hinaus, so Horowitz, diene das von amerikanischer Seite erwartete Verhalten der Sowjetunion den USA rückwirkend als Beweis für die expansive und aggressive Intention der Sowjetunion und damit zur Rechtfertigung der Rüstungsausgaben.

Die von amerikanischer Seite in sowjetisches Verhalten hineininterpretierte Aggressivität sei in Wirklichkeit der Schwächeposition der Sowjetunion entsprungen, auf die die amerikanische Politik von Anfang an spekuliert habe. Aufgrund der Überbewertung der sowjetischen Schwäche habe die amerikanische Führung Verhandlungen für überflüssig gehalten, in der Annahme, daß es nur eine Frage der Zeit sein könne, wann das russische Problem gelöst sei.

Nach Horowitz glaubte man, auf die Sowjetunion so starken Druck ausüben zu können, daß diese letztlich zusammenbrechen müsse. Den erwarteten Zusammenbruch zu forcieren, sei demnach das Motiv aktiver amerikanischer Initiativen gewesen.

Die Truman-Doktrin wird als das wichtigste politische Dokument der amerikanischen Gegenoffensive gegen den Kommunismus im Kalten Krieg angesehen, der Marshall-Plan als ihr wirtschaftspolitisches Korrelat.

Folgerichtig erschien die Organisation eines starken kapitalistischen Umfeldes vordringlich und auch auf militärischem Gebiet sei es den USA als der potentesten Wirtschaftsmacht nicht schwer gefallen, einen Ring von Stützpunkten rund um die Sowjetunion zu legen. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen Macht seien die USA in der Lage gewesen, durch die Lenkung von Geldströmen und in der Absicht, diese beliebig einzuschränken, direkten Einfluß auf die wirtschaftliche und damit auch auf die innenpolitische Entwicklung in anderen Ländern zu nehmen.

In diesem Sinne hätten durchaus nicht nur humanitäre Erwägungen zu Hilfsmaßnahmen für den Wiederaufbau Westeuropas motiviert. Als entscheidend müsse auch und vor allem das nationale Interesse in Betracht gezogen werden, wenn es darum ging, freie, d.h. kapitalistische Länder zu unterstützen und vor innen- und außenpolitischen Umwälzungen zu beschützen.

Die Aufrechterhaltung kapitalistischer Strukturen und die Unterstellung dieser Staaten unter amerikanische Kontrolle sei ein nationaler Sicherheitsfaktor für die USA gewesen.

In der Möglichkeit der offenen, aber vom Erscheinungsbild her relativ friedlichen Art, in der sich die USA zum Schutz ihrer strategischen Interessen in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischen konnten, sieht Horowitz einen wichtigen Faktor in der Frühphase des Kalten Krieges. Während sich die Sowjetunion überall einem kapitalistischen Ausland gegenübergestellt sah und für eine Erweiterung ihres Sicherheitsbereiches den kapitalistischen Status quo gewaltsam hätte ändern müssen, konnten die USA dasselbe Ziel mit lautlosen, nach außen hin legalen Methoden verwirklichen (94).

Nach Horowitz verfolgten die USA dieselben expansiven Ziele, wie sie allgemein der Sowjetunion unterstellt werden. Im Gegensatz zur UdSSR verfügten sie jedoch über die Mittel, diese Ziele unter dem Deckmantel der Legitimität durchzuführen. So habe der Aufbau der Verteidigungsstützpunkte eine Kontrolle der dortigen Entwicklungen und Regierungen erlaubt, ohne daß man den USA auch nur den Vorwurf der Annexion und Expansion hätte machen können.

War schon die Zusammenbruchstheorie eine amerikanische Fehleinschätzung, so glaubte man auch den nuklearen Vorteil, d.h. das Atomwaffenmonopol längere Zeit aufrechterhalten zu können. Bis zu jenem Zeitpunkt, zu dem auch die Sowjetunion in den Besitz der Atombombe gelangen sollte, habe man die Zeit nutzen wollen, die Situation in Europa den eigenen Vorstellungen und Vorteilen entsprechend zu gestalten.

Die amerikanische Führung habe damit gerechnet, daß die Sowjetunion, sobald sie im Besitz dieser Waffe sein werde, sich vergleichsweise ebenso aggressiv und Verhandlungen gegenüber abgeneigt verhalten werde, wie vormals die USA.

Nach Horowitz war aber das Gegenteil der Fall. Je mehr sich die Sowjetunion einer Parität mit dem Westen näherte, um so versöhnlicher sei ihre Haltung gewesen. Horowitz führt dies auf das neugewonnene Vertrauen in die eigenen Abschreckungsmittel zurück. Hieraus zieht er den Schluß, ein wesentliches Element stalinistischer Politik habe darin bestanden, dem Westen die Koexistenz aufzuzwingen.

Anstatt die amerikanischen Zusammenbruchserwartungen zu erfüllen, habe die Zündung des Sputnik bewiesen, daß die Sowjetunion ein durchaus konkurrenzfähiges Gesellschaftssystem auf fortschrittlich-technologischer Ebene sei. Angesichts dieser für die westliche Seite überraschenden Stabilität hätten sich schließlich die USA zu einem Aufgreifen des Koexistenzgedankens gezwungen gesehen. Die traditionelle Feindschaft blieb bestehen, die veränderten Verhaltensweisen seien nur einem zunehmendem Realismus entsprungen und hätten schließlich zu einer Aufnahme der seit Kriegsende vernachlässigten Diplomatie geführt.

Als die nukleare Parität bereits absehbar wurde und sich damit die bisherige Voraussetzung amerikanischer Politik, der drohende Zusammenbruch der Sowjetunion, als falsch herausstellte, hätte die amerikanische Führung auf die sowjetischen Initiativvorschläge für Abrüstung und Auflösung der Blöcke eingehen können.

Daß sie es dennoch versäumte, führt Horowitz auf die Unfähigkeit der USA zurück, eine adäquate Konzeption zur friedlichen Koexistenz zu entwickeln, sowie auf die mangelnde Bereitschaft, sich mit dieser Idee und ihrer Notwendigkeit abzufinden.

Als Folge dieses Versäumnisses habe sich herausgestellt, daß sich die Sicherheit eines Landes, selbst unter den Bedingungen verstärkter Rüstungsanstrengungen, verringern könne. Verantwortlich für eine solche Entwicklung sei das spiralig verlaufende Wettrüsten.

Die Entwicklung des sowjetischen Abschreckungspotentials vereitelte das amerikanische Streben nach absoluter Vorherrschaft; deshalb sei es zu einer Art Waffenstillstand im Kalten Krieg gekommen.

Zu diesem Zeitpunkt sei eine Beendigung des Kalten Krieges noch unmöglich gewesen, da die Voraussetzungen für eine Annäherung mit dem Ziel der Lösung des Konflikts noch nicht vorhanden gewesen wären (95).

Sobald die Sowjetunion über ein nukleares Abschreckungspotential verfügte, mußte die vorgeschobene Verteidigungslinie in Österreich für sie an Bedeutung verlieren. Folgerichtig habe man die sowjetischen Truppen zurückgezogen, womit auch das Argument einer möglichen sowjetischen Aggression nicht mehr stichhaltig gewesen sei. Das Operieren mit dem Argument der drohenden sowjetischen Expansion habe ohnehin im wesentlichen die Funktion gehabt, von der eigentlichen Bedrohung, dem Kommunismus als einem inneren Problem, als dem Existenzproblem der westlichen Gesellschaftsordnung, abzulenken.

Unter Eindämmung habe man weniger eine Eindämmung sowjetisch-territorialer Expansion verstanden als vielmehr eine Eindämmung kommunistisch-revolutionärer Kräfte (96).

c) Die Argumentation von Gunnar Adler-Karlsson

Während Horowitz den USA die Verantwortlichkeit für die Entwicklung von Konfrontationsstrukturen im Verhältnis der Supermächte auf politischem Gebiet anlastet, verfolgt Gunnar Adler-Karlsson dieselbe Intention auf dem ökonomischen Sektor (97).

Die westliche Embargopolitik stellt für ihn das wichtigste ökonomische Mittel zur Verschärfung des Kalten Krieges dar. Der Wettbewerb zwischen den gegensätzlichen Gesellschafts- und Wirtschaftssystemen habe im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen gestanden.

Anstatt die wirtschaftliche Entwicklung im eigenen Land voranzutreiben und eine gesündere und sozial gerechte Einkommensverteilung zu verfolgen, habe das Ziel amerikanischer Aktivitäten in der destruktiven Verwendung ihrer Energie zur Schwächung der kommunistischen und insbesondere der sowjetischen Wirtschaft bestanden (98).

Die Grundlegung zu dieser Politik müsse bereits mit dem Jahr 1947 veranschlagt werden und damit vor dem Prager Staatsstreich. Sie sei somit nicht als Antwort auf die kommunistische Expansion zu verstehen.

Adler-Karlsson teilt demzufolge mit Horowitz die Ansicht, die amerikanische Politik könne nicht als Reaktion auf die kommunistische Aggression verstanden werden (99).

Obwohl auch die Sowjetunion die Wirtschaftspolitik als Vehikel ihrer Außenpolitik benutzt habe, etwa zur Konsolidierung und Isolierung des kommunistischen Blocks, sei sie im Gegensatz zu den USA doch zu schwach gewesen, ihre Politik im Kalten Krieg gegenüber dem Westen mit aktiven wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen zu unterstützen (100).

Wie bereits erwähnt, hatte die Embargopolitik die Schwächung der sowjetischen Wirtschaft zum Ziel und sollte, wenn nicht bereits den totalen Zusammenbruch der Sowjetunion bewirken, so doch zum mindesten den Einsatz von Ressourcen zur Steigerung ihres Militärpotentials stark einschränken. Zunächst (1946) habe man die Politik der Eindämmung auf das politisch-strategische Gebiet beschränkt, sie dann aber (1947) durch eine gleichzeitig betriebene Politik der Eindämmung der sowjetischen Wirtschaft ergänzt.

Nach Adler-Karlsson sollte die Embargopolitik die bestehende Machtüberlegenheit der USA, die nach Kriegsende auf ihrem Industriepotential und dem Atomwaffenmonopol beruhte, erhalten. Sie wird somit als ökonomisches Komplement zur militärischen Eindämmung begriffen.

Bereits auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, spätestens aber mit Ausbruch des Koreakrieges habe sich herausgestellt, daß die Embargopolitik ihr Ziel, den Zusammenbruch der Sowjetunion zu beschleunigen, sowohl auf wirtschaftlichem, militärischem und politischem Gebiet verfehlte.

Bereits 1953 habe man erkennen können, daß die Embargopolitik den Ost-West-Handel nicht wesentlich verringerte, bestenfalls habe sie ein weiteres Anwachsen verhindert.

Offensichtlich habe die Gesamtheit der sozialistischen Wirtschaft keinen unerträglichen ökonomischen Schaden genommen, da es der Sowjetunion in Anbetracht ihres auf Zentralverwaltung angelegten Wirtschaftssystems gelungen sei, die Mehrkosten im industriellen Bereich durch Einsparungen auf dem Konsumsektor zu kompensieren.

Militärisch gesehen habe der spezifische Sinn der Embargopolitik in der Erhaltung des Kernwaffenmonopols der USA gelegen, demzufolge sollte die Herstellung sowjetischer Nuklearwaffen verhindert werden. Da aber die erste sowjetische Kernbombe bereits 1949, also nur vier Jahre nach der ersten amerikanischen Kernwaffe, gezündet wurde und der Abstand in der Entwicklung der Wasserstoffbombe sogar nur einige Monate betrug, mußte auch diese Zielsetzung als gescheitert angesehen werden.

Konnte der Zugang der Sowjetunion zu Kernwaffen demnach nicht verhindert werden, so war es bestenfalls gelungen, die sowjetischen Entwicklungskosten zu verteuern.

Anstatt ihr Ziel zu erreichen, habe die Haltung der USA vielmehr die Forcierung der Entwicklung von Kernwaffen gerade begünstigt.

Auch die negativen Folgen bzw. die Mißerfolge der Embargopolitik auf politischem Gebiet seien eklatant. Die Embargopolitik habe zu einer weiteren Verschlechterung des Ost-West-Verhältnisses geführt und den Kalten Krieg auf eine höhere Stufe der Konfrontation eskalieren lassen.

Schließlich beweise die Embargopolitik die These, daß die USA keinen Weg zu einem Ausgleich mit der Sowjetunion suchten, sondern auf deren Zusammenbruch warteten und alles unternahmen, um diesen zu beschleunigen (101).

Die Politik der Isolierung der Sowjetunion habe den erwarteten Zusammenbruch nicht etwa beschleunigt, sondern die Bestrebungen der sowjetischen Führung geradezu gefördert.

Angesichts der amerikanischen Haltung ließ sich die straffe Koordinierung des osteuropäischen Raumes

leichter legitimieren und westliche Kontakte und Einflüsse, die ein umfassender Ost-West-Handel mit sich gebracht hätte, von Osteuropa fernhalten (102).

Schließlich habe sich die Embargopolitik auch auf das westliche Bündnis negativ ausgewirkt. Nicht nur, daß der Verzicht auf die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen aus Osteuropa die Dollarlücke verschärft habe, auch das Verhältnis USA - Westeuropa sei durch die Embargopolitik gestört worden. Die Westeuropäer hätten die Embargopolitik von Anfang an nur unter ökonomischem Zwang (103) unterstützt und hätten somit dem sowjetischen Bestreben, die westlichen Bündnispartner gegeneinander auszuspielen, Ansätze geboten.

Obwohl die Embargobestimmungen in der Zwischenzeit weitgehend abgebaut wurden, zum mindesten in Bezug auf die sogenannten friedlichen Waren, benutzen die USA auch heute noch den Außenhandel als politisches Instrument, "als wichtiges Tauschobjekt für politische Konzessionen" (104).

Aktuelles Beispiel hierfür ist der amerikanische Versuch, sich in die Emigrationsbestimmungen für Juden aus der Sowjetunion einzumischen.

Selbst heute, im Zuge der Entspannungspolitik befürchten beide Seiten immer noch, die Gegenseite könnte den Außenhandel für politische Zwecke einsetzen.

Im Westen, so Adler-Karlsson, werde die Embargopolitik immer noch als Verteidigungsmaßnahme verstanden, wohingegen der Osten sie als aggressiven Akt gegen das politische und ökonomische System der Sowjetunion interpretiere.

Eine Fortsetzung der Embargopolitik müsse das Mißtrauen der Sowjetunion gegenüber den amerikanischen Friedensinitiativen bestätigen und könne deshalb bereits aus diesem Grunde nicht empfohlen werden. Zudem habe sich

die Erfolgsträchtigkeit dieser Strategie schon lange als mehr als zweifelhaft erwiesen.

Eine Abkehr von Embargobestimmungen hingegen würde nicht nur eine vertrauensvollere Basis schaffen, sondern könnte durch die zunehmende Verflechtung bei-der Wirtschaften das sowjetische Außenhandelssystem auflockern.

Sowohl Horowitz als auch Adler-Karlsson geben eine einseitige Darstellung des Kalten Krieges. Ihre Leistung besteht jedoch darin, herausgearbeitet zu haben, daß die gesamte Liste von Vorwürfen, die man der Politik der Sowjetunion der Nachkriegszeit macht, zum mindesten ebenso für die Politik der USA geltend gemacht werden könne.

3. Die Wechselwirkungen der Konfrontation im Kalten Krieg

a) Die Argumentation von Zbigniew Brzezinski

Würde man die Argumente der liberal-orthodoxen Schule und die Thesen der revisionistischen Schule in ein Interaktionsschema einordnen, das die Wechselbeziehungen internationaler Politik berücksichtigt, so könnte man eher zu einer adäquateren, ausgewogeneren Erklärung der Ursachen des Kalten Krieges gelangen. Als ein solcher Versuch kann die Darstellung des Kalten Krieges von Brzezinski angesehen werden (105).

Brzezinski will "das Verhalten der beiden Rivalen kritisch betrachten und aus der Gegnerschaft eines Vierteljahrhunderts einige Schlüsse für die künftigen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion" (106) ziehen.

Das Problem der Ursächlichkeit des Kalten Krieges, ihre Bestimmbarkeit an spezifischen historischen Ereignissen ist nicht sein Erkenntnisziel.

Der Kalte Krieg soll hingegen als unabwendbare geschichtliche Entwicklung betrachtet werden, die auf die unterschiedliche Tradition und die divergierende Weltanschauung zurückgeht (107).

Die Entwicklung zum Kalten Krieg fällt somit nicht mehr in den Entscheidungs- bzw. Verantwortungsbereich politischer Führungen. Gleichzeitig wird damit die Schuldfrage irrelevant und es erscheint ausreichend, die verschiedenen Phasen des Kalten Krieges zu identifizieren (108).

Brzezinski unterscheidet sechs Phasen des Kalten Krieges (109), denen er jeweils ein Motto vorangestellt hat, das bereits auf ihr jeweiliges Charakteristikum und die wechselseitige Dynamik verweist.

In den Beziehungen der beiden Supermächte habe es sowohl offensive wie defensive Phasen gegeben. Offensive Abschnitte der einen Seite seien immer wieder durch offensive Phasen der anderen abgelöst worden.

Beide Seiten hätten die Dynamik ihrer Politik nicht durchgehalten, was möglicherweise mit ein Grund dafür sein könne, warum der Kalte Krieg nicht zum bewaffneten Kampf eskalierte.

Insgesamt gesehen müsse die sowjetische Politik im Verhältnis zur amerikanischen als erfolgsträchtiger angesehen werden, da sich die Sowjetunion aus deutlicher Unterlegenheit in eine Pattsituation gebracht habe.

"Allgemein gesprochen sind beide Seiten in allen Phasen der Beziehungen besonnen und zurückhaltend gewesen. Beide Seiten haben vermieden, die Toleranzgrenze zu überschreiten." (110)

In der gegenwärtigen Phase sähen sich beide Gesellschaften sozialen Forderungen gegenübergestellt, denn "in beiden Gesellschaften entwickelt sich ein neues planetarisches Bewußtsein, das sich auf die gemeinsamen Bedürfnisse der gesamten Menschheit konzentriert." (111)

Brzezinski hofft, daß sich angesichts der Kombination globaler und innenpolitischer Schwierigkeiten in zunehmendem Maße eine kooperative Beziehung zwischen den beiden Supermächten entwickeln wird. Beiden Mächten gemeinsam sei nicht nur das Interesse, den nuklearen Krieg zu verhindern, sondern auch das Bedürfnis, die bestehende Rivalität bestimmten Regeln zu unterwerfen.

Die Entwicklung seit dem Moskauer Gipfeltreffen im Mai 1972 deute darauf hin, "daß der Kalte Krieg in eine ausgesprochen relativistische Rivalität verwandelt" wird.

Die Frage nach den Ursachen des Kalten Krieges, verstanden als die Suche nach einem Urheber, ist nicht eindeutig zu entscheiden; dies haben die bisher aufgeführten Darstellungen des Kalten Krieges gezeigt.

Sieht man die USA als den eigentlichen Urheber des Kalten Krieges, so vernachlässigt man die Rücksichtslosigkeit und die brüskierende Haltung der stalinistischen Weltpolitik in den Jahren nach dem Krieg.

Weist man jedoch die Schuld allein der Sowjetunion zu, so verschweigt man, daß in der Tat die USA versucht haben, den erstarkenden Weltkommunismus mit allen Mitteln einzudämmen.

Wenn in den vorangegangenen Ausführungen gezeigt wurde, daß es den besprochenen Autoren nicht nur um eine vergangenheitsbewältigende Analyse, sondern mehr

um Folgerungen für Möglichkeiten und Grenzen gegenwärtiger und zukünftiger Politik geht, so gewinnt die Frage nach der Schuldsuche eine andere Dimension. Scheint doch die Intention nicht weniger Autoren darin zu bestehen, eine neue Qualität in der Politik, als solche müssen die Entspannungsbemühungen zweifellos gewertet werden, zu verhindern. Entspannungsbefürworter sollen als gefährliche Phantasten dargestellt und damit einflußlos gemacht werden.

Trägt man aber der Zweiseitigkeit der weltpolitischen Entwicklung bis hin zur erstarrten Konstellation des Kalten Krieges Rechnung und bewertet das apodiktische Faktum, daß sein Resultat der Rüstungswettlauf ist, höher als die Klassifizierung eines Schuldigen, so erscheint die Untersuchung Werner Links (112) plausibler und brauchbarer.

b) Die Argumentation von Werner Link

Als analytisches Instrumentarium dient Link der Ansatz Johan Galtungs (113). Einschränkend wird zwar darauf verwiesen, dessen fünf Bedingungen einer friedensstiftenden Kooperation seien idealtypisch konstruiert, die Beziehungen zwischen den einzelnen Bedingungen seien noch nicht zufriedenstellend untersucht und auch ihr jeweiliges Gewicht sei noch keineswegs geklärt; trotz dieser Mängel biete aber der Ansatz einer Theorie der friedlichen Kooperation ein brauchbares Instrumentarium für eine empirische Untersuchung (114).

Links Aussagen basieren auf der Annahme, daß bei Annäherung der Wirklichkeit an mehrere der fünf Bedingungen der friedlichen Kooperation sich die Wahrscheinlichkeit ihrer Realisierung erhöhe.

Dies läßt den Umkehrschluß zu, daß je weniger diese Bedingungen erfüllt sind, um so unwahrscheinlicher, zum mindesten aber gefährdeter wird die Kooperation.

Link will deshalb anhand einer systematischen Untersuchung ermitteln, welche Bedingungen in der Nachkriegszeit erfüllt waren, um so zu einer plausiblen Antwort auf die Frage zu gelangen, warum in diesem Untersuchungszeitraum die Kooperation zwischen den USA und der Sowjetunion problematisch, wenn nicht sogar unmöglich sein mußte.

Seit der Gründung der Sowjetunion sei das Kriterium der Symmetrie nicht erfüllt gewesen. Abgesehen von der auf beide, auf die USA und die UdSSR gleichermaßen zutreffenden Eigenschaft, Exponenten eines jeweils antagonistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems zu sein, unterschieden sie sich durch zwei wesentliche Faktoren:

- a) Der Entwicklungsstand der gesellschaftlichen Organisation und Wirtschaftsstruktur sowie die verfügbaren Ressourcen waren in hohem Maße unterschiedlich. Die USA dominierten international auf fast allen Bereichen.
- b) Die völlig konträren Wert- und Zielvorstellungen, die durch direkte Kontakte auf beiden Seiten noch verschärft wurden.

Die Anti-Hitler-Koalition habe durchaus nicht die Symmetriebedingungen aufheben bzw. ad absurdum führen können. Sie sei nur infolge einer gemeinsamen Bedrohung und dem daraus resultierenden gemeinsamen Ziel der Zerschlagung des Nationalsozialismus zustandegekommen. Diese Interessenkongruenz habe das Minimum an Übereinstimmung, das für eine begrenzte Kooperation nötig sei, erbracht.

Beide Seiten hätten die Vorteile der militärischen Zusammenarbeit und die beiderseitige Abhängigkeit von dieser Zusammenarbeit als etwa gleichwertig angesehen. Die strukturellen Interessengegensätze seien jedoch lediglich überlagert worden und hätten bereits zu Kriegszeiten die politische Kooperation problematisch gemacht.

Man könne nicht davon ausgehen, daß die Fortsetzung der Kooperation nach dem Kriege von vornherein unmöglich gewesen wäre, sie hätte aber auf beiden Seiten im politischen Bereich den Einbau von Symmetriebedingungen erfordert. Stattdessen seien aber von den USA und der UdSSR in zunehmendem Maße Asymmetrien konstruiert worden.

Die UdSSR habe den Nutzen einer Kooperation mit den Westmächten in Südosteuropa niedriger eingeschätzt als den Preis, den sie für den Abbau von Asymmetrien hätte zahlen müssen. Bei Erfüllung der alliierten Forderung nach freien Wahlen war ein Sieg der Kommunisten unsicher. Eine nicht-kommunistische Regierung aber hätte dem sowjetischen Sicherheitsinteresse widersprochen, so daß sie das mit freien Wahlen verbundene Risiko nicht habe eingehen können. Diese Erwägungen galten, so Link, für Rumänien, Ungarn, Bulgarien und Polen.

Zur Sicherung ihres Einflußbereichs erschien der Sowjetunion angesichts der Präsenz der Roten Armee in Ost- und Mitteleuropa, so Link, eine Kooperation mit den Westmächten nicht erforderlich, wohingegen die USA ihre Interessen in diesen Gebieten nur auf Kooperationsbasis mit der Sowjetunion hätten verwirklichen können.

In diesem Bereich seien demnach eindeutig die USA von der Kooperation abhängig gewesen, auf der anderen Seite hätten sie aber ihrerseits ihre Überlegenheit auf ökonomischem Gebiet ebenfalls als Druckmittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele gegenüber der geschwächten Sowjetunion geltend gemacht (115).

Derjenige Faktor, der am meisten zu einer Verschärfung der bestehenden Asymmetrien beigetragen habe, müsse in dem beiderseitigen Ziel, das jeweils andere System zu verändern, gesehen werden (116).

Die Aktivitäten der Supermächte in der Nachkriegszeit ließen insgesamt gesehen weniger auf ein Interesse an einer Annäherung an die Kooperationsbedingungen 'Symmetrie' und 'Interdependenz' schließen, als daß sie im Gegenteil eher auf eine zunehmende Distanzierung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den USA gerichtet schienen.

Die Kriterien der Homologie und Dispersion seien ebenfalls von beiden Seiten auf den rein diplomatischen Verkehr eingeengt worden. Selbst in diesem engbegrenzten Bereich habe man die Kooperationsgremien wechselseitig lahmgelegt (117).

Die Gründung der UNO könne zwar als Versuch angesehen werden, den Institutionalisierungsanspruch zu befriedigen; mit der Einrichtung des Sicherheitsrates, genauer mit dem Vetorecht seiner ständigen Mitglieder,

habe man jedoch dieser multinationalen Organisation die Gestalt der tatsächlichen internationalen Machtstruktur gegeben und damit die Kooperation im wesentlichen auf eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Supermächten abgestellt. Dies aber stehe in Widerspruch zu dem Dispersionsgrundsatz.

Bedingt durch die systematische Strukturierung seiner Untersuchung hebt sich somit Link deutlich von den vorgenannten Autoren ab. Unter Maßgabe eines vorgegebenen analytischen Rahmens muß er deshalb auch zu anderen Ergebnissen kommen als Autoren, die rein subjektiv aber zielgerichtet ausgewählte Fakten aneinanderreihen, um eine vorgefaßte Meinung zu beweisen.

Da die Kooperationsbedingungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit im wesentlichen nicht erfüllt gewesen seien und auch von den Supermächten wenig unternommen worden sei, dies zu ändern, könne man die Anfangsphase des Kalten Krieges unter dem Gesichtspunkt eines asymmetrischen Konflikts betrachten. Die beiden Exponenten der gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen standen sich nicht auf gleicher Ebene gegenüber, vielmehr bestand zwischen ihnen eine auf der strukturellen Überlegenheit der USA beruhende Ungleichheit.

Nach Maßgabe der aufgestellten Forderungen für eine friedliche Kooperation mußte demnach bei einer solcherart festgestellten strukturellen Dominanz eine Kooperation zum mindesten problematisch erscheinen.

Über die vorgegebenen sozioökonomischen Gegensätze und Ungleichheiten hinaus, hätten aber auch die politischen Aktivitäten nicht dazu beigetragen,

die Asymmetrien zu beseitigen oder in ihrer Bedeutung zu verringern, sondern sie zum Teil erst begründet und gefestigt.

Der Faktor, den Link bisher analysiert und als die Kooperation behindernd angesehen hatte, war der Systemgegensatz. Schwerwiegender in dem Sinne, daß er nicht nur als Hemmnis für Kooperation angesehen werden müsse, sondern diese sogar verhindert habe, sei aber ein anderer Faktor gewesen, nämlich das amerikanische Atomwaffenmonopol.

"Die amerikanische Entscheidung für die Beibehaltung und Weiterentwicklung des atomaren Monopols machte die Verwirklichung des Konzepts der friedlichen Kooperation unmöglich; sie bedeutete - wie Senator Vandenberg konstatierte - das Ende des Traumes von der Einen Welt und löste mit dem Rüstungswettlauf die Eskalation der Konfrontation aus." (118)

Das amerikanische Atomwaffenmonopol wird demnach für die Unmöglichkeit einer Kooperation verantwortlich gemacht. Die spätere Entwicklung scheint diese These zu bestätigen. Erst als die Sowjetunion ihr eigenes atomares Potential entwickelt hatte, war eine wesentliche Bedingung der Kooperation (Symmetrie) erfüllt. Genau zu diesem Zeitpunkt setzten wieder Verhandlungen zwischen den beiden Supermächten ein, die später auf der Ebene der von ihnen angeführten Militärblöcke fortgesetzt wurden. Mit der Herstellung einer atomaren Symmetrie geht eine weitere Kooperationsforderung einher, die Link mit der "vitalen Interdependenz" zwischen den beiden Supermächten bezeichnet (119).

Aufgrund seiner Untersuchungsergebnisse beurteilt Link die Situation der Jahre 1945/46 folgendermaßen:

Weder waren die Bedingungen für eine friedliche Kooperation erfüllt, noch wurde eine Annäherung überhaupt angestrebt, von einigen verbalen Äußerungen abgesehen. Man könne deshalb weder von einem 'Scheitern' der Kooperation sprechen, noch ließen sich aus den geschichtlichen Erfahrungen Rückschlüsse auf ein wahrscheinliches Scheitern heutiger Kooperationsinitiativen herleiten.

Die Entwicklung der amerikanisch-russischen Beziehungen in den Nachkriegsjahren habe jedoch gezeigt, daß die Vision von einer friedlichen Kooperation allein noch nicht ausreichen könne. Eine solche Politik erzeuge im Gegenteil zu hohe Erwartungen, die nicht erfüllbar seien. Stattdessen sei aufgrund des Frustrationsmechanismus sogar mit einer Verschärfung der bestehenden Konflikte zu rechnen.

Um von der Struktur des Kalten Krieges zu friedlicher Kooperation zu gelangen, müsse zunächst eine Gesamtkonzeption und eine realistische Strategie entwickelt werden zur allmählichen Veränderung der subjektiven und objektiven Bedingungen, die bereits nach Kriegsende die Kooperation erschwerten und auch heute noch weiter bestünden.

III. Der Übergang vom Kalten Krieg zur Entspannung

1. Das Konzept einer friedensfördernden Kooperation nach Johan Galtung

Johan Galtung (120) schließt sich zwar der allgemein anerkannten Feststellung an, im Europa der siebziger Jahre seien die erstarrten Fronten des Kalten Krieges in Bewegung geraten; ob sich Europa damit bereits auf dem Weg zum Frieden befinde, diese Interpretation will er jedoch einer detaillierten Prüfung unterziehen. Eine Vorab-Klärung des Begriffs 'Frieden' hält er für unerlässlich.

Frieden erschöpft sich nach Galtung nicht im Zustand des Nichtkrieges. Die Abwesenheit von Krieg und das Fehlen von Drohung mit Gewalt und Furcht vor Gegengewalt seien vielmehr Minimalforderungen an den Frieden und adäquater unter dem Begriff 'Sicherheit' zu subsumieren. "Frieden ist ein umfassenderes und ehrgeizigeres Ziel." (121)

Dieses Ziel sei jedoch nicht identisch mit den Maximalforderungen, die Frieden nur in Form von totaler Harmonie und absoluter Konfliktlosigkeit anerkennen.

Frieden ist für Galtung gekennzeichnet durch die Abwesenheit von Ausbeutung, sei es ökonomischer, politischer, militärischer oder kultureller Art (122).

Frieden besitze eine Struktur (123); er sei nicht als Zustand zu begreifen, sondern als ein Prozeß, in dem sich diese Struktur entwickle. Diese lasse sich an Hand der fünf, oben bereits genannten, sie bestimmenden Elemente aufschlüsseln (124).

Die Struktur des Friedens setze keine Konvergenz voraus, sie habe diese auch nicht zum Ziel.

Man müsse aber ein Minimum an struktureller Gleich-

artigkeit voraussetzen können, das dann als Grundlage für eine nicht-ausbeuterische, beiden Seiten nützende Interdependenz der Systeme aufgefaßt werden könne.

Nach Meinung Galtungs ist eine solche für den Frieden notwendige Struktur der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in Europa bisher nicht vorhanden. Desgleichen sei man von einer Symbiose mit Symmetrie noch weit entfernt.

Zur Beweisführung zieht er fünf Themenkreise heran (125), die seiner Meinung nach gleichzeitig die Hauptkomponenten des Kalten Krieges darstellen.

Diese fünf Aspekte bestimmen nach Galtung die realpolitische Entwicklung in Europa. Sie sollen als die konkrete Entsprechung der eingangs formulierten fünf theoretischen Kategorien, den Strukturmerkmalen des Friedens, gelten.

Man könne zwar die Ost-Verträge und das Berlin-Abkommen als Beleg für die Annahme, Europa bewege sich auf einem Weg zu einer stabileren Friedensordnung, ansehen; ebenso werde der territoriale Status quo in Europa weitgehend anerkannt. Dennoch lasse sich selbst aus der Feststellung, die militärische Konfrontation und der Rüstungswettlauf seien als Charakteristiken bei der Gestaltung der internationalen Beziehungen zum mindesten tendenziell in den Hintergrund getreten, nicht folgern, man habe damit bereits die ihnen zugrundeliegenden Verhaltensmuster überwunden.

Obwohl vermehrt nach Spielregeln der Zusammenarbeit gesucht werde, müßten doch die negativen Anzeichen gleichermaßen in Betracht gezogen werden, die ein Hindernis für Entspannung und Friedensstruktur bedeuten könnten.

Demzufolge müsse man auch berücksichtigen, daß es bisher noch nicht gelungen sei, den Rüstungswettlauf

unter Kontrolle zu bringen. Man könne bestenfalls davon ausgehen, daß er an Bedeutung verloren habe. Solange es aber nicht gelänge, die gegenwärtige Struktur des Nichtfriedens grundlegend zu ändern, müsse man sich dessen bewußt sein, daß alle Abrüstungsverhandlungen notwendigerweise fehlschlagen werden.

Im Übrigen stellten der Auf- bzw. Ausbau der vorhandenen Wirtschaftsblöcke durch die Tendenz ihrer Mitglieder, sich nach innen zu wenden und nach außen abzusichern, also die Autarkiebestrebungen der Blöcke, eine Gefährdung der gesamteuropäischen Kooperation dar.

Die wirtschaftliche Interdependenz habe sich in den letzten Jahren, gemessen am gesamteuropäischen Handel, nicht wesentlich gesteigert.

Stattdessen besitze der Ost-West-Handel noch immer eine unausgeglichene Tendenz (Nord-Süd-Element) und stelle, da hauptsächlich östliche Rohstoffe und Nahrungsmittel gegen westliche industrielle Fertigprodukte ausgetauscht würden, eine vertikale, nicht-symmetrische Arbeitsteilung dar.

Die Erwartungen, der Ost-West-Handel könne einen positiven Effekt auf die Errichtung gesamteuropäischer Institutionen haben, hätten sich nicht bestätigt.

Das einzige Konzept, die anstehenden Probleme in Europa in angemessener Weise zu lösen, ist, so Galtung, die Verwirklichung des Projekts einer Europäischen Sicherheitskonferenz. Dieses Konzept sei zwar noch nicht in der Lage, eine Friedensstruktur zu institutionalisieren, wohl aber könne das Zustandekommen der Konferenz eine Schmälerung der Konfliktstoffe in Europa andeuten. Die Teilnahme der USA und Kanadas, die Annahme des Prinzipienkatalogs und schließlich die gleichberechtigte Teilnahme beider

deutschen Staaten gegen hierfür die Rahmenbedingungen an.

In Hinblick auf die Verwirklichung einer Friedensstruktur erfülle die KSZE demnach vorbereitende Funktionen, wobei es aber letztlich auf die Weiterverfolgung der Konferenzergebnisse in den Folgejahren ankomme. In der Zukunft müsse sich erweisen, ob die Konferenzteilnehmer es bei deklamatorischen Verhaltensregeln bewenden lassen, oder ob die Konferenz direkten Einfluß auf die Gestaltung und damit auf die Normalisierung der internationalen Beziehungen nehmen wird.

Um das Essentielle seines Programms der intersystemaren Interdependenz zu verdeutlichen und damit von drei bisher unternommenen, aber gescheiterten Ansätzen der Friedenssuche in Europa grundlegend zu unterscheiden, untersucht Galtung, warum diese Bemühungen bereits von ihrer Konzeption her Europa nicht dem Ziel 'Frieden' näher bringen konnten. Für ihr Scheitern sei ihre Eigenschaft, Negation der von Galtung postulierten Friedensstruktur zu sein, verantwortlich.

Als Beispiele für die seiner Meinung nach von vornherein zum Scheitern verurteilten Versuche nennt Galtung die Abschreckung, die bisherigen Abrüstungsversuche sowie eine spezielle Form der Zusammenarbeit, die Kooperation ohne Gleichberechtigung. Als Grund für ihr Scheitern wird das Fehlen eines innovativen Moments angegeben. Solange aber solche Maßnahmen sich nicht um einen progressiven Frieden bemühten, sondern stattdessen an den bestehenden Strukturen der Friedlosigkeit festhielten, könnten sie notwendigerweise auch niemals friedensfördernd sein (126).

Frieden besitzt für Galtung Prozeßcharakter. Um herauszuarbeiten, daß sich die auf Frieden gerichtete,

anzustrebende Entwicklung vom Kalten Krieg insofern unterscheiden soll, daß sie dessen starre, unflexible Politik überwindet und ersetzt, bezeichnet Galtung sein intersystemares Interdependenzprogramm mit "aktiver friedlicher Koexistenzpolitik".

Man könne davon ausgehen, daß Kooperation nicht nur möglich, sondern auch durchaus wünschenswert sei. Zur Verwirklichung seiner Konzeption sei eine Konvergenz der Systeme weder als Voraussetzung erforderlich, noch bedürfe die Steigerung der intersystemaren Interaktion einer plötzlichen Änderung des einen Systems in Richtung auf das andere.

Die hieraus sich ergebenden Verhaltensregeln für eine Politik der friedlichen Koexistenz sind nach Meinung Galtungs:

1. Die Anerkennung der Existenz von zwei Lagern
2. Die Notwendigkeit, das andere Lager als eine historisch gewachsene Einheit zu würdigen und auf Spaltungsambitionen zu verzichten
3. Der vorbehaltlose Verzicht auf jegliche subversive Tätigkeit

Eine Politik, die sich nicht strikt an der Einhaltung dieser Regeln orientiere, sondern stattdessen von einem konvergenztheoretischen Standpunkt aus betrieben werde, führe aber unweigerlich zu einem Einfrieren der Nichtbeziehungen und verlange eine Selbstbeschränkung, da beiden Seiten der Absolutheitsanspruch auf die alleinige Richtigkeit ihres Systems eigen ist.

Eine auf Frieden gerichtete Politik müsse sich deshalb entschieden von allen Konvergenz- und Zusammenbruchserwartungen distanzieren, da die Annäherung an den Frieden unter den gegebenen Umständen nur auf dem Wege der Koexistenz der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme realisierbar sei. Dies schließe zwar nicht

von vornherein jeglichen Wandel der Systeme aus, wohl aber konkretisiere dieses Postulat die Bedingungen für einen Wandel. Unabdingbare Forderung für mögliche Systemveränderungen, die die Politik der friedlichen Koexistenz in dem Sinne nicht gefährden, daß sie nicht erneutes Mißtrauen gegenüber dem anderen System provozieren, ist demnach, daß die Ansätze zur Veränderung vom hiervon betroffenen System selbst ohne Einflußnahme von außen hervorgerufen werden.

Die Politik der friedlichen Koexistenz verlange demzufolge die Aufstellung und strikte Einhaltung allgemein anerkannter Regeln, wie sie etwa im Prinzipienkatalog der KSZE enthalten sind.

Veränderungen innerhalb der Systeme seien schon wegen der im Zuge vermehrter Kooperation auftretenden gegenseitigen Verflechtung nicht auszuschließen, sie müßten aber immer Resultat innerer Entwicklungen sein. Es könne aber nicht genügen, wenn sich eine Politik der friedlichen Koexistenz im bloßen Nebeneinander erschöpfe, aktive friedliche Koexistenz verlange vielmehr eine progressive Interaktion, die von Austausch und Kooperation mit komparativem Nutzen auf beiden Seiten gekennzeichnet ist.

2. Die Überwindung des Abschreckungssystems

Haben wir schon eingangs darauf hingewiesen, welchen konkreten Bezug die Entspannung und die in ihrem Zeichen betriebene Politik zur vorangegangenen geschichtlichen Epoche hat, so soll nun die These belegt werden, die weltpolitische Entspannung sei die entwickelte Logik des Kalten Krieges, die Struktur des Kalten Krieges bringe mit Notwendigkeit

die Logik zur Entspannung hervor. Hierzu schließen wir uns der Argumentation B. Willms (127) an bzw. führen diese weiter aus.

Als Ausgangspunkt dient uns das Vorverständnis von Willms, wonach mit Logik die Voraussetzung der Lebensbarkeit einer entwickelten Struktur bezeichnet wird.

Willms definiert die politische Logik einer innen- oder außenpolitischen Situation als die Summe der theoretischen Folgerungen, die aus der Bestimmung der Situation unter Maßgabe der logisch-strukturellen und historischen Voraussetzungen resultieren (128).

Im Rahmen dieser theoretischen Vorgaben kann dann die Abschreckungspolitik zwar als eine, wenn auch nur theoretische Möglichkeit des Kalten Krieges erscheinen, nicht aber als seine Logik. In diesem Sinne machte vielmehr die Möglichkeit einer Katastrophe, d.h. die potentielle Selbstzerstörung der Menschheit, die Logik der Entspannung kategorisch und somit unumgänglich.

Die drohende Gefahr einer atomaren Katastrophe wurde durch die neue Qualität der sozialen Probleme und die verstärkt auftretenden Forderungen der Bevölkerung nach Befriedigung dieser Bedürfnisse ergänzt. Ein Überdenken der finanziellen Mittelverteilung und der Ranghierarchie der gegebenen Probleme wurde somit erforderlich (129).

Mit der Darstellung des Abschreckungssystems und seiner Implikationen wollen wir deshalb nachweisen, daß die weltpolitische Entspannung auf dem

Entwicklungsstand eben dieser Konstellation beruht, die Kriege in einem solchen Maße ungeeignet und überflüssig, ja sinnlos gemacht hat, daß die Räson dieser Phase zur friedlichen Koexistenz zwingt.

Gerda Zellentin (130) hat darauf hingewiesen, daß das atomare Abschreckungssystem als Regulator internationaler Beziehungen nur den Anschein einer Stabilität von Sicherheit erzeugen könne. Diese Sicherheit basiere nur auf der Angst vor der eigenen Zerstörung, sobald jedoch eine Gewöhnung an die permanente Kriegsdrohung einsetze, werde diese Quasi-Sicherheit, die letztlich nur eine Art Waffenstillstand sein könne, schon mit Frieden gleichgesetzt. Dies führe aber im Bewußtsein der Bevölkerungen zu einem vermehrten Verlangen nach Wohlfahrtsmaximierung.

Im selben Maße wie sich ein Gefühl der Sicherheit einstelle, schwinde gleichzeitig aber auch das Mißtrauen gegenüber dem Kontersystem; auf Dauer gesehen setze dies nicht nur die Einsicht in die Kostspieligkeit sondern auch in die Absurdität und die Risiken des Kalten Krieges frei.

In diesem Sinne beinhalte demnach das Abschreckungsprinzip ein sich selbst annullierendes Moment. Eine wesentliche Funktionsbedingung des Abschreckungssystems sei nämlich darin begründet, inwieweit es gelingt, einen gewissen als ausreichend angesehenen Grad an Sicherheit zu garantieren. In dem Maße, in dem aber dieses Niveau von Sicherheit erreicht sei, wandle sich das Gleichgewicht des Schreckens in Gewohnheit, in ein Leben mit der "Abschreckungs-

räson ohne Schrecken" (131) um und büße damit einen wesentlichen Teil seiner Abschreckungswirkung ein.

Das Nachlassen der Folgebereitschaft der Bevölkerungen aufgrund der Gewöhnung an die permanente Kriegsdrohung, veranlaßte die Regierungen schließlich, die Inopportunität dieses Prinzips einzusehen.

Die Bedeutung der Kuba-Krise (132) bestand demnach darin, den Supermächten die endgültige und unumstößliche Erkenntnis aufzuerlegen, daß bei einem solch hohen Grad der Konfrontation und der 'Entwickeltheit' der militärischen Stärke (133) der weltpolitische Status quo unbedingt anerkannt werden müsse.

Logischerweise mußte diese Anerkennung die Nichtanwendung der Vernichtungswaffen bedeuten. Gleichzeitig war hiermit der Handlungsspielraum für politische Aktivitäten prädestiniert. Solange die politische Strategie an den gegebenen Voraussetzungen, an den Abschreckungsstrukturen, festhalten würde, mußte sie unter den neuen Bedingungen, der ausdrücklichen Ausklammerung militärischer Auseinandersetzungen, unbeweglich sein. Insofern war also der politische Handlungsspielraum gravierend eingeschränkt, weil am Status quo nichts geändert werden durfte, weil risikolos nichts geändert werden konnte (134).

Unter Beibehaltung der vorgegebenen Strukturen erbrachte der Verzicht auf den Einsatz von Kernwaffen bestenfalls eine längerfristige Stabilität unter Fortsetzung der bestehenden Interessendivergenzen und des beiderseitigen Absolutheitsanspruchs. Diese Stabilität konnte aber nur um den hohen Preis einer stark eingeschränkten Handlungsfähigkeit erzielt werden.

Die im Interesse der relativen Stabilität praktizierte

Selbstbeschränkung war für eine dauerhafte Lösung ungeeignet und muß gemäß unserer eingangs als Vorverständnis formulierten Definition von Logik als nicht lebbar erachtet werden.

Immobilität war dieser Politik eigen, so daß es uns als angemessen erscheint, sie als nicht lebbar zu qualifizieren, da sie eine Weiterentwicklung nicht ermöglichen konnte, stattdessen aber die bestehenden Strukturen auf dem erreichten Stand einfrohr (135).

3. Die Bedingungen einer Entspannungs- politik als Friedenspolitik

a) Der Bedeutungsverlust der Superstruktur

Die allgemeine Anerkennung der notwendigen Nichtanwendung setzte aber bereits infolge der Labilität des Abschreckungssystems und seiner prekären Anfälligkeit für Fehlperzeptionen eine partielle Kommunikation und einen minimalen Konsens über das gemeinsame Ziel der Verhinderung des nuklearen Krieges voraus. Da der Handlungsspielraum der Politik durch die Priorität sicherheitspolitischer Erwägungen und die Existenz der Rüstungsapparate in hohem Maße eingeschränkt ist, muß sie sich anderen Ebenen als der der Machtpolitik zuwenden.

Als Konzept einer Friedenssicherung kann der Abschreckungsstrategie bestenfalls ein negativer Erfolg in dem Sinne zugbilligt werden, daß die militärischen Apparate in die Schranken ihrer Anwendung verwiesen sind. Als Mittel progressiver und friedlicher Veränderung muß diese Strategie aber versagen, da sie nur in der Lage ist, einen Status quo zu erhalten.

Weiter oben stellten wir fest, daß für die 'Strategie der Nichtanwendung' zwar noch kein kooperatives

Verhalten, wohl aber ein Mindestmaß an Übereinkunft erforderlich war. Wir können davon ausgehen, daß dies in besonderem Maße für Rüstungskontrollab-sprachen und Abrüstungsmaßnahmen gilt.

Rüstungskontrolle bzw. die Bereitschaft, solche Ab-sprachen zu treffen, darf jedoch nicht schon von vornherein als neue Qualität internationaler Beziehungen betrachtet werden. Der positive Effekt, den diese Maßnahmen auf das Konfliktverhältnis haben können, muß sehr vorsichtig eingeschätzt werden. Er wird begrenzt bleiben müssen; eine Beendigung des Kalten Krieges ist jedenfalls mit dem alleinigen Einsatz dieses Instruments keinesfalls zu erwarten.

Rüstungskontrolle bedarf weder eines neuen Bezugs-rahmens noch irgend welcher Änderungen der bestehen-den Konfrontationsstrukturen. Vielmehr zeichnet sie sich gerade dadurch aus, daß sie im Rahmen des Ab-schreckungssystems stattfinden kann.

Rüstungskontrolle im Rahmen des Abschreckungssystems dient aber der Regulierung seiner Sicherheit, d.h. sie geschieht im Interesse der Erhaltung des Ab-schreckungssystems. Sie soll weder das Wettrüsten beenden noch das Abschreckungssystem überwinden, sondern vielmehr das Abschreckungssystem perfektio-nieren und stabilisieren.

Sie stellt somit eine Anpassung an die Gegebenheiten dar, da sie die Funktion erfüllt, die zur Aufrecht-erhaltung der Superstruktur entstehenden und ständig steigenden Kosten zu verringern. Sie wird von der Logik des Abschreckungssystems gefordert, da sich dieses unter günstigeren, d.h. weniger aufwendigen Bedingungen weiterhin aufrechterhalten und leichter legitimieren läßt (136).

Da aber selbst die beschränkte, in das Abschreckungssystem integrierte Rüstungskontrolle nur zustande kommen kann, wenn ein Minimalkonsens darüber vorhanden ist, den nuklearen Krieg zu verhindern, kann diese spezifische Kooperationsform trotz ihrer Ambivalenz doch auch schon als Anerkennung der Entspannung als der Logik des Kalten Krieges angesehen werden.

Abrüstung oder besser kooperative Rüstungssteuerung ist, wie bereits die Formulierung ausdrückt, nur über eine Kooperation mit dem Gegner möglich, gegen den man eigentlich die Rüstungspotentiale aufbaut und weiterhin stabilisiert.

Das Widersprüchliche an dieser Situation ist, daß diese Kooperation erst möglich wurde, als die real historisch entwickelte Konfrontation einen Grad erreichte, der in eben dieser Intensität selbst für die Supermächte untragbar wurde. Diese explosive Konfliktkonstellation zwang die Supermächte zu einem zum mindesten partiellen Überwinden des traditionellen Freund-Feind-Verhältnisses.

Das gemeinsame Interesse an der Stabilität der weltpolitischen nuklearen Superstruktur mußte vor der Betonung der antagonistischen Gegensätze an Bedeutung gewinnen.

Die Bezeichnung 'kooperative Rüstungssteuerung' kann somit als adäquate Widerspiegelung der historischen Entwicklung in der internationalen Politik verstanden werden, sind doch die gegenwärtigen Beziehungsmuster ebenfalls durch zwei sich scheinbar widersprechende Kriterien gekennzeichnet:

- Auf der einen Seite das Festhalten an der Ideologie und den daraus resultierenden unterschiedlichen

Interessen der beiden, als politische Einheiten organisierten Gesellschaftssysteme, die ihrem Absolutheitsanspruch bzw. ihrem Selbstverständnis nach gegen das andere System gerichtet sind.

- Auf der anderen Seite das gemeinsame Interesse an Sicherheit, das nur gemeinsam befriedigt werden kann.

Beide Merkmale bestimmen wechselweise die intersystemaren Beziehungsmuster. Sie zwingen die Kontrahenten, sich aufeinander zu beziehen, die Reaktionen des anderen in eigenes Kalkül einzubeziehen und machen die herkömmliche Freund-Feind-Identifizierung unbrauchbar, da man trotz aller Gegnerschaft auf den Gegner und seine Zuverlässigkeit, an den vereinbarten Minimalabsprachen festzuhalten, angewiesen ist (137).

Die Kooperation, die zunächst nur dazu dienen sollte, die Abschreckung mit Hilfe der Rüstungskontrolle zu stabilisieren, birgt nach Gerda Zellentin die Tendenz in sich, sich selbsttätig weiterzuentwickeln (138). Die begrenzte Kooperation neige dazu, sich auch auf andere, d.h. nicht-militärische Bereiche auszudehnen und dadurch das Konfliktsystem zu verändern.

Da beide Systeme zur Koexistenz und damit zur zumindest teilweisen Aufhebung des Freund-Feind-Schemas gezwungen seien, erwachse ihnen hierdurch bereits eine Problematisierung der Aufrechterhaltung des Alleinvertretungsanspruchs.

Die Existenz der Dritten Welt, die eine Alternative zu beiden Systemen darstelle (139), verschärfe diese Tendenz noch zusätzlich.

Diese Funktion der Dritten Welt führt Zellentin auf die Unfähigkeit der blockfreien Staaten zurück, auf

militärischem Gebiet mit den Supermächten gleichzuziehen. In Anerkennung dessen betrieben sie eine unabhängige Politik, in der die beiden sich vorgetlich ausschließenden Systeme zur Disposition anstünden und weltanschauliche Erwägungen hinter den praktischen, d.h. materiell als opportun erscheinenden, zurückstünden. Daß die Staaten der trikontinentalen Welt überhaupt von dieser Möglichkeit Gebrauch machen könnten, stelle die Absolutheit der Gegensätze in Frage.

Die Politik des non-alignments ermögliche den Entwicklungsländern eine Politik unterhalb der Superstruktur. Die Duldung dieser Politik seitens der Supermächte erbringe den Beweis, daß die Entwicklung politischer Konzepte auch ohne militärische Macht möglich sei, die Entscheidung für eines der beiden Systeme aber nicht zwangsläufig eine Entweder-Oder-Entscheidung bedeuten müsse (140).

Hieraus erwachse die Konsequenz, daß praktische Politik nicht mehr einzig vom ideologischen Überbau her bestimmt werde, der wegen seiner Ausschließlichkeit die Möglichkeiten praktischer Politik eng begrenzt festlege. Stattdessen lasse sich die Tendenz feststellen, daß die gegeneinander stabilisierten Strukturen in zunehmendem Maße nur noch die Funktion erfüllten, Rahmenbedingungen anzugeben. Innerhalb dieser könne sich konkrete, von machtpolitischen Gesichtspunkten entlastete Politik entfalten.

Hierin aber besteht der objektive Vorgang von Entspannung. Da die Systemkonkurrenz durch das nukleare Patt auf der Ebene der Superstruktur stabilisiert ist, kann sich am territorialen (141) Status quo nichts ändern. Aus diesem Wissen leite sich ein Bewußtsein relativer Sicherheit her, eine Art

mißtrauisch kontrollierten Vertrauens, das sich konstitutiv auf die Entwicklung einer zweiten Ebene praktischen politischen Handelns, der Entspannungspolitik, auswirke (142).

Dies müsse insofern kein Widerspruch sein, da gerade zu Beginn der Entspannung die Anerkennung gegenseitiger Abgrenzung notwendig sei (143).

Auf dieser Basis, der Aufspaltung internationaler Politik auf zwei selbständigen Ebenen, sowohl auf der der militärischen Absicherung wie auf der der politischen Alternativensuche oder der einer innovativen Außenpolitik, stünden politischem Handeln theoretisch drei Möglichkeiten zur Disposition:

1. Möglich ist ein reaktionäres Festhalten an der absoluten Blockbildung und der damit verbundenen Isolation (144).
2. Als weitere Möglichkeit bietet sich ein falscher Optimismus an, der die Entspannungsbemühungen als solche schon mit Entspannung als der politisch bestimmenden Ebene identifiziert, die befreit ist von jeglichen machtpolitischen Interessen und nur noch von dem Verständigungswillen friedliebender Völker motiviert wird (145).
3. Die einzige Möglichkeit, die man als realistisch akzeptieren könne, geht bei der Bestimmung des politischen Handlungsspielraums davon aus, daß die Schutzfunktion der Supermächte als der einzigen Ebene praktischer Politik unzureichend sein muß, weil sie die Handlungsfähigkeit lahmlegt und die anstehenden Probleme nicht lösen kann (146).

Wird die letztgenannte Möglichkeit ergriffen, so

bedeutet dies, daß die Entscheidungen nicht mehr ausschließlich von den Supermächten getroffen werden. Außerdem weichen die absoluten Grenzen der Blöcke allmählich auf und die nichtatomaren Staaten rücken unabhängig von ihrer jeweiligen Blockzugehörigkeit - durch ihre politische Gleichwertigkeit (147) auf der weltpolitischen Rangskala und bedingt durch ihr allgemeines Interesse an mehr Mitbestimmung - einander näher.

Mit der Schaffung einer multilateralen Institution für Zusammenarbeit in Europa (148) könnte das Mitspracherecht der kleineren und mittleren Staaten gesetzlich fixiert und somit dauerhaft gewährleistet werden. Diesem Aspekt ist insofern nicht zu geringe Bedeutung beizumessen, als sich aus der Aufwertung der kleineren und mittleren Staaten in ihrer Eigenschaft als atomare Habenichtse und deren Partizipation am internationalen Entscheidungsprozeß die Chancen für eine Relativierung der heutigen Überbewertung der nuklearen Vernichtungswaffen verbessern könnten.

Auch Gerda Zellentin geht von einer nachlassenden Fungibilität des Abschreckungssystems aus (149). Die Gewöhnung an die Abschreckung erzeugt ihrer Meinung nach nicht nur ein Schwinden der Verteidigungsbereitschaft auf der Ebene der Bevölkerungen, sondern sie habe auch ihre Konsequenzen für den zwischenstaatlichen Bereich.

Die zu Krisenzeiten nicht als negativ empfundene Hegemonialfunktion der Supermächte werde in weniger spannungsgeladenen Phasen transparent und von den kleineren und mittleren Staaten zunehmend als Bevormundung und Einschränkung ihrer Souveränitätsrechte empfunden.

Bereits für die Zeiten des geregelten Konflikts lasse sich ein Stillstand der "Maximierung der Sicherheit" (150) feststellen. Die Solidarität vor dem gemeinsamen Feind erscheine den kleineren Staaten, die die Superstruktur als Hemmschuh für die Verfolgung ihrer nationalen Interessen empfänden, mehr und mehr überflüssig.

Je mehr sich aber das Verhältnis zwischen den Großmächten stabilisiere, um so größer werde die Tendenz der einzelnen Bündnispartner, unter Ausnutzung der fortbestehenden Sicherheitsgarantie der Supermächte, solche Initiativen zu ergreifen, die jenseits der Abschreckung liegen (151).

Diese Emanzipationsbestrebungen, die zunächst nur eine Reaktion auf die schwindenden Bedrohungsvorstellungen waren, werden, so Gerda Zellentin, durch die Furcht vor einem amerikanisch-sowjetischen Kondominium verstärkt. Das Mißtrauen gegenüber Absprachen auf Supermachtebene sei aber durch die Haltung der USA und der Sowjetunion zur Frage der Weiterverbreitung von Kernwaffen, die diese gegenüber den 'atomaren Habenichtsen' eingenommen hätten, selbst provoziert worden.

Beide seien sich einig gewesen, die Weiterverbreitung von Kernwaffen in jedem Falle zu verhindern. Wenn es auch ein mögliches Motiv dieser Politik war, die Gefahrenquelle des Einsatzes von nuklearen Vernichtungswaffen möglichst gering zu halten, so will die Autorin aber keinesfalls ausschließen, daß Macht- und Hegemonialinteressen ebenso maßgebend waren.

Unterstützt wird diese Annahme von dem Tatbestand, daß der Besitz von Nuklearwaffen seit Anbeginn

Hauptkennzeichen nationaler Macht war.

Diese ungleiche Position der Supermächte gegenüber ihren jeweiligen Bündnispartnern begünstigte repressive Verhaltensmuster innerhalb der Militärorganisationen. In ihrer Funktion als nukleare Garantiemächte konnten sich die Supermächte der Folgebereitschaft ihrer Bündnispartner durch indirekten Druck versichern. Auf Dauer gesehen hatte diese Politik aber auch eine desintegrative Wirkung und begünstigte die Bestrebungen der Nichtbesitzenden nach einem eigenen, von der Politik der Supermächte weitgehend unabhängigen, außenpolitischen Spielraum (152).

Obwohl diese Emanzipationsbestrebungen zweifellos in erster Linie nationalstaatlichen Interessen entspringen, bleiben sie doch eine notwendige Bedingung für die Vertiefung intersystemarer Annäherung. Voraussetzung dafür ist aber, daß das Machtgefälle innerhalb der Blöcke durch gleichberechtigte Beteiligung am Entscheidungsprozeß aufgehoben und somit seiner konfliktfördernden Wirkung enthoben wird.

Haben wir bisher zu zeigen versucht, daß der Ansatz von Entspannung, zumindest aber der Zwang zu besserer Kommunikation und Kooperation, bereits in der durch Abschreckungs- und Drohpolitik bestimmten Periode des Kalten Krieges enthalten ist, so soll nun kurz umrissen werden, wie die Entspannungspolitik zu einer weiterführenden, d.h. die vorgegebenen Strukturen sprengenden Friedenspolitik führen kann. In Anbetracht der sozialen Mißstände und der

Dringlichkeit sozialer Reformen, müssen in zunehmendem Maße die realen, von den materiellen Bedürfnissen der Bevölkerung diktierten Interessen nach Zusammenarbeit, technisch-wissenschaftlichem Austausch, Abbau der Rüstungsausgaben usw. (153) in den Vordergrund treten.

Dies aber sind genau jene Erfordernisse und Inhalte praktischer Politik, die von der Abschreckungsstruktur nicht erbracht werden können. Somit verweist die Politik der Abschreckung über sich selbst hinaus und verlangt nach ihrer eigenen Alternative.

Durch die mehrfache gegenseitige Vernichtungsfähigkeit der Supermächte ist das Abschreckungssystem an die Grenzen seiner Selbststabilisierung gelangt. Die Möglichkeiten konkreter Politik aber sind auf den dieser Entwicklungsstufe adäquaten, aber eingeschränkten Bereich von Handlungen eingefroren.

Da das Sicherheitsbedürfnis durch den Fortbestand der Superstruktur ausreichend befriedigt ist, die Superstruktur aber, wie oben dargestellt, nicht mehr ausschließlicher Bestimmungsfaktor internationaler Politik sein kann, vermag sich auf anderer Ebene eine weniger von der antagonistischen Konfrontation und dem daraus resultierenden Konfliktverhältnis, denn vielmehr von partieller Interessenidentität zwischen Ost und West bestimmte Politik zu entwickeln.

Dabei tendiert die partielle Interessenidentität nicht zu einer Annäherung der beiden gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen, sondern entspringt lediglich der ökonomischen Notwendigkeit, die Konfrontationsstruktur und die mit ihrer Aufrechterhaltung

verbundenen Kosten auf einem bestimmten Niveau einzufrieren; der unversöhnliche Gegensatz indessen bleibt bestehen.

Damit wird weder die Superstruktur eliminiert, noch die Systemkonkurrenz aufgehoben. Der Wettkampf der Systeme wird aber in zunehmendem Maße auf anderen, nicht-militärischen Gebieten, beispielsweise auf gesellschaftlichem, in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, Lebensqualität und Wohlfahrt, ausgetragen.

Der dem Konfliktverhältnis zugrundeliegende Wettkampf der Systeme ist somit nicht aufgehoben, sondern kann im Zeichen einer Politik der Entspannung, die den beiden Führungseliten zum gegenwärtigen Zeitpunkt als sinnvolles und adäquates Handlungsmuster erscheinen muß, eine andere Qualität annehmen. Die Entspannung erfüllt demnach die Funktion, die Superstruktur in ihrer alles bestimmenden Bedeutung für die internationale Politik zurückzudrängen zugunsten einer Kooperation, die aber notwendigerweise partiell bleiben muß, weil sich die Interessenidentität zwischen Ost und West nur auf Teilgebiete erstreckt und der Antagonismus zwischen beiden Systemen fortbesteht.

Wenn aber die Abschreckungsstruktur nicht nur in der Lage war, Furcht hervorzubringen, sondern auch eine auf Einsicht in die gegebene Lage beruhende Zurückhaltung zu gebieten, um wieviel mehr müßte dann die Entspannungspolitik zunehmend von Vernunft und emotionsfreien Motiven bestimmt werden und vorrangig das Ziel verfolgen, den Bedürfnissen der Bevölkerungen gerecht zu werden.

b) Das modifizierte Verständnis der
Systemkonkurrenz

Für unsere bisherige Untersuchung erschien es uns aus verfahrenstechnischen Gründen angebracht, den Untersuchungsgegenstand auf das Konfrontationsverhältnis der beiden Supermächte in der Phase des Kalten Krieges zu reduzieren und damit ein Einzelphänomen aus dem historischen Kontext zu isolieren.

Hierdurch könnte der Eindruck entstanden sein - begünstigt durch die damit notwendigerweise verbundene Akzentuierung der Superstruktur -, der eigentliche Auslöser der Konflikte seien machtpolitische Motive gewesen. Dieser Eindruck soll durch die historische Reorientierung und die Akzentverlagerung auf die dem Konfliktverhältnis ursächliche Systemkonkurrenz eingeschränkt und richtiggestellt werden.

Der Kalte Krieg kann nur als das Erscheinungsbild der an ihrem Höhepunkt angelangten Systemkonkurrenz (155), der Auseinandersetzung zwischen den beiden sich als entgegengesetzt verstehenden Gesellschaftsordnungen, Kapitalismus und Sozialismus, betrachtet werden.

Der Konflikt datiert zurück auf das Jahr 1917, auf die erfolgreiche Gründung des ersten sozialistischen Staates nach der Oktoberrevolution.

Konnte sich bis dahin der Kapitalismus weltweit ausdehnen, Welthandel und Weltpolitik unbehelligt und konkurrenzlos bestimmen (156), so stand ihm nun eine Alternative gegenüber (157). Die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus, bis dahin ein rein innergesellschaftliches Problem als Auseinandersetzung mit der Arbeiterklasse, nahm damit eine neue Dimension an.

Mit der Installierung des Sozialismus als Staatsform und der Konstituierung der UdSSR wurde nicht nur der innergesellschaftliche Konflikt in den

kapitalistischen Ländern verschärft, da sich die Arbeiterklassen von den Entwicklungen in der Sowjetunion ermutigt sahen, sondern dem Konfliktstoff als solchem erwuchs neben der sozialen Komponente noch zusätzlich eine staatliche. Er nahm somit eine globale Dimension an (158).

Nicht nur die traditionell herrschenden Machtverhältnisse und damit die zentrale Rolle Europas und der USA waren in Frage gestellt, auch an den Peripherien, also in der Dritten Welt, waren die Machtpositionen der westlichen Länder gefährdet.

War der junge sozialistische Staat nur zu einer ideologischen Unterstützung der anti-kolonialen, emanzipatorischen Kräfte in der Lage, so stärkten die Ermutigungen doch die inneren Kräfte des Befreiungskampfes (159).

Auf der Ebene der theoretisch-ideologischen Auseinandersetzung wurde der Konflikt verschärft, da sich beide Systeme als antagonistisch begreifen, d.h. als die Negation des anderen, und damit gekoppelt jeweils für die eigene Gesellschaftsordnung universale Gültigkeit in Anspruch nehmen.

Im Bewußtsein der antagonistischen Konfrontation reagierte das kapitalistische System mit Maßnahmen zur Absicherung des Machtbereichs; sie lassen sich bis zur Staatsgründung der Sowjetunion zurückverfolgen.

In diesen Zusammenhang gehören Strategien wie Eindämmung, Wirtschaftsboykott, Wirtschaftsembargo und Intervention, allesamt Maßnahmen, die den Zusammenbruch des einen sozialistischen Staates beschleunigen sollten.

Parallel dazu verschärften sich auch die Maßnahmen

gegen innergesellschaftliche, nicht systemkonforme Kräfte.

Damit war der Grundstein für die Strategien des Antikommunismus gelegt, die ihren Höhepunkt in der Periode des Kalten Krieges erlangten.

Der Antikommunismus erwies sich als brauchbares Instrument zur inneren und außenpolitischen Abschirmung. Mit der Identifikation eines äußeren gemeinsamen Feindes wirkte diese Strategie integrierend, besonders bei politisch indifferenten Bevölkerungen (160). Sie ermöglichte die Klassifizierung unliebsamer oppositioneller Gruppen im Innern als nicht integrierbar und damit systemfeindlich oder landesverräterisch und erlaubte, sie zu bekämpfen und zu unterdrücken (161).

Bis zum Zweiten Weltkrieg konnte die sozialistische Revolution noch als zwar unliebsame, aber doch einzige Episode verstanden werden. Mit der Ausbreitung des Sozialismus auf eine ganze Staatengruppe und deren einheitlichem Vorgehen verschärfte sich die Bedrohung des Kapitalismus in gravierender Weise. Nicht nur zur Absicherung seines Machtbereichs, sondern seiner Existenz schlechthin, wurde nun das gesamte ihm zur Verfügung stehende Arsenal machtpolitischen Instrumentariums eingesetzt (162).

Da die USA als die einzige wirkliche Großmacht (163) aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen waren, wurden die Abwehrmaßnahmen des kapitalistischen Systems naturgemäß maßgeblich von ihr bestimmt, zumal sie allein über die erforderlichen militärischen und finanziellen Mittel verfügten.

Durch die Demonstration atomarer Zerstörungsgewalt und der glaubhaft vertretenen Bereitschaft, von

dieser auch Gebrauch zu machen - besonders eklatant zur Zeit des amerikanischen Atomwaffenmonopols und der Politik der Errichtung ökonomischer, politischer und militärischer Basen der 'freien Welt' -, gewann der sicherheitspolitische und machtpolitische Aspekt der Auseinandersetzung an Bedeutung. Er verdrängte den ursächlichen Konflikt der gesellschaftspolitisch-ideologischen Auseinandersetzung aus dem Bewußtsein (164).

Diese Entwicklung wurde begünstigt durch die Bildung zweier militärischer Blöcke und die Existenz atomarer Zerstörungswaffen auf beiden Seiten und verstärkte den Eindruck einer bipolaren Struktur.

"Durch die Zementierung der Fronten im europäischen Raum und die Konzentration der Konfrontation auf diese Region wurde von dem gleichsam statischen Charakter, der die internationale Politik zu paralysieren schien, jene Dynamik verdeckt, die in der grundsätzlichen Auseinandersetzung zwischen den gegensätzlichen Sozialordnungen wirksam ist. Die hermetischen Strukturen des Kalten Krieges schufen in der Bipolarität der internationalen Politik wie im Antikommunismus der kapitalistischen Länder die Synthese einer geschlossenen Weltanschauung, in der sozialökonomische Prozesse, Herrschaftsverhältnisse und revolutionäre Konfliktstrukturen im außereuropäischen Raum nur noch in machtpolitischen Kategorien ins Blickfeld kamen." (165)

Innerhalb der Blöcke vollzog sich eine gleichlaufende Entwicklung. In beiden Systemen genoß das Abschreckungsprinzip als Determinante der internationalen Beziehungen Priorität und auch die Waffenentwicklung auf beiden Seiten war vergleichbar, besonders von

dem Zeitpunkt an, zu dem die Sowjetunion mit den Vereinigten Staaten zu einer Patt-Situation gelangt war.

Obwohl die Konfrontation im wesentlichen als eine Auseinandersetzung zwischen zwei Militärblöcken erschien, blieb der soziale Grundkonflikt doch erhalten, vergewärtigt man sich, daß die Erweiterung des eigenen Machtbereichs, die Ausübung von Macht schlechthin, der Verwirklichung der eigenen Ziel- und Wertvorstellungen dienen soll.

Der gesellschafts- und ordnungspolitische Aspekt ist somit nicht nur enthalten, sondern er stellt das Ziel dar, um dessentwillen machtpolitische Auseinandersetzungen geführt werden.

Machtpolitik erscheint somit relativiert als Mittel bzw. Methode zur Durchsetzung ideologischer Zielvorstellungen (166).

Durch die Patt-Situation und die Risiken eines Atomkrieges erhielt die Systemkonkurrenz eine neue Qualität.

Im Zeitalter gegenseitiger Abschreckung liegen gewaltsame Änderungen nicht mehr im Bereich des Möglichen. Die Systemkonkurrenz muß somit auf anderen Gebieten ausgetragen werden und kann sich nur noch als friedlicher Wettkampf der Systeme äußern.

Aus östlicher Sicht unterliegt die Systemauseinandersetzung den Gesetzen der Theorie der friedlichen Koexistenz. Sie erlaubt es den sozialistischen Staaten, ihr langfristiges Ziel des Sieges über den

Kapitalismus aufrechtzuerhalten (167).

Eine vergleichbare westliche Doktrin existiert, wie bereits erwähnt, nicht. Nach westlichem Verständnis folgt deshalb die Systemkonkurrenz ad hoc formulierten Regeln einer unklar umrissenen Entspannungsphilosophie.

Trotz aller Unterschiede in Bezug auf Strategie und Zielsetzung ist westlichen und östlichen Vorstellungen die Notwendigkeit der Abgrenzung gemeinsam (168).

Obwohl der Grundantagonismus, die unversöhnliche Gegensätzlichkeit zwischen sozialistischer und kapitalistischer Gesellschaftsordnung fortbesteht, schließt die Systemauseinandersetzung in dieser modifizierten Form die Möglichkeit und den Wunsch zu Wirtschaftsbeziehungen, Rüstungsabsprachen und zu einer Regelung des Konkurrenzverhältnisses nach allgemein anerkannten Verhaltensnormen ein (169).

Die Fortdauer der Systemkonkurrenz, ausgetragen als friedlicher Wettkampf der Systeme unter dem Aspekt der gegenseitigen Abgrenzung und der Fortdauer des ideologischen Kampfes, stellt keine Nivellierung der Entspannungsbemühungen dar.

Die Beendigung des Kalten Krieges läßt nicht auf eine gleichzeitige Beendigung der Systemkonkurrenz schließen. Der Kalte Krieg war lediglich eine mögliche Form der Auseinandersetzung, die Systemkonkurrenz kann aber sehr vielfältig gestaltet werden und muß nicht zwangsläufig gewaltsam ausgetragen werden.

Die Logik des Kalten Krieges ist nicht das Ende der Systemkonkurrenz, dies käme konvergenztheoretischen Vorstellungen gleich. Sie ist das Ende der bestehenden

erstarrten Konfliktmuster. Sie schafft keinen Harmoniezustand, noch beseitigt sie alle Konflikte. Im Gegenteil ist durch das stärkere Zusammenrücken, durch die Aufnahme intensiverer Beziehungen mit neuen Konfliktstoffen zu rechnen, besonders in Bezug auf die innenpolitischen Entwicklungen in beiden Systemen.

Werden Konflikte als friedlicher Wettbewerb ausgetragen, können sie jedoch im Gegensatz zu der Konfliktaustragung des Kalten Krieges den Bevölkerungen zugute kommen. Anstatt lebensnotwendige Ressourcen auf dem Rüstungssektor sinnlos zu verschwenden, sehen sich die Führungseliten beider Systeme nunmehr gezwungen, diese zweckrational einzusetzen, um im Wettbewerb der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen bestehen zu können.

Es ist demnach von Bedeutung, daß der Ost-West-Konflikt auf seine gesellschaftspolitische Dimension, seinen Ursprung zurückgeführt, als dynamische Systemkonkurrenz definiert und als legitim akzeptiert wird.

Für den Westen folgt daraus die längst überfällige Annahme (170) der gesellschaftspolitischen Herausforderung durch den Sozialismus. Der Kapitalismus hätte also unter Beweis zu stellen, ob er unter Maßgabe der Bedingungen der friedlichen Koexistenz zu einer "evolutionäre(n) Transformation seiner bürgerlichen Gesellschaftsordnung hin zu einem demokratischen Sozialismus in der Lage ist, Freiheit auf der Basis von sozioökonomischer und politischer Gleichheit sowie Wohlfahrt und Lebensqualität zu verwirklichen." (171)

Geht es darum, eine echte, d.h. gleichberechtigte

Systemkonkurrenz zu ermöglichen, sollte es zunächst vorrangige Aufgabe einer KSZE sein, ein günstiges Verhandlungsklima zu erzeugen und Mißtrauen abzubauen.

Dies ist zu einem Großteil bereits im Rahmen der Vorbereitungen des Konferenzprojektes geschehen, so daß diese ursprüngliche und eigentliche Aufgabe der Europäischen Sicherheitskonferenz bereits vor ihrer Einberufung erfüllt war und sich ein verlegenes Unbehagen einzustellen schien, was nun mit dem Projekt angefangen werden sollte (172).

Zweiter Teil: Darstellung konkreter Entspannungselemente in den internationalen Beziehungen

A. Allgemeine Bemerkungen über die Funktionen einer Sicherheitskonferenz, die Interessenlage der Supermächte und die Kontinuität antagonistischer Systeminteressen

Die Vorgeschichte der KSZE kann als die konkrete Veranschaulichung der Entwicklung vom Kalten Krieg zur Entspannung betrachtet werden. Im folgenden soll deshalb der Hauptakzent darauf liegen, diesen Wandel anhand des Beispiels, europäisches Sicherheitssystem und die damit verbundenen Gedanken einer Europäischen Sicherheitskonferenz, nachzuskizzieren.

Ausgehend von der These, daß die langfristigen Grundkonzeptionen von Ost und West zum mindesten seit Kriegsende beibehalten wurden (173), wohl aber sich die Wahl der Mittel aufgrund kurzfristigen Kalküls mehrfach geändert hat, soll nur auf einzelne markante Etappen eingegangen werden, die die jeweilige Interessenlage akzentuieren.

Diese Darstellung der Vorgeschichte der KSZE, angefangen von den ersten Vorstellungen der Sowjetunion in den fünfziger Jahren über ein auf Neutralisierung basierendes europäisches Sicherheitssystem, bis hin zu der Aufnahme der multilateralen Vorbereitungsgespräche für eine KSZE im November 1972 in Helsinki, erhebt ausdrücklich nicht den Anspruch historischer Vollständigkeit (174).

Anhand der Konkretisierung des Konferenzgedankens und des allmählichen Abbaus gegenseitiger Hemmnisse soll deutlich gemacht werden, daß die KSZE, und damit die ihr übergeordnete Politik der Entspannung, nicht auf einen Gesinnungswandel einer Großmacht oder beider Großmächte

zurückzuführen ist.

Unbeschadet der im vorangehenden Kapitel dargestellten Notwendigkeit der Entspannung und der Verbreitung dieser Einsicht in Ost und West weist die Gegensätzlichkeit beider Systeme und deren unterschiedliche Zielvorstellungen eine Kontinuität auf (175).

Wir sind uns dessen bewußt, daß die theoretische Annahme eines einheitlichen westlichen bzw. östlichen Interesses eine große Vereinfachung darstellt. Wir halten sie jedoch unter jenem Gesichtspunkt für vertretbar, daß auf der europäischen Sicherheitskonferenz in erster Linie die Belange von Industrienationen thematisiert werden, so daß sich vor diesem Hintergrund für Ost bzw. West jeweils eine Grundtendenz feststellen läßt, die im einzelnen von spezifischen, durch die jeweiligen Besonderheiten der politischen Lage bedingten Merkmale der einzelnen Länder ergänzt wird (176).

Diese nationalen Unterschiede spielen jedoch weder auf der östlichen noch auf der westlichen Seite eine so wesentliche Rolle, daß sie nicht außer Acht gelassen werden könnten. Verantwortlich hierfür ist für den Osten die zentrale Entscheidungsstruktur des Warschauer Paktes, für den Westen das Bestreben, Meinungsverschiedenheiten innerhalb der NATO vorab zu klären (177) und eine weitere Koordinierung der Außenpolitik des Westens im Rahmen der neun EG-Staaten stattfinden zu lassen (178).

Auch die Rolle der neutralen Staaten ist für das Konferenzergebnis weniger bedeutsam, ihre Teilnahme hat im wesentlichen symbolische Funktion, garantiert sie doch nach außen, daß es sich nicht um Block-zu-Block-Gespräche handelt.

Aus diesem Grunde betonen die neutralen, aber auch die

kleineren paktgebundenen Staaten bei jeder sich bietenden Gelegenheit die jedem Staat zustehenden Souveränitätsrechte (179).

Es soll nun keineswegs die Rolle der neutralen und kleineren Staaten heruntergespielt werden, schließlich garantieren sie die Heterogenität und haben Wesentliches beim Zustandekommen der Konferenz geleistet (180); auf eine gesonderte Darstellung ihrer Interessenlage kann jedoch unserer Meinung nach verzichtet werden, da sie sich im wesentlichen an den Vorstellungen der jeweiligen Garantiemacht orientiert.

Prinzipiell aber handelt es sich um die Durchsetzung der Interessen von Industrienationen, denn "der infolge des nicht redressierbaren wissenschaftlich-technischen Fortschritts wachsende nationale Autarkieverlust und die damit korrespondierend wachsende internationale Arbeitsteilung (treibt) alle entwickelten Länder in ein gemeinsames Boot ...", so daß es "infolgedessen sogar in einem ganz schlichten egoistischen Interesse liegen müßte, sich rechtzeitig um convenable Plätze an Bord und um die kooperative Entwicklung von kooperativen Steuerungsmechanismen zu bemühen, anstatt später mühsam im Kielwasser der Entwicklung nachziehen zu müssen." (181)

Wenngleich die Vorgeschichte des Projekts einer Sicherheitskonferenz mehrfach einen Strategie- und Motivwandel aufweist, so läßt sich daraus nicht entnehmen, daß sich auch die Interessen der einzelnen Teilnehmerstaaten geändert hätten.

"Die Modifizierung der Politik eines Landes setzt keineswegs auch einen Wandel der nationalen Interessen voraus, obwohl dies - beispielsweise als Folge

revolutionärer technologischer Neuerungen - durchaus so sein kann. Im Regelfall jedoch bleiben die nationalen Interessen eines Staates über einen wesentlich längeren Zeitraum konstant, als die Politik eines Staates, die durch einfache Änderung ihrer Strategie leicht ein neues Gepräge erhalten kann." (182)

Die europäischen Ziele der beiden Großmächte USA und UdSSR sind im wesentlichen seit Kriegsende unverändert geblieben. Während die USA an einem politisch und wirtschaftlich starken, westlich orientierten und kapitalistischen Westeuropa interessiert sind und darüber hinaus Demokratisierungstendenzen im Osten anstreben, ist der Sowjetunion in erster Linie an der Konsolidierung der in Osteuropa bestehenden Verhältnisse und der internationalen Anerkennung des sozialistischen Lagers als ihrer Einflußsphäre gelegen. Von dieser stabilisierten Grundlage aus soll sich dann der Kommunismus über Westeuropa ausdehnen, wobei die Sowjetunion als vorgelebtes Beispiel für den Sozialismus zu gelten hätte und ihr Führungsanspruch anerkannt werden müßte.

Nach sowjetischem Verständnis erfolgt die Ausbreitung des Sozialismus nicht in Form einer Missionierung, die Bewegung soll vielmehr von den Völkern selbst hervorgebracht werden. Dem "Anschauungsbeispiel" des etablierten Sozialismus in der sozialistischen Gemeinschaft wird dabei eine entscheidende Kraft beigemessen. Nach den Gesetzen des Marxismus-Leninismus ist demzufolge jeder Befreiungsbewegung die Unterstützung durch die Sowjetunion sicher.

Ende der vierziger Jahre suchten beide Seiten Frieden und Sicherheit durch eine intrasystemare Politik der Integration (Nato, EWG - Warschauer Pakt, RGW) zu

garantieren, ohne aber über beiderseitig anerkannte Regeln des politischen Verhaltens zu verfügen. Diese gegenseitigen Abschließungsversuche können möglicherweise zu einer Sicherung des territorialen und gesellschaftspolitischen Status quo in Europa beigetragen haben, eine konstitutive Friedenssicherung haben sie jedoch nicht erbracht.

Was der einen Seite zur Wahrung ihrer Sicherheitsinteressen diene, wurde von der anderen als Bedrohung interpretiert, mit Abwehrmaßnahmen beantwortet und umgekehrt. Das Widersprüchliche an einer derart garantierten Sicherheit besteht darin, daß die hierzu notwendige Abschreckungswirkung nur erzielt werden kann, wenn es gelingt, dem anderen die Drohung eines vernichtenden Gegenschlages glaubhaft zu machen. Die Ungewißheit über die jeweiligen Absichten der Gegenseite führt aber letztlich auch dazu, daß die Sicherheitsmaßnahmen der einen Seite immer der Sicherheit der anderen Seite zu widersprechen scheinen, unabhängig davon, ob erstere nun feindselig auftritt oder nicht.

Dies liegt im wesentlichen darin begründet, daß die auf dem Abschreckungsprinzip basierenden Sicherheitsmaßnahmen nicht nur Defensivfunktionen zu erfüllen haben, sondern auch gleichzeitig geeignet sein müssen, dem potentiellen Angreifer einen vernichtenden Schlag zuzufügen.

Dies hatte zur Folge, daß sich Westeuropa unter dem nachhaltigen Eindruck sowjetischer Expansionsbestrebungen und unter Maßgabe subjektiver Bedrohungsvorstellungen politisch, militärisch und wirtschaftlich zusammenschloß und eng - unter freiwilliger Inkaufnahme eines Souveränitätsverlustes - an die westliche Führungsmacht USA anlehnte.

Mit dieser, auf dem amerikanischen Atomwaffenmonopol beruhenden Position der Stärke gedachte man, einem sowjetischen Angriff vorzubeugen bzw. die Sowjetunion von einem Angriff abzuschrecken.

Wie oben bereits allgemein ausgeführt, mußte die UdSSR diesen Zusammenschluß als Bedrohung der eigenen Sicherheit auffassen, standen der Sowjetunion nun doch nicht nur die einzelnen westeuropäischen Staaten, sondern ein einheitlich auftretender, potenter Militärblock und direkt die Supermacht USA als Garantiemacht des NATO-Bündnisses mit ständiger militärischer Präsenz in Europa gegenüber. Dies um so mehr, als die NATO-Strategie des roll-back und die Truman-Doktrin nicht dazu angetan waren, ihre vorgeblich auf Verteidigung gerichtete Funktion zu unterstreichen.

Hieraus ergaben sich für die Sowjetunion zwei Konsequenzen: erstens die ebenfalls aus subjektiven Bedrohungsvorstellungen erwachsende Konsolidierung des eigenen Machtbereichs und zweitens die Beseitigung der als Bedrohung der eigenen Sicherheit empfundenen Existenz der NATO.

Mit der Remilitarisierung der BRD und ihrer Eingliederung in das westliche Bündnis sowie der Diskussion weiterer Integrationsmaßnahmen auf militärischem Gebiet verstärkte sich für die Sowjetunion die Dringlichkeit einzuleitender Sicherheitsmaßnahmen.

Da bei der Existenz zweier sich feindlich gegenüberstehender Militärblöcke immer die Sicherheit des einen durch die des anderen gefährdet wird bzw. eine Seite sich in ihrer Sicherheit bedroht fühlt, erschienen, vom theoretischen Standpunkt aus betrachtet, solche Vorschläge durchaus als praktikable und akzeptable Lösung, die auf eine Auflösung der Militärblöcke und den Abzug ausländischer Truppen von fremden Territorien

abzielten und das labile und dubiose Unsicherheits-system durch ein kollektives Sicherheitssystem für Gesamteuropa ersetzen wollten. Gegenüber diesbezüglichen in den fünfziger Jahren entworfenen östlichen Vorschlägen bestand aber auf westlicher Seite aufgrund des etablierten Abschreckungssystems ein derart starkes, von eindimensionalem Denken bestimmtes Mißtrauen, daß man dahinter nur den Versuch argwöhnen konnte, die Sowjetunion wolle alle Hindernisse beseitigen, die sich ihr bei der Verwirklichung ihres Zieles, der Ausbreitung eines Hegemonialeinflusses auf Gesamteuropa, in den Weg stellten. Man war der Meinung, sie strebe nur nach der Auflösung der Blöcke und dem Abzug der amerikanischen Truppen, um selbst freie Hand im Westen zu haben.

Es soll hier nicht untersucht werden, inwieweit die aus dem Gefühl des Bedrohtseins entstandenen und in sehr aggressiver Form vorgetragenen sowjetischen Vorschläge zur Errichtung eines kollektiven Sicherheitssystems tatsächlich auf Mächtausweitung im Westen ausgerichtet waren; wesentlich in diesem Zusammenhang ist, daß sich auf beiden Seiten, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, für die jeweilige Supermacht eine Sonderposition herauskristallisierte, auf die keine der beiden Mächte mehr zu verzichten bereit ist.

Diese auf Westeuropa bezogene Sonderposition der USA entsprang nach dem Zweiten Weltkrieg dem Wunsch der westeuropäischen Länder nach wirtschaftlicher und militärischer Unterstützung. Da sich dieses westeuropäische Bestreben mit dem amerikanischen Interesse an einem wirtschaftlich gesunden und politisch stabilen Europa deckte, entwickelte sich sehr bald eine intensive westliche Zusammenarbeit, die über den Bereich gemeinsamer Verteidigung hinaus auch auf das wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Gebiet über-

griff.

Solange sich die westeuropäischen Staaten von den USA abhängig wußten, fanden sie sich mit der Preisgabe ihrer Souveränität zugunsten des nordatlantischen Bündnisses ab. Bereits in den sechziger Jahren, als die ökonomische Abhängigkeit von der amerikanischen Hilfe nachließ, kam es zu desintegrativen Tendenzen (183).

Sie führten 1966 zum Austritt Frankreichs aus der Militärorganisation der NATO, ohne daß die USA auch nur die Möglichkeit gehabt hätten, Sanktionsmaßnahmen zu verhängen, wie z.B. die Aufkündigung des militärischen Schutzes. Diese Möglichkeit mußte von vornherein ausscheiden, da sie die Sicherheit des gesamten westlichen Bündnisses in Frage gestellt hätte. Ein weiterer Faktor, der die europäischen Angelegenheiten aus amerikanischer Kontrolle zu geraten lassen drohte, waren die voneinander unabhängigen und partikularistischen Aktivitäten einiger kleinerer und mittlerer westeuropäischer Staaten, bilaterale Beziehungen mit einzelnen osteuropäischen Staaten anzuknüpfen. Diese Beziehungen waren Teil jener internationalen, auf Entspannung und Abbau militärischer und politischer Konfrontation abzielenden Entwicklungen, denen unverkennbar Vorreiterfunktion zukam, die "damit einen Trend verstärkten, dem sich bald auch die Großmächte nicht mehr ohne weiteres entziehen konnten." (184)

Die Garantiefunktion der Supermächte wurde hiervon zwar nicht aufgehoben, wohl aber ihr Hegemonialeinfluß weniger absolut. Die kleineren Staaten gewannen damit mehr Handlungsfreiheit, was angesichts der Vielzahl der sich überkreuzenden Aktivitäten die Supermachtkontrolle erschwerte.

Ähnliche Erosionstendenzen, wenn auch nicht in diesem Ausmaß, so doch in der Tendenz vergleichbar, konnten im östlichen Bündnis ausgemacht werden.

So haben die Entwicklungen in der CSSR gezeigt, daß der Warschauer Pakt, trotz seiner zentralisierten Entscheidungsstruktur und der Möglichkeit von Sanktionsmaßnahmen, vor Störeffekten ebenfalls nicht gefeit ist. Selbst wenn man berücksichtigt, daß die tschechoslowakische Entwicklung letztlich doch wieder unter sowjetische Kontrolle gebracht werden konnte, so war sie doch eine - wenn auch nur kurzfristige - Infragestellung der sowjetischen Hegemonie.

Da der sowjetische Führungsanspruch aber direkt in der sozialistischen Ideologie verankert ist und die Sowjetunion als der erste sozialistische Staat die einzige und einzig richtige Interpretation des Sozialismus für sich beansprucht, hatte diese Infragestellung für die Sowjetunion weitaus schwerwiegendere Konsequenzen als ein Streitigmachen der amerikanischen Führungsposition, sofern man diesen Vergleich überhaupt anstellen kann, jemals für die USA haben könnte. Der Sowjetunion entsteht daraus nämlich letzten Endes ein existentielles Problem.

In der Theorie berührt die von der Sowjetunion geforderte Folgebereitschaft der anderen sozialistischen Staaten gegenüber der Führungsmacht des Sozialismus nicht das Recht eines jeden Staates, seinen eigenen Weg zum Sozialismus zu verfolgen.

Dieses Recht besagt nur, daß den unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen Ländern Rechnung getragen werden müsse, um sie auf den einen Weg des Sozialismus zu führen.

Die geforderte Folgebereitschaft konstituiert nach sozialistischem Verständnis kein devotes Vasallenverhältnis zur Führungsmacht, in dem jegliche Kritik

sanktioniert ist. Sie stellt vielmehr an die Kritik die Forderung der Solidarität, d.h. sie befürwortet nur eine kritische und konstruktive Auseinandersetzung in Teilgebieten der Verwirklichung des Sozialismus. Der Sozialismus als solcher darf jedoch niemals in Frage gestellt werden.

Insofern versteht sich also der proletarische Internationalismus nicht als Instrument, mit dem die Sowjetunion ihren Führungsanspruch gegenüber den anderen sozialistischen Staaten um seiner selbst willen behauptet, sondern als eine Notwendigkeit, um die Bewegung im Kampf gegen den Kapitalismus im Weltmaßstab durch Gemeinsamkeit zu stärken.

Die Konsolidierung des sozialistischen Lagers, die Folgebereitschaft der Partnerstaaten und die Bündnistreue ist somit ein fundamentales Erfordernis sowjetischer Sicherheit. Analog hierzu sind aber auch die USA nicht gewillt, den einmal gewonnenen Einfluß auf Westeuropa wieder aus der Hand zu geben.

Beide Supermächte sahen ihre Hegemonialfunktion in wachsendem Maße der Kritik ihrer Bündnispartner ausgesetzt. Ein Überdenken ihrer Kontrollfunktionen im jeweiligen Bündnissystem wurde damit erforderlich, wollten sie ihre Sonderstellung aufrechterhalten.

Im eigenen Interesse ergriffen demzufolge die beiden Supermächte nahezu parallele Maßnahmen. Beide forderten Solidarität und striktes Einhalten "gemeinsam" getroffener Abmachungen von ihren Partnern. Das in weiter Ferne liegende kollektive Sicherheitssystem ließ sich hierzu als Anreiz für gemeinsames Auftreten nutzbar machen.

Die gleichgerichtete Interessenlage der Supermächte, die Wahrung ihrer jeweiligen Führungsposition, bewirkte

östlicherseits ein forciertes Eintreten der Sowjetunion für eine Sicherheitskonferenz und westlicherseits ein scheinbares Einschwenken auf diesen Kurs (185).

Beide Seiten, die USA und die UdSSR, bleiben an einer Aufrechterhaltung und Festigung des eigenen Bündnis-systems interessiert und streben gleichzeitig die Auflösung des jeweils anderen Systems an.

Die Präsenz amerikanischer Truppen in Europa sorgt ebenso für die Wahrung amerikanischer Interessen, wie dies die Aufgabe der sowjetischen Truppen in den einzelnen Bündnisländern des Warschauer Paktes ist. Sie erfüllen also eine jeweils das eigene Bündnis stabilisierende Funktion.

Die Präsenz amerikanischer Truppen gewährt den west-europäischen Ländern Schutz vor den befürchteten Hegemoniebestrebungen der Sowjetunion und ermöglicht ihnen eine relative Eigenständigkeit. In beschränktem Maße gilt dies auch für die osteuropäischen Länder, "denn bis auf weiteres ist nur durch das Zusammenwirken der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten ein von einseitigem Druck freies System einer gesamt-europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit denkbar." (186)

Beide Supermächte sind sich darin einig, daß partielle Entspannungsbemühungen einzelner ihrer Mitgliedsstaaten zu unterbinden sind.

Im Westen geschieht dies mit der Forderung nach gemeinsamem Auftreten, im Osten unter Berufung auf den sozialistischen Internationalismus, in dessen Rahmen die Sicherheit eines Mitglieds des Warschauer Paktes immer mit der Sicherheit der anderen Bündnispartner zusammenfällt. Die Souveränität wird folglich der sozialistischen Gemeinschaft übertragen. Die gemein-

same Sicherheit darf nicht durch Abkommen einzelner Mitglieder mit einem Staat des anderen Bündnisses gefährdet werden.

Die Auflösung der osteuropäischen Bündnisstruktur wird vom Westen implizit mit der Forderung nach mehr Freizügigkeit für Menschen, Informationen und Meinungen angestrebt. Die Sowjetunion interpretiert dies als Formel, mit deren Hilfe das sozialistische System ideologisch ausgehöhlt werden solle.

Ebensowenig wie der Westen bereit ist, seine Hoffnungen auf "Liberalisierung" im östlichen Einflußbereich, auf die Verwirklichung bürgerlich-westlicher Freiheitsvorstellungen aufzugeben, kann erwartet werden, daß die Sowjetunion ihre Ziele verleugnet. Gesellschaftspolitische Umstrukturierungen zugunsten einer Ausbreitung des Sozialismus sind, im Gegensatz zu vom Westen angestrebten

Änderungen zugunsten einer Einführung kapitalistischer Strukturen, direkt in der Ideologie verankert. Die Sowjetunion kann demnach im Interesse ihrer eigenen Legitimation das Ziel des Weltkommunismus explizit niemals aufgeben.

Zudem versteht sich der Sozialismus als Fortentwicklung bzw. Überwindung des (veralteten) Kapitalismus. Auf seine Ausbreitung zu verzichten hieße, sich zu einem Rückschritt zu bekennen. Nicht zuletzt das ideologische Schisma mit der VR China, die der Sowjetunion den schwerwiegenden Vorwurf macht, sie habe mit ihrer Koexistenzpolitik die Idee des Sozialismus verraten, ist in diesem Zusammenhang von Bedeutung.

Da die Sowjetunion mit der Aufrechterhaltung des weltrevolutionären Ziels zumindest im theoretischen Sinne ihren Führungsanspruch innerhalb des eigenen Machtbereichs begründet, den ihr die VR China nur zu

gerne streitig machen würde, hätte die Aufgabe dieses Ziels nicht nur Folgen für den außerkommunistischen Bereich, der dann die Weltrevolution - bisher als sowjetische Expansionslust und reine Machtausweitung mißverstanden - nicht mehr fürchten müßte, sondern auch innerhalb des sozialistischen Lagers.

Die Tatsache, daß die Sowjetunion dieses Ziel nicht "aufkündigt", bedeutet jedoch nicht, daß sie aktiv zu seiner Verwirklichung beiträgt oder auch nur beitragen könnte (187).

Sie kann zwar die Befreiungsbewegungen materiell und ideologisch unterstützen, direkt und aktiv in Erscheinung zu treten, müßte aber unweigerlich einen Konflikt mit den USA provozieren (188).

Da ein gewaltsamer Konflikt, wie weiter oben bereits nachgewiesen, vernichtende Folgen hätte, müssen sich die beiden Supermächte arrangieren; dies geschieht durch die gegenseitige Anerkennung der Einflußsphären und wird gegenüber den Bündnispartnern mit der Verantwortung beider Mächte als Super- und Atommächte begründet.

Mit diesem kurzen Überblick über die jeweiligen Supermachtinteressen an Europa sollte aufgezeigt werden, daß es sich im wesentlichen nicht um qualitativ unterschiedliche Interessen handelt. Vielmehr entspringen sie demselben Motiv, den bisherigen Einfluß auf jenen Teil Europas, der in der eigenen Hemisphäre liegt, und den dort bestehenden gesellschaftspolitischen Status quo aufrechtzuerhalten, die Situation im anderen Teil Europas aber zu ändern.

Für beide Supermächte gilt, daß ihre Interessen sicherheitspolitisch, wirtschaftlich und ideologisch eng mit denen des westlichen bzw. des östlichen

Europas verbunden sind (189).

Für jedes Interesse auf der einen Seite läßt sich praktisch ein Äquivalent auf der anderen Seite finden. Den Unterschied machen lediglich die diametralen Ausgangspositionen aufgrund der Systemkonkurrenz zwischen antagonistischen Gesellschaftssystemen.

Da die Verwirklichung dieser Interessen immer in Richtung auf den anderen gehen, geraten sie mit den Interessen des jeweils anderen in Kollision. Dieser Konflikt ist aber, wie im ersten Kapitel dargestellt, militärisch nicht mehr austragbar. Seit Gewalt als Mittel zur Durchsetzung von Politik außenpolitisch nicht mehr in Betracht kommt, ist der Kompromiß der einzig gangbare Weg zu einer Konfliktlösung auf gemeinsamer und beiderseitig akzeptierbarer Basis.

Die in den fünfziger Jahren von der Sowjetunion unterbreiteten Vorschläge waren demnach durchaus logisch, da das gegenseitige Absichern Konflikte nicht nachhaltig beseitigt, sondern sie nur kurzfristig überdeckt hatte, bis sie an anderer Stelle erneut aufbrachen.

Ihr Scheitern liegt im wesentlichen darin begründet, daß keine Vertrauensbasis zwischen den Kontrahenten bestand. Demgegenüber kann man heute mindestens sagen, daß die Bedingungen günstiger geworden sind.

Bisher haben wir versucht, allgemeine Aussagen über die Interessenlage der beiden Supermächte an der europäischen Sicherheit und einer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu machen.

Die konkrete Überprüfung soll nun an Hand einzelner ausgewählter Vorschläge erfolgen. Berücksichtigt werden müssen dabei der historische Zusammenhang sowie die spezifischen Reaktionen der Gegenseite, die für das

Zustandekommen der Konferenz wesentlich waren.

B. Die Entwicklung des Konferenzprojekts

Da die Vorschläge für eine europäische Sicherheitskonferenz auf sowjetische Initiativen zurückgehen, während auf westlicher Seite das Projekt zunächst lange Zeit nicht beachtet und dann im wesentlichen reaktiv behandelt wurde, muß die Darstellung der sowjetischen Initiativen wesentlich ausführlicher sein (190) als es für die Verdeutlichung der westlichen Haltung erforderlich ist (191).

An den von den sozialistischen Staaten verfaßten Dokumenten und Erklärungen zum Thema der europäischen Sicherheit und zum Projekt einer diesbezüglichen Konferenz lassen sich mehrere Entwicklungsstufen (192) ablesen. Diese waren aber notwendig, um das Projekt schließlich zu ermöglichen.

Im Gegensatz dazu behalten die westlichen Erklärungen, nachdem das allgemeine Einverständnis zu einer Sicherheitskonferenz vorlag, im wesentlichen dieselben grundsätzlichen, auf den bürgerlichen Freiheitsideen und dem westlichen Demokratieverständnis fußenden Vorstellungen bei. Die Unterschiede liegen darin begründet, daß man sein Einverständnis als Instrument zur Durchsetzung aktueller Interessen auf anderen Gebieten zu verwenden suchte.

Die Darstellung der westlichen Position kann sich also im wesentlichen auf die Dokumente von 1967/68, d.h. auf den Harmel-Bericht oder "Bericht über die künftigen Aufgaben der Allianz" und auf die "Erklärung von Reykjavik" (1968) beschränken, bekannt als "Signal von Reykjavik", den westlichen Vorschlag zu Gesprächen über Fragen der Truppenverminderung.

Aufgrund der Fülle von Dokumenten, die die Sowjetunion oder mit ihr verbündete Staaten zu dem Projekt der einzuberufenden Sicherheitskonferenz vorgelegt haben, sowie in Anbetracht des verhältnismäßig langen Zeitraums, in dem dieses Thema immer wieder aufgegriffen wurde, haben einige Autoren ein Schema oder eine Phaseneinteilung entwickelt.

Bei genauerer Betrachtung erscheinen die zugrundgelegten Kriterien jedoch mehr oder weniger willkürlich (193).

Unter Verzicht auf eine solche Schematisierung soll deshalb die Position der Sowjetunion und der anderen Warschauer-Pakt-Staaten wiedergegeben werden, beschränkt auf ihre wesentlichen Grundzüge und unter der Bedingung, daß sie Relevanz für das Projekt der Europäischen Sicherheitskonferenz hatten.

I. Die sowjetischen Vorschläge zur Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems für Europa

Über die Vorschläge der 50er bis Mitte der 60er Jahre kann relativ rasch hinweggegangen werden, da zwar die Vorstellungen, wie die europäische Sicherheit zu garantieren sei und wie Europa überhaupt aussehen sollte, recht konkret waren, nicht aber die über Sinn und Zweck sowie Durchführbarkeit einer Sicherheitskonferenz.

Sofern diesbezüglich überhaupt detaillierte Vorschläge unterbreitet wurden, waren diese so eindeutig an

den Sicherheitsbedürfnissen der Sowjetunion ausgerichtet, daß dafür kein Konsens mit den westeuropäischen Regierungen zu erwarten war. Darüber hinaus maß selbst die Sowjetunion dem Projekt einer Sicherheitskonferenz in den fünfziger Jahren keine so entscheidende Bedeutung bei. Dies zeigt sich in der langen Unterbrechung ihrer Bemühungen zwischen 1958 und 1964.

Erst mußten jene Strukturveränderungen (194) eintreten, "die vor allem die Großmächte USA und Sowjetunion zunehmend vor schwerwiegende innen- und außenpolitische Probleme stellen, die in einer Zeit der Konfrontation mit ständig steigenden Rüstungsetats nicht mehr zu bewältigen wären." (195)

Die Eröffnung der multilateralen Vorgespräche für eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa am 22. November 1972 in Helsinki ist nicht der Anfang sondern bereits die fortgeschrittene Stufe einer Entwicklung, die in den fünfziger Jahren begonnen hat und im wesentlichen durch die Suche nach einer Befriedigung von Sicherheitsinteressen bestimmt war.

Die verschiedenen Vorschläge der Sowjetunion aus den Jahren 1954/55 bezüglich der Errichtung eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa entsprangen in erster Linie ihrer Defensivhaltung. Mit dem Instrument eines Sicherheitssystems sollte der eigene Machtbereich konsolidiert und die internationale Anerkennung der Realitäten, wie sie sich nach dem Kriege ergeben hatten, sowie die Neutralisierung Deutschlands erreicht werden.

Ein starkes, militärisch geeintes Westeuropa, eine wiederbewaffnete, in das westliche Bündnis integrierte BRD und der auf ihrer Garantiefunktion für Europa basierende Einfluß der USA - was sich jedoch erst in

späteren Dokumenten niederschlug - widersprachen dem sowjetischen Sicherheitsbedürfnis.

Folgerichtig sollte mit der Unterzeichnung eines gesamteuropäischen Vertrages über die kollektive Sicherheit in Europa (196), dem alle europäischen Staaten beitreten könnten, die Remilitarisierung Westdeutschlands und die Spaltung in militärische Gruppierungen verhindert werden (197).

Neben den konkreten Sicherheitsvorkehrungen (Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland, auf gemeinsamer Übereinkunft fußende Begrenzung des Effektivbestandes der deutschen Polizei bis zu einem Friedensvertrag u.a.), praktisch gleichbedeutend mit einer Neutralisierung Deutschlands - nach sowjetischem Verständnis eine Vorbeugemaßnahme gegen das Wiederaufflackern eines Kriegsherd im Herzen Europas - , schlug die Sowjetregierung bereits damals eine neue Regelung der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet vor (198).

Insgesamt fußte der sowjetische Vorschlag eines gesamteuropäischen Vertrages auf dem Prinzip kollektiver Aktionen (199). Im Gegensatz zu begrenzten Militärblöcken stellte allein die Anerkennung dieses Prinzips nach sowjetischem Dafürhalten eine reale Garantie der Sicherheit für alle Länder Europas dar.

Die Westmächte lehnten die sowjetischen Vorschläge zur Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems ab. Sie werteten sie lediglich als Vorwand, den Ausbau der NATO und das Entstehen der EVG zu verhindern. Diese sollten nach westlicher Meinung nur deshalb verhindert werden, weil sie die sowjetischen Ziele in Deutschland behinderten. Zu der Teilnahme an einer

gesamteuropäischen Konferenz waren die Westmächte nicht bereit (200).

Die Verknüpfung der Errichtung eines kollektiven Sicherheitssystems mit der Lösung der deutschen Frage trug nicht unwesentlich zum Scheitern der sowjetischen Vorschläge bei, da die Sowjetunion und die USA mit der Regelung der deutschen Frage jeweils unterschiedlich Ziele verfolgten (201).

Das westliche Systeminteresse - wirtschaftlich starkes, kapitalistisches, westlich orientiertes Westdeutschland und Zurückdrängung des sowjetischen Einflusses in den osteuropäischen Ländern durch eine Politik der Befreiung, der Militär- und Wirtschaftshilfe - kollidierte mit dem sowjetischen, das mit den Mitteln einer Sicherheitskonferenz und der Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa der Konsolidierung des eigenen Machtbereichs dienen sollte.

Wesentlich für die Ablehnung der sowjetischen Vorschläge war auch die westliche Einschätzung der sowjetischen Absichten. Aufgrund der Ereignisse in Osteuropa ging man davon aus, daß die UdSSR jede sich bietende Gelegenheit zur Expansion nutzen werde. Die NATO erschien dem Westen, insbesondere wegen des amerikanischen Atomwaffenpotentials als geeignetes und ausreichendes Instrument zur gemeinsamen Verteidigung der westlich-demokratischen Staaten. Für einen kollektiven Sicherheitsvertrag gab es demnach keine Notwendigkeit, zudem bestand dazu aufgrund der Erfahrungen in der UNO kein allzu großes Vertrauen.

Von Bedeutung war wohl auch, daß die Westmächte auf die von der Sowjetunion gewünschte Neutralisierung Deutschlands aus militärstrategischen Erwägungen nicht

eingehen konnten. Ein Verzicht auf die Militärposition "Westdeutschland" hätte die Verteidigungsfähigkeit des westlichen Bündnisses geschwächt und damit Westeuropa nach westlichem Verständnis der Sowjetunion ausgeliefert.

Zusammenfassend läßt sich zu den Vorschlägen der fünfziger Jahre und ihrer Ablehnung seitens der Westmächte sagen, daß sie aufgrund der Inkongruenz der Zielvorstellungen zwischen den Westmächten und der UdSSR nicht verwirklicht wurden. Während die Westmächte auf einer der Konferenz vorausgehenden Bereinigung der Krisenherde in Europa beharrten, sah der Osten in der Konferenz ein Instrument zur Schaffung eines "Klimas der Entspannung" und der Normalisierung.

Von den gleichen Vorstellungen und Absichten getragen waren die Vorschläge der sechziger Jahre (202). Ohne Unterschied standen alle, angefangen mit den Vorschlägen Molotows und Bulganins in den Jahren 1954/55, über die im September 1954 vor den UN-Vollversammlung verkündeten Pläne des polnischen Außenministers Rappacki für die Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz bis hin zu der auf der Karlsbader Konferenz 1967 von den kommunistischen und Arbeiterparteien Europas verabschiedeten "Erklärung für den Frieden und die Sicherheit in Europa", unter der gleichen Devise "Europa ohne Blöcke" (203).

Ihr gemeinsames Ziel war die Auflösung der NATO und die Verdrängung des amerikanischen Einflusses in Europa, was in den Forderungen einer Beseitigung ausländischer, d.h. in erster Linie amerikanischer Militärstützpunkte in Europa und des Abzugs fremder Truppen zum Ausdruck kommt (204).

Suchte die Sowjetunion 1954/55 mit den Mitteln einer

Sicherheitskonferenz die westliche Integration zu verhindern und ihre eigene Position zu konsolidieren, so war in den sechziger Jahren angesichts des wachsenden Konflikts mit der VR China wiederum die Sicherung und Konsolidierung des eigenen Machtbereichs das gleichbleibende und maßgebliche Motiv.

Die Krise, in der sich das nordatlantische Bündnis zu dieser Zeit befand, bot sich förmlich als Ansatzpunkt an (205).

Die "Bukarester Deklaration" und die "Karlsbader Erklärung" entstanden aus einer Situation, in der sich innerhalb der NATO Widerstände gegen das Konzept des MLF-Projekts formierten, genauer gegen die Forderung der USA, dem amerikanischen Präsidenten die zentrale, d.h. alleinige Kontrolle über den Einsatz des nuklearen Potentials der Allianz zu unterstellen.

Einige westeuropäische Staaten verwahrten sich gegen diese amerikanische "Bevormundung", was im Falle Frankreichs schließlich zu dessen Austritt aus der Militärorganisation der NATO führte. Dies, vom Osten offensichtlich als Signal für einen sich abzeichnenden und fortschreitenden Zerfall des westlichen Bündnisses interpretiert, veranlaßte die Sowjetunion, ihre Spaltungstendenzen zu forcieren.

Allgemeines Unbehagen bestand innerhalb der Allianz auch über eine mögliche Achse zwischen den USA und der BRD. Diese dissoziativen Elemente fanden ihre Berücksichtigung in den Vorschlägen und Forderungen der sowjetischen Regierung in den Jahren 1966/67 (206).

Auf einer in aggressiver Form vorgetragenen Analyse der gegenwärtigen Situation in Europa fußend, versuchten sie eine Mobilisierung möglichst starker Ge-
genkräfte gegen den Bündniszusammenhang in der NATO

und gegen die Anwesenheit der amerikanischen Militärmacht auf dem europäischen Kontinent.

Die Vorschläge der Sowjetunion waren deshalb in erster Linie an die gesellschaftlichen Kräfte, an die Völker gerichtet und nicht an die Regierungen (207).

In der "Bukarester Deklaration", am 6. Juli 1966 von den Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages verabschiedet, konzentrierte sich die Darstellung der westeuropäischen Verhältnisse auf eine Kritik an der Politik der USA und den revanchistischen Kräften Westdeutschlands (208). Hieraus leitete man Forderungen für eine europäische Sicherheitskonferenz (209) ab und gab die Hauptrichtungen an, in denen der Entspannungsprozeß verlaufen solle.

Die "Karlsbader Erklärung" vom 26. April 1967 unterschied sich hiervon in Bezug auf Analyse der Situation in Europa und Forderungen nur unwesentlich. Wiederum waren die USA (210), die BRD (211) und die NATO (212) die Hauptangriffsziele.

Dieses Dokument versteht sich als ein "Aktionsprogramm für die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit" (213), das die Anerkennung der realen Lage voraussetzt (214) und u.a. einen multilateralen Gewaltverzicht (215), die Normalisierung der Beziehungen zwischen DDR und BRD, die Verteidigung der Demokratie in der BRD (216) und den Abschluß eines Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen anstrebt.

Die Hauptpunkte des Aktionsprogramms sind also wiederum Anerkennungsfragen, doch der Aspekt der Zusammenarbeit ist ebenfalls erwähnt.

Die gesellschaftlichen Kräfte, die für den Fortschritt, den Frieden und die Demokratie eintreten, sind detailliert aufgeführt und werden als eigentliche Adressaten

angesprochen (217).

Mitverantwortlich für das Scheitern dieser Vorschläge war, daß sie nicht von der gemeinsamen Suche nach einem Sicherheitssystem für ganz Europa, sondern von dem einseitigen Sicherheitsinteresse der Sowjetunion geprägt waren.

"Insgesamt waren die Konferenzen von Bukarest und Karlsbad nicht dazu angetan, das Klima der Entspannung in Europa zu fördern. Der aggressive Ton der Erklärungen und die Unmißverständlichkeit der bis in alle Einzelheiten formulierten Erwartungen an eine Sicherheitskonferenz mußten den Eindruck erwecken, daß die östliche Seite bereits die Ergebnisse einer Konferenz präjudizieren wollte, noch ehe diese überhaupt begonnen hatte. Daher konnte es nicht verwundern, daß der Westen zunächst skeptisch blieb, auch wenn viele Punkte des östlichen Themenkatalogs durchaus verhandlungswürdig waren." (218)

Auch B. Willms vertritt die Ansicht, daß durch die oben erwähnten Dokumente keine reale Annäherung an das Konferenzprojekt erzielt wurde (219).

Die jeweils enthaltenen Einschätzungen der Lage in Europa und die daraus abgeleiteten Forderungen hätten allein schon wegen ihrer aggressiven Formulierungen den Konferenzvorschlag für den Westen nicht annehmbar gemacht.

In den Jahren 1966/67 vollzogen sich in Europa tiefgreifende Wandlungen, die ihre Rückwirkungen nicht zuletzt auf das Konferenzprojekt hatten.

Ein Exkurs über die Lage in Europa nach der Intervention in der CSSR und die aus der Intervention gezogenen Konsequenzen auf beiden Seiten erscheint deshalb gerechtfertigt, ja notwendig (220).

Angesichts der Veränderungen, die mit dem Prager Frühling eintraten, sahen sich westliche Hoffnungen bestätigt, auch im Osten wäre Pluralismus möglich.

Langfristig wäre diese Einschätzung zwar unter Umständen geeignet gewesen, die Angst vor der machtpolitischen Drohung aus dem Osten zu vermindern und die Auflösung des atlantischen Bündnisses nicht mehr von vornherein als Risiko erscheinen zu lassen; hätte die Sowjetunion diese Veränderungen innerhalb ihres eigenen Machtbereichs weiterhin zugelassen, so wäre eine Lockerung des nordatlantischen Bündnisses zum mindesten in den Bereich des Möglichen gerückt.

Für die Sowjetunion bestand jedoch die Gefahr, daß diese Liberalisierungen auf andere kommunistische Staaten übergreifen könnten, was unweigerlich ihren Führungsanspruch in Frage gestellt hätte. Die Sowjetunion befand sich folglich in dem Entscheidungsdilemma, einerseits die seit langem angestrebte Lockerung des nordatlantischen Bündnisses und die damit verbundene Schwächung der Einflußnahme der USA durch Zurückhaltung zu begünstigen, andererseits aber möglicherweise schwerwiegende Machteinbußen im eigenen Bereich in Kauf nehmen zu müssen, was den Konsolidierungsbestrebungen im eigenen Einflußbereich zuwiderlaufen mußte. Beide Zielvorstellungen ließen sich nicht miteinander vereinbaren (221).

Letztlich wog offensichtlich die Vorstellung einer Bedrohung der sowjetischen Vorherrschaft in Osteuropa, nach marxistisch-leninistischem Selbstverständnis gleichbedeutend mit der Bedrohung des Sozialismus schlechthin, schwerer als außenpolitisches Kalkül, zumal die rasche und vollständige Auflösung der NATO mehr als zweifelhaft war.

Mit der Intervention in der CSSR und der Formulierung

der Breschnew-Doktrin, die auf dem Grundsatz der kollektiven Souveränität der sozialistischen Gemeinschaft (222) beruht, bekräftigte deshalb die UdSSR, daß es nur eine Interpretation des Sozialismus geben könne und daß sie Abweichungen nicht zulassen werde.

Aus der Intervention zogen beide Seiten jeweils die Konsequenz, daß sie sich im eigenen Bündnissystem enger zusammenschlossen (223).

Bezeichnenderweise blieben davon jedoch die Entspannungsbemühungen unberührt. Es läßt sich lediglich ein vorläufiges, moralisch motiviertes Aussetzen der Bemühungen bis Anfang 1969 feststellen. Paradoxerweise scheint die Intervention die Entspannungsbemühungen nach einer gewissen Atempause sogar intensiviert zu haben. Versteht man die Intervention als Akt der Abgrenzung gegen den Westen zur Wahrung der gesellschaftspolitischen Identität und Verhinderung von Konvergenz, so ist mit der Nichteinmischung des Westens die Anerkennung des sowjetischen Einflußbereichs indirekt ausgesprochen und bestätigt worden (224).

II. Das modifizierte Verhandlungsangebot nach der CSSR-Intervention und die Konkretisierung sowjetischer Vorstellungen zum Konferenzprojekt

In der Folgezeit schwächten sich die zentrifugalen Tendenzen im sozialistischen Bündnis ab und der sowjetische Führungsanspruch war wieder konsolidiert. Von diesem Sicherheitsgefühl aus konnte sich die Sowjetunion erneut bündnisexternen Bereichen zuwenden. Da durch die Intervention die Glaubwürdigkeit Einbußen erlitten hatte, mußten sich die neuen Vorschläge und Entspannungsangebote stark von den im

Jahre 1966 unterbreiteten Vorschlägen abheben.

Abgesehen davon, wollte man nicht noch einmal riskieren, daß Entspannungsangebote gegenüber dem Westen von den eigenen Verbündeten falsch interpretiert werden und zu Emanzipationsbestrebungen ermutigen (225).

Die Konsequenz aus den Vorgängen in der CSSR bestand für die Sowjetunion in der Einsicht, daß die Politik der Unnachgiebigkeit, wie man sie noch in Karlsbad praktiziert hatte, nicht nur die erwarteten Ergebnisse (226) vereiteln mußte, sondern darüber hinaus auch den eigenen Machtbereich gefährden konnte, so daß "das bisherige strategische Konzept der Sowjetunion kaum noch verwendbar war." (227)

Das Verhandlungsangebot, das die sowjetische Führung mit dem "Budapester Appell" vom 17. März 1969 unterbreitete, unterschied sich deshalb in wesentlichen Punkten von den bisher gemachten Vorschlägen (228).

Das Dokument war direkt an die westlichen Regierungen adressiert, womit diese nunmehr in den Verhandlungsprozeß einbezogen waren (229). Man verzichtete auf das bisher übliche Operieren mit einseitigen Forderungen, das zur Befriedigung sowjetischer Sicherheitsinteressen immer nur von der westlichen Seite Abstriche von bisherigen Positionen verlangt hatten. Die Angriffe und Anschuldigungen der Ostblockstaaten gegenüber dem Westen, die in erster Linie gegenüber den USA (230) und der BRD (231) geltend gemacht worden waren, wurden ausgesetzt. An ihre Stelle trat die lakonische Feststellung, daß es nunmehr nötig sei, die ungelösten Probleme mit friedlichen Mitteln auf dem Verhandlungswege zu lösen.

Es wäre nun ein Fehlschuß, wollte man aus dem modifizierten Verhandlungsangebot eine Änderung der langfristigen Zielvorstellungen (232)

herleiten, hatte man doch im Gegenteil mit dem Hinweis auf die Gültigkeit der Bukarester Deklaration die Hauptvoraussetzungen beibehalten. Wohl aber läßt sich feststellen, daß die Art der Formulierungen und der Tonfall sich derart gewandelt hatten, daß sich die westeuropäischen Regierungen nicht mehr einzig und allein diffamiert fühlen mußten.

Eine Gesamteinschätzung des "Budapester Appells" hätte deshalb besonders die Flexibilität und die Möglichkeit praktischer Kompromisse (233) hervorzuheben.

Die Akzentverlagerung des Konferenzprojekts auf Interaktion und Stärkung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte sowie die Aufnahme dezidiert gemeinsamer Aktionen in das Programm nahmen nicht nur von den bisher einseitig an den Westen adressierten Forderungen Abstand, sondern stellten auch ein gemeinsames Ziel und gemeinsame Marschrouten in Aussicht. Damit sahen sich die Westeuropäer nicht mehr nur mit einem sowjetischen Europa-Programm konfrontiert, das sie alternativ- und lückenlos zu akzeptieren hätten. Stattdessen war das Resultat des hiermit eingeleiteten Interaktionsprozesses (234) grundsätzlich offen und von westlicher Seite mitbestimmbar. Dies kam östlicherseits dem Verzicht auf einen Versuch gleich, das Endergebnis der Konferenz zu präjudizieren.

Unabhängig von dem Wunsch, einen Interaktionsprozeß mit dem Westen einzuleiten, blieb aber auch das Bestreben, die Kohärenz der sozialistischen Gemeinschaft gegen westliche Einflüsse zu schützen, bestehen. Es galt deshalb, den Erfahrungen der vorangegangenen Jahre Rechnung zu tragen und all jene Formulierungen und Forderungen, die sowohl auf den westlichen Bündniszusammenhalt und die westlichen Strukturmerkmale wie auch auf den eigenen Einflußbereich

bezogen werden konnten (235), zu vermeiden, um nicht unliebsame Forderungen nach Veränderungen im eigenen Machtbereich zu provozieren. Deshalb entfielen fast alle Punkte, die militärische Sicherheitsmaßnahmen (236) betrafen, zugunsten des allgemeinen Appells, ein Klima des Vertrauens zu schaffen, "damit Europa ein Kontinent fruchtbringender Zusammenarbeit zwischen gleichberechtigten Nationen, ein Faktor der Stabilität, des Friedens und der Verständigung in der ganzen Welt werde" (237).

Die positive Resonanz, die der "Budapester Appell" im Westen hervorgerufen hatte, schien die Richtigkeit dieser Taktik zu bestätigen, so daß die Warschauer-Pakt-Staaten in der "Prager Erklärung" vom 31. Oktober 1969 ihre Vorstellungen zu den Fragen einer Europäischen Sicherheitskonferenz konkretisierten. Angesichts der ablehnenden Haltung des Westens gegenüber den Hauptvoraussetzungen, die auch in Budapest noch durch die Berufung auf die Bukarester Deklaration beibehalten worden waren, schlugen die Warschauer-Pakt-Staaten die Behandlung der beiden Themen: Gewaltverzicht und wirtschaftlich-wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vor (238).

Von dem ausführlichen Themenkatalog von Bukarest und Karlsbad war damit nicht mehr viel übrig geblieben (239).

Seine Vorstellungen über den Rahmen der beiden vorgeschlagenen Themenkomplexe brachte man in den beigelegten, von der gesamteuropäischen Konferenz zu unterzeichnenden Entwürfen zum Ausdruck. Gleichzeitig betonten die Verfasser aber auch ihre Offenheit gegenüber anderen Vorschlägen (240) und signalisierten ihre Konzessionsbereitschaft zu den noch ungelösten

Fragen der Konferenzvorbereitung (241).

Im Gegensatz zu früheren Erklärungen, in denen man noch von einem sofort möglichen Zusammentritt der Konferenz ausgegangen war, maßen nun auch die sozialistischen Staaten einer sorgfältigen Konferenzvorbereitung besondere Aufmerksamkeit und Bedeutung bei (242). Dennoch gingen die Unterzeichnerstaaten davon aus, daß die Konferenz in der ersten Hälfte des Jahres 1970 stattfinden könnte.

An der "Prager Erklärung" fällt ins Auge, daß man auf zwei Aspekte, denen man in früheren Dokumenten einen zentralen Stellenwert eingeräumt hatte, ersatzlos verzichtet hat:

- a) die anti-bundesrepublikanische Polemik (243)
- b) jeglichen Hinweis auf die Lösung der Probleme der militärischen Sicherheit (244)

Über die Bewertung der Vorschläge von Budapest und Prag sind sich die meisten Autoren einig (245). Ein qualitativ neues Moment im Vergleich zu vorangegangenen Erklärungen wird darin gesehen, daß zum ersten Mal nicht nur Forderungen gegenüber dem Westen erhoben werden, sondern Bereiche gemeinsamen Interesses dargestellt und die Zusammenarbeit in diesen Bereichen angeboten wird.

Wettig aber sieht auch weiterhin seine Vorstellung bestätigt, der Westen solle immer noch einseitig geben, ohne vom Osten ein Äquivalent zu erhalten, nur werde dies jetzt in sublimerer Form geäußert (246).

Mit dem Projekt der Europäischen Sicherheitskonferenz verband die Sowjetunion mehr als nur den Wunsch auf Anerkennung des sozialistischen Besitzstandes (247). Dies zeigt sich darin, daß sie nach der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages und der damit verbundenen

bilateralen Regelung der europäischen Sicherheit zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik, die jahrelang neben den USA als die größte Bedrohung angesehen worden war, ihre Bemühungen für einen baldigen Zusammentritt der Konferenz intensivierte (248).

Auf der Konferenz der Außenminister der Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages am 21./22. Juni 1970 in Budapest genossen deshalb Fragen, "die die Aktivierung der Vorbereitung der gesamteuropäischen Konferenz betreffen...besondere Aufmerksamkeit." (249)

Nach Meinung der Teilnehmer hatten die Ergebnisse der multilateralen Konsultationen und des Meinungsaustausches über die gesamteuropäische Konferenz gezeigt, "daß die im Oktober 1969 in Prag unterbreiteten Vorschläge die Grundlage dafür geschaffen haben, daß schon in allernächster Zeit die praktische Vorbereitung der gesamteuropäischen Konferenz in Angriff genommen und neben den bilateralen Gesprächen auch zu multilateralen Formen der Vorbereitung der gesamteuropäischen Konferenz übergegangen werden kann." (250)

Das auf dieser Konferenz verabschiedete "Budapester Memorandum" kann als Rechenschaftsbericht über den Stand der Diskussion des Konferenzprojekts verstanden werden.

Es stellt eine Reihe von Punkten heraus, über die sich die an der Konferenz interessierten Staaten bereits einig seien. So erklären die Warschauer-Pakt-Staaten die Beteiligung aller interessierten Staaten an allen Phasen der Vorbereitung und Durchführung der gesamteuropäischen Konferenz für wünschenswert. Sie heben hervor, daß die Frage des Teilnehmerkreises keine Unklarheit mehr darstelle.

"An ihr können alle europäischen Staaten teilnehmen, darunter die DDR und die BRD, untereinander auf gleicher Basis und gleichberechtigt gegenüber den anderen europäischen Staaten, sowie die USA und Kanada." (251)

Die Einberufung der Konferenz soll "nicht von irgendwelchen Vorbedingungen abhängig gemacht werden." Auf westliche Anregungen eingehend, wird die Möglichkeit erwogen, den Punkt II der Tagesordnung, "Erweiterung gleichberechtigter Beziehungen auf dem Gebiet des Handels, der Wissenschaft und Technik mit dem Ziele einer politischen Zusammenarbeit der europäischen Staaten", durch Umweltfragen zu erweitern sowie eine Bestimmung über die Entwicklung der kulturellen Beziehungen aufzunehmen (252).

Zum ersten Mal taucht in diesem Dokument der Gedanke einer Konferenzserie auf. Der ersten Konferenz soll dabei die Aufgabe zukommen, "den Weg zu einer späteren Behandlung anderer europäischer Probleme, insbesondere des Problems der Schaffung eines dauerhaften Systems der europäischen Sicherheit" (253), zu ebnen.

Um die Kontinuität der Entspannung sicherzustellen, wird die Bildung eines entsprechenden Organs aller interessierten Staaten zu Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vorgeschlagen. Zu diesem Zweck soll das Problem der Institutionalisierung, d.h. der Bildung eines Organs (254), als eigenständiges Thema in die Tagesordnung aufgenommen werden. In diesem auf der Konferenz zu bildenden Organ, oder "in einem anderen, für die interessierten Staaten annehmbaren Verfahren" (255), könnte dann auch die Frage der Verminderung ausländischer (256) Streitkräfte erörtert werden.

Die Vorschläge werden von den sozialistischen Staaten als ein Minimalkonzept (257) für den damaligen und gegenwärtigen Zeitpunkt verstanden. Alle weiteren Maßnahmen hingen von der künftigen Entwicklung ab, wobei die Regionalinstitutionen als erster Anfang im Verlauf einer gesamteuropäischen, auf ein europäisches Sicherheitssystem gerichteten Entwicklung (258) gedacht waren.

Da zunächst die lösbaren Probleme zum Verhandlungsgegenstand gemacht werden sollten, um die kontroversen Fragen erst dann aufzugreifen, wenn sie auch erfolgreich behandelt werden könnten, votierte die Sowjetunion für eine vorläufige Ausklammerung militärischer Fragen und verwies ihre Erörterung an das noch zu bildende Organ (259).

Bisher haben wir aus verfahrenstechnischen Gründen nur eine Seite des Kommunikédialogs betrachtet.

Selbstverständlich muß sie in Wechselwirkung auf die Adressaten, deren Reaktionen, Initiativen und Vorstellungen bezogen werden. Vom Zeitpunkt der Veröffentlichung des "Budapester Memorandums" an korrespondieren jedoch die östlichen Vorschläge weitgehend mit den westlichen Vorstellungen.

So besteht Einigkeit über die Notwendigkeit einer intensiven Vorbereitung der Konferenz, wenngleich die Warschauer-Pakt-Staaten weitaus früher von der Erfüllung dieser Forderung überzeugt waren als die westliche Seite (260).

Auch die westlichen Vorstellungen über den Teilnehmerkreis und die Tagesordnung (261) sind im Budapester Memorandum berücksichtigt.

Es läßt sich also zumindest verbal eine "deckungsgleiche Übereinstimmung" (262) über die Tagesordnung feststellen, obwohl Begriffe wie Souveränität,

Unverletzlichkeit der Grenzen usw. unterschiedlich interpretiert werden (263).

Der Einschätzung von Willms über die Konferenzmöglichkeiten zu Anfang der siebziger Jahre ist deshalb zuzustimmen: "Die Konferenz wird ermöglicht durch Ausklammerung bzw. Parallelisierung von Themenbehandlungen, die die Konferenz selbst erst praktikabel machen." (264)

III. Die Entwicklung der westlichen Position zum Projekt einer Europäischen Sicherheitskonferenz

1. Sicherung der Existenz der NATO im Entspannungsprozeß

Wie oben dargestellt, kam der Gedanke einer europäischen Sicherheitskonferenz ursprünglich von sowjetischer Seite und das nordatlantische Bündnis ging erst sehr spät und zurückhaltend, in gewissem Sinne auch ablehnend (265), auf diesen Vorschlag ein. Diese Haltung entsprang einer aus dem Konfrontationsverhältnis stammenden, verfestigten Einschätzung sowjetischer Absichten. Man sah in diesem Projekt nur ein Propagandainstrument zur Durchsetzung spezifisch sowjetischer Interessen in Europa (266).

Das Aufgreifen des Konferenzgedankens durch die atlantische Gemeinschaft entsprang dann wohl der Einsicht, "daß die Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ohnedies - ob mit oder ohne Konferenz - auf der politischen Agenda stehen und daß es besser ist, sie gemeinsam zu behandeln. Müßten die einzelnen Staaten diese Fragen bilateral lösen, würde dies zwangsläufig zu einer Schwächung des

Zusammenhalts und der inneren Geschlossenheit des westlichen Bündnisses führen und die einzelnen Mitgliedsländer der Großmacht Sowjetunion gegenüberstellen." (267)

Mithin ist weniger eine veränderte Einschätzung sowjetischer Absichten für das Aufgreifen des KSZE-Gedankens verantwortlich zu machen, als vielmehr die Notwendigkeit, den eigenen Bündniszusammenhalt und das Überleben der Allianz im Entspannungsprozeß sicherzustellen (268), nachdem die Sowjetunion mit massiven Initiativen auf die Auflösung der nordatlantischen Bündnisse hinarbeitete.

Angesichts der bündnisinternen Differenzen, die den sowjetischen Erosionsabsichten geradezu einen willkommenen Ansatzpunkt boten, wurde die Dringlichkeit eigener Aktivitäten eklatant. Ein Überdenken bzw. eine Neuformulierung der NATO-Aufgaben und damit eine Anpassung der NATO an die veränderte internationale Lage erschien schon im Interesse ihrer Kohärenz und ihres Fortbestandes unumgänglich.

Damit wurde zu einem Zeitpunkt, zu dem man selbst noch keine eigenen Vorstellungen über eine Europäische Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit besaß, bereits ein auch für die Folgezeit unverzichtbares Grundaxiom westlicher Entspannungsstrategie deutlich: "... eine KSZE darf die modernen Formen gemeinschaftlicher Sicherheitspolitik und Wirtschaftspolitik, die seit Kriegsende im westeuropäischen Raum geschaffen worden sind, nicht in Frage stellen." (269)

Die Sorge um den Bestand der NATO war damit ebenso für die Skepsis gegenüber den sowjetischen Vorschlägen verantwortlich, wie sie es auch geboten erscheinen ließ, zu diesem Projekt Stellung zu beziehen.

Um der NATO die zentrale Steuerungsfunktion des Entspannungsprozesses und der Entspannungsbemühungen der westlichen Länder zuweisen zu können und einen "integrierten Entspannungs-Multilateralismus" (270) des Bündnisses bei gleichzeitiger Unterbindung des desintegrierenden Entspannungs-Bilateralismus zu institutionalisieren, wurde von der NATO ein Bericht über die künftigen Aufgaben der Allianz in Auftrag gegeben (271).

Dieser Bericht, nach seinem Verfasser, dem belgischen Außenminister Pierre Harmel, auch Harmel-Studie genannt, wurde auf der Dezembertagung der NATO 1967 angenommen und trägt die offizielle Bezeichnung "Bericht des Rates über die künftigen Aufgaben der Allianz".

Diese Apostrophierung verschleiert jedoch die tatsächliche Funktion dieses Dokuments. Nicht die Sichtung der auf die NATO in den siebziger Jahren zukommenden Aufgaben stand im Mittelpunkt des Interesses, sondern vielmehr die Schaffung einer Grundlage für den zentralen Anspruch, daß Entspannungsinitiativen generell in den Zuständigkeitsbereich der Allianz gehören.

Daß sich die NATO mit dieser Neuformulierung ihrer Aufgaben und der Erweiterung ihres Aufgabenbereichs offensichtlich auf Neuland begab, dies wird im Bericht selbst zum Ausdruck gebracht (272).

Nach dieser Anpassung an die veränderte Lage wird das Konzept der NATO von zwei Hauptfunktionen, Sicherheit und Entspannung, bestimmt (273). Hieraus wird mit Gültigkeit für alle NATO-Staaten die Folgerung gezogen: "Militärische Sicherheit und eine Politik der Entspannung stellen keinen Widerspruch, sondern eine gegenseitige Ergänzung dar." (274)

Die Einsicht der NATO, auf dem Gebiet der Sicherheit neue Wege gehen zu müssen, wird damit bekundet. Erst die Neuformulierung ihrer Aufgaben ermöglichte der NATO ein Reagieren auf die sozialistischen Entspannungsinitiativen im Sinne einer aktiven Teilnahme am Entspannungsprozeß (275).

Gleichzeitig hatte man damit jedoch auch ein Instrument geschaffen, um die einzelnen Mitglieder fester an die Bündnisentscheidungen zu binden. Wenngleich ihre Souveränität formal betont wurde (276), so zeigte sich doch, daß die Entspannungsskeptiker innerhalb des Bündnisses die Oberhand gewonnen hatten und die optimistischeren Länder vor "voreiligen Maßnahmen" zurückhalten konnten (277).

Der Bericht über die künftigen Aufgaben der Allianz versteht sich als ein allgemein gehaltenes Bekenntnis zur Entspannung, mit dem sich die Bündnismitglieder die permanente Prüfung aller politischen Maßnahmen auferlegen, die zu einer gerechten und dauerhaften Friedensordnung in Europa führen können, um so die Teilung Deutschlands zu überwinden und die europäische Sicherheit zu fördern.

Obwohl man sich für eine Erörterung dieser Fragen auf bi- oder multilateraler Ebene ausspricht, hält man den Zeitpunkt, diesbezüglich Maßnahmen zu ergreifen, offenbar noch für verfrüht (278). Ebensowenig sei es bereits an der Zeit, Maßnahmen zur Verminderung von Streitkräften zu ergreifen (279). Dennoch soll die theoretische Prüfung von Fragen der Abrüstung und praktischer Rüstungskontrolle einschließlich der Möglichkeit ausgewogener Truppenvermindierungen fortgesetzt und intensiviert werden.

Von einer Formulierung bestimmter Maßnahmen für eine

gemeinsame Entspannungspolitik sieht man bislang noch ab (280), wohl aber wird die Empfehlung an alle Bündnismitglieder ausgesprochen, "an der Förderung besserer Beziehungen zur Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten in vollem Maße mit(zu)wirken." (281)

2. Der Alternativvorschlag der NATO, die MBFR-Verhandlungen

Im Bericht über die künftigen Aufgaben der Allianz erscheint die Truppenreduzierung nur als eine unter anderen angesprochenen Möglichkeiten. Die vierzehn am integrierten Verteidigungsprogramm der NATO beteiligten Länder gaben nach ihrer Tagung in Reykjavik im Juni 1968 in einem Anhang zum Schlußkommuniqué ebenfalls eine Erklärung über beiderseitige Truppenminde- rung ab. Diese Erklärung, die sich ausschließlich mit der Reduzierungsthematik befaßt, räumt nunmehr aber solchen Maßnahmen einen zentralen Stellenwert ein.

Im sogenannten "Signal von Reykjavik", das natointern als "erste konkrete Maßnahme multilateraler Entspannungspolitik" (282) betrachtet wird, geben die NATO-Außenminister (mit Ausnahme Frankreichs, das am integrierten Verteidigungsprogramm nicht beteiligt ist) ihren Beschluß bekannt, alle notwendigen Vorkehrungen für die Erörterung konkreter und praktischer Schritte im Bereich der Rüstungskontrolle mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern zu treffen. Sie laden diese Länder dazu ein, sich "dieser Suche nach Fortschritten auf dem Wege zum Frieden anzuschließen." (283)

Neben das Bekenntnis, als Endziel eine dauerhafte Friedensordnung in Europa anzustreben, stellen die Minister völlig unvermittelt ihre Überzeugung, daß die militä- risch wirksame Abschreckungsfunktion des Bündnisses und

damit das Kräftegleichgewicht zwischen Warschauer Pakt und NATO sichergestellt werden müsse (284).

Auf der Grundlage dieser Bedingung, die einseitige Truppenverminderungen der NATO ausschließt, werden für Verhandlungen über beiderseitige Truppenverminderungen in Europa vier Kriterien formuliert.

Künftige Verhandlungen sollen demnach auf Gegenseitigkeit beruhen, nach Umfang und zeitlichem Ablauf abgewogen sein, den bestehenden Grad an Sicherheit bei geringeren Kosten weiterhin gewährleisten, jedoch nachteilige Veränderungen der Lage in Europa ausschließen, ein Klima des Vertrauens schaffen und sich mit den lebenswichtigen Sicherheitsinteressen aller Beteiligten decken (285).

Sollte mit dem Vorschlag von Truppenreduzierungen nicht zuletzt das im Vergleich zu den sozialistischen Staaten recht beachtliche Konzeptionsdefizit (286) in Hinblick auf Entspannungspolitik und Sicherheitskonferenz ausgeglichen werden, so waren die Vorstellungen über Inhalt und Verfahrensweise von MBFR gleichwohl noch recht vage.

Hiervon zeugt u.a. auch der hohe Abstraktionsgrad der genannten Kriterien.

a) Intrasystemare Funktionen

Die Unschärfe der Vorstellungen war zum einen auf die unterschiedlichen Interessen der einzelnen NATO-Mitglieder an diesem Projekt (287) zurückzuführen, zum anderen aber auch darauf, daß zum Zeitpunkt des Signals noch keine ausgearbeitete und abgestimmte Verhandlungskonzeption verfügbar war (288) und man erst nach 1969 die "Modellbastelei" aufnahm.

Die Zeitverschiebung zwischen der Unterbreitung dieses Vorschlags und der eigentlichen inhaltlichen Ausarbeitung ermutigt geradezu zu der Annahme, daß auch andere

Gründe für das Forcieren des MBFR-Projekts durch die offizielle NATO-Politik maßgebend gewesen sein könnten, als nur die mit der waffentechnologischen Entwicklung verknüpften rein sicherheitspolitisch-finanziellen Erwägungen.

Es ist demnach zu untersuchen, ob möglicherweise andere aktuell-politische und strukturelle Faktoren hierfür verantwortlich zu machen sind, oder anders ausgedrückt, "welche verborgenen Funktionen das seit 1967 auffällige Insistieren gerade der NATO auf ausgewogene Truppenreduzierungen erfüllt hat." (289)

Weder gab es eine ausgearbeitete und abgestimmte Verhandlungskonzeption oder eine gemeinsame Interessenlage der Bündnismitglieder, noch war aus inhaltlichen (290) und sicherheitspolitischen Erwägungen mit einem Eingehen der sozialistischen Länder auf diesen Vorschlag zu rechnen. Aus dem Fehlen nahezu sämtlicher Grundvoraussetzungen, die für die Verwirklichung des MBFR-Projekts notwendig gewesen wären, läßt sich folgern, daß wohl weniger die Suche nach konkreten Entspannungsmaßnahmen zwischen den Blöcken, also intersystemare Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik, die Idee zu diesem Projekt hervorgebracht hat, als daß vielmehr die bündnisinterne Relevanz des Vorschlages für Abrüstungsverhandlungen im Mittelpunkt des Interesses gestanden haben muß.

Das MBFR-Projekt hatte demnach in erster Linie blockstabilisierende Funktionen innerhalb der westlichen Allianz zu erfüllen. Neben der allgemeinen Aufgabe, die bilateralen Entspannungsbemühungen der einzelnen Bündnismitglieder zu koordinieren und die NATO als Forum gemeinsamer westlicher Entspannungsbemühungen zu profilieren und rückzuversichern, standen als

kurzfristige Aufgaben das Abblocken einer inner-westlichen Auseinandersetzung über konventionelle Truppenstärken in Europa und die Verhinderung einseitiger amerikanischer Truppenabzüge (291).

b) Intersystemare Funktionen

Läßt man zunächst einmal die Frage nach der Ernsthaftigkeit des westlichen Vorschlags und der tatsächlichen Bereitschaft, mit der Sowjetunion Abrüstungsmaßnahmen zu treffen, beiseite, so ist festzustellen, daß sich die Allianz zu einem solchen Schritt zu einem Zeitpunkt entschloß, "da sich die Möglichkeiten für einen glaubwürdigen Vorschlag über Truppenreduzierungen in militärischer Sicht erheblich vermindert hatten, seine politische Notwendigkeit jedoch aus entspannungs- und innenpolitischen Gründen erheblich gestiegen war." (292)

Den weitreichenden Forderungen von Bukarest und Karlsbad, (293) mit denen die sozialistischen Staaten vor allem die Auflösung der Blöcke als wesentliches Element der Sicherheit propagiert hatten, hatte man hiermit folgende westliche Vorstellungen gegenübergestellt: Man erklärte seine Bereitschaft, an der Erstellung einer europäischen Friedensordnung mitzuwirken, ging jedoch hierbei von dem Fortbestehen des westlichen Verteidigungsbündnisses aus. Die NATO stellt nach westlichen Vorstellungen sogar die notwendige Voraussetzung und die Ausgangsbasis für die Suche nach neuen Möglichkeiten auf dem Gebiet der Entspannung und Friedenssicherung dar (294).

Gleichwertige Rüstungsvermindierungen sah man als ein Element des neuen Sicherheitssystems an, da sie zu einem entspannteren Verhältnis zwischen den Bündnissen beitragen könnten und damit die Gefahr eines Krieges vermindern würden.

"In der Folge entwickelte sich zwischen dem westlichen Angebot, über beiderseitige ausgewogene Truppenreduzierungen zu verhandeln und den östlichen Vorschlägen für eine Europäische Sicherheitskonferenz ein von den beiden Kontrahenten sorgfältig kalkuliertes Wechselverhältnis. Wir beobachten, wie beide Seiten, ausgehend von konkurrierenden Präferenzen für Verhandlungen über Truppenreduzierungen und für eine Sicherheitskonferenz, sich allmählich aufeinander zu bewegten und sich schließlich bei einer Sowohl-als-auch-Position trafen." (295)

Nach der Intervention in der CSSR im August 1968 waren die Entspannungsbemühungen westlicherseits vorerst auf Eis gelegt. In ihrer vorverlegten Jahresschlußtagung erklärte der NATO-Ministerrat im Schlußkommunique vom 16. November 1968 in Brüssel:

"Die sowjetische Intervention in der Tschechoslowakei hat die Hoffnungen auf eine Regelung der ungelösten Probleme, die nach wie vor Europa und Deutschland teilen, und auf Frieden und Sicherheit in Europa ernstlich zurückgeworfen; sie stellt gewisse Fortschritte in Frage, die auf dem Gebiet der Entspannung bereits erzielt worden sind...

Insbesondere haben die Aussichten auf ausgewogene gegenseitige Truppenverminderungen einen schweren Rückschlag erlitten. Nichtsdestoweniger setzen die Bündnispartner in engem Einvernehmen ihre Studien und Vorbereitungen für den Zeitpunkt fort, in dem die Atmosphäre für fruchtbare Diskussionen günstiger sein wird." (296)

Angesichts der doch recht gemäßigten Verurteilung der Sowjetunion und der anderen an der Intervention beteiligten Warschauer-Pakt-Staaten, sowie der geäußerten Bereitschaft, die Studien dennoch weiter zu betreiben,

war von vornherein erkennbar, daß die Entspannungs-
bemühungen nur auf Zeit ausgesetzt waren (297).

An dieser Stelle ist ein Vergleich der Zielvorstellungen der westlichen und der sozialistischen Länder angebracht: Die sozialistischen Staaten hatten in der Bukarester Deklaration (1966) die Verminderung von Streitkräften als eine Teilmaßnahme neben anderen wohl aufgegriffen. Dennoch wurde das gesamte Abschreckungssystem an sich, die beiden sich feindlich gegenüberstehenden Militärblöcke als Gefahr für den Frieden angesehen. Das übergeordnete Ziel war somit die Überwindung des Abschreckungssystems und die Auflösung der Blöcke; Maßnahmen, die ihnen als notwendige Faktoren der Friedenssicherung erschienen. An die Stelle der Konfrontationsstrukturen sollte ein qualitativ völlig neues System kollektiver Sicherheit gesetzt werden.

Der Westen aber verlieh im Signal von Reykjavik der Truppenreduzierung als solcher bereits den Stellenwert einer Spannungsminde- rung. Nach westlichem Verständnis erfüllt die Truppenreduzierung nicht eine neben- bzw. untergeordnete Funktion, die nur im Rahmen einer großangelegten Umstrukturierung der bisherigen Sicherheitsgarantien wirksam werde, sondern die zentrale Funktion schlechthin. Nach offizieller NATO- Interpretation ist die Verminderung von Streitkräften bereits als eine den Frieden fördernde Maßnahme anzusehen (298) und nicht erst die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems.

Dem auf Frieden gerichteten Charakter von Truppenverminderungen widerspreche die geforderte Aufrechterhaltung des Abschreckungssystems mitnichten.

Entgegen den östlichen Vorstellungen, die allein in der Überwindung des Abschreckungssystems eine befriedigende und dauerhafte Lösung sehen, geht die NATO-

Konzeption davon aus, daß das Abschreckungssystem gerade nicht abgelöst werden darf, wird doch der bisherige kriegslose Zustand gerade dem Gleichgewicht des Schreckens zugeschrieben, weshalb das Abschreckungssystem - nicht zuletzt im Sinne der Selbsterhaltung der NATO - auf einem geringeren Kostenniveau unbedingt erhalten bleiben muß.

Die Ministertagung des Nordatlantikrats vom April 1969 in Washington brachte für den Fortgang des Entspannungsprozesses keine sichtbaren Erfolge.

Wohl berief man sich auf die im "Bericht über die künftigen Aufgaben der Allianz" formulierten Funktionen der Verteidigung und Entspannung, hielt aber allem Anschein nach die Zeit noch nicht reif für die Aufnahme von Ost-West-Kontakten.

Stattdessen beschloß man zur nächsten NATO-Ratssitzung im Dezember eine Liste konkreter Themen aufzustellen, die mit der Sowjetunion und den anderen osteuropäischen Ländern behandelt werden könnten.

Die Erklärung der Allianz, weiterhin ihre Bemühungen im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle, einschließlich Truppenreduzierungsmaßnahmen und Gewaltsverzichtsinitiativen fortzusetzen (299), stand ziemlich unvermittelt neben obigem Beschluß und schien damit nicht im Zusammenhang zu stehen.

3. Das offizielle Aufgreifen des Konferenzgedankens durch die NATO und die Konkretisierung der westlichen Vorstellungen

Die erste offizielle und gemeinsame Antwort des westlichen Bündnisses auf die sozialistischen Entspannungsiniciativen ist in der Erklärung der Minister des Nordatlantikrats vom Dezember 1969 enthalten. Hier bekennt man sich zum ersten Mal dazu, "Hinweise dieser Länder auf die Möglichkeit der baldigen Einberufung einer Konferenz über europäische Sicherheit zur Kenntnis genommen" zu haben (300).

Hier erscheint zum ersten Mal die bisher tunlichst vermiedene Konferenzvokabel in einer gemeinsamen Erklärung. Mit der bloßen Kenntnisnahme hält man sich jedoch die Möglichkeit offen, das Konferenzprojekt schließlich doch noch ablehnen zu können.

Aus dieser Erklärung spricht eine allgemeine Unsicherheit über die Ziele der Sowjetunion, die gegenwärtige Lage und das Selbstverständnis der NATO. Dies zeigt sich in dem Bestreben, durch vorsichtige Fühlungnahme herauszufinden, inwieweit die Vorschläge der Sowjetunion und der osteuropäischen Länder flexibel genug sind, um auch westliche Vorstellungen aufnehmen zu können.

Man macht deshalb die endgültige Einwilligung zur Abhaltung einer solchen Konferenz von positiven Testergebnissen abhängig (301).

Neben dem vorsichtigen Aufgreifen der östlichen Entspannungsinitiativen hält die NATO ihren Vorschlag für Gespräche über beiderseitige Truppenreduzierungen weiterhin aufrecht.

Hierbei ergibt sich die Ungereimtheit, daß man seine Bereitschaft zu einer Fortsetzung der Studien und Sondierungen erklärt, gleichzeitig aber auch zum Ausdruck bringt, man halte die Studien für genügend weit fortgeschritten, um bestimmte Kriterien aufstellen zu können, die derartige Truppenverminderungen ihrer Ansicht nach erfüllen sollten (302).

Analog zu den Dokumenten der osteuropäischen Länder zu Fragen der europäischen Sicherheit und zur Einberufung einer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wird die Erklärung der Minister des Nordatlantikrates ebenfalls mit einem Prinzipienkatalog zu den Grundlagen des Friedens und der Sicherheit eingeleitet.

Obwohl dieser Katalog mit den Forderungen der sozialistischen Länder identisch zu sein scheint, sah man sich jedoch zu dem Zusatz veranlaßt, erfahrungsgemäß gebe es in diesen Grundsätzen keine gemeinsame Auffassung (303). Gleichwohl könnten die in Europa anstehenden Probleme nur auf der Grundlage der Anerkennung dieser Prinzipien gelöst werden.

Auf ihrer Tagung im Mai 1970 waren sich die NATO-Minister über die Abhaltung einer Konferenz prinzipiell einig, nur der Zeitpunkt der Einberufung einer Sicherheitskonferenz war noch offen (304).

Die bereits erwähnten westlichen Bedingungen über Vorbereitung, Teilnehmerkreis und Erfüllung der Testverfahren, mit denen die sozialistischen Staaten die Aufrichtigkeit ihres Entspannungswillens bekunden sollten, wurden wiederholt.

Nach westlicher Auffassung bestehe die Aufgabe einer Konferenz in der Behandlung der Prinzipien, die für die Beziehungen zwischen den Staaten maßgebend sein

sollten, und in der Entwicklung internationaler Beziehungen, die zu einer größeren Freizügigkeit von Menschen, Meinungen und Informationen und zur Erweiterung der Zusammenarbeit auf kulturellem, technischem und wissenschaftlichem Gebiet führen sollten.

Zudem unterstrich man, daß den Fragen der Rüstungskontrolle und Truppenverminderungen besondere Bedeutung beigemessen werde (305).

Dies zeigte sich auch darin, daß von den vierzehn am integrierten Verteidigungsprogramm beteiligten NATO-Mitgliedern zu diesem Themenkomplex eine gesonderte Erklärung verfaßt wurde.

Hierin werden die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten aufgefordert, sich an explorativen Gesprächen über die Möglichkeit beiderseitiger und ausgewogener Truppenreduzierungen in Europa, besonders in Mitteleuropa, zu beteiligen. Diese Sondierungsgespräche sollten von den bereits in Reykjavik und Brüssel genannten, nunmehr weiterentwickelten Prinzipien geleitet sein (306).

Spätestens nach der NATO-Ratstagung in Rom war deutlich geworden, daß die nordatlantische Allianz den Fragen der Truppenreduzierung besondere Bedeutung, ja Priorität gegenüber einer Sicherheitskonferenz einräumte.

Die Warschauer-Pakt-Staaten hingegen gaben in dieser Phase eindeutig dem Projekt einer europäischen Sicherheitskonferenz den Vorzug (307).

Allgemein läßt sich die Tendenz feststellen, je mehr die Warschauer-Pakt-Staaten militärische Fragen aus dem Konzept einer Sicherheitskonferenz auszuklammern suchten - was ihnen nicht zuletzt eine breitere Zustimmungsbasis bei den westlichen Ländern einbrachte -

um so mehr rückte die nordatlantische Allianz gerade diese Fragen in den Vordergrund (308).

Hierin zeigt sich die unterschiedliche Einschätzung der Möglichkeiten und Zielsetzungen entspannungsfördernder Maßnahmen. Aus den Erfahrungen der sechziger Jahre, einer Zeit, in der noch eine Reihe militärischer Fragen auf dem sowjetischen Programm für eine Sicherheitskonferenz gestanden hatten, zog die Sowjetunion den Schluß, daß militärische Fragen als Verhandlungsthemen zu kompliziert und kontrovers für die Anfangsphase der Entspannung seien.

Der Entspannungs'fahrplan' der sozialistischen Staaten setzte sich deshalb das Ziel, zunächst eine Phase des Vertrauens auf der Ebene politischer Entspannung einzuleiten. Dies sollte durch Anerkennung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, einschließlich der Anerkennung der Realitäten, wie sie sich nach dem Krieg ergeben hatten, und vermehrte Zusammenarbeit auf allen Gebieten geleistet werden. Von dieser Basis aus könne man dann auch zu einer Behandlung militärischer Fragen aufsteigen. Die politische Entspannung bereitete somit nach Auffassung der sozialistischen Länder der militärischen Entspannung den Weg.

Im Gegensatz hierzu vertraten die westlichen Staaten den Standpunkt, durch militärische Abmachungen sei eine Basis des Vertrauens herzustellen, von der aus die politische Entspannung angegangen werden könne.

Der Ausgangspunkt der Entspannungsphilosophie der sozialistischen Staaten war somit das Resultat westlicher Vorstellungen zur Entspannungspolitik und umgekehrt. Diese unterschiedlichen Ansichten fanden ihren Niederschlag in der jeweils vorrangigen Unterstützung von KSZE bzw. MBFR.

Für die sozialistischen Staaten bestand der Sinn einer Sicherheitskonferenz unter anderem darin, eine Atmosphäre des Vertrauens und damit der politischen Entspannung einzuleiten. Der Westen hingegen forderte, daß eine politische Entspannung als Testfall für den wahren Entspannungswillen der osteuropäischen Länder erst sichtbar werden müsse, bevor man bereit sein könne, an einer Sicherheitskonferenz teilzunehmen (309). Nach westlicher Meinung bedurfte es für eine Truppenreduzierung keinerlei politischer Vorbedingungen, vielmehr könnten konkrete Maßnahmen sofort in Angriff genommen werden.

Die sozialistischen Staaten wiesen dagegen immer wieder gerade auf die Bedeutung der politischen Vorbedingungen hin, die zunächst erfüllt sein müßten, bevor diese kontroversen Fragen geklärt werden könnten (310).

Die NATO-Ratstagung im Dezember 1970 in Brüssel beschränkte sich auf eine Wiederholung der Aussagen von Reykjavik und Rom. Der im Budapester Memorandum unterbreitete Vorschlag der sozialistischen Staaten, die Problematik der Truppenreduzierung in einem auf der KSZE zu bildenden Organ zu behandeln, wurde nicht aufgegriffen. Stattdessen konterte man seinerseits mit dem Vorwurf, die sozialistischen Staaten hätten nicht unmittelbar auf die Vorschläge der NATO zu Sondierungsgesprächen über MBFR reagiert.

Im Schlußkommuniqué der NATO-Ratstagung wurde erstmalig eine Unterscheidung zwischen der Reduzierung von Stationierungstruppen und einheimischer Truppen gemacht. Die Art der Formulierung ließ die Interpretation zu, daß zuerst die ausländischen Streitkräfte von den Reduzierungsmaßnahmen betroffen sein

sollten (311). Dies könnte als verdeckter Hinweis für ein gewisses Eingehen auf die östlichen Vorstellungen für eine Truppenreduzierung angesehen werden. Unabhängig davon kündigte man jedoch gleichzeitig auch eine Verstärkung des europäischen Beitrags zur gemeinsamen Verteidigung an (312).

Dies sollte möglicherweise eine Signalfunktion für die Sowjetunion haben und deren erwartetes Eingehen auf die westlichen Reduzierungsvorschläge beschleunigen. Man spekulierte offensichtlich darauf, daß eine militärische Integration und Stärkung Westeuropas erklärtermaßen noch weniger im Interesse der Sowjetunion liegen könnte als mögliche Truppenreduzierungen.

Die Priorität, die Truppenreduzierungen nach westlichem Verständnis gegenüber allen anderen Aktionen im Entspannungsprozeß genießen müssen, wird noch einmal ausdrücklich mit dem Hinweis unterstrichen, daß sie das wichtigste Ziel im Rahmen der Entspannung darstellten (313).

Neben der Auflistung der bereits in den bi- und multilateralen Gesprächen erzielten Erfolge hielt man in diesem Text im Interesse der BRD weiterhin an der Forderung einer befriedigenden Berlin-Regelung fest.

Mit der Aufrechterhaltung dieser Forderung, die implizit die vorhergenannten Fortschritte als nicht ausreichend charakterisierte, hatte man die Bedingung für eine westliche Teilnahme an Sondierungsgesprächen über die einzuberufende Sicherheitskonferenz konkretisiert (314).

IV. Die Annäherung der Standpunkte von Ost und West

In den beiden folgenden Jahren ergriff die NATO endgültig Maßnahmen zur Konkretisierung ihrer Vorstellungen von einer europäischen Sicherheitskonferenz.

Von der Einschätzung geleitet, daß die Berlin-Regelungen, insbesondere die deutsch-deutschen Abmachungen noch vor dem nächsten Zusammentreffen der NATO-Minister (Dezember 1971 in Brüssel) zu einem, nach westlicher Interpretation, erfolgreichen Abschluß gebracht werden könnten, beschloß die NATO-Ratstagung am 3./4. Juni 1971 in Lissabon die aktive Vorbereitung der Erörterung von Sach- und Verfahrensfragen möglicher Ost-West-Verhandlungen.

Solange multilaterale Kontakte noch nicht eingeleitet seien, sollte die Diskussion in bilateralen Sondierungsgesprächen mit allen interessierten Staaten fortgesetzt werden.

Die Tagung stand unter dem Eindruck der Unsicherheit, wie die im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU am 30. März 1971 vom Generalsekretär des ZK, Leonid Breschnew, signalisierte und in einer Rede am 14. Mai 1971 in Tiflis wiederholte Bereitschaft zu Gesprächen über die Reduzierung einheimischer Truppen, zu verstehen sei.

Innerhalb des Bündnisses gab es Meinungsverschiedenheiten über den Wert dieser Erklärungen:

Hatte man es mit einem erneuten taktischen Schachzug der Sowjetunion zu tun, die sich damit das Einverständnis des Westens zu einer Sicherheitskonferenz 'erschleichen' und das MBFR-Projekt für die Durchsetzung ihrer Ziele benutzen wollte, oder handelte es sich um eine tatsächliche Verhandlungsbereitschaft (315)?

Deshalb beschränkte man sich darauf, die sowjetische Gesprächsbereitschaft zu begrüßen und wiederholte noch einmal die Einladung an die Warschauer-Pakt-Staaten zu Sondierungsgesprächen über beiderseitige und ausgewogene Truppenreduzierungen.

Für den weiteren Verfahrensverlauf kündigten die NATO-Minister an, der Rat werde zu gegebener Zeit einen oder mehrere Vertreter für exploratorische Gespräche mit der Sowjetunion und anderen interessierten Staaten benennen, um schließlich Ort, Termin, organisatorische Vorbereitungen und Tagesordnung für Verhandlungen über gegenseitige und ausgewogene Truppenreduzierungen festzulegen.

Obwohl das Formulieren von Junktims kaum geeignet erscheint, die Annäherung zweier sich diametral gegenüberstehender Standpunkte klimatisch zu erleichtern, hatte jedoch die erneute konkrete Festlegung der NATO auf eine Berlin-Regelung den Effekt, daß sich die KSZE nicht mehr länger hinauszögern ließ, als diese Bedingung erfüllt war. Anderenfalls wäre der Westen vor aller Welt als entspannungsfeindlich dagestanden.

Eine weitere Verzögerung lag offenbar auch nicht mehr im Interesse der Mehrheit der NATO-Staaten; in dem Lissaboner Schlußkommuniqué werden Fortschritte in den betreffenden Verhandlungen ausdrücklich erwähnt.

1. Die Tagesordnung

Eine eindeutig positive Einschätzung der Sicherheitskonferenz durch die Führungsmacht des westlichen Bündnisses, die Vereinigten Staaten, und das Placet

für die NATO stand jedoch immer noch aus. Diese Zustimmung wurde wenige Tage vor der bevorstehenden NATO-Ratstagung in Brüssel im Dezember 1971 öffentlich erklärt (316). Gerade noch rechtzeitig ermöglichte sie es der NATO-Ratstagung, sich intensiv mit der Thematik einer Sicherheitskonferenz zu beschäftigen (317).

Aufgrund der amerikanischen Vorgaben für den Inhalt einer solchen Konferenz wurden vier Tagesordnungspunkte entwickelt (318).

Die Verwirklichung des Konferenzprojekts war einen entscheidenden Schritt vorangebracht.

Das Schlußprotokoll des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin und der Verkehrsvertrag und der Grundvertrag zwischen DDR und BRD sowie die Umsetzung der vertraglichen Regelungen in die Praxis erfüllten die Forderungen einer befriedigenden Lösung. Die Behandlung ausgewogener Truppenreduzierungen war die letzte offene Frage für die Aufnahme der Vorgespräche für eine Sicherheitskonferenz. Die Art der Verknüpfung von MBFR und KSZE war zu diesem Zeitpunkt noch nicht entschieden.

2. Die Verknüpfung von MBFR und KSZE

Obwohl die NATO-Minister unterstrichen hatten, welche Bedeutung sie ihrerseits Maßnahmen beimessen, "die die Gefahren einer militärischen Konfrontation verringern und dadurch die Sicherheit in Europa verstärken würden (und feststellten), "daß eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa diese Aspekte in geeigneter Weise behandeln sollte" (319), war dies noch keine Entscheidung über eine Verknüpfung

der MBFR-Problematik mit der Thematik einer Sicherheitskonferenz. Zu diesem Zeitpunkt bestanden hierzu innerhalb der westlichen Allianz immer noch Meinungsverschiedenheiten (320).

Obwohl sich die Sowjetunion im Sommer 1971 mehrmals (321) für eine Behandlung von Truppenreduzierungsmaßnahmen ausgesprochen hatte, beharrte sie auf ihrer bisherigen Meinung, militärische Fragen seien für die Thematik einer Sicherheitskonferenz ungeeignet. So wurde die Sondierungsfunktion des NATO-Emissärs, Manlio Brosio, nicht zur Kenntnis genommen, allerdings offiziell auch nie abgelehnt (322).

Da nicht nur zwischen den Bündnissen sondern auch innerhalb der westlichen Allianz eine MBFR-Behandlung im Rahmen der KSZE unterschiedlich beurteilt wurde (323), muß offenbar die gemeinsame Abneigung der beiden Supermächte gegen eine zu enge Bindung zwischen MBFR und KSZE letztlich die Entscheidung für eine getrennte Behandlung bestimmt haben.

Während ihres Moskauer Treffens im Mai 1972 hatten sich Nixon und Breschnew für eine getrennte Behandlung der beiden Themenkreise KSZE und MBFR ausgesprochen (324). Diese Empfehlung wurde vom amerikanischen Außenminister, William P. Rogers, an die NATO-Minister weitergeleitet. Die endgültige Entscheidung fiel auf der NATO-Ratstagung in Bonn am 30. Mai 1972 (325).

Erwartungsgemäß einigte man sich auf die separate Behandlung beider Themenkomplexe. Wegen der Besonderheit der bundesdeutschen Interessen (326) wurde eine lockere Verknüpfung (327) beider Themenkomplexe durch die Herstellung eines inhaltlichen und zeitlichen Zusammenhangs konstruiert (328).

Dies war zum mindesten die offizielle Begründung. Darüber hinaus sollte eine parallele Behandlung vermutlich das zunehmend auch von den westeuropäischen Staaten forcierte Konferenzprojekt bremsen (329).

3. Der Termin

Die Terminfestlegung der multilateralen Vorgespräche über eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit auf den 22. November 1972 und der vergleichbaren Gespräche über MBFR auf das Januarende 1973 wurde wiederum bilateral zwischen den beiden Supermächten getroffen.

Der Grundsatz der zeitlichen Parallelität war im September 1972 anlässlich einer Reise des amerikanischen Sonderbotschafters Henry Kissinger in die Sowjetunion vereinbart worden und wurde in der sowjetischen Note an die amerikanische Regierung vom 6. November 1972 bestätigt. Am 22. November erklärten die USA schließlich ihre Bereitschaft zu multilateralen Vorbereitungsgesprächen (330).

Am 15. November 1972, eine Woche vor Aufnahme der multilateralen Vorgespräche in Helsinki, luden die sieben NATO-Mitglieder (USA, Großbritannien, Kanada, BRD, Niederlande, Luxemburg und Belgien) die fünf Staaten des Warschauer Paktes (Sowjetunion, Polen, DDR, CSSR und Ungarn) für Ende Januar 1973 in Genf zu multilateralen Vorbereitungsgesprächen über einen Truppenabbau ein.

Als zu der NATO-Ratstagung am 7./8. Dezember 1972 noch keine Reaktion der Warschauer-Pakt-Staaten vorlag, die multilateralen Vorgespräche zu einer KSZE aber bereits eröffnet waren, bekräftigte das

Schlußkommuniqué noch einmal ausdrücklich die Auffassung, daß Gespräche über beiderseitige Truppenverminderungen und die bereits laufenden Vorgespräche über eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit gleichzeitig stattfinden sollten. Man habe allerdings nur "bestimmte Anzeichen einer östlichen Bereitschaft zur Kenntnis (genommen), solche Gespräche zum vorgeschlagenen Zeitpunkt zu beginnen." (331)

"Eine formelle und ausdrückliche Verbindung herzustellen", also ein Junktim, halte man zwar nicht für zweckmäßig, sei jedoch der Auffassung, "daß Fortschritte bei jeder einzelnen der verschiedenen Verhandlungen eine günstige Wirkung auf die anderen haben würden." (332)

Zum Zeitpunkt der Einladung zu multilateralen Sondierungsgesprächen über Truppen- und Rüstungsabbau hatte es die westliche Seite versäumt, sich über Tagungsort und Teilnehmerkreis mit der östlichen Seite abzustimmen (333).

Mit der Forderung nach zeitlicher Verknüpfung hatten sich die NATO-Länder selbst in Zugzwang versetzt (334) und mußten nun widerspruchslos auf den relativ späten Bescheid (18. Januar 1973) der Warschauer-Pakt-Staaten eingehen, sollte die mittlerweile fragwürdig gewordene Parallelität wenigstens noch rein äußerlich gewahrt werden (335).

Ohne jegliche Übereinstimmung oder schriftliche Abrede über die Konferenzbezeichnung (336), den Teilnehmerkreis und das gemeinsame Vorgehen, traf man sich gerade noch termingerecht am 31. Januar in Wien.

Bis Ende Mai 1973 kam es nur zu informellen Fühlungen, da keine Einigung darüber erzielt werden konnte, welche Staaten als ordentliche Teilnehmer

und welche nur als Beobachter zugelassen werden sollten. Diese Frage war aber insofern von Belang, als damit gleichzeitig das Gebiet abgesteckt war, auf das sich die Rüstungsmaßnahmen beziehen sollten. Die Sowjetunion betonte ihre Abneigung gegen Block-zu-Block-Gespräche und befürwortete die Teilnahme aller interessierten Staaten. Die NATO-Mitglieder lehnten dies jedoch ab, weil ein ausufernder Teilnehmerkreis praktische Resultate verhindere.

Einen Einblick in die Querelen gibt die Fülle der von NATO und Warschauer-Pakt-Staaten unterbreiteten Vorschläge. Ihnen war eines gemeinsam: sie waren für die Gegenseite stets nicht annehmbar, z.B. warfen die NATO-Mitglieder den sowjetischen Vorschlag, Ungarn nur als Beobachter zuzulassen und damit von Reduzierungsmaßnahmen auszuschließen. Sie sahen darin eine Sonderregelung für einen Teil der sowjetischen Stationierungstruppen im Ausland. Ein weiterer Vorschlag, die Teilnahme Ungarns mit der Italiens auszugleichen, schien ebenfalls für den Westen unannehmbar.

Um den eigentlichen Beginn der Vorverhandlungen nicht noch länger hinauszuzögern, einigte man sich schließlich auf einen Beobachterstatus Ungarns während der Vorverhandlungen, ohne damit Ungarn von vornherein von einer Teilnahme an den MBFR-Verhandlungen auszuschließen. Somit konnten am 15. Mai 1973 die Wiener Vorgespräche förmlich eröffnet werden.

Sie dauerten fünf Monate, ohne daß man über die Tagesordnung der Hauptkonferenz, die für den 30. Oktober 1973 wiederum in Wien anberaumt wurde, zu einem Konsensus gelangen konnte.

"Schon bald führte jedoch der Verhandlungsablauf in beiden Foren bei den Beteiligten zu der Einsicht, daß Deklarationen über militärische Aspekte der Sicherheit weitaus schwieriger seien und daher einen erheblich größeren Zeitaufwand erfordern würden als Deklarationen über politische Entspannung und einzu- leitende Maßnahmen." (337)

C. Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)

I. Die multilateralen Vorbereitungsgespräche in Helsinki vom 22. November 1972 bis 8. Juni 1973

Die Eröffnung der multilateralen Vorbereitungsgespräche für eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa fand vereinbarungsgemäß am 22. November 1972 in Dipoli bei Helsinki statt. An ihr nahmen Vertreter aus 32 europäischen und zwei außereuropäischen Staaten teil; Albanien zeigte sich nicht interessiert und hatte die finnische Einladung abgelehnt. Als Basis für die Grundsätze und Ziele der Vorgespräche galten die hierzu im finnischen Aide-mémoire gemachten Ausführungen (338), die für beide Seiten annehmbar waren und deshalb auch als vereinbarte Grundlage anerkannt worden waren (339).

1. Der Grundgedanke der Konferenzvorbereitung

Der Gedanke einer Vorkonferenz für vorbereitende multilaterale Sondierungen erschien durchaus nicht von Anfang an selbstverständlich (340).

Er entsprang der vom Westen häufig erhobenen Forderung nach intensiver Konferenzvorbereitung (341); erst im Laufe des Kommunikédialogs waren die Warschauer-Pakt-Staaten darauf eingegangen (342).

In Bukarest und Karlsbad waren sie noch davon ausgegangen, daß die eigentliche Sicherheitskonferenz ad hoc einberufen werden könnte. Wenngleich die Warschauer-Pakt-Staaten nun ebenfalls eine sorgfältige Konferenzvorbereitung unter Anerkennung der oben genannten Prinzipien befürworteten, so verstanden sie

unter den Aufgaben des Konferenzvorbereitungstreffens doch etwas anderes als der Westen. Deshalb wurde auch die Dauer der Vorbereitungsgespräche von den sozialistischen Staaten weitaus geringer veranschlagt als vom Westen.

Nach sowjetischen Vorstellungen sollten während der Vorbereitungsgespräche die Tagesordnungspunkte nur in groben Umrissen formuliert werden (343). Detailfragen hingegen sollten in der ersten Runde der Hauptkonferenz von den Außenministern geklärt werden. Die Außenminister sollten auch die eigentlichen Mandate für die Kommissionen formulieren.

Unterstützt von den neutralen Staaten legte der Westen großen Wert darauf, daß bereits die Vorkonferenz einen detaillierten und verbindlichen Themenkatalog verabschiede, um ein möglichst einheitliches Verständnis der Begriffsinhalte der Tagesordnungspunkte sicherzustellen. Für die NATO-Minister war dies wesentliches Kriterium der sorgfältigen Konferenzvorbereitung. Erst wenn definitiv feststehe, was und wie es auf der Konferenz behandelt werden solle, könnten sie einer Konferenz zustimmen.

2. Die Aufgabe der Vorbereitungsgespräche

Die NATO-Staaten setzten schließlich durch, "nicht nur die Tagesordnung der Hauptkonferenz im einzelnen abzustimmen, sondern bereits detaillierte Mandate für die von dieser einzusetzenden Kommissionen auszuarbeiten." (344)

Die eigentliche Aufgabe der multilateralen Vorbereitungsgespräche bestand demnach darin, "das

Vokabular zu synchronisieren, oder zumindest die politische Bandbreite der Begriffe abzustecken. ... Erst dann, wenn in mühseliger Kleinarbeit die hinter den Begriffen stehenden Zielvorstellungen transparent gemacht wurden, waren sinnvolle Verhandlungen möglich und bot die Konferenz Aussicht auf Erfolg." (345)

Die Vorbereitungsgespräche wurden als organischer, stufenweiser und jederzeit durch die Regierungen kontrollierbarer Verhandlungsprozeß ohne feste terminliche Bindung angesehen (346).

3. Der Verfahrensmodus

Für den Abstimmungsmodus während der Vorbereitungsgespräche galt gemäß der am 28. November 1972 angenommenen Geschäftsordnung das Konsensprinzip (347). Die Teilnahme an diesen Gesprächen erfolgte auf der Basis der souveränen Gleichheit (348).

Während der vierphasischen Vorbereitungsrunde kamen immer wieder die unterschiedlichen Zielvorstellungen der NATO-Mitgliedstaaten und der Neutralen einerseits und der Staaten des Warschauer Paktes andererseits zum Tragen (349).

Besonders eklatant wurde dies in der dritten und vierten Phase der Vorrunde bei der Formulierung der Mandate, obwohl doch die Diskussion von Sachfragen ausdrücklich der eigentlichen Konferenz vorbehalten war.

Angesichts der grundlegenden Interessendivergenzen bestand das Konsensprinzip seine erste Bewährungsprobe für Verhandlungen zwischen Ost und West, d.h. zwischen antagonistischen Gesellschaftssystemen.

Die Eigenart dieses Prinzips beläßt nur die Alternativen beiderseitiger Kompromißbereitschaft oder aussichtsloser und gescheiterter Verhandlungen. Angesichts des allgemeinen Interesses an Ost-West-Verhandlungen aber auch aus der Erkenntnis, daß ein Scheitern der Sicherheitskonferenz noch vor ihrer eigentlichen Eröffnung katastrophale Folgen für den von beiden Seiten für notwendig und wünschenswert erachteten Entspannungsprozeß haben müßte, stand nur ein wechselseitiges Entgegenkommen zur Disposition.

Vor diesem Hintergrund war die Intensität der Auseinandersetzung über Detailfragen wohlkalkuliert und ermöglichte am 8. Juni 1973 die Annahme der gemeinsamen Schlußempfehlungen der Helsinki-Konsultationen (350).

Sofern unterschiedliche Auffassungen auf Teilgebieten bestanden, wurden diese Fragen ausgeklammert, so daß sie der Abfassung eines gemeinsamen Dokuments nicht entgegenstanden.

4. Meinungsverschiedenheiten

Die Vorschläge zum Verhandlungskatalog und der mitunter zähflüssige Verlauf der Diskussion bestimmter Verhandlungspunkte, aber auch die relativ schnelle Konsensfindung in anderen Fragen zeigt die unterschiedlich gelagerten Interessen in Ost und West. Die Entwicklung der einzelnen 'Körbe' (351) macht dies deutlich:

Korb I: Fragen der Sicherheit in Europa

a) vertrauensbildende Maßnahmen

Als die Truppenreduzierungsproblematik aus dem

Themenbereich der KSZE ausgeklammert und einer gesonderten Konferenz oder einem gesonderten Forum zugewiesen worden war, schien ein wesentlicher Streitpunkt der Konferenzagenda beseitigt (352). Daraufhin zeichnete sich bei der Behandlung marginaler spannungsmildernder und vertrauensfördernder Maßnahmen relativ rasch ein Einverständnis ab.

Man war sich einig, unter dem Tagesordnungspunkt 'Sicherheit' vertrauensbildende Maßnahmen zu erörtern. Als konkrete Beispiele führen die Schlußempfehlungen die Ankündigung größerer militärischer Manöver, den Austausch von Beobachtern bei militärischen Manövern - auf Einladung und unter gegenseitig annehmbaren Bedingungen - sowie die Ankündigung grösserer Truppenbewegungen zur Diskussion auf.

b) Prinzipienkatalog

Ebenfalls in den Bereich von Korb I 'Sicherheit' gehört der Prinzipienkatalog über die zwischenstaatlichen Beziehungen, in dem u.a. auch das Verbot der Anwendung und der Androhung von Gewalt enthalten ist.

Elemente für einen Prinzipienkatalog waren von beiden Bündnissen bereits in den vorangegangenen Jahren formuliert worden: Seitens der Warschauer-Pakt-Staaten in der Prager Deklaration vom 26. Januar 1972, von westlicher Seite im Brüsseler Kommuniqué vom Dezember 1971.

Bereits während der Vorverhandlungen zeigte sich jedoch erwartungsgemäß, daß die verwandten Begriffe nicht deckungsgleich gebraucht wurden und die unterschiedliche Reihenfolge der Prinzipien jeweils auch eine unterschiedliche Rangfolge ausdrückte. Die ursprüngliche sowjetische Formel, die Konferenz solle einen allgemeinen Gewaltverzicht unterzeichnen,

stellte inzwischen keinen wesentlichen Streitpunkt mehr dar, da die meisten Staaten bei den unterschiedlichsten Gelegenheiten bereits Gewaltverzichtserklärungen ausgetauscht hatten (353). Kern der Auseinandersetzung war vielmehr, ob dem Gewaltverzicht oder der Unverletzlichkeit der Grenzen oberster Rang zukommen sollte.

Die westlichen und die neutralen Länder, und damit die Mehrzahl der Staaten, vertraten die Ansicht, eine Verletzung der Grenzen impliziere notwendigerweise Gewaltanwendung. Die Unverletzlichkeit der Grenzen könne deshalb nicht als eigenständiges Prinzip existieren.

Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten waren von dem Motiv geleitet, auf der KSZE den osteuropäischen Besitzstand international anerkennen zu lassen und wollten das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen als selbständiges und übergeordnetes Prinzip an die Spitze des Prinzipienkatalogs gestellt sehen (354).

Die zustandgekommene Kompromißformel führt zwar in den Schlußempfehlungen der Konsultationen die Unverletzlichkeit der Grenzen als separates Prinzip auf, macht jedoch auch die generellen Vorbehalte der westlichen Vertreter geltend; besonders initiativ wurden hier die BRD und Irland, die dem Bekenntnis zur Unverletzlichkeit der Grenzen nur unter der Bedingung zugestimmt hatten, daß auch einvernehmliche Grenzänderungen durch eine Reihe präzisierender Punkte als zulässig anerkannt würden (355).

Über die Aufnahme der Norm 'souveräne Gleichheit' mit wechselseitiger Anerkennung souveränitätsbegründeter Rechte bestanden keine Meinungsverschiedenheiten.

Bekanntlich findet aber das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten nach sowjetischem Verständnis keine Anwendung auf den Bereich der Warschauer-Pakt-Staaten.

Über die Formulierung des Selbstbestimmungsrechts gab es ebenfalls Divergenzen. Die westlichen Staaten sahen im Selbstbestimmungsrecht einen innen- und außenbezogenen Aspekt. Das innere Selbstbestimmungsrecht meint die Möglichkeit der Völker, ihr politisches, wirtschaftliches, soziales und kulturelles System frei zu wählen und zu ändern: das äußere Selbstbestimmungsrecht bezieht sich auf die freie Wahl der staatlichen Gemeinschaft und das Recht, sich mit anderen Ländern zu vereinigen.

Dahingegen wollte die Sowjetunion das Recht der Systemveränderung nicht erwähnt sehen. Die äußere Selbstbestimmung erachtete sie als für Europa gegenstandslos, da die europäischen Staaten ihre unabhängige nationale Daseinsform bereits gefunden hätten, dieses Prinzip also nur noch für die Staaten der Dritten Welt von Bedeutung sein könne.

Schließlich wurden die Menschenrechte und Grundfreiheiten aufgenommen.

Obwohl im Prager Prinzipienkatalog der Unterpunkt 'friedliche Koexistenz' enthalten war, bestand die Sowjetunion nicht auf einer Aufnahme dieses Prinzips; auch auf das Thema kollektives Sicherheitssystem verzichtete die UdSSR.

Die Bedeutung eines gemeinsam verabschiedeten Prinzipienkatalogs ergibt sich weniger daraus, inwieweit dessen Einhaltung kontrolliert und Abweichungen vermieden werden können. Sie zeigt sich vielmehr darin, daß man sich trotz unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und Wertvorstellungen auf einen

Katalog von Normen einigen konnte, die nach Meinung beider Seiten die zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa bestimmen sollten (356).

Korb II: Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt

Im Korb II 'Zusammenarbeit' herrschte zwar Einigkeit über die unter diesen Begriff fallenden Teilbereiche Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie, es mußte aber ein Kompromiß zwischen dem Wünschbaren und Machbaren (357) gefunden werden. Nach westlicher Meinung ist eine erweiterte Kooperation unter dem Gesichtspunkt des gegenseitigen Vorteils zu sehen und sollte konkrete Maßnahmen umfassen, wie Konvertierbarkeit der osteuropäischen Währungen, Herstellung unmittelbarer Kontakte zwischen Produzent und Verbraucher in Ost und West, verbesserte Information und Angleichung der Normen usw. Demgegenüber forderte der Osten die Einräumung der Meistbegünstigung, Gewährung langfristiger staatlicher Großkredite, Inangriffnahme kontinentaler Großprojekte, industrielle Kooperation usw. Es zeigte sich, daß die unterschiedlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme die eigentlichen Hindernisse für die erweiterte Kooperation darstellten und ihr enge Grenzen setzten.

Es war jedoch von vornherein klar, daß Projekte geprüft und Empfehlungen ausgesprochen werden konnten, es aber nicht zu konkreten Wirtschaftsverhandlungen kommen würde:

Erstens konnte die als Forum politischer Willensbildung konzipierte Konferenz keine verbindlichen Wirtschaftsverhandlungen führen; zweitens gehörten

diese Fragen in den Kompetenzbereich der an der Konferenz als Organisation nicht teilnehmenden EG.

Wohl aber waren verbesserte Arbeitsbedingungen für westliche Firmen eine Voraussetzung, um die Zusammenarbeit zu fördern. Eine Aufstellung von Leitlinien für die künftige Kooperation konnte somit nur förderlich sein (358).

Korb III: Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen

Das am meisten kontroverse und unzweifelhaft auch langwierigste Thema der Vorbereitungskonferenz war die Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet, Korb III.

Die NATO-Staaten hatten bereits im Brüsseler Communiqué vom Dezember 1969 'mehr Bewegungsfreiheit' als Thema der Konferenz vorgeschlagen. Auch das Bonner Communiqué 1972 verwies auf diesen Punkt, die dort bereits formulierte Tagesordnung, und bestand auf dem Vorschlag (359). Dagegen war die Behandlung dieses Themenkomplexes von den Warschauer-Pakt-Staaten zunächst nicht vorgesehen. Sie fanden sich schließlich dazu bereit, die Möglichkeit erweiterter kultureller Kontakte im Zusammenhang mit dem Komplex vermehrter Kooperation auf allen Gebieten zu behandeln.

Angesichts der unnachgiebigen Haltung der NATO-Mitglieder und getragen von dem sowjetischen Bestreben, die Hauptkonferenz im Sommer 1973 eröffnen zu können, signalisierte die Jubiläumsrede des sowjetischen Parteichefs Breschnew vom 21. Dezember 1972 die ersten Anzeichen einer Konzessionsbereitschaft. Nach einem Außenministertreffen der Warschauer-Pakt-Mitglieder konzidierte der sowjetische Vertreter in

Helsinki schließlich, daß der Komplex 'Ausdehnung der kulturellen Zusammenarbeit, der Kontakte zwischen den Organisationen und Menschen und der Verbreitung von Information' aus dem Gesamtkomplex 'Zusammenarbeit' herausgelöst wurde und einen getrennten und eigenständigen Tagesordnungspunkt darstellte (360).

Damit war man über die prozedurale Behandlung dieses Themas einig geworden und der Komplex war obligatorischer Punkt der Hauptkonferenz. Über die Bandbreite und den Bezugsrahmen der angestrebten Zusammenarbeit bestanden jedoch immer noch erhebliche Unterschiede.

Während für den Westen in diesen Bereich u.a. die Erweiterung des privaten Reiseverkehrs, Familienzusammenführung, Förderung des Jugend- und Studentenaustauschs, Intensivierung kultureller Beziehungen durch ungehinderten Zugang zu Büchern und Zeitschriften, verbesserte Arbeitsbedingungen für ausländische Journalisten usw. fallen, wünschte die Sowjetunion nur eine Verstärkung staatlich-kontrollierter Kontakte (361).

Die Beschränkung auf den organisierten Reiseverkehr hätte menschlichen Kontakten von vornherein enge Grenzen gesetzt.

Diesselbe Funktion erfüllte die Bestimmung, mit der die Sowjetunion jegliche Anti-Kultur (362) von dem Informationsfluß ausgenommen sehen wollte.

Die Zielrichtung beider Seiten läßt sich demnach verallgemeinert so charakterisieren: Die westlichen Staaten strebten eine Regierungsvereinbarung an, die über die Erörterung konkreter Maßnahmen die Verbesserung von Kontakten und Kommunikation initiieren sollte (363), während die Sowjetunion an

der staatlichen Kontrolle über alle Außenkontakte ihrer Systemmitglieder festhalten wollte.

In diesem Zusammenhang bewährte sich wiederum das Konsensprinzip, das keiner Seite das Überziehen ihrer Position möglich machte, sollte damit nicht das Zustandekommen der Konferenz überhaupt gefährdet werden (364). Die Teilnehmer sahen sich zu einer Kompromißlösung genötigt (365).

Insgesamt gesehen konnte zwar der Westen seine Position zu den Fragen der Freizügigkeit weitgehend behaupten, "wenngleich das Einverständnis des Ostens, über Informationsaustausch zu sprechen, natürlich noch nichts über das spätere Ergebnis aussagt." (366)

Korb IV: Konferenzfolgen

Die Erörterung über Korb IV, der sich auf sowjetischen Wunsch (367) mit den Konferenzfolgen befassen sollte, konnte im Rahmen der Vorbereitungsgespräche nicht abgeschlossen werden. Entscheidungen wurden auf die zweite Runde der Hauptkonferenz vertagt.

Diese Verfahrensweise ist nicht weiter verwunderlich, wenn man bedenkt, daß man sich für die Hauptkonferenz sehr schnell auf eine Drei-Phasen-Einteilung (368) einigte, es aber bewußt offen ließ, vielmehr vom Erfolg der Konferenz abhängig machte, ob die dritte Runde, und damit die Abschlußphase der Konferenz, auf der Ebene der Außenminister oder als "feierliches" Gipfeltreffen der Regierungschefs stattfinden sollte.

Zu Beginn der Entwicklungsgeschichte des Konferenzgedankens hatte die Sowjetunion allem Anschein nach nur eine einzige Konferenz vorgesehen. Ihre hauptsächlichste Aufgabe hätte in einer feierlichen

Erklärung multilateralen Gewaltverzichts und der Annahme der Prinzipien bestanden.

Bereits im Budapester Memorandum 1970 wurde die Gründung eines Organs, vornehmlich zur Behandlung sicherheitspolitischer Fragen und Truppenreduzierungsmaßnahmen angeregt. Diesen Vorschlag griff die Prager Deklaration wieder auf, da man es als zweckmäßig erachtete, ein ständiges Organ für die Fortsetzung der gemeinsamen Arbeit nach der Konferenz zu schaffen (369).

Nach sowjetischer Vorstellung hätte die Institutionalisierung der Konferenz die weitere Verfolgung des Entspannungskurses obligatorisch gemacht und gewährleistet, daß man es nicht bei einem einmaligen spektakulären Akt, ohne weitere konkrete Schritte bewenden lasse. Das sowjetische Konzept hatte zunächst die Schaffung eines Organs mit Entscheidungsbefugnissen geplant. Angesichts der reservierten Haltung der westlichen Länder nahm die Sowjetunion jedoch von dieser weitreichenden Vorstellung Abstand und plädierte für ein Konsultativkomitee mit beratender Funktion. Im Laufe der Spannungsentwicklung sollte es dann mit Entscheidungsbefugnissen ausgestattet bzw. zu einem gesamteuropäischen Gremium erweitert werden und mehr und mehr die von den Bündnissen wahrgenommenen Sicherheitsfunktionen übernehmen und durch die gemeinsame Sicherheitsgarantie eines kollektiven Sicherheitssystems ersetzen.

Die westlichen Länder und die Neutralen waren jedoch nicht bereit, sich schon vor Konferenzbeginn auf eine Fortsetzung der Konferenz und damit auf die Entwicklung neuer Institutionen festzulegen (370), zumal die Brauchbarkeit und die Erweiterungsmöglichkeiten bestehender gesamteuropäischer

Institutionen zur Erfüllung dieser Aufgabe noch nicht geprüft worden seien.

Mit der Verabschiedung der Schlußempfehlungen der Helsinki-Konsultationen am 8. Juni 1973 hatte die Vorkonferenz ihr Aufgabenspektrum erfüllt. Es war deutlich geworden, daß beide Seiten an einem positiven Verhandlungsergebnis interessiert waren und sich deshalb kompromißbereit zeigten.

In einer Reihe von Fragen war ein Konsens nur durch Ausklammerung möglich, so daß für die Konferenz eine Reihe von Konflikten bereits vorprogrammiert war (371).

Trotzdem mußten die westlichen Forderungen nach sorgfältiger Konferenzvorbereitung als erfüllt betrachtet werden. Der NATO-Rat befürwortete deshalb auf seiner Sitzung am 14./15. Juni in Kopenhagen die Schlußempfehlungen und gab sein Placet zur Eröffnung der Hauptkonferenz am 3. Juli 1973 in Helsinki.

II. Die I. Phase der Sicherheitskonferenz.
Das Außenministertreffen in Helsinki vom
3. Juli bis 7. Juli 1973

Die europäische Sicherheitskonferenz wurde am 3. Juli 1973 von dem finnischen Staatspräsidenten Urho K. Kekkonen in Anwesenheit des UN-Generalsekretärs Kurt Waldheim (372) in Dipoli bei Helsinki eröffnet. Die erste Phase verlief völlig programmgemäß und folgte dem in den Schlußempfehlungen der Vorgespräche für die Konferenz von Helsinki festgelegten Ablauf (373).

Die Minister billigten die Schlußempfehlungen; das westliche Bemühen, sie als Anhang zum Schlußkommuniqué zu veröffentlichen, konnte jedoch nicht durchgesetzt werden. Des weiteren gaben die Minister Grundsatzzerklärungen ab, in denen sie die jeweilige Auffassung ihres Landes zu den allgemeinen Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit darlegten und zu den Aufgaben der KSZE, genauer: zu den verschiedenen Körben und Mandaten (374) Stellung bezogen.

Die Schlußempfehlungen zuzüglich der von den Ministern eingebrachten Resolutionsentwürfe bzw. Orientierungen stellten somit "das eigentliche Konferenzmaterial dar", wobei "die Ministerreden als interpretative Erklärungen anzusehen sind." (375)

Im wesentlichen hielten die Minister den Rahmen des vereinbarten und damit vorgegebenen Schemas der Schlußempfehlungen ein, stellten aber auch die bereits während der Vorgespräche deutlich gewordenen Unterschiede ihrer Auffassungen dar.

1. Die unterschiedliche Akzentsetzung im Prinzipienkatalog

Die unterschiedlichen Interpretationen zeigten bereits bei der Beschäftigung mit dem Thema 'Sicherheit' ihre Wirkung: Die westlichen Minister stellten in ihren Erklärungen den Gewaltverzicht in den Vordergrund, die osteuropäischen Länder dagegen gaben eindeutig dem Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen den Vorzug.

Fast alle Minister gingen auf die "10 Gebote" des Prinzipienkatalogs der Schlußempfehlungen, den sogenannten Dekalog, ein (376). Je nach Intention wurden Prioritäten gesetzt, die Gleichwertigkeit betont oder Interdependenzen thematisiert. Hiermit machten die Minister von ihrem Recht Gebrauch, die Prinzipien in ihrem Sinne zu erläutern (377).

Die Sowjetunion hielt sich in ihrem Deklarationsentwurf "Allgemeine Erklärung über die Grundlagen der Sicherheit in Europa und die für die Beziehungen zwischen den Staaten in Europa geltenden Prinzipien" (378) strikt an die Reihenfolge des Dekalogs und bekundete den Wunsch der Teilnehmerstaaten, "jedes der aufgezählten Prinzipien gleich vorbehaltlos in allen Bereichen ihrer gegenseitigen Beziehungen und Zusammenarbeit anzuwenden" (379). Dennoch leitete Gromyko seine Grundsatzerklärung mit dem Hinweis ein, wenn man miteinander in Frieden leben wolle, müsse man den Grundsatz der Unverletzlichkeit der Grenzen absolut anerkennen.

Abschließend betonte er, dies bedeute nicht, von den anderen Grundsätzen abzulenken. Obwohl er die Prinzipien dem Dekalog entsprechend aufzählte, hatte Gromyko doch eine wesentliche Veränderung zum

Dekalog vorgenommen und den Gewaltverzicht auf die Funktion, Mittel zur Lösung internationaler Streitigkeiten ohne kriegerische Maßnahmen, beschränkt (380).

"Dadurch entsteht eine enge Verbindung zwischen Gewaltverzicht und friedlicher Streitregelung; die Verbindung zwischen Gewaltverzicht, nationaler Unabhängigkeit und territorialer Integrität, die die UN-Charta und die Friendly Relations Declaration herstellen, soll dadurch aufgelöst und die Unverletzlichkeit der Grenzen als separates Prinzip herausgelöst werden." (381)

Besonders deutlich tritt die Akzentverschiebung zugunsten des Prinzips der Unverletzlichkeit der Grenzen im oben bereits erwähnten Deklarationsentwurf der Sowjetunion an der Grenzaussage zu Tage:

"Die Unverletzlichkeit der Grenzen, wonach die Teilnehmerstaaten die bestehenden Grenzen in Europa als heute wie in Zukunft unverletzlich betrachten, keine Gebietsansprüche gegeneinander erheben und anerkennen, daß der Friede in diesem Gebiet nur dann erhalten werden kann, wenn niemand den Versuch unternimmt, die Unverletzlichkeit der gegenwärtigen Grenzen anzutasten." (382)

Wenn auch in diesem Zusammenhang nicht ausdrücklich die Unveränderlichkeit der Grenzen zur Sprache kam, so erschien den westlichen Außenministern die Formel der sozialistischen Staaten doch unannehmbar. Sie machten deshalb ihren bereits während der Vorgespräche vertretenen Standpunkt deutlich, daß der Grundsatz der Unverletzlichkeit der Grenzen einen besonderen Anwendungsfall des Gewaltverzichts darstelle und sie demzufolge nur eine Formel zu akzeptieren bereit seien, die die Möglichkeit der

friedlichen Grenzänderung offenhalte.

Diesen Standpunkt hob auch der Außenminister der BRD, Walter Scheel, hervor und sprach damit nicht zuletzt "in eigener Sache", hat doch gerade die Bundesrepublik spezifische Gründe, auf dem Recht der einvernehmlichen Grenzänderung zu bestehen: die deutsche Wiedervereinigung und der geplante Zusammenschluß der Europäischen Gemeinschaft zu einer Europäischen Union (383).

Mit dieser Kontroverse stand bereits zu Beginn der Diskussion über die Tagesordnung fest, daß der Ost-West-Gegensatz fortbestand und auch weiter fortbestehen würde. So wie die osteuropäischen Länder in erster Linie die Anerkennung der bestehenden Grenzen, d.h. die Bestätigung des territorialen und gesellschaftspolitischen Status quo zu erzielen wünschten, ging es den westlichen Ländern im Grunde um eine Öffnung der osteuropäischen Länder durch vermehrte Kontakte und menschliche Erleichterungen (384).

2. Die unterschiedlichen Zielvorstellungen zu Korb III

Dementsprechend war bei der Abfassung der Schlußempfehlungen für Korb III nur der unklare Titel "Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen" zustande gekommen.

Diese Formulierung sollte offenbar den Dissens zwischen Ost und West verdecken, der darin bestand, daß die eine Seite in erster Linie einen zwar verbesserten, aber weiterhin offiziell zu regelnden Kulturaustausch anstrebte, wohingegen für die andere Seite menschliche Erleichterungen und von behördlicher Seite weitgehend ungelenkte Kontakte im

Mittelpunkt des Interesses standen.

Ebenso undeutlich wie der Mandatstitel war dann auch die weitere Abfassung dieses Kapitels: offenbar als Ausgleich für das im Titel an erster Stelle stehende "Menschliche" werden in der Präambel die Kontakte zwischen den Menschen und die Lösung humanitärer Fragen nach Kultur, Bildung und Information aufgeführt, in den Unterkapiteln sind sie wieder den anderen Themen vorangestellt. Diese Diskontinuität hat gleichzeitig den Effekt, daß sich für keinen der genannten Teilbereiche ein herausragender Stellenwert herleiten läßt.

Laut Präambel hatte man sich zum Ziel gesetzt, "zur Stärkung des Friedens und zur Verständigung zwischen den Völkern der Teilnehmerstaaten und zur geistigen Bereicherung der menschlichen Persönlichkeit ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion und unabhängig von ihren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systemen ... alle Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit zu prüfen, die zur Schaffung besserer Bedingungen für eine Steigerung des Austausches auf dem Gebiet der Kultur und Bildung, für eine grössere Verbreitung von Information, für Kontakte zwischen den Menschen und für die Lösung humanitärer Probleme" (385) beitragen.

In dieser offiziellen und von den Teilnehmerstaaten gemeinsam vertretenen Fassung der Schlußempfehlungen nehmen die menschlichen Erleichterungen und Kontakte nicht den Platz ein, den ihnen die meisten westlichen Außenminister gerne zugewiesen hätten. Dies ist beispielsweise auch der Rede des Ehrengastes der Eröffnungssitzung, des finnischen Staatspräsidenten Kekkonen, zu entnehmen, der erklärte, daß Sicherheit

nicht durch die Aufstellung von Zäunen, sondern nur durch das Öffnen von Türen gewonnen werden könne. Dennoch muß die Ausgangsposition der osteuropäischen Länder berücksichtigt werden, um ermessen zu können, "wieviel Überwindung es die osteuropäischen Länder gekostet hat, diese Formeln zuzugestehen." (386)

So erscheint auch der gemeinsame Entwurf von Bulgarien und Polen zu diesem Thema hinter den während der Vorkonferenz erzielten Formulierungen zurückzubleiben (387).

Bereits der Titel "Die Grundrichtungen der Entwicklung der kulturellen Zusammenarbeit, der Kontakte und des Austauschs im Bereich der Information" weist erhebliche Abweichungen von der allgemein anerkannten Mandatsüberschrift in den Schlußempfehlungen auf. Diese Tendenz setzt sich auf der Ebene der Unterkapitel fort. Die "menschlichen Kontakte" werden durch "Kontakte zwischen Institutionen, Organisationen und Personen" ersetzt.

Hervorzuheben ist nicht nur, daß damit eine unzulässige Rangordnung der Kontakte aufgestellt worden ist - die Kontakte zwischen Organisationen und Institutionen werden wesentlich höher eingeschätzt als die zwischen Personen, die zudem dem amtlichen Kulturaustausch zu unterstellen seien - , sondern auch, daß der Begriff 'Menschen' durch die Kategorie 'Personen' ersetzt wurde, was auf den Versuch einer Versachlichung menschlicher Kontakte schließen läßt. Dies aber hätte die Konsequenz, daß nur begründete und zweckmotivierte Kontakte zwischen Menschen zugelassen würden.

Das hier Offerierte scheint sich in nur sehr marginaler Weise mit den westlichen Vorstellungen zu

decken, selbst wenn die Förderung von Kontakten zwischen Jugendlichen und unter Vertretern artverwandter Berufe, des Tourismus usw. befürwortet wird und die Prüfung von Fragen der Familienzusammenführung sowie der Eheschließung zwischen Angehörigen der Teilnehmerstaaten im Geist des guten Willens und humanitärer Erwägungen in Aussicht gestellt werden. Angesichts der spartanischen Ausführungen dieses Entwurfs, der eher zu Nüchternheit denn zu Illusionen Anlaß zu geben schien, zeugten die Reden der westlichen Minister, die um so emphatischer den Menschen in den Mittelpunkt allen politischen Handelns stellten, von einer Enttäuschung ihrer Erwartungen (388).

Offenbar hatte man sich mit seinen Vorstellungen, was die osteuropäischen Regierungen an Erleichterungen zu konzedieren bereit sein könnten, doch nicht an den Realitäten orientiert und sah "seine Felle hinwegschwimmen".

Um eine Stellungnahme herauszugreifen, die nicht nur den Wunsch besserer Kontakte zwischen den Völkern, sondern auch den darin sichtbaren Entspannungseffekt ausdrückt, sei Walter Scheel angeführt:

"Wir müssen auch das Interesse der Menschen in unseren Ländern für die Entspannung wecken und fördern. ... Wir müssen klar machen, daß Entspannung auch Verbesserung der menschlichen Kontakte bedeutet ... Es ist das Gebot der Stunde, es ist ein Erfordernis unserer Konferenz, nicht nur die Beziehungen zwischen unseren Regierungen zu verbessern, sondern neue Mittel und Wege für Kontakte zwischen den Menschen, den Berufsgruppen, den Gesellschaften zu eröffnen. Von der KSZE müssen Signale an unsere nationalen Verwaltungen, an unsere Bürokratien

gehen, damit sie den Zeichen der Zeit entsprechen..."(389)

3. Ansätze für mögliche Gemeinsamkeiten in Korb II

Entgegen den Kontroversen in Korb I und Korb III, dürften die Gemeinsamkeiten im wesentlichen im zweiten Korb liegen (390). Nachdem in der Vorbereitungsphase sehr heftige Debatten darüber geführt worden waren, ob und wie Meistbegünstigung, Handels-hemmnisse und Verbesserung der Geschäftskontakte in das Mandat aufzunehmen seien, war auch hier nicht von vornherein mit einer problemlosen Einigung zu rechnen.

Die Meinungsverschiedenheiten konnten offenbar mit der für die Präambel der Schlußempfehlungen gefundenen Formulierung beseitigt werden:

"Dessen eingedenk prüft die Kommission die Mittel und Wege, die es ermöglichen würden, aufgrund gegenseitigen Einvernehmens zwischen den Teilnehmerstaaten und unter Berücksichtigung der Unterschiede der wirtschaftlichen und sozialen Systeme sowie unter Bedingungen der Gegenseitigkeit der Vorteile und Verpflichtungen die Entwicklung des Handels und der Zusammenarbeit in den verschiedenen Bereichen der Wirtschaftstätigkeit, der Wissenschaft und Technik sowie in Umweltfragen zu erleichtern." (391)

Im ersten Unterkapitel "Handel" wird die Erörterung allgemeiner Probleme, die mit der Meistbegünstigung verbunden sind, empfohlen. Im Mandat sind darüberhinaus enthalten: die Prüfung von Maßnahmen, wie Handels-hindernisse aller Art schrittweise beseitigt oder

vermindert werden könnten, die Verbesserung von Geschäftskontakten, der Austausch von Handelsinformationen und die Beilegung kommerzieller Streitigkeiten.

Die Deutsche Demokratische Republik legte zusammen mit der Ungarischen Volksrepublik eine "Gemeinsame Erklärung über die Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, des Handels, der Wissenschaft und der Technik sowie im Bereich des Umweltschutzes" vor (392).

Dieser Vorschlag deckte sich in seinen allgemeinen Bestimmungen weitgehend mit den in den Schlußempfehlungen gemachten Vorschlägen. Es wird ausdrücklich betont, daß die Zusammenarbeit auf der Grundlage der in der Generaideklaration formulierten Prinzipien, die sich auf die Sphäre der Wirtschaft beziehen, erfolgen sollte. Zur Verbesserung der Handelsinformationen und Geschäftskontakte wird nur wenig ausgesagt (393).

Ausführlicher ist jedoch das Unterkapitel "Industrielle Zusammenarbeit und Projekte gemeinsamen Interesses".

Folgende gemeinsame Projekte werden in Aussicht gestellt:

- gegenseitiger Austausch von Elektroenergie zwischen den Staaten Ost- und Westeuropas
- Verwirklichung gemeinsamer Maßnahmen zur Lösung der Brennstoff- und Energieprobleme
- Bau von Bergbau-Aufbereitungsbetrieben
- Organisierung transeuropäischer Containertransporte

Während der Diskussionen über Fragen der Zusammenarbeit konnte die EG einen besonderen Erfolg für sich verbuchen, der nicht allein in dem geschlossenen

Auftreten der neun EG-Mitglieder bestand, sondern - weit wesentlicher - der EG die internationale de facto-Anerkennung erbrachte (394).

Unter Berufung auf seine Stellung als amtierender Ratspräsident der EG hob der dänische Außenminister, Knud Børge Andersen, hervor, welche Angelegenheiten im Rahmen dieses Themenbereichs nach Meinung der EG-Mitglieder in den Kompetenzbereich ihrer Organisation fielen, ohne daß ihm das Recht, in dieser seiner besonderen Funktion zu sprechen, streitig gemacht worden wäre (395).

Die hiermit stillschweigend vollzogene Anerkennung der EG durch die sozialistischen Staaten, die bisher nicht bereit waren, die Existenz der EG offiziell zu akzeptieren, wurde sogar noch durch den polnischen Außenminister unterstrichen. Nur so kann sein Hinweis verstanden werden, daß gesamteuropäische Zusammenarbeit und subregionale Integrationen nicht notwendigerweise Gegensätze sein müßten (396).

Schweden, Finnland und Österreich forderten die EG und den RGW zur Zusammenarbeit auf und auch von den übrigen Außenministern wurde auf die konstruktive Rolle der EG bei der Debatte über die Schlußempfehlungen hingewiesen (397).

4. Die Konferenzfolgen (Korb IV)

Zu Korb IV blieb, wie nicht anders zu erwarten, die jeweils von Ost und West bereits bei der Debatte über die Schlußempfehlungen eingenommene Haltung unverändert (398).

Das Thema der Konferenzfolgen spielte deshalb auch

in den Erklärungen der Außenminister keine wesentliche Rolle.

Angesichts der skeptischen Haltung des Westens in Bezug auf eine Institutionalisierung des gesamteuropäischen Dialogs über die eigentliche Konferenz hinaus, waren die Erklärungen der osteuropäischen Länder eher zurückhaltend (399).

Gleich zu Beginn der Konferenz legte die Tschechoslowakei einen 7-Punkte-Vorschlag vor, der die Schaffung eines Beratenden Ausschusses zur Behandlung der Konferenzfolgen vorsah (400). Dieser Ausschuß sollte sich aus bevollmächtigten Vertretern aller europäischen Staaten, der USA und Kanadas zusammensetzen. Entsprechend den auf der gesamteuropäischen Konferenz abgestimmten Verfahrensregeln und der bei den multilateralen Konsultationen in Helsinki angewandten und bewährten Praxis hätte er auf der Basis der souveränen Gleichheit, des Konsensprinzips usw. periodisch zu einem Meinungs- und Informationsaustausch zusammenzutreten, Expertenberatungen einzuberufen und Arbeitsgremien zur Einleitung praktischer Maßnahmen zu bilden. Es wurde vorgesehen, den Ausschuß immer dann zusammentreten zu lassen, wenn seine Teilnehmer es für zweckmäßig hielten.

Er sollte jedoch keine Beschlüsse fassen, sondern nur Empfehlungen zu den behandelten Fragen geben.

Soweit gesehen erschien dieser Vorschlag auch für den Westen diskutabel. Mit der auf dem Konsensprinzip basierenden Verfahrensregelung waren die westlichen Vorbehalte ausgeräumt, ein gesamteuropäisches Forum könne eine Art europäischer Sicherheitsrat werden.

Problematisch erschien der westlichen Seite aber, daß der tschechoslowakische Vorschlag einen festen Sitz und ein technisches, vom Gastgeberland zur Verfügung zu stellendes Sekretariat vorsah. Eine solche Regelung hätte dem für alle Konferenzphasen gültigen Rotationsprinzip widersprochen und das Entstehen eines permanenten Organs begünstigt. Hätte man dies erst einmal zugelassen, so die westlichen Befürchtungen, ließe sich nicht mehr verhindern, daß dieses Organ dann auch mit weiterreichenden Kompetenzen ausgestattet würde, vielmehr müßte sich dies als quasi automatische Konsequenz ergeben (401).

Mit dem Beschluß, die zweite Phase der Konferenz, die auf Expertenebene stattfinden sollte, am 18. September 1973 in Genf zu eröffnen, hatte das Außenministertreffen in Helsinki sein Pensum absolviert (402).

Die Erfüllung des vom sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko in seiner Grundsatzerklärung aufgestellten Zeitplans (403) war damit aber unwahrscheinlich geworden.

III. Die II. Phase der Sicherheitskonferenz.
Die Arbeit der Kommissionen vom
18. September 1973 bis 22. Juli 1975
in Genf

Von einigen Unterbrechungen abgesehen, betrug die zweite Phase der Europäischen Sicherheitskonferenz insgesamt 22 Monate; maßgeblich für die lange Dauer war die für Genf verfügte Verfahrensweise. In dieser Phase hatten die Kommissionen und Unterkommissionen die Aufgabe, die von den Außenministern in Helsinki verabschiedeten Richtlinien mit konkretem Inhalt zu füllen.

Die wichtigsten Verfahrensregelungen, Konsens- und Rotationsprinzip (404), waren zwar von der Sache her durchaus notwendig und gerechtfertigt, sie trugen aber auch nicht unwesentlich dazu bei, daß der Konferenzablauf nicht den von der Sowjetunion geforderten zügigen Verlauf nehmen konnte (405).

Verantwortlich für den mitunter festgefahrenen Verhandlungsablauf waren u.a. auch die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten bzw. Interessendivergenzen zwischen Ost und West, die in den Schlußempfehlungen nur notdürftig kaschiert worden waren (406) und nun von neuem, nachhaltiger und unerbittlicher aufbrachen (407).

Diese unterschiedliche Interessenlage veranlaßte den Westen, künstliche Verzögerungen bei der Debatte weniger kontroverser Themen, wie auf dem Gebiet der wirtschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit oder bei einzelnen Aspekten von Korb I, über die bereits weitgehende Einigkeit bestand, einzubauen. Durch die so aufrechterhaltene gewisse zeitliche Parallelität des Arbeitstempos in den drei

Hauptkommissionen gedachte man, die sowjetische Eile auszunutzen und ein größeres Entgegenkommen in Korb III abzuwarten (408).

Der Versuch einiger kleinerer Staaten, die KSZE auch zu einem Sprachrohr und Proklamationsforum für ihre nationalen Einzelinteressen zu machen - dies gilt insbesondere für Rumänien, Zypern und Malta (409) -, zögerte ebenfalls den Konferenzabschluß hinaus.

Die so entstandene Langwierigkeit der Konferenz, die für den Laien infolge seines Informationsdefizits den Konferenzverlauf unüberschaubar machte, führte zu einem steten Nachlassen des Interesses in der Öffentlichkeit. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Arbeit auf Expertenebene an sich schon weniger spektakuläre Elemente aufweist als Gipfeltreffen, somit weniger Öffentlichkeitswirksam ist.

Hinzukommt jedoch die mangelhafte Informationsbereitschaft der Presse (410), die sich offenbar nicht der Bedeutung bewußt ist, die der Öffentlichkeit im Entspannungsprozeß zukommt.

Insgesamt gesehen lassen sich während der Genfer Kommissionsphase im groben zwei Zeitabschnitte unterscheiden: Der erste war mit allgemeinen Debatten ausgefüllt, der zweite Abschnitt, etwa seit Anfang Januar 1975, widmete sich der redaktionellen Bearbeitung gemeinsamer Texte, ohne daß jedoch bereits von der Sache her überall eine gemeinsame Abfassung hätte zugrundegelegt werden können.

Grundlegende Kontroversen in ausgewählten
Themenbereichen und ihre Beilegung durch
Kompromissformeln in der Schlußakte

Da die wesentlichsten Meinungsverschiedenheiten an Einzelaspekten des Prinzipienkatalogs abzulesen sind bzw. bei der Formulierung konkreter Maßnahmen zu Korb III am Tage traten und zum Teil erst im Juli 1975 beigelegt werden konnten (411), sollen die Kontroversen in diesen beiden Themenbereichen ausführlich dargestellt werden.

Zur Diskussion über den Prinzipienkatalog lagen insgesamt drei Entwürfe vor, ein sowjetischer, ein jugoslawischer und ein französischer. Relativ unumstritten war das Prinzip I, das die souveräne Gleichheit aller Staaten und die Anerkennung der der Souveränität innewohnenden Rechte durch alle Konferenzteilnehmer beinhaltetete.

Im Gegensatz zu dem sowjetischen Entwurf enthielten jedoch die beiden anderen den Zusatz, daß jeder Staat das Recht habe, seine innere Struktur und seine äußeren Beziehungen zu den anderen Staaten selbst zu bestimmen, einschließlich der Entscheidung, einem Bündnis zuzugehören oder neutral zu bleiben (412).

Die drei folgenden Prinzipien, Enthaltung von Androhung oder Anwendung von Gewalt, Unverletzlichkeit der Grenzen und territoriale Integrität, riefen die heftigsten Widerstände hervor, insbesondere die Frage der Grenzregelung.

In diesem Zusammenhang könnte man die These der Konferenzgegner, die Sowjetunion verfolge mit dem Konferenzprojekt nur das Ziel, den territorialen Status quo festzuschreiben, gestützt sehen, schienen doch

die Formulierungen der Sowjetunion und der anderen osteuropäischen Staaten dem Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen mehr die Bedeutung einer Unveränderlichkeit geben zu wollen.

Lange Zeit beharrte die Sowjetunion auf der in ihrem Entwurf für eine Generaldeklaration enthaltenen Formulierung, daß sie "die bestehenden Grenzen in Europa als heute wie in Zukunft unverletzlich betrachten" und daß die Teilnehmer "keine Gebietsansprüche gegeneinander erheben" (413).

Die westliche Seite wollte aber die Unverletzlichkeit der Grenzen nur in Zusammenhang mit dem Gewaltverzicht sehen und bestand auf der ausdrücklich fixierten Möglichkeit friedlicher Grenzänderung.

Der Westen wollte damit verhindern, daß mit der Formulierung des Prinzips der Unverletzlichkeit der Grenzen zugleich eine vorbehaltlose Festlegung der Unveränderlichkeit bestehender Grenzen besiegelt wurde. Die westeuropäische Option eines politisch-militärischen Zusammenschlusses sollte offengehalten werden; hinzu kam, daß die erklärte Möglichkeit zu friedlicher Grenzänderung für die Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung von besonderer Bedeutung war.

Diesem Aspekt suchte der französische Entwurf mit der Formulierung eines juristischen Vorbehalts, der erwartungsgemäß den Widerspruch der DDR hervorrief, gerecht zu werden (414).

Prinzipiell waren die sozialistischen Staaten nicht dagegen, einen Passus über die friedliche Grenzänderung in die Prinzipienerklärung aufzunehmen; was vielmehr ihren Widerspruch hervorrief, war die Verbindung zwischen einvernehmlicher Grenzänderung und Unverletzlichkeit der Grenzen, die die westlichen

Staaten schriftlich fixiert sehen wollten.

Im Frühjahr 1974 kam schließlich eine vorläufige Kompromißformel zustande. Sie soll die Verpflichtung der Teilnehmerstaaten zum Ausdruck bringen, sich aller Anschläge auf die bestehenden Grenzen zu enthalten. Diese Formulierung hatte den Vorzug, daß das nach westlicher Interpretation für eine Grenzverletzung notwendige Gewaltmoment enthalten war. Des weiteren verzichteten die Teilnehmer auf jegliche Forderung oder Handlung, sich eines Teils oder des gesamten Territoriums irgendeines Teilnehmerstaates zu bemächtigen. Da letzteres ebenfalls nur im Zusammenhang mit gewaltsamen Aktionen vorstellbar ist, wird damit der Bundesrepublik die Möglichkeit gegeben, ihren Wunsch nach friedlicher Wiedervereinigung aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig wurde unter Prinzip I der Aspekt friedlicher Grenzänderung als ein der Souveränität innewohnendes Recht deklariert (415).

Bei der Diskussion des sechsten und achten Prinzips, "Nichteinmischung in innere Angelegenheiten" und "Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker" ließen die Unterschiede zwischen dem sowjetischen und dem jugoslawischen Entwurf die Verschiedenheit der Interessenlagen deutlich hervortreten. Für die Sowjetunion erfüllte das Prinzip der Nichteinmischung entscheidende Bedeutung zur Regulierung der auf sie zukommenden Maßnahmen von Korb III. Hiermit sollte eine Kontrollmöglichkeit für unliebsame westliche Einflüsse geschaffen werden. Die jugoslawische Delegation hingegen wollte sich mit ihrem Entwurf offenbar gegen eine neuerliche Anwendung der "Breschnew-Doktrin" absichern (416).

Zu Prinzip VII "Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit, mußte die sowjetische Delegation ihre bereits beim Außenministertreffen in Helsinki erkennbare widerstrebende Haltung aufgeben. Alle Elemente gingen ausnahmslos in die Schlußakte ein.

Der Text über die Menschenrechte lehnt sich weitgehend an herkömmliche internationale Dokumente dieses Themas an, geht jedoch über sie hinaus, indem er die Achtung und Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten nicht nur als wesentlich für die freie und volle Entfaltung des Individuums anerkennt, sondern darüber hinaus dezidiert auf die universelle Bedeutung der Menschenrechte und Grundfreiheiten als unerläßlichen Faktor für den Frieden, die Gerechtigkeit und das Wohlergehen und damit zur Gewährleistung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Staaten hinweist.

Die unterschiedliche Prioritätensetzung von Ost und West bestimmte auch die unterschiedlichen Entwürfe zum neunten Prinzip "Zusammenarbeit zwischen den Staaten".

Die Sowjetunion legte in ihrem Entwurf den Hauptakzent auf eine auf dem Prinzip der souveränen Gleichheit und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten beruhenden Zusammenarbeit (417). Es ging ihr dabei vor allem darum, auch bei vermehrter Zusammenarbeit mögliche westliche Einflüsse auf die eigene Bevölkerung unter Kontrolle zu halten.

Der französische Entwurf hingegen postulierte als Ziel der Zusammenarbeit, die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern (418).

Von den konkreten Vorschlägen des französischen Entwurfs, die bereits Maßnahmen von Korb III ansprechen (419), ist in der Schlußakte nur noch die Anerkennung der relevanten und positiven Rolle, die den Regierungen, Organisationen und Personen zur Verwirklichung der von der Zusammenarbeit angestrebten Ziele zukomme, übrig geblieben (420).

Die Konsensfindung zum Prinzip X "Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben" erwies sich als besonders schwierig.

Der Westen wollte hier eine Formulierung einbringen, die den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen gegenüber allen anderen, auch gegenüber den in der Schlußakte enthaltenen und etwa in Widerspruch zur UN-Charta stehenden Vertragstexten, absoluten Vorrang einräumt.

Eine Rechtswahrungsklausel sollte nach westlichem Konzept zusätzlich die Gültigkeit bereits bestehender internationaler Abkommen garantieren.

Der sowjetische Entwurf für einen Prinzipienkatalog bestreitet zwar nicht die Bedeutung der UN-Charta und stellt fest, daß die völkerrechtlichen Verpflichtungen, die die Teilnehmerstaaten auf bi- oder multilateraler Grundlage eingegangen seien, in Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen zu regeln seien (421), zieht aber nicht den Fall eines Widerspruchs zwischen der UN-Charta und anderen vertraglichen Verpflichtungen in Betracht.

Das Beharren des Westens, die überragende Stellung der in der UN-Charta enthaltenen Verpflichtungen nachdrücklich zu betonen, scheint von der Absicht getragen, weitestgehend auszuschließen, daß die Sowjetunion sich noch einmal auf eine Sonderstellung

des Prinzips des proletarischen Internationalismus und der daraus abgeleiteten Verpflichtung zur brüderlichen Hilfeleistung berufen kann.

Die sogenannte Rechtswahrungsklausel besagt, daß bestehende Rechte und Verpflichtungen und entsprechende Verträge und Abkommen durch die KSZE-Vereinbarungen nicht angetastet werden (422).

Dieser Passus war wiederum für die Bundesrepublik bedeutsam, da damit die Rechtslage in Bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin, d.h. die Viermächteverantwortung, nicht verändert wurde.

Von fundamentaler Tragweite für die Verwirklichung der Prinzipien ist jener Passus, in dem festgelegt ist, daß alle aufgeführten Prinzipien von grundlegender Bedeutung gleichermaßen und vorbehaltlos anzuwenden seien und jedes Prinzip nur unter Beachtung der übrigen Prinzipien interpretiert werden könne, weil zwischen den einzelnen Prinzipien ein innerer Zusammenhang bestehe (423).

Nur unter dieser Bedingung hatte der Westen der Unterordnung der Frage friedlicher Grenzänderung unter das Prinzip der Souveränität zugestimmt und damit inhaltlich die vom Osten gewünschte Trennung vom Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen zugelassen (424).

Rumänien mißtraute offenbar der Effizienz der im Prinzipienkatalog vorgenommenen Sicherung vor der "Breschnew-Doktrin". Auf Betreiben der rumänischen Delegation wurden Fragen der Verwirklichung einiger der zehn Prinzipien noch einmal gesondert angesprochen. Neben allgemeinen Bekundungen, für wirksame Maßnahmen zur Abrüstung einzutreten, und dem Bekenntnis, im Konfliktfalle sich zur Streitregelung ausschließlich friedlicher Mittel zu

bedienen, läßt die Wortwahl in der Formulierung einiger Forderungen die Motivation ihrer Urheber erkennen. So wird u.a. die Verpflichtung jedes Teilnehmerstaates angesprochen, sich nicht an einem mit der UN-Charta und dem Prinzipienkatalog der Schlußakte unvereinbaren Einsatz bewaffneter Kräfte gegen einen anderen Teilnehmerstaat zu beteiligen, außerdem sich jeglicher Gewaltmanifestation zu enthalten, die den Zweck hat, einen der Teilnehmerstaaten an der Ausübung seiner Souveränitätsrechte zu hindern, und schließlich, jede wirtschaftliche Zwangsmaßnahme zu unterlassen, durch die ein Teilnehmerland gezwungen werden könnte, seine Interessen und Souveränitätsrechte unterzuordnen.

Zusammenfassend konnte man sich also auf einen Prinzipienkatalog einigen, der sowohl die von der Sowjetunion und den übrigen osteuropäischen Staaten eingebrachten und angestrebten statischen Elemente, wie Souveränität, Unverletzlichkeit der Grenzen, territoriale Integrität und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, als auch die auf Dynamik gerichteten Aspekte, Achtung der Menschenrechte, Selbstbestimmungsrecht der Völker und das Recht auf friedliche und einvernehmliche Grenzänderung enthält, an denen dem Westen zur Relativierung der statischen Prinzipien gelegen war (425).

Ein weiterer Streitpunkt waren die vertrauensbildenden Maßnahmen. Sie stellten den einzigen militärischen Aspekt auf der Sicherheitskonferenz dar, waren aber kein zentrales Thema, da sich die Konferenz in erster Linie mit der politischen Sicherheit der Teilnehmer befaßte.

Mitte Juli 1975 (426) war es noch nicht möglich gewesen, eine Einigung über die Definition "größerer"

Manöver, das von der Ankündigungspflicht betroffene Gebiet und den Zeitraum der Ankündigung zu erzielen.

Die schließlich gefundene Kompromißlösung lag in der Mitte zwischen westlichen und östlichen Vorstellungen. Die Schlußakte dokumentiert den Entschluß der Teilnehmerstaaten, größere militärische Manöver von Landstreitkräften in einer Gesamtstärke von mehr als 25 000 Mann innerhalb von 21 Tagen vor Manöverbeginn anzukündigen, ohne sie ausdrücklich zu verpflichten.

Die Frage der Einladung von Manöverbeobachtern ist noch weniger bindend, auf rein freiwilliger Grundlage geregelt. In eigenes Ermessen ist die Ankündigung größerer militärischer Bewegungen gestellt. Die Frage der vorherigen Ankündigung größerer militärischer Bewegungen soll sogar erst auf ihre vertrauensstärkende Funktion geprüft werden (427).

Daß man sich nur auf eine bescheidene, bestenfalls moralisch verpflichtende Formel einigen konnte, dokumentiert, für wie schwerwiegend beide Seiten die Aufrechterhaltung ihrer jeweils unterschiedlichen Positionen erachtet haben.

Dies kann jedoch nicht als Anlaß dafür genommen werden, die Ergebnisse dieser Diskussion für unbedeutend und mangelhaft zu erachten (428).

Ist es doch bereits als Fortschritt zu werten, daß dieser Themenkomplex überhaupt Gegenstand der Sicherheitskonferenz war, bedenkt man, daß die Sowjetunion mit seiner Behandlung zunächst nicht einverstanden war. Auch ist die Tatsache nicht zu unterschätzen, daß die diesbezüglichen Abmachungen, so unverbindlich sie in ihren Festlegungen auch immer sein mögen, ein Betreten von Neuland in den

internationalen Beziehungen und der Diplomatie darstellen. Wesentlicher jedoch ist, daß sich die Vorstellung durchsetzen konnte und ausdrücklich anerkannt wurde, eine größere Transparenz der Stationierung und Bewegung eigener und fremder Truppen führe zu einer Stärkung des Vertrauens besonders zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen (429).

Da bei der Diskussion von Korb III des öfteren die Substanz der unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen und ihrer Ziel- und Wertvorstellungen berührt wurde, waren die Kontroversen dementsprechend intensiv, trat doch die gesamte Abgrenzungsproblematik in diesem Zusammenhang zu Tage. Einen weniger problematischen Verhandlungshergang hatte man zu diesen Fragen ohnehin nicht erwarten können, man denke nur an die zähen Widerstände, die erst überwunden werden mußten, bevor dieser Themenkomplex Eingang in die Tagesordnung der Europäischen Sicherheitskonferenz finden konnte.

Ursprünglich hatten die östlichen Vorschläge für eine Sicherheitskonferenz die Behandlung dieses Themenbereiches nicht vorgesehen. Erst auf den Druck des Westens, der nur unter der Bedingung an einer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit teilzunehmen bereit war, wenn auch über Freizügigkeit und vermehrte Kontakte zwischen Ost und West gesprochen würde, hatte sich der Osten zur Behandlung diesbezüglicher Themen bereit erklärt.

Daß dem Osten die Erörterung dieser Thematik nicht unbedingt wünschenswert erscheinen würde, hatten bereits die Vorverhandlungen, die Grundsatzklärungen der Außenminister und die Auseinandersetzungen

bei der Aufstellung gemeinsamer Mandate für die Genfer Kommissionsphase erwarten lassen. Schon allein die Einigung auf eine Mandatsüberschrift war zeitraubend. Auch in Genf konnte dieses Problem nicht befriedigender gelöst, d.h. präziser formuliert werden.

Immerhin hatte man sich in Helsinki auf die Behandlung konkreter Maßnahmen auf genau aufgeführten Gebieten geeinigt:

Kontakte und regelmäßige Begegnungen auf Verwandtschaftsebene, Familienzusammenführung, Eheschließungen zwischen Angehörigen der Teilnehmerstaaten über die Systemgrenzen hinweg, Reisen aus privaten und beruflichen Gründen, Begegnungen der Jugend, Verbesserung der Verbreitung und des Zugangs zu Information in jeder Form, Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Journalisten.

Damit hatte sich der Westen eine Handhabe geschaffen, auf einer ins Detail gehenden Diskussion konkreter Maßnahmen in den einzelnen Teilbereichen zu bestehen.

Der Osten hatte dagegen eher eine Verabschiedung allgemeiner Richtlinien geplant, die nach der Konferenz entsprechend den Wünschen und Erfordernissen der beteiligten Staaten durch bi- oder multilaterale Abkommen konkretisiert und materialisiert werden könnten.

Man war sich zwar prinzipiell einig über eine Steigerung der Kontakte, Austausch- und Informationsprozesse (430). Die sozialistischen Staaten dachten jedoch eher an vermehrte Kontakte im Rahmen der bereits bestehenden Austauschverfahren, während der Westen hierzu auch neue Formen anvisierte (431) und sich damit nicht mit dem vorgegebenen Rahmen

zufrieden geben wollte.

Diese Unterscheidung war insofern von Belang, als die Ausnutzung vorhandener Formen, selbst wenn dies nunmehr intensiver geschehen sollte, doch nur eine quantitative Steigerung der Austauschbeziehungen bedeuten konnte. Die Möglichkeit staatlicher Handhabung und Kontrolle der Kontakte blieb jedoch weiterhin bestehen, so daß sich die Kontakte auch in Zukunft im wesentlichen auf den offiziellen und amtlichen Kulturaustausch beschränkt hätten.

Der Westen befürchtete, den sozialistischen Regierungen ein Instrument zur restriktiven Auslegung in die Hand zu geben und bestand auf einer Formulierung, die auch qualitativ neue Formen der Austauschprozesse und Zusammenarbeit zuließ, um einen möglichst spontanen und von staatlicher Seite weitgehend unregulierten Kontakt zwischen den Menschen über die Systemgrenzen hinweg zu ermöglichen.

Klar erkennbar und für die allgemeine Diskussions- und Arbeitsatmosphäre durchaus nicht förderlich war das Ziel, das der Westen mit einer Steigerung der Austauschprozesse verfolgte. Selbst wenn von grenz- und systemüberwindenden Maßnahmen gesprochen wurde, was den Anschein von Gleichzeitigkeit und Beiderseitigkeit erwecken könnte, so war nicht etwa geplant, der westlichen Bevölkerung den Zugang zu kommunistischer Literatur zu erleichtern bzw. das Angebot zu verbreitern. Man wollte vielmehr westliches Gedankengut und westliche Lebensweise in den osteuropäischen Machtbereich ungehindert einfließen lassen und erhoffte sich im Zuge der Liberalisierung eine Lockerung des östlichen Einflusses, die möglicherweise durch forcierte Konsumanreize für

konvergenztheoretische Ambitionen nutzbar gemacht werden könnte (432).

Die Befürchtungen der sozialistischen Regierungen in Bezug auf westliche Indoktrination sind also gar nicht so abwegig; ihre Forderungen nach einer Kontrollmöglichkeit der Kontakte und der Qualität der Informationen erscheinen insofern verständlich. Dies um so mehr, als der Westen bereits vor der eigentlichen Einberufung der Sicherheitskonferenz die Korb-III-Thematik hochstilisiert und ihr schließlich durch die Akzentuierung "humanitäre Erleichterungen" eine moralische Note verliehen hatte. Nicht unbegründet erscheint, daß dieses Verhalten von östlicher Seite als westliche Überheblichkeit verstanden wird und man sich fragt, mit welchem Recht eigentlich der Westen seine Auffassungen und Praktiken über Kontakte und Informationsfluß absolut setze (433).

Nicht zu widerlegen sind aber auch zwei wesentliche Einwände, die die sozialistischen Staaten gegenüber dem Westen geltend machen können:

1. auch der Westen hat in Bezug auf den Informationsfluß von Ost nach West einiges aufzuholen (434) und
2. die von den Massenmedien und Publikationen verbreitete Ansicht, Korb III sei leer (435) bzw. nur mit "befleckten Eiern gefüllt", entspricht nicht den Tatsachen

In Anbetracht der bis hierhingeltend gemachten östlichen Vorbehalte sowie der zu erwartenden innergesellschaftlichen Schwierigkeiten (436) wurde in diesem Arbeitsbereich die Konzessionsbereitschaft

der osteuropäischen Teilnehmerstaaten am stärksten strapaziert (437).

Beide Seiten konnten es nicht auf eine Zerreißprobe ankommen lassen. Mithin sind die Ergebnisse gar nicht so geringfügig (438), wie sie oft dargestellt werden, selbst wenn es sich "nur" um Absichtserklärungen handelt (439).

Schließlich konnte nach zähen Verhandlungen, die teils von Stagnation, teils vom Einlenken der einen oder anderen Seite gekennzeichnet waren, ein für alle Teilnehmerstaaten gültiger Mindeststandard (440) gesetzt werden.

In östlicher Sichtweise handelte es sich dabei um einen "Versuch, die ideologische Auseinandersetzung in einer fairen Weise zu führen." (441)

Die Korb III-Thematik kann aber nicht isoliert, sondern nur im Zusammenhang mit den übrigen Teilen der Schlußakte betrachtet werden (442).

Hieraus folgt, daß Korb III in Einklang stehen muß mit den zehn Grundprinzipien und damit unter anderem auch mit den Menschenrechten und Grundfreiheiten.

Unbestritten lassen die Formulierungen der Schlußakte Einschränkungen zu, so daß sie zweifellos nicht alle Erwartungen erfüllt haben; aber gerade diese Begrenztheit birgt eben eher die Chance in sich, daß die Beschlüsse auch verwirklicht werden, als wenn man es auf Siege auf dem Papier hätte ankommen lassen (443).

Die Beurteilung, Erfolg oder Mißerfolg der KSZE, ist keine Interpretationsfrage, über die man geteilter Meinung sein kann. Da man zur Beurteilung konkretes Material zur Verfügung hat, soll nun an Hand einer

Text-Analyse der Bestimmungen in Korb III der Schlußakte untersucht werden, ob es den einzelnen Delegationen gelungen ist, diesen Korb gemeinsam zu füllen.

Selbstverständlich kann man die aufgeführten Maßnahmen nicht isoliert betrachten, sondern muß sie in Relation zu dem bisherigen Modus der Kontakte und des Informationsaustauschs setzen. Nur eine illusionslose Einschätzung der realen Möglichkeiten, d.h. des bei diesem Stand der Entspannung Machbaren (444), führt zu einer adäquaten Bewertung.

IV. Analyse ausgewählter Textstellen (Korb III)

Der Text zu Korb III besteht aus einer allgemeinen Präambel (445), die für alle Teile gilt, und vier Kapiteln. Diesen ist jeweils ein allgemeiner Einleitungstext, eine sogenannte 'Minipräambel' vorangestellt, mit der verhindert werden soll, daß die Regelungen sich in Detailfragen verlieren, der Zusammenhang und die allgemeine Zielsetzung verloren gehen. Die einzelnen Kapitel sind jeweils noch in spezifizierte Unterkapitel untergliedert.

1. Die Zielsetzung in der Präambel

Die allgemeine Präambel bringt den Wunsch der Teilnehmer zum Ausdruck, "zur Stärkung des Friedens und der Verständigung zwischen den Völkern und der geistigen Bereicherung der menschlichen Persönlichkeit" beizutragen und sich dabei "ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion" (446)

leiten lassen zu wollen. Diese politische Zweckbestimmung birgt die Gefahr in sich, daß Kontakte und Informationen eingeschränkt und unterbunden werden können mit dem Verweis, sie widersprächen der oben genannten Zielsetzung. Dies wird jedoch im Anschluß an den oben angeführten Passus dahingehend relativiert, "daß eine Steigerung des Austausches auf dem Gebiet der Kultur und Bildung, eine größere Verbreitung von Information, Kontakte zwischen den Menschen und die Lösung humanitärer Probleme zur Erreichung dieser Ziele beitragen werden." (447)

Die Art der Kontakte, Informationen usw., die den im ersten Absatz genannten Zielen entsprechen, ist demzufolge nicht näher qualifiziert worden, so daß generell alle Arten von Kontakten, Informationen und Lösungen humanitärer Probleme als den vorangestellten Zielen entsprechend zu gelten haben. Die Präambel läßt folglich keine Einschränkungen bzw. Unterscheidungen zu, beispielsweise zwischen friedensfördernder und -hinderlicher Information.

Anschließend geben die Staaten ihrer Entschlossenheit Ausdruck, "unabhängig von ihren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systemen untereinander zusammenzuarbeiten, ... bestehende Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln und zu stärken sowie neue, diesen Zielen gemäße Mittel und Wege auszuarbeiten." (448)

Hiermit drücken die Teilnehmer ihre generelle und vorbehaltlose Bereitschaft zur Zusammenarbeit aus.

Gleichzeitig wird die allgemeine Prämisse der gesamten KSZE-Verhandlungen anerkannt, daß es nicht darum gehen könne, das politische, wirtschaftliche und soziale System eines Teilnehmerstaates zu

verändern. Außerdem wird zum Ausdruck gebracht, daß die Existenz bestehender Unterschiede kein Hindernis für die Zusammenarbeit darstelle, noch als Vorwand zur Ablehnung einer Zusammenarbeit dienen sollte.

Mit der Bereitschaft, auch nach neuen Wegen und Formen der Zusammenarbeit zu suchen, wird zugleich einem qualitativen und quantitativen Wandel der Zusammenarbeit und der Austauschprozesse zugestimmt (449).

2. Die Empfehlungen von Korb III und ihre Verbindung zum Prinzipienkatalog

Die im ersten Absatz der Präambel formulierten Ziele meinen ausdrücklich nur die Ebene der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit, davon unbetroffen bleibt der Austausch von Informationen und Menschen. Die Zusammenarbeit der Staaten zur Verwirklichung dieser Ziele soll von den im Prinzipienkatalog für die Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten festgelegten Grundsätzen geleitet werden.

Dies hat zwei Konsequenzen:

Erstens wird in der Präambel des Prinzipienkatalogs darauf verwiesen, daß der Prinzipienkatalog unteilbar ist und alle Prinzipien als gleichwertig zu betrachten sind, da sie alle von "grundlegender Bedeutung sind." (450)

In der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit sind daher die von beiden Seiten eingebrachten Elemente des Prinzipienkatalogs unbedingt zu berücksichtigen. Die östlichen Vorbehalte, Prinzip I (Souveränität) und Prinzip VI (Nichteinmischung in innere Angelegenheiten) und die westlichen Forderungen, Prinzip III (Menschenrechte und Grundfreiheiten)

und Prinzip IX (Verpflichtung zur Zusammenarbeit) stehen folglich ebenbürtig nebeneinander. Zweitens ist mit Prinzip V (völkerrechtliche Verpflichtungen nach Treu und Glauben) der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit ein inhaltlicher Rahmen gesetzt. Innerhalb dieser Vorgabe haben sich die Staaten bei der Ausübung des souveränitätsbedingten Rechts, ihre Gesetze selbst zu bestimmen, nach den Verpflichtungen des Völkerrechts und den Bestimmungen der Schlußakte der KSZE zu richten (451).

3. Die angestrebten Verbesserungen

Im Einleitungstext zum Kapitel 1 "Menschliche Kontakte" ist das Ziel der Teilnehmerstaaten inhaltlich festgelegt. Sie werden sich demnach bemühen, "freiere Bewegung und Kontakte auf individueller und kollektiver, sei es auf privater oder offizieller Grundlage, zwischen Personen, Institutionen und Organisationen der Teilnehmerstaaten zu erleichtern und zur Lösung der humanitären Probleme beizutragen, die sich in diesem Zusammenhang ergeben." (452)

Die Verfahrensweise zur Regelung auftretender Fragen soll dem Grundsatz "unter gegenseitig annehmbaren Bedingungen" (453) folgen.

Im einzelnen unterstreichen die Teilnehmerstaaten die Bedeutung, "die sie bei ihren gegenwärtigen Bemühungen, die Bedingungen in diesem Bereich zu verbessern, humanitären Erwägungen beimessen." (454)

Hiermit bekräftigen die Teilnehmer die Verpflichtung, von jetzt ab die Konferenzbeschlüsse anzuwenden, d.h. konkret, daß die einzeln aufgeführten und unter allgemeinem Konsens angenommenen Regelungen in allen

Teilnehmerstaaten gelten.

Der Passus, in dem die Bereitschaft zum Ausdruck kommt, bei den gegenwärtigen Bemühungen humanitäre Erwägungen zu berücksichtigen, läßt sich dahingehend interpretieren, daß dies für die bisherige Verfahrensweise nicht selbstverständlich war, sondern daß sie auch von anderen, beispielsweise von Erwägungen ideologischer Natur bestimmt war. Die enthaltene Kritik an der bisherigen Praxis ruft aber zur Überwindung fragwürdig gewordener Verfahren auf (455).

Zugleich werden zwei Einschränkungen ausgesprochen: Erstens lassen sich die Teilnehmer von dem Wunsch leiten, "weitere Bemühungen im Zuge der Entspannung zu entwickeln." (456)

Zunächst erscheint es politisch selbstverständlich, in einer stufenweise fortschreitenden Freizügigkeit den Ausdruck einer positiven Entwicklung des Entspannungsprozesses zu sehen. Negativ ausgedrückt besagt dieser Passus jedoch ebenso, eine Beendigung der Entspannungspolitik müsse auch die Anstrengungen im Bereich der Freizügigkeit ungünstig beeinflussen, wenn nicht sogar verhindern.

Dieser Satz ist aber dann gefährlich, wenn man bei der anderen Seite ein Nachlassen des Entspannungswillens festzustellen glaubt, oder dies auch nur vorgibt, und sich selbst nicht zu weiteren Maßnahmen veranlaßt sieht.

Die zweite Einschränkung liegt in der Feststellung, "daß die diesbezüglichen Fragen von den betreffenden Staaten unter gegenseitig annehmbaren Bedingungen geregelt werden müssen." (457)

Obwohl sich diese Bestimmung nicht notwendigerweise

restriktiv auf die Möglichkeit neuer Maßnahmen im Bereich der Freizügigkeit niederschlagen muß, bindet sie doch die Inangriffnahme neuer Möglichkeiten an die Zustimmung der jeweils beteiligten Staaten. Damit erübrigt sich die Versicherung der Bereitschaft, "falls notwendig Abkommen zu schließen oder Vereinbarungen zu treffen". Generell wird zwar nicht von der Notwendigkeit ausgegangen, bi- oder multilaterale Verträge oder Vereinbarungen abzuschließen, wohl aber ist zweifelsfrei das prinzipielle Einverständnis, bestimmte Maßnahmen einzuleiten, nur auf diplomatischem Wege festzustellen, sei es in Form eines Kommuniqués oder eines Meinungsaustauschs, oder auf dem Verhandlungswege.

In den nun folgenden Unterkapiteln 1 a-h werden die Beschlüsse zu konkreten humanitären Fragen aufgeführt.

Im wesentlichen bringen die Beschlüsse den jeweils betroffenen Personen eine Erleichterung der bürokratischen Praxis.

Unter 1a sind die Kontakte und regelmäßigen Begegnungen auf der Grundlage familiärer Bindungen geregelt: Die Teilnehmer wollen derartige Gesuche in Zukunft "wohlwollend prüfen" (458), Dokumente und Visa "innerhalb vernünftiger Fristen" und zu "annehmbaren Gebühren" (459) ausstellen und ausgeben und sichern zu, daß die Einreichung eines Besuchsantrags nicht die Rechte und Pflichten des Antragstellers bzw. seiner Familie beeinträchtigt (460).

Das nächste Unterkapitel 1b: Familienzusammenführung ist von gleichem Geist erfüllt. Wiederum geht es um eine Erleichterung der bürokratischen Praxis,

wobei auch inhaltlich dieselben Punkte angegeben werden wie im vorangehenden Kapitel: Gesuche in humanitärem und positivem Geist zu prüfen, so zügig wie möglich zu behandeln und die Gebühren zu verringern. Die Mitnahme von Haushaltsgut und persönlicher Habe bei Stattgabe des Gesuchs wird zugesichert, die von dem Einreichen des Gesuchs uneinträchtigte Rechtslage des Antragstellers bestätigt.

Zusätzlich wurde ein Passus aufgenommen, der die Sorge für Arbeitsbeschaffung, Wohnungssuche und um andere soziale Belange der Obhut des aufnehmenden Staates auferlegt.

Ähnliche Aussagen finden sich auch in dem Unterkapitel 1c: Eheschließung zwischen Bürgern verschiedener Staaten.

In den bisherigen Unterkapiteln wurden praktisch keine Einschränkungen gemacht. Anders war jedoch die Interessenlage im Unterkapitel 1d: Reisen aus persönlichen oder beruflichen Gründen.

Obwohl auch hier in Aussicht gestellt wird, die Verfahren der Ein- und Ausreise schrittweise zu vereinfachen und für Ortsveränderungen den Bürgern aus anderen Teilnehmerstaaten größere Freizügigkeit einzuräumen, soll dies doch "unter gebührender Berücksichtigung von Sicherheitserfordernissen" (461) geschehen.

In diesem Bereich werden ebenfalls allgemeine Verhaltensregeln formuliert, es wird aber weder auf abzuschließende Verträge verwiesen, noch werden solche für die nähere Zukunft anvisiert.

Ein Passus bringt die Absicht der Teilnehmerstaaten zum Ausdruck, "gegebenenfalls Mittel - einschließlich, sobald angebracht, des Abschlusses von multilateralen oder

bilateralen Konsularkonventionen oder anderer einschlägiger Abkommen oder Absprachen zu erwägen." (462) Diese Formulierung scheint darauf hinzudeuten, daß man die Zeit für qualitative Veränderungen offenbar noch nicht reif hält.

Im Gegensatz zu der vergleichbaren Formulierung im Unterkapitel "Menschliche Kontakte", die den Abschluß von Abkommen in Aussicht stellt, falls die Teilnehmerstaaten dies für erforderlich erachten, ist hier die Notwendigkeit von Abkommen von vornherein impliziert.

Einschränkend wirkt dabei der Zusatz "sobald angebracht". Um Abkommen angebracht erscheinen zu lassen, müssen sich demnach erst die geltenden Bedingungen gravierend ändern.

Zur Zeit der Konferenzverhandlungen waren Abkommen ohnedies nicht notwendig, da die angestrebten Erleichterungen ohne größere Veränderung bisheriger Praktiken in das bestehende Rechtssystem übernommen werden konnten (463).

Punkt 1e befaßt sich mit der Verbesserung der Bedingungen für den Tourismus auf individueller oder kollektiver Grundlage. Da Organisationsfragen des Reiseverkehrs wie Verbesserung der touristischen Infrastruktur, Arbeitserleichterung für ausländische Reisebüros, Informationsaustausch über einschlägige Gesetze und Bestimmungen, Daten und Unterlagen über den Tourismus usw. bereits unter Korb II "Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt" unter Unterpunkt 6 "Förderung des Tourismus" ausführlich behandelt wurden, sind im Korb III nur noch die Fragen im Hinblick auf Reiseerleichterungen enthalten, die für die Menschen von Belang sind (464).

Die weiteren Unterkapitel 1 f-h sind nicht nur in ihrer Form äußerst knapp gehalten - in der Regel nur ein bis zwei Sätze lang -, sondern auch von wenig konkretem Aussagewert.

Die Aussagen über Begegnung der Jugend, Sport und Erweiterung der Kontakte gehen über den bisherigen Verfahrensmodus nicht hinaus; die Formulierung von Regeln erübrigte sich deshalb. Die Aktivitäten in den einzelnen Teilbereichen werden lediglich als wünschenswert oder förderungswürdig bezeichnet und katalogartig geordnet aufgeführt.

Da sie im Rahmen des üblichen Kulturaustauschs bleiben, ist das Warum und das Wann der einzuleitenden, darüber hinausgehenden Aktivitäten völlig in das Belieben der einzelnen Regierungen gestellt.

In der Präambel zu Kapitel 2 "Information" wird das gemeinsame Ziel umrissen, "die freiere und umfassendere Verbreitung von Informationen aller Art zu erleichtern" (465). Sie enthält allerdings keine Qualifizierung zulässiger Information, etwa durch den Hinweis, daß sie das Vertrauen der Völker fördern solle. Es werden also pauschal alle Informationsquellen als wesentlich und einflußreich gewürdigt, d.h. ausdrücklich auch Rundfunk und Fernsehen, obwohl deren Einwirkungsmöglichkeiten durch das Empfängerland am wenigsten zu kontrollieren sind (466).

Die wichtigsten Einzelthemen, die zugleich von hoher politischer Tragweite sein können, sind die beiden Unterkapitel "Gedruckte Information" und "Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Journalisten" (467).

Im Unterkapitel "Gedruckte Information" wird zugesagt, die kompetenten Organisationen und Firmen

zu einer Erhöhung der Menge sowie der Anzahl von Zeitungen und Veröffentlichungen zu ermutigen. Eine weiterreichende Zusage hätten auch die westlichen Länder nicht geben können. Die Einfuhr von Presse- und Informationsmaterial obliegt hier ausschließlich privaten Unternehmungen, die ohne Einflußnahme der Regierungen sich allein nach dem Markt, d.h. nach Angebot und Nachfrage richten.

Es wird zudem zugesichert, die Zahl der Verkaufsstellen zu erhöhen und die Möglichkeiten, diese Veröffentlichungen vermehrt in öffentlichen Lesesälen auszulegen bzw. in Bibliotheken zur Ausleihe bereitzustellen, zu verbessern.

Wesentlicher jedoch, besonders für den Westen, sind jene Richtlinien, die die Arbeitsbedingungen ausländischer Journalisten zum Gegenstand haben. An Bedeutung gewinnen die hier festgelegten Verfahrensregelungen nicht nur wegen ihrer sofortigen Geltung in allen Unterzeichnerstaaten der Schlußakte, sondern weil sie derart spezifiziert sind, daß es zu ihrer Realisierung keiner weiteren Abkommen zwischen den einzelnen Regierungen mehr bedarf.

Die Visaanträge für Journalisten sollen wohlwollend und innerhalb vernünftiger und sachgerechter Fristen geprüft werden. Ständig akkreditierten Journalisten werden Visa für mehrfache Ein- und Ausreise zugesichert; die Bewegungsfreiheit im Gastgeberland soll erleichtert und Reisemöglichkeiten erhöht werden.

In Mobilitätsfragen sei jedoch auch weiterhin die Beachtung "des Bestehens von Gebieten, die aus Sicherheitsgründen gesperrt sind" erforderlich (468). Generell sollen ihnen mehr Möglichkeiten gegeben

werden, unmittelbar mit ihren Informationsquellen Kontakt aufzunehmen.

Damit wird zwar für einige Informationsquellen eine großzügigere Handhabung bzw. partielle Aufhebung der Genehmigungspflicht durch das hierfür zuständige Auswärtige Amt in Aussicht gestellt; über einen allgemeinen Zugang zu nichtautorisierten Quellen ist damit jedoch noch nichts ausgesagt.

Die Aufschlüsselung von Informationsquellen, zu denen der Zugang erleichtert werden soll, läßt vielmehr eine derart weitreichende Interpretation nicht zu: Denn im Gegensatz zu Organisationen und offiziellen Institutionen werden private Informationsquellen nicht direkt genannt.

Obwohl den Journalisten das Recht eingeräumt wird, "die technische Ausrüstung einzuführen, die für die Ausübung ihres Berufs erforderlich ist, unter der alleinigen Bedingung, daß sie wieder ausgeführt wird" (469), wird jedoch ausdrücklich "die Tatsache anerkannt ... daß in vielen Fällen geeignetes örtliches Personal von ausländischen Journalisten beschäftigt wird." (470)

Inwieweit dieser Passus besagt, ortsansässiges Personal sei vorrangig zu behandeln bzw. zu verwenden und nur mangels einheimischen Fachpersonals und nach eindeutigem und überzeugendem Nachweis könne in bestimmten Fällen eigenes Hilfspersonal eingesetzt werden, ist jedoch nicht mit letzter Klarheit ersichtlich. Immerhin ist aber auch die Zusage enthalten, daß die für Journalisten gültigen Bestimmungen wie Visaerleichterungen, größere Freizügigkeit unter den genannten Bedingungen auch auf solche Personen aus anderen Teilnehmerstaaten anzuwenden sind, "die

regelmäßig und berufsmäßig als Techniker, Photographen oder Kameralleute der Presse, des Rundfunks, Fernsehens oder Kinos beschäftigt sind" (471).

Hieraus könnte man schließen, daß Auslandsjournalisten auf Wunsch auch eigenes Hilfspersonal mitbringen und einsetzen können.

Außerdem wird es den Journalisten zugesichert, sich bei legitimer Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit sowohl der Ausweisung als auch sonstiger Strafmaßnahmen zu enthalten; eine Ausweisung müsse begründet werden, der davon Betroffene könne eine Prüfung seines Falles beantragen.

Die Aussagen zur Erleichterung der Information nehmen wiederum inhaltlich direkten Bezug auf die bisherige Praxis. Sämtliche angestrebten Richtlinien gehen über die bisherigen hinaus, ohne daß deshalb die vorher gültigen Bestimmungen hätten ausdrücklich thematisiert werden müssen.

Wenn jedoch die Einschätzung geäußert wird, "der Katalog dessen, was zur Erleichterung der Information geschehen soll - sowohl beim Vertrieb von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern wie auch bei der Sammlung von Informationen durch Journalisten -, enthält spiegelbildlich eine eindrucksvolle Beschreibung der in den totalitär regierten Ländern Europas verbreiteten Praktiken der Unterdrückung von Nachrichten" (472), so mag bezweifelt werden, ob solche Auslassungen die Verwirklichung dieser Absichtserklärung begünstigen, die Arbeitsbedingungen von Journalisten erleichtern und das zur Durchführung notwendige Wohlwollen der hier diskreditierten Regierungen vergrößern.

In den weiteren Bereichen, Kapitel 3: "Zusammenarbeit und Austausch im Bereich der Kultur" und Kapitel 4: "Zusammenarbeit und Austausch im Bereich der Bildung" ist weniger wesentliches ausgesagt, obwohl auch hier zum Teil konkrete Maßnahmen angesprochen werden.

Aus alledem läßt sich bereits erkennen, daß es sich zum Teil durchaus um konkrete Maßnahmen und Verbesserungen handelt, wie z.B. Familienkontakte, Eheschließungen, journalistische und kommerzielle Arbeitsbedingungen usw. Selbst dort, wo man sich noch nicht auf gemeinsame Aktionen festlegen konnte oder wollte, wird immerhin der Hinweis auf späterhin abzuschließende Abkommen ausgesprochen. Damit ist deutlich gemacht, daß man mit der bisherigen Verfahrensweise nicht unbedingt zufrieden ist, sich aber auf eine Verfahrensänderung noch nicht einigen konnte.

Dessen ungeachtet wird gerade von westlicher Seite immer wieder der Vorwurf laut, es handele sich bei den Richtlinien für Korb III um marginale oder gar nur um "kosmetische Verbesserungen" (473).

V. Zur Beurteilung des Konferenzergebnisses

Die Würdigung dessen, was Korb III tatsächlich enthält, kann zum einen nur die spätere Praxis erbringen (474), zum anderen hängt die Beurteilung nicht zuletzt auch davon ab, was man erwartet hatte, bzw. inwieweit sich die Erwartungen an Illusionen orientierten, denn "daß es sich bei diesem Warenangebot nicht um einen Selbstbedienungsladen handeln würde, war von vornherein abzusehen." (475)

1. Die Rechtsnatur der Schlußakte

In diesem Sinne äußerte auch der Delegationsleiter der BRD, Klaus Blech, die einvernehmlich gefundenen Lösungen und definierten künftigen Aufgaben, so wie sie in der Schlußakte festgelegt wurden, seien nur dann angemessen zu beurteilen und zu interpretieren, "wenn ihre Einordnung in das vorgegebene Koordinatensystem stets berücksichtigt wird." (476) Dies gilt insbesondere für die Rechtsnatur der Schlußakte. Wie diese Bezeichnung bereits vermuten läßt, handelt es sich hierbei nicht um einen juristischen Vertrag. Das KSZE-Dokument hat völkerrechtlich gesehen sogar eine geringere Verbindlichkeit als die in der UN-Charta enthaltenen Prinzipien (477). Es handelt sich hierbei vielmehr um politische Willenserklärungen von hoher politisch-moralischer Bedeutung (478). Dementsprechend enthält die Schlußakte keine Formulierungen, die für völkerrechtliche Abkommen charakteristisch wären. Die typische Satzform der Beschlüsse ist dagegen: Die Teilnehmer werden, erklären, beabsichtigen, erkennen...

Das Fehlen völkerrechtlicher Verbindlichkeiten, auf das in der Schlußakte selbst (479) und in einem gesonderten Schreiben an den UN-Generalsekretär Kurt Waldheim (480) hingewiesen wird, scheint für Gegner wie für Befürworter der Konferenz gleichermaßen bedauerlich, wenngleich sie sich auf unterschiedliche Teile des Dokuments (481) beziehen.

Es war aber von vornherein unvorstellbar, daß das Ergebnis einer derartigen Konferenz über die Formulierung gemeinsamer Willenserklärungen hinausgehen würde.

Mehrere Gründe sind hierfür verantwortlich:

Zunächst einmal stellt das Konferenzprojekt eine in der bisherigen Geschichte einmalige Veranstaltung ohne jede Vergleichsmöglichkeit dar. Ihre Exklusivität beruht darin, daß Staaten zweier antagonistischer Gesellschaftssysteme mit je unterschiedlichen Gesellschafts-, Ziel- und Wertvorstellungen über ihre gemeinsame Zukunft verhandelten. Mitverantwortlich für den Charakter der Schlußakte war wohl auch die Befürchtung, daß ein Vertragswerk, das in 35 Staaten die parlamentarischen Abstimmungs- und Ratifizierungsverfahren hätte durchlaufen müssen, nicht nur die Verwirklichung der Maßnahmen und Grundsätze auf unbestimmte Zeit hinausgezögert hätte, sondern vermutlich von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen wäre.

Die Tatsache, daß es sich bei der Schlußakte nicht um einen Vertrag, sondern um politische, in gewissem Sinne sogar unverbindliche (482) Absichtserklärungen handelt, heißt jedoch nicht, ihre Bedeutung, ihren Wert für den Entspannungsprozeß zu schmälern.

Aufgrund der unterschiedlichen Zielvorstellungen zwischen Ost und West und nicht zuletzt auch wegen

der zweifellos enthaltenen Viel- und Doppelaeutigkeiten der Formulierungen, die nicht unbedingt nur negativ zu werten sind, da sie ihrerseits die konsensuale Einigung erst ermöglichten, mußte aber auch die Interpretation der Schlußakte als integrales Ganzes gesichert sein.

Die Schlußakte stellt somit eine inhaltliche Einheit dar, deren Teile alle gleichrangig sind und von der kein Teil gegenüber einem anderen verabsolutiert werden darf (483).

Wie bereits erwähnt, jedoch in seiner Schematisierung unter Vorbehalt zu betrachten, befürwortete die Sowjetunion eine Hervorhebung des Prinzipienkatalogs gegenüber den anderen Konferenzthemen, während den Körben II und III ihrer Meinung nach nur ein geringerer Rang zukommen dürfe. Innerhalb des Prinzipienkatalogs wurde von den sozialistischen Staaten einmütig immer wieder, trotz gegenteiliger Festlegung in der Schlußakte, auf die besondere Bedeutung des Prinzips der Unverletzlichkeit der Grenzen (484) hingewiesen. Hier ist auch das eigentliche Motiv dafür zu suchen, warum den sozialistischen Staaten so viel an dem alles überragenden Stellenwert des Prinzipienkatalogs gelegen war.

Die westlichen Staaten waren nicht gewillt, dem Prinzipienkatalog einen besonderen, d.h. einen völkerrechtlich gültigen Status zu gewähren. Sie hätten ihrerseits aber einen möglichst hohen, eventuell auch rechtlich verpflichtenden Charakter für Korb III begrüßt.

Da jedoch keine Seite durchsetzen konnte, nur dem von ihr gewünschten Inhalt den rechtlich gültigen Stempel aufzudrücken und rechtliche Verbindlichkeit bei den übrigen Teilen zu vermeiden,

konnte eine Einigung nur in Form einer Gleichbehandlung aller Teile zustandekommen.

Die beiden Kooperationsbereiche stehen somit dem Sicherheitsbereich gleichrangig gegenüber. Dies wird auch darin zum Ausdruck gebracht, daß alle Texte als Ergebnis ein und derselben Konferenz in einem einzigen gemeinsamen Dokument zusammengefaßt und unterschrieben wurden.

Korb II und Korb III formulieren in ihren jeweiligen Präambeln die für sie gültigen Prinzipien und nehmen Querverbindungen zum Prinzipienkatalog auf, ohne sich diesem unterzuordnen. Damit ist deutlich gemacht, daß Zusammenarbeit und Sicherheit für den Entspannungsprozeß gleichermaßen wichtig sind, was dem Namen der Konferenz Rechnung trägt (485).

2. Die Argumente der Konferenzkritiker

Eine weit verbreitete Methode, von Kritikern wie Befürwortern der Konferenz erstaunlicherweise gleichermaßen verwandt, besteht darin, die Durchsetzung sowjetischer Interessen bzw. die erfolgreiche Wahrung westlicher Positionen als Kriterium für eine Bewertung des Konferenzergebnisses heranzuziehen (486).

Dahinter verbirgt sich in der Regel eine dem Konfrontationsdenken verhaftete Auffassung, die die Sowjetunion nur auf der Basis von überkommenen Feindperzeptionen beurteilt (487). Daß dieses Relikt aus der Zeit des Kalten Krieges auch heute noch seine Wirkung hat, beweist zugleich, daß die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit tatsächlich erst der Anfang einer Entwicklung ist und noch ein gehöriges Maß an Mißtrauen abgebaut werden muß.

In der Regel bleiben die Konferenzkritiker den Beweis für die tatsächliche Gegebenheit der dem Gegner unterstellten Ziele schuldig (488).

Es kommen folglich oft auch antiquierte Vorstellungen zum Tragen, die möglicherweise, auf die sowjetischen Zielvorstellungen der fünfziger bis Mitte der sechziger Jahre bezogen, ihre Berechtigung gehabt haben. Bedingt durch die objektiv veränderte Lage, die anzuerkennen auch die Sowjetunion nicht umhin kann, ist die Verwirklichung dieser potentiellen Ziele schon aus rein praktischen Erwägungen nicht mehr mit den damaligen Strategien möglich.

Da aber die hier als unwissenschaftlich und dem Untersuchungsgegenstand 'Sicherheitskonferenz' als nicht adäquat angesehene Bewertungsmethode dennoch bestimmend war für die innenpolitische Auseinandersetzung mit diesem Projekt, erscheint eine Untersuchung darüber sinnvoll, inwieweit die von Konferenzgegnern angenommenen Ziele sowjetischer Außenpolitik durch die Sicherheitskonferenz vorangetrieben worden sind.

Deshalb wollen wir uns im folgenden exemplarisch mit der Argumentation der CDU/CSU auseinander setzen und dezidiert auf die einzelnen Vorwürfe eingehen.

Es sei jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß damit diese Methode nicht als legitim anerkannt werden soll. Vielmehr soll bewiesen werden, daß - von der methodologischen Fragwürdigkeit abgesehen - auch die Argumente nicht stichhaltig sind (489).

Im wesentlichen macht die CDU/CSU (490) ihre Kritik der Ergebnisse der Europäischen Sicherheitskonferenz an fünf Punkten fest, die ihrer Meinung nach die Nachteile für den Westen gegenüber den Vorteilen überwiegen lassen (491), so daß die Ergebnisse als nicht ausreichend für einen "so spektakulären und euphorieerzeugenden Gipfel" (492) betrachtet werden könnten.

1. Vorwurf: Keine Ausgewogenheit der Konferenzergebnisse

Hier wird zunächst das Verhältnis zwischen politischen und militärischen Maßnahmen auf der KSZE und die Verbindung KSZE-MBFR genannt.

Nach Meinung der Opposition hat diese Verbindung zu Beginn der Konferenz bestanden, sei dann aber verloren gegangen (493). Überhaupt seien die Vorteile, die Ost und West aus der Konferenz gezogen hätten, nicht gegenseitig.

Der Westen habe sich mit seinen in Korb III angestrebten Maßnahmen nicht durchsetzen können, die Sowjetunion hingegen sei ihren Zielvorstellungen zum mindesten einen Schritt näher gekommen (494).

Diesem Vorwurf kann bereits die Präambel zu Korb II: Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik sowie der Umwelt, entgegengehalten werden.

Hier ist der Grundsatz der Gegenseitigkeit von Vorteilen und Pflichten enthalten; eine Formulierung, die im übrigen gegen sowjetischen Widerstand aufgenommen wurde.

Auch die vom Osten so dringend geforderte Meistbegünstigung wurde nicht gewährt, lediglich die

vorteilhaften Wirkungen, "die sich aus der Anwendung der Meistbegünstigung für die Entwicklung des Handels ergeben können", wurden anerkannt.

Die Einschätzung der CDU/CSU, daß Geben und Nehmen auf der Sicherheitskonferenz ungleich verteilt gewesen seien, kann also nicht geteilt werden. Es handelt sich vielmehr um ein "konditioniertes Geben und Nehmen" (495), das von Anbeginn an die Konferenz erst ermöglichte.

2. Vorwurf: Verdrängung der USA (496)

3. Vorwurf: Festschreibung des territorialen Status quo in Mitteleuropa

Dieser Vorwurf wiegt zweifellos am schwersten, da er in der westdeutschen Öffentlichkeit den größten Effekt hat. Er enthält die Behauptung, die deutschen Interessen seien auf der Sicherheitskonferenz nicht gewahrt worden (497). Die Unterzeichnung der Schlußakte käme einem Verzicht der Bundesrepublik auf Wiedervereinigung und Selbstbestimmungsrecht gleich, weil sie von der Sowjetunion als Friedensvertrag, zum mindesten aber als "zeitgemäßer Ersatz für einen Friedensvertrag" (498) interpretiert werde.

Dieses Argument diene der CDU/CSU auch als Rechtfertigung dafür, daß sie als einzige christ-demokratische Partei in Europa die Unterzeichnung und damit die Ergebnisse der Sicherheitskonferenz ablehnte:

"Wir Deutschen sind die Hauptinteressenten oder Hauptbetroffenen der Ost-West-Politik. Unsere geographische Lage an der Nahtstelle zwischen Ost und West mit der offenen Flanke Berlin schließt uns an die Spannung der Weltpolitik an, macht uns

zu den größten Verbrauchern von der in der freien Welt produzierten Sicherheit.

Deshalb müssen wir ein schärferes Auge für das haben, was Entspannung bringen muß, als viele andere im Westen." (499)

4. Vorwurf: Manipulation der westlichen Öffentlichkeit

Hier wird die Meinung vertreten, die Konferenzergebnisse seien nicht ausreichend, die Unterzeichnung der Ergebnisse auf höchster Ebene täusche die Öffentlichkeit aber über diesen Tatbestand hinweg. Dies erzeuge Euphorie und damit ein trügerisches Sicherheitsgefühl, das sich bremsend, wenn nicht sogar lähmend auf die Stärkung des Bündnisses auswirken könne (500).

Es wird nicht nur die Behauptung aufgestellt, die Ergebnisse der Sicherheitskonferenz würden den in sie gesetzten Erwartungen nicht gerecht, sondern auch die Anschuldigung erhoben, die deutsche Regierungsdelegation unterzeichne die mangelhaften Konferenzergebnisse nur, um ihre Unfähigkeit, sich gegenüber den östlichen Forderungen zu behaupten, zu kaschieren. Sie nehme es somit lieber in Kauf, der Öffentlichkeit ein realitätsfremdes Sicherheitsgefühl vorzuspiegeln, als ihre eigene, von seiten der Opposition aufgedeckte Unfähigkeit, in aller Öffentlichkeit einzugestehen und Konsequenzen daraus zu ziehen.

Die CDU/CSU-Vertreter betrachten ihre Kritik an den Konferenzergebnissen als nüchternen Realismus im Unterschied zur vermeintlichen Entspannungseuphorie der Regierungsparteien und erweisen sich hiermit selbst als Utopisten mit umgekehrtem Vorzeichen.

Sie überschätzen die Wirkung, die von der Sicherheitskonferenz auf die westlichen Bevölkerungen ausgeht, obwohl allgemein festzustellen ist, daß mit zunehmender Dauer der Konferenz, insbesondere während der Kommissionsphase, nicht nur das Interesse der Bevölkerung an diesem Projekt erheblich nachließ, sondern in Desinteresse und Unverstand über dessen Aufwand umschlug.

5. Vorwurf: Keine gemeinsame Interpretation über Entspannung zwischen Ost und West

Nach Meinung der CDU/CSU übersieht die Schlußakte, daß es kein gemeinsames Verständnis über Entspannung zwischen Ost und West gebe (501). Dessen ungeachtet seien aber Maßnahmen und Postulate formuliert worden, die diesem unbestimmten Ziel dienen sollen. Solange aber beide Seiten nicht sicher sein könnten, auch das gleiche zu meinen, müßte dieses Versäumnis neue Spannungen erzeugen, anstatt die bestehenden Spannungsursachen zu vermindern.

Auch dieser Vorwurf zeigt, daß sich die CDU/CSU in ihrer Argumentation Halbwahrheiten bedient. Unbestritten ist, daß es tatsächlich keine gemeinsame Interpretation über Entspannung gibt. Ein einheitliches Verständnis gibt es noch nicht einmal im Westen (502).

Niemand hat dies aber auch in Bezug auf die Sicherheitskonferenz behauptet. Vielmehr werden die Sicherheitskonferenz und ihre bisherigen Ergebnisse von den Beteiligten gerade als "ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem multilateralen Interessenausgleich zwischen Ost und West" (503) verstanden.

Die Forderung der CDU/CSU zu erfüllen, hieße, den zweiten Schritt vor dem ersten zu machen oder die erfolgreiche Bewältigung der zweiten Etappe bereits verfügbar zu haben, ehe man "das Wagnis" der ersten auf sich nehmen könne.

Interesse gewinnt jedoch die Frage, wie man zu einer gemeinsamen Interpretation von Entspannung (504) gelangen will, wenn nicht über einen kontinuierlichen Prozeß der Diskussion. Dies aber ist genau das, was man auf der KSZE praktiziert hat, wobei es jedoch von vornherein für jedermann selbstverständlich war, daß man Konfrontation nicht über Nacht durch Kooperation ablösen könne. Beide Verhandlungsseiten ließen sich von der realistischen Einschätzung leiten, daß eine Harmonie der Auffassungen zwischen Ost und West nicht erreichbar sei. Harmonie war aber auch nicht das Ziel, das sich die Teilnehmerstaaten gesetzt hatten.

Erklärtes Ziel war vielmehr, "bessere Beziehungen untereinander zu fördern sowie Bedingungen zu gewährleisten, unter denen ihre Völker in echtem und dauerhaftem Frieden, frei von jeglicher Bedrohung oder Beeinträchtigung ihrer Sicherheit leben können."

Sie sahen ihre Aufgabe darin, "nach Möglichkeiten zu suchen, ihre Bemühungen zur Überwindung des Mißtrauens und zur Vergrößerung des Vertrauens zu vereinigen, die Probleme, die sie trennen, zu lösen und zum Wohl der Menschheit zusammenzuarbeiten." (505)

Es war somit nicht Aufgabe der Konferenz, die Probleme, die die politische Lage in Europa bestimmen, zu lösen. Der weitaus bescheidenere Ansatz der Konferenz bestand vielmehr darin, einen Zustand

größerer Sicherheit und vermehrter Kooperation herbeizuführen, in einer Situation, die nach wie vor von den nunmehr seit 30 Jahren ungelösten Problemen gekennzeichnet ist. Mit anderen Worten: "die Konferenz sollte ein Faktor im Entspannungsprozeß, ihr Ergebnis ein Schritt in diesem Prozeß sein, der sich darin nicht erschöpft." (506) Mithin bestand die Aufgabe der Konferenzteilnehmer darin, Maßstäbe zu setzen und Formeln niederzuschreiben (507), wie man sich künftig zu verhalten habe.

Die schriftliche Fixierung dieser Verhaltensregeln in der Schlußakte hat zur Folge, daß man sich künftig nicht unterhalb dieser festgesetzten und von allen Staaten vereinbarten Ebene bewegen kann, ohne sich des internationalen Vorwurfs der Entspannungsfeindlichkeit auszusetzen. Gleichwohl ist nur eine untere Grenze festgelegt. Eines Tages könnte es notwendig werden, neue Maßstäbe zu setzen und weiterreichende Formeln zu verabschieden, die dem neuen Stand fortschreitender Entspannung angepaßt sind (508).

3. Alternative zur KSZE ?

Wenn es bisher zugegebenermaßen keine einstimmig angenommene, von allen Teilnehmern anerkannte Definition von Entspannung gibt, noch geben kann, so ist die Konferenz doch als ein Schritt auf der Suche nach einer für alle annehmbaren und erstrebenswerten Entwicklung von Entspannung anzusehen.

Die Reden der Vertreter der Teilnehmerstaaten während der Schlußetappe in Helsinki können als Versuch betrachtet werden, diesen Begriff mehr und

mehr einzukreisen und zu konkretisieren, und zwar durch die jeweils enthaltenen Umschreibungen dessen, was Entspannung umfassen oder ermöglichen soll (509), durch die zukunftsorientierte Erfüllung der Maßnahmen, auf die man sich geeignet hatte und die auch in den Grobzusammenhang von Entspannung und die damit verbundenen Ziel- und Wertvorstellungen gehören.

Das Rechenexempel derer, die das Konferenzergebnis und die für den Osten herausspringenden Vorteile mit der Exaktheit einer Gewinn- und Verlustrechnung bemessen wollen, geht nicht auf. Nach Meinung westlicher Konferenzkritiker ist der Hauptgewinn der sozialistischen Staaten die gesamteuropäische Bestätigung der im Zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit vollzogenen territorialen und gesellschaftspolitischen Änderungen.

Rein juristisch sind diese Veränderungen durch die Konferenz nicht bestätigt worden, real-politisch war die Anerkennung längst vollzogen. Überfällig war lediglich die Anpassung aktuellen politischen Handelns an die Realitäten.

Die sozialistischen Staaten sind auf eine feierliche Anerkennung ihrer Grenzen durch die westlichen Staaten letzten Endes nicht angewiesen. Bei unvoreingenommener Betrachtung darf man fragen, welche Alternativen hätten zur Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit und allgemein zur Entspannungspolitik zur Disposition gestanden ?

"Wäre denn der Westen, wenn die Konferenz nicht zustandegekommen wäre, in einen heiligen Krieg gegen die Sowjetunion gezogen, um die geopolitische Lage in Europa zu ändern ?" (510)

Solche Vermutung könnte man tatsächlich aus den Stellungnahmen der Konferenzkritiker gewinnen, vermitteln sie doch den Eindruck, der Westen habe autonom wählen können und sich für die schlechtere der Möglichkeiten entschieden.

4. Die Rolle der EG während der Verhandlungen

Einen weiteren Ansatz zu einer Würdigung der Konferenzergebnisse stellt die Analyse des Verhandlungsablaufs dar; sie fragt nach der Rolle, welche die westeuropäische Gemeinschaft in den verschiedenen Phasen der Konferenz gespielt hat (511).

Diese Fragestellung ist weder willkürlich - im Gegensatz zu der vorstehenden Frage nach den Vor- und Nachteilen der Konferenz für beide Seiten -, noch ist sie nachträglich mit dem Projekt der Sicherheitskonferenz in Verbindung gebracht worden.

Die Forderung eines gemeinschaftlichen Auftretens bestand bereits vor Beginn der multilateralen Vorbereitungsgespräche im November 1972. Eine Koordinierung der Verhandlungslinie der Neun auf der KSZE war im Oktober 1972 als notwendig erachtet und schriftlich fixiert worden (512).

Bei der geforderten Synchronisierung des außenpolitischen Auftretens der Neun auf der KSZE handelte es sich durchaus nicht um eine Form der Amtsanmaßung oder einen Anwendungsfall der Parkinsonschen Gesetze, vielmehr war diese Kompetenzerweiterung der EG auf das politische Gebiet eine sachliche Notwendigkeit (513).

Je mehr im Verlauf der Vorgeschichte des Konferenzprojekts der Akzent auf eine Ost-West-Zusammenarbeit

gelegt wurde, und somit Handelspolitik und wirtschaftlicher Zusammenarbeit eine besondere Bedeutung für den Frieden und die Sicherheit in Europa zukam, um so mehr bedurfte es einer Einbeziehung der Europäischen Gemeinschaft.

Sie war zu einer gewachsenen Realität in Europa geworden mit weitreichenden Kompetenzen auf einigen Gebieten, die hier zur Verhandlung anstanden. Ausdrückliches Postulat der neun EG-Länder war, daß eine gesamteuropäische Zusammenarbeit auf gar keinen Fall den westeuropäischen Integrationsprozeß be- oder gar verhindern dürfe (514).

Dies war ursprünglich einer der von Seiten des Westens der Sowjetunion unterstellten Beweggründe für eine Sicherheitskonferenz (515).

Praktisch vollzog sich die politische Zusammenarbeit der EG-Länder im Rahmen der KSZE so, daß die EG zwar nicht als offizieller Teilnehmer auftrat, wohl aber die Vertreter der EG-Kommission jeweils der Delegation zugeordnet wurden, die den Vorsitz im Rat innehatte. Diese Regelung ging auf einen Beschluß der Außenministerkonferenz der Neun vom 9. September 1973 in Kopenhagen zurück.

Zwecks Koordinierung trafen sich die Delegationen der EG-Staaten regelmäßig mit der Kommission, außerdem einmal wöchentlich auf der Ebene der Delegationsleiter.

Um in strittigen Fragen eine Einigung zu erzielen, die ja immer einstimmig sein mußte, waren regelmäßige Sitzungen der politischen Direktoren der Außenministerien anberaumt, die sich mit dem Konferenzverlauf befaßten, um Informationen an die Außenminister weiterzuleiten und Direktiven festzulegen (516).

Die Koordinierungsprozedur war oft mühsam und langwierig, sie zahlte sich aber insofern aus, als eine gemeinsame Haltung der EG-Staaten erarbeitet werden konnte. Diese abgestimmte Position wurde dann auch geschlossen vertreten, selbst wenn sie oft, wie überhaupt charakteristisch für die KSZE, nur auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner zustande kam (517).

Die auf der Solidarität der Neun beruhende und den Konferenzverlauf wesentlich bestimmende Rolle der westeuropäischen Staaten verhinderte damit zweierlei: Weder war die Konferenz zu irgendeinem Zeitpunkt ein Dialog zwischen den beiden Supermächten, denen sich die jeweiligen Bündnispartner, die Neutralen und Blockfreien jeweils zustimmend beider oder unterzuordnen hatten, noch konnte eine einzelne Macht, beispielsweise die Sowjetunion, die Konferenzteilnehmer hegemonialisieren und das Ergebnis determinieren.

Ohne den konstruktiven Beitrag der EG schmälern zu wollen, war dies nicht zuletzt auch der Zurückhaltung der amerikanischen Delegation auf der Sicherheitskonferenz zu verdanken (518), die auch die allianzinterne Abstimmung hinter der der EG-Staaten in den Hintergrund treten ließ.

Einige kleinere Länder wie Rumänien, die Türkei, Malta und Jugoslawien hatten mehrmals aktiv in den Verhandlungsverlauf eingegriffen. Da es sich dabei meist nur um Spezialprobleme handelte, die nur für diese Staaten von Belang waren, war ihr Beitrag nicht unbedingt dazu angetan, den Konferenzverlauf konstruktiv mitzugestalten. Vielmehr behinderten sie des öfteren den zügigen Ablauf (519).

Die EG wurde tatsächlich zu einem bestimmenden Faktor der KSZE (520); beispielsweise orientierte sich die Redaktion der Schlußdokumente im Bereich von Korb II fast ausschließlich an den von der EG unterbreiteten Vorschlägen.

Die Verhandlungen waren weitgehend vom Dialog zwischen der EG und der Sowjetunion bestimmt (521). Die EG bestand demnach auf der KSZE ihren Test für die außenpolitische Solidarität der Neun, so daß der Ansicht, dem Westen sei der Nutzen der KSZE im wesentlichen während der Verhandlungen entstanden, mit Einschränkung zuzustimmen ist (522).

Abgesehen von den positiven Impulsen (523), die von der KSZE auf die Europäische Gemeinschaft in bündnisinterner Hinsicht ausgegangen sind, belebte sich auch der bis dahin stagnierende Ost-West-Handel, der sich gegenwärtig auf 7-8 % der Ein- und Ausfuhren der Gemeinschaft beläuft.

Es haben sich zwar die absoluten Zahlen nicht wesentlich verändert, doch ist das Netz der bilateralen Abkommen über wirtschaftliche und industrielle Kooperation zwischen den ost- und westeuropäischen Ländern im Zeitraum der KSZE-Verhandlungen erheblich enger geworden (524).

Erfolgversprechende Ansätze sind geschaffen worden, ihre tatsächliche Bedeutung muß sich jedoch erst noch erweisen.

Zweifellos ist es kein Zufall, daß die erste Kontaktaufnahme zwischen EG und RGW ebenfalls in den Zeitraum der Konferenzverhandlungen fiel (525).

Allem Anschein nach ist es den EG-Ländern gelungen, das Mißtrauen der osteuropäischen Länder gegenüber der Gemeinschaft abzubauen. Dazu dürfte neben der Selbstdarstellung in Genf auch die

Erklärung über die grundsätzliche Verhandlungsbe-
reitschaft mit den Staatshandelsländern beige-
tragen haben, die der Ministerrat am 7. Mai 1974 (526)
in Brüssel abgegeben hatte.

Offenbar setzte die Brüsseler Erklärung eine Ent-
wicklung in Gang, die heute noch nicht zu abschlies-
senden konkreten Ergebnissen geführt hat, aber
immer noch weiterbetrieben wird (527).

Bedenkt man, daß es nicht Aufgabe der KSZE sein
konnte, substantielle Wirtschaftsprobleme zu erörtern,
so ist doch anzuerkennen, daß sie erheblich zur
Schaffung politisch-psychologischer Bedingungen für
eine wirtschaftliche Annäherung beigetragen hat (528).

Somit gehen in das Ergebnis der Konferenz auch solche
Faktoren ein, die nicht unmittelbar und für jeden
erkennbar sind, sondern sich erst langfristig durch
die Schaffung einer besseren Atmosphäre auswirken.
Die Resultate dieser Entwicklung werden später ver-
mutlich nicht unbedingt mit der Sicherheitskonferenz
in Verbindung gebracht. Sie haben aber doch von ihr
erste Impulse erhalten.

Daß sich nicht alle Ergebnisse an der Schlußakte
ablesen lassen, schmälert keineswegs ihre Bedeutung,
sondern erschwert nur die Feststellung der sehr
oft in den Bereich der Imponderabilien gehörenden
Ergebnisse (529).

Nicht nur, daß die Vertreter der 35 Länder im Laufe
der zweijährigen Konferenzdauer sich und die gegen-
seitigen Verhandlungstaktiken und Vorstellungen
kennengelernt haben und Erfahrungen im intersystemaren
Dialog sammeln konnten (530), sondern zweifellos
auch die sogenannten "Gespräche am Rande", besonders
während der Schlußsitzung, sind von Belang.

Während des dreitägigen Abschlußtreffens mußten keine Beschlüsse mehr gefaßt sondern "nur" noch 35 Erklärungen vorgetragen und Unterschriften geleistet werden, und somit konnte ein reges Zweiergespräch zwischen den einzelnen Regierungschefs einsetzen (531).

Aber auch die Schlußsitzung selbst ist Teil des Mosaiks, aus dem sich das Ergebnis der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit zusammensetzt.

Sieht man von den zum Teil sehr pathetischen Formulierungen ab und bringt die Reden der Östlichen bzw. der westlichen Vertreter jeweils auf einen gemeinsamen Nenner, so fällt auf, daß Meinungsverschiedenheiten und unterschiedliche Präferenzen zwischen Ost und West zwar weiter bestehen (532). Wesentlicher aber ist, daß ungeachtet dieser Differenzen die Unterzeichnung eines gemeinsamen Schlußdokuments möglich war.

Während die Östlichen Vertreter in kontinuierlicher Fortsetzung ihrer Verhandlungslinie in erster Linie das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen (533) zum Thema hatten, die anderen Prinzipien und deren Gleichwertigkeit im wesentlichen aber ungenannt ließen, machten die westlichen Vertreter ihren Entspannungsbegriff (534), der Staats- und Menschenrechte vereinigt, deutlich.

5. Zusammenfassung

Abschließend muß man konstatieren, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine weitergehende Beurteilung über den praktischen Wert der Schlußakte, und damit über den Erfolg der Konferenz, bislang nicht ohne

Spekulationen möglich ist.

Die Schlußakte ist kein Vertrag. Sie tritt somit auch nicht zur Stunde Null in Kraft. Für die Verwirklichung der beabsichtigten Maßnahmen kann es mithin keinen Stichtag geben, wenn auch der Termin für eine Zwischenbilanz bereits durch das erste Folgetreffen auf Beamtenebene 1977 in Belgrad festgelegt ist.

Bisher läßt sich lediglich feststellen, daß die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit und die Annahme eines gemeinsamen Schlußdokuments durch die 35 Teilnehmerstaaten Möglichkeiten eröffnet und konkrete Ansätze zu ihrer Verwirklichung aufgezeigt haben.

Es besteht weder Anlaß, den drohenden Untergang westlicher Zivilisation zu befürchten (535), noch zu einem "euphorischen Höhenrausch", die KSZE habe den Entspannungsprozeß unwiderruflich gemacht.

"Vielmehr war die KSZE eine Station auf einem langen Weg, der, wenn beide Seiten es aufrichtig wünschen, auf weite Sicht einmal zu einem friedlichen Ausgleich zwischen Ost und West führen kann." (536)

Die Konferenz hat jedoch nicht nur die Chancen, sondern auch die zum gegenwärtigen Zeitpunkt bestehenden Grenzen des Entspannungsprozesses deutlich aufgezeigt. Man konnte sich nicht nur auf gemeinsame Maßnahmen einigen, was noch vor gar nicht so langer Zeit für ausgeschlossen galt, sondern es gab auch eine Reihe von Punkten, in denen die unterschiedlichen Vorstellungen von Ost und West so weit voneinander entfernt waren, daß ein konstruktives Gespräch darüber auch in der näheren Zukunft unmöglich erscheint.

Somit hat die Konferenz zweifellos Hoffnungen geweckt, aber auch zu einer realistischeren Einschätzung der Zukunft beigetragen (537).

Dritter Teil: Theoretische Möglichkeiten einer
Etablierung von Entspannung;
Kooperation und Abrüstung

A. Die intersystemare Kooperation; Eingrenzung des
Kooperationsbereichs

In den Schlußreden der Regierungschefs während der letzten Phase der Sicherheitskonferenz in Helsinki wurde verschiedentlich zum Ausdruck gebracht, daß die Entspannung nach Abschluß der Konferenz materialisiert (538) oder weniger abstrakt, letztlich den Menschen zugute kommen müsse.

Dies kann in der politischen Praxis nur bedeuten, daß sich die politische Entspannung konkret in der Ausgestaltung, d.h. der Erweiterung und Intensivierung der zwischenstaatlichen Beziehungen, insbesondere der intersystemaren, niederschlagen muß, um so die materiellen Reproduktionsbedingungen der einzelnen Gesellschaften zu verbessern.

Der wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Bereich sowie Fragen zur Lösung des Umweltproblems scheinen sich für die Intensivierung der Kontakte geradezu anzubieten, wurden doch in diesen Fragen während des Konferenzverlaufs im Vergleich zu Fragen der Sicherheit und der Korb-III-Thematik relativ leicht Übereinstimmungen erzielt. Auf der Konferenz stand zudem nicht mehr das Ob, sondern das Wie der Intensivierung des Osthandels zur Debatte (539).

Allgemeiner Konsens bestand auch über die Zusammenarbeit als maßgeblichem Prinzip für zwischenstaatliche Beziehungen. Der Grundsatz der Zusammenarbeit wurde deshalb gleichwertig mit den anderen Prinzipien in den Prinzipienkatalog aufgenommen. Trotz systembedingter Gegensätzlichkeiten sind in diesem Bereich die meisten

Gemeinsamkeiten erkennbar.

I. Die Gründe für die Aufnahme einer Kooperation

Ursächlicher Grund für das Eintreten beider Seiten für eine Intensivierung der Kooperation kann jedoch nicht allein in dem Wunsch nach vermehrter Zusammenarbeit gesehen werden. Vielmehr entsprang die politische Entspannung gerade nicht einem plötzlichen, moralisch motivierten Umschwung der Führungskräfte in Ost und West, sondern die Entspannungsphase hat ebenso wie die vorangegangene Periode des Kalten Krieges konkrete Ursachen. Sie ist der Ausdruck konkreter Interessen.

In der Zeit des Kalten Krieges war der erwartete Zusammenbruch des jeweils anderen Systems Ausgangspunkt und Bestimmungsfaktor allen politischen Handelns. Man ließ sich von der Prämisse leiten, wenn man der Wirtschaft des anderen Systems schade, beschleunige sich der Zusammenbruch des gesamten Konter-Systems. Verhinderung bzw. Ausschaltung der Kooperation mit dem anderen System schien das geeignete Mittel. Diese Strategie wurde in erster Linie von den USA verfolgt, die ihren hegemonialen Einfluß gegenüber Westeuropa geltend machten und es zu einer Politik zwangen, die seinen eigenen Interessen widersprach.

Die Embargo- und Isolationspolitik wurde somit zum wirtschaftlichen Korrelat des hochgerüsteten, auf dem Abschreckungsprinzip basierenden Drohsystems. Grundaxiom war, den einem anderen System zugefügten Schaden gleichzeitig als Vorteil des eigenen Systems zu verbuchen.

Das nukleare Risiko ist nicht zuletzt aufgrund des atomaren Patts von gleichermaßen existentieller Bedeutung für alle Staaten. Das Tempo des spiralig sich steigernden gegenseitigen Wettrüstens brachte die Volkswirtschaften mit rapide wachsenden sozialen Kosten an die Grenzen ihrer Ressourcen und konnte nicht auf Dauer durch ständig steigenden Konsumverzicht und die Vernachlässigung gesellschaftlicher Bedürfnisse kompensiert werden. Diese Politik der Abschreckung erschien nun nicht mehr als brauchbares Handlungsmuster.

Je länger sich der zeitliche Zusammenbruch des anderen Systems hinauszögerte, um so mehr setzte sich die Erkenntnis durch, daß der dem anderen System zuge dachte Schaden auf die eigene Situation zurückwirkte, schon allein wegen des zur Aufrechterhaltung des Drohsystems erforderlichen Kostenaufwands. In dieser Lage erschien Entspannung den konkreten Interessen eher angepaßt als Konfrontation.

Daneben läßt sich jedoch auch eine Reihe objektiver Faktoren angeben, die die Kooperation - ökonomischer Ausdruck der Entspannung - als historischen Sachzwang erkennen lassen. Die objektiven Bedingungen einer intersystemaren Kooperation sind in den hochentwickelten Produktivkräften begründet, die mehr und mehr eine Internationalisierung verlangen. Die Kapitalverwertungsschwierigkeiten machen in wachsendem Maße eine internationale Arbeitsteilung in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik erforderlich, um vorhandene Ressourcen optimal auszunutzen.

"Der Verzicht darauf, die materiellen wie geistigen Produktivkräfte weltweit koordiniert auszunutzen und weiterzuentwickeln, muß mehr und mehr zu einer Verminderung der eigenen industriellen Möglichkeiten führen,

deren Kapazitäten wegen des immensen Kapitalerfordernisses und der zunehmenden Bedeutung wissenschaftlicher Forschung von einem einzelnen Land nicht mehr voll ausgeschöpft werden können." (540)

Die Aufnahme einer partiellen (541) Kooperation liegt mithin nicht nur im besonderen Interesse, etwa zur Behebung systemspezifischer Widersprüche unterschiedlicher Prägung, die entweder aus der unmittelbaren Situation erwachsen oder durch historische Umstände bedingt sind (542); vielmehr gilt, daß "der internationale Charakter der Produktivkräfte per se das Erfordernis der Kooperation diktiert." (542 a)

Die Aufnahme der Kooperation liegt nicht, wie es im Westen immer wieder dargestellt wird, im besonderen, sprich einseitigen Interesse der sozialistischen Länder, sondern im gesamtgesellschaftlichen Interesse, "ganz unabhängig davon, in welcher durch die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmten Form sie sich äußert." (543)

II. Die Systemkonkurrenz als vorgegebene Rahmenbedingung

Stellt man nun aber die These auf, die Kooperation sei gleichermaßen das Korrelat zur Entspannung, so wie die Isolationspolitik der Konfrontation entsprach, so ist damit der Sachverhalt noch nicht voll erfaßt. Ebensowenig wie die Konfrontation notwendiges und ausschließliches Handlungsmuster zwischen unterschiedlichen Gesellschaftssystemen sein muß, kann umgekehrt die Kooperation nicht schon a priori friedensfördernde oder auch nur konfliktreduzierende Auswirkungen haben (544).

Ein Nebenprodukt dieser vorschnellen Gleichsetzung

von Antagonismus und Konfrontation, ist die davon abgeleitete Funktion Kooperation gleich Konvergenz, d.h. die Annahme, mit einer Intensivierung der Kontakte verschwinde mehr oder weniger langfristig der Systemunterschied. Die Kooperation besitze demnach eine systemüberwindende Kraft (545).

Dahingegen soll auch in der, durch vermehrte Austauschprozesse gekennzeichneten Phase der Entspannung nach dem Willen und dem Selbstverständnis ihrer Initiatoren die Konkurrenz der beiden antagonistischen Systeme fortbestehen.

Erst die Gewährleistung der Systemkonkurrenz macht die intersystemare Kooperation möglich. "Die Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus als zwei unterschiedlichen sozialen Organisationsformen und Wertsystemen kann nämlich in der Tat als eines der durchschlagendsten und weiter an Gewicht gewinnenden Strukturprinzipien der Weltpolitik betrachtet werden, und zwar sowohl im internationalen Rahmen als auch in der innergesellschaftlichen Auseinandersetzung... Die prinzipielle Auseinandersetzung der Systeme bleibt auf absehbare Zukunft hin Grundmuster der Ost-West-Beziehungen." (546)

Dies heißt aber nichts anderes, als daß, trotz partieller Interessenidentität bei der gemeinsamen Verbesserung der Reproduktionsbedingungen der einzelnen Gesellschaften, der antagonistische Gegensatz fortbesteht und an den gegensätzlichen langfristigen Zielsetzungen jeweils festgehalten wird.

Mithin ist eine wesentliche Forderung an die intersystemare Kooperation, daß sie den Tatbestand des Antagonismus nicht verwischen, noch von einer der beiden kooperationswilligen Parteien offensichtlich als Überwindungsstrategie mißbraucht werden darf, will man

nicht im Zuge vermehrter Austauschprozesse die bestehenden Konflikte verschärfen oder gar neue hervorbringen.

Fassen wir die bisherigen Aussagen noch einmal zusammen: Ökonomische Notwendigkeiten in beiden Systemen, sowohl objektiver wie jeweils systemspezifischer Art, haben zu einer partiellen Interessenidentität zwischen den beiden antagonistischen Systemen geführt. Beide sehen sich alternativlos zu gemeinsamen Aktionen veranlaßt, und zwar auf dem militärischen Gebiet zu Rüstungskontrollabsprachen, zum Einfrieren der Militärmaßnahmen bis hin zu - prospektiv gesehen - allgemeinen Abrüstungsmaßnahmen, auf dem gesellschaftlichen Sektor zu den verschiedensten Kooperationsobjekten in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umweltproblematik.

Die partielle Kooperation liegt im Interesse beider Systeme, wobei die zum Teil unterschiedlichen Beweggründe hinter den objektiven Bedingungen in ihrer Bedeutung zurücktreten.

Dieser partiellen Kooperation kommt in erster Linie die Aufgabe zu, das eigene System aufrechtzuerhalten und dessen ökonomischen Erfordernissen gerecht zu werden. Sie ist nicht notwendigerweise friedensfördernd und wirkt schon gar nicht harmonisierend, da die Systemkonkurrenz weder von ihr aufgehoben werden kann, noch soll.

III. Kooperation und Abgrenzung

An einen Ausgleich der Systeme, an eine über das begrenzte Gebiet gemeinsamen Interesses hinausgehende Verflechtung, ist nicht gedacht. Demzufolge ist eine intersystemare Kooperation ohne die sie begleitende beiderseitige Abgrenzung unvorstellbar. Kooperation und Abgrenzung sind eben durchaus keine "sich ausschließenden Begriffspaare" (547), vielmehr ist die Abgrenzung "zum wichtigsten Korrektiv-Begriff für die Bemühungen um europäische Sicherheit und den Aufbau intersystemarer Beziehungen" (548) geworden.

Die Annahme einer Dichotomie zwischen Konflikt und Kooperation bleibt folglich bloße Konstruktion. Sie ist jenem traditionellen, aber tradierten Denken verhaftet, das die Gegensätzlichkeit der Gesellschaftssysteme und der damit verbundenen unterschiedlichen Wert- und Zielmaßstäbe als mit Kooperation unvereinbar einschätzt (549). Das qualitativ neue Element der Entspannung besteht aber gerade darin, daß sich Widersprüchliches vereinbaren läßt, ohne deshalb der Konvergenz anheimzufallen.

Beide Systeme sehen sich mit der Aufnahme der intersystemaren Kooperation vor Risiken (550) in Bezug auf ihre Legitimationsbeschaffung gestellt. Die bisherige Formulierung von Feindbildern hatte nicht nur die Funktion, die Rüstungsausgaben zu rechtfertigen, von den sozio-ökonomischen Gründen für den Aufbau und die Aufrechterhaltung der Rüstungsindustrie und ihrer Eigendynamik abzulenken, sie erfüllte auch herrschaftsstabilisierende Aufgaben. Sie war mithin maßgeblich für die soziopolitische Stabilität. Mit ihrer Hilfe, d.h. durch die Konstruktion einer äußeren Bedrohung, konnten die Regierungen von inneren Mißständen ablenken

und sich der Folgebereitschaft der Bevölkerungen versichern. Mithin ist zu erwarten, daß im Rahmen der politischen Entspannung Feindperzeptionen abgebaut werden und Kräfte zur Wahrnehmung und Austragung bisher erfolgreich verdeckter bzw. blockierter sozialer Konflikte innerhalb der einzelnen Gesellschaftssysteme freigesetzt werden.

Darin liegt ja gerade der Grund für die Forcierung der innergesellschaftlichen Abgrenzung.

Daraus läßt sich folgern, daß die Kooperation nicht etwa Konflikte ausschließt, sondern im Gegenteil mit einer Ausweitung der Kontakte und der Vermehrung von Austauschprozessen der Systemkonkurrenz eine neue Qualität erwächst, die Konflikte unweigerlich einschließen muß (551).

Ein Konfliktpotential ist demnach bereits in der Kooperation angelegt, da es im Interesse beider Gesellschaftssysteme liegt, die Identität der eigenen Ordnung aufrechtzuerhalten.

Beide Systeme sehen sich aber gezwungen, die aus der Kooperation vermutlich erwachsenden Probleme in Kauf zu nehmen, da sich anstelle der intersystemaren Kooperation keine Alternative (552) anbietet, es sei denn eine intrasystemare Krise, bedingt durch das vermehrte Auftreten bereits sich abzeichnender systemspezifischer Widersprüche.

Entgegen der optimistischen aber wirklichkeitsfremden Annahme, mit einer Intensivierung der Austauschprozesse und der dadurch eintretenden zunehmenden Interdependenz der Systeme ließe sich der Frieden sicherer machen (553), sind Konflikte, die bereits bei der Aufnahme der Kooperation auftreten werden, zu berücksichtigen. Aufgrund dieser Erkenntnis lassen sich

konkret diejenigen Bedingungen an eine Kooperation zwischen unterschiedlichen Gesellschaftssystemen formulieren, die Voraussetzung dafür sein werden, daß sich die bestehenden Spannungen zwischen Ost und West nicht verschärfen.

Ziel einer solchen Strategie wäre nicht das Einfrieren bestehender Konfliktbereiche sondern die Ingangsetzung einer Entwicklung in Richtung auf mehr Frieden, und zwar auf einen Frieden, der nicht mehr nur durch die Abwesenheit von Krieg, also von gewaltsam ausgetragenen zwischenstaatlichen Konflikten, sondern auch durch die Abwesenheit von Ausbeutung gekennzeichnet ist (554).

B. Kooperation und Friedenssuche

Die Literatur, die sich mit der Problematik der intersystemaren Kooperation beschäftigt, ist sehr umfangreich (555). Dies spricht zwar dafür, daß die Notwendigkeit, sich mit Friedenssicherung zu beschäftigen und diese systematisch zu verwirklichen, allgemein anerkannt wird, es sagt aber noch nichts darüber aus, inwieweit sich die entwickelten Konzepte auch für praktische Politik verwerten lassen, d.h. ob sie friedenspolitische Relevanz haben.

Im Hinblick auf den uns in diesem Zusammenhang interessierenden Aspekt der Praxisbezogenheit und um der Überschaubarkeit willen sollen die verschiedenen Konzepte in zwei Grobschemata eingeteilt werden. Die Vertreter der einen Gruppe (556) gehen zwar zunächst von einem mehr oder weniger langfristigen Koexistenzverhältnis beider Systeme aus und halten trotz der bestehenden Systemunterschiede eine Kooperation für möglich. Sie erwarten aber doch in weiterer Zukunft bei zunehmender Institutionalisierung der Zusammenarbeit eine Annäherung der Systeme, so daß sich schließlich entweder eines der beiden durchsetzt, eine Mischform mit Systemelementen aus beiden oder aber ein völlig neues System entsteht.

Auf der anderen Seite stehen Wissenschaftler (557), die von dem Antagonismus der Systeme ausgehen. Ihrer Auffassung nach steht der Antagonismus weder einer Kooperation prinzipiell im Wege, noch wird es für notwendig erachtet, ihn zu überwinden.

Als Ausgangspunkt unserer Begriffsbildung von Kooperation, die bisher unter dem bewußt vorläufigen Terminus "intersystemare Kooperation" subsumiert wurde,

soll folgende Bedingung gelten:

"Die gesamteuropäische Kooperation ist angemessen nur konzipiert, wenn ihr nicht die magische Kraft zugeschrieben wird, die Konkurrenz der Systeme zu ersetzen, sondern wenn sie als das in seiner Reichweite sehr viel beschränktere Mittel begriffen wird, aus den verschiedenen Varianten von Koexistenz der beiden Systeme in Europa jenes Konzept zu verwirklichen, welches den friedfertigsten Entwicklungsweg mit dem größten ökonomischen Nutzen für alle Beteiligten verbindet." (558)

Diesem Anspruch werden jene Wissenschaftler gerecht, die vom Antagonismus der Gesellschaftssysteme als dem entscheidenden Charakteristikum intersystemarer Kooperation ausgehen. Ihre Begriffsinstrumentarien sollen deshalb zunächst immanent dargestellt, dann gegeneinander abgewogen werden, um so den Begriff der intersystemaren Kooperation präzisieren zu können:

I. Das analytische Konzept von Lothar Brock

Lothar Brocks Intention ist, die internationale Zusammenarbeit als Synonym für Friedenspolitik zu problematisieren. Seiner Meinung nach sind Konflikt und Kooperation voneinander nicht trennbare Phasen eines einzigen Prozesses (559). Dauerhafter Frieden sei zwar ohne Kooperation nicht denkbar, Kooperation müsse deshalb aber nicht notwendigerweise zu einer Maximierung universaler Friedenswerte führen. Kooperation sei vielmehr eine auf der erreichten Entwicklungsstufe der Produktivkräfte notwendig gewordene, weiter ausdifferenzierte Form internationaler Arbeitsteilung. Sie könne auch vor den Systemgrenzen nicht haltmachen, da es grundsätzlich um die Lösung universaler Mangelprobleme gehe.

Auf dieser Basis entwickelte Brock eine idealtypische Skala internationaler Zusammenarbeit, auf der er drei Grundformen unterscheidet:

Die solidarische Kooperation, die bestimmt ist von kollektiver Problemlösung bei Interessenidentität:

Die sozialen Einheiten des internationalen Systems, in unserem Untersuchungsrahmen die beiden unterschiedlichen Gesellschaftssysteme, sehen sich in objektiv gleicher Weise vor Mangelprobleme gestellt. Im Interesse der Friedenssicherung muß ihr Ziel deshalb darin bestehen, ihre konkurrierenden einzelgesellschaftlichen Interessen der Bedürfnisbefriedigung in multigesellschaftliche Bedürfnisse umzuwandeln und diese auf dem Wege gemeinsamen Handelns zu realisieren. Die dieser Forderung entsprechende Kooperationsform setzt eine Wandlung der Gesamtgesellschaft voraus, in der Herrschaft nur noch als Herrschaft des Menschen über die Natur in Erscheinung tritt, die Konfrontationspolitik aber infolge absoluter Interessenidentität überflüssig geworden ist.

Mit einem solchen Zustand sei aber auf absehbare Zukunft nicht zu rechnen, denn:

Erstens gehe es den beiden Gesellschaften nicht um eine universale Problemlösung, vielmehr stünden auch weiterhin die Probleme des eigenen Systems im Vordergrund.

Zweitens sei keines der beiden Systeme zu einer Preisgabe seiner Gesellschaftsordnung bereit.

Drittens könne nicht garantiert werden, daß die Diskrepanz zwischen subjektiven und objektiven Bedürfnissen der einzelnen Gesellschaftsmitglieder aufgehoben werde.

Viertens müßte jegliche Form staatlicher Herrschaft abgeschafft werden, wozu sich aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt selbst die sozialistischen Staaten, die dies ihrem Selbstverständnis nach mit der klassenlosen Gesellschaft anstreben, nicht bereitfinden dürften.

Weniger hoch angesetzt sind deshalb die Erwartungen an die friedliche Kooperation, die ebenfalls bestimmt ist durch kollektive Problemlösung, jedoch bei Ziel-differenz:

Im Gegensatz zur solidarischen Kooperation kann sie zwar den Regreß auf Gewalt nicht völlig ausschalten, aber doch gewaltreduzierend wirken.

Unterschiedliche Gesellschaftssysteme mit systemspezifisch divergierenden Interessen sind kein Hindernis für Kooperationsabsprachen. Sie ermöglichen einen Konsens über die Notwendigkeit koordinierten wirtschaftlichen Handelns und der gemeinschaftlichen Ausnutzung einzelngesellschaftlicher Produktivkräfte, sie begrenzen aber auch gleichzeitig das Wesen der Kooperation. Dessen unbeschadet ist die friedliche Kooperation in der Lage, die materiellen Reproduktionsbedingungen der einzelnen Gesellschaften zu verbessern.

Eine solche Zusammenarbeit würde, vor allem durch den Ausgleich des Entwicklungsstandes der Produktivkräfte der einzelnen Gesellschaften auf der Ebene des Gesamtsystems, einer Erweiterung der Ressourcen für eine selbstbestimmte Entwicklung der einzelnen Gesellschaften dienen, und zwar trotz aller gesellschaftlichen Gegensätzlichkeiten und der Unterschiedlichkeit der intendierten Zielfunktionen, die auf den objektiven Interessengegensätzen basieren. Es würde sich also hierbei um eine kollektive Problemlösung innerhalb der von den systemspezifischen Interessengegensätzen bestimmten Ziele handeln.

Ihre Friedensrelevanz wäre darin zu sehen, daß sie keine neuen Konflikte schafft und bestehende nicht verschärft; wenn sie andererseits auch die ihr zugrundeliegenden Widersprüche nicht beseitigen kann, so vermag sie doch die Widersprüche in geregeltere Bahnen zu lenken und Möglichkeiten zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten zu schaffen.

Sie kann also sehr wohl gewaltreduzierend wirken, nicht aber Gewalt ausschalten.

Die antagonistische Kooperation, die eine kollektive Problemlösung versucht, langfristig aber zu einer Verschärfung der Interessengegensätze führt:

Eine Kooperationsbeziehung kann die Gestalt einer antagonistischen Kooperation annehmen, wenn die Bedingungen für die Kooperation nicht symmetrisch auf die Kooperierenden verteilt sind. Dies kann dann eintreten, wenn sich für beide Seiten nicht die gleiche Notwendigkeit für eine Kooperation stellt oder die Verhandlungspositionen ungleich sind, so daß eine Seite den Kooperationsprozeß dominiert und die Bedingungen für die Zusammenarbeit diktiert.

Die antagonistische Kooperation läßt ausbeuterische Verhältnisse entstehen. Sie birgt somit die Gefahr in sich, daß die unterlegene Seite sich zu einer Aufwertung ihrer politisch-militärischen Machtfaktoren veranlaßt sieht, um so die Symmetrie auf anderer Ebene wiederherzustellen.

Unter den Bedingungen dieser Kooperationsform könnte die materielle Basis des Wettrüstens erweitert und teilweise durch eine Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen kompensiert und mitfinanziert werden.

Die Bezeichnung "antagonistische Kooperation" meint demnach nicht den Tatbestand, daß es sich bei den kooperierenden Parteien um antagonistische Gesellschaftssysteme handelt. Sie ergibt sich vielmehr daraus, daß diese Kooperationsform im Sinne der Friedenspolitik nicht verwendbar ist.

Von diesem Begriff der antagonistischen Kooperation ist der gleichlautende Begriff von Bredows zu unterscheiden.

II. Das analytische Konzept von Wilfried von Bredow

Mit "antagonistischer Kooperation" bezeichnet von Bredow ausschließlich die intersystemare Kooperation, die, aus der veränderten internationalen Lage heraus, beiden Systemen wünschenswert erscheine, wobei wünschenswert in erster Linie im Sinne eines unmittelbaren Nutzens für das eigene System gemeint ist. Von Bredow stellt drei konstituierende Bedingungen auf, die diese Zusammenarbeit sinnvoll erscheinen lassen:

1. das bestehende Problem läßt sich befriedigend nur gemeinsam lösen
2. der Nutzen des eigenen Systems wird von dem des anderen nicht neutralisiert
3. der Antagonismus bleibt bestehen (560)

Der Nutzen, der beiden Seiten durch eine Kooperation erwächst, muß also gleich, d.h. er muß gegenseitig sein.

Auf eine Ost-West-Kooperation übertragen bedeutet dies nicht, daß die Quantität des Auszutauschenden

gleich sein muß, vielmehr hat die positive Einschätzung bei beiden von gleicher Qualität zu sein (561).

Der Antagonismus der Gesellschaftssysteme bleibt von der Kooperation unberührt. Die gegenseitige Garantie, daß der Antagonismus fortbesteht, ist sogar eine wesentliche Bedingung dafür, daß sich die unterschiedlichen Systeme überhaupt auf eine Kooperation mit dem Gegner einlassen.

Aufgrund des verschiedenen Selbstverständnisses und der Inkongruenz der beiderseitigen Interpretationen des eigenen und des anderen Systems, die wiederum eng verbunden sind mit der Legitimationsleistung beider Systeme, kann das Ziel des verstärkten Austauschprozesses "nicht in einem Abbau der Inkongruenz, sondern nur in ihrer besseren Bewältigung bestehen." (562)

Im Hinblick auf seine praktische Anwendbarkeit und seine positive Friedensrelevanz erweist sich dieses Konzept inhaltlich als der Realität der Systemkonkurrenz durchaus angemessen, da es von der Gegebenheit unterschiedlicher Gesellschaftssysteme ausgeht. Es ist in seinen Bedingungen und Zielsetzungen weniger anspruchsvoll als das Kooperationsmodell Galtungs. Dies aber macht gerade die Verwirklichung des Bredowschen Konzepts wahrscheinlicher, weil realitätsgerechter, denn es setzt sich nicht die Überwindung der Systeme und ihrer Gegensätze zum Ziel, noch wird deren Überwindung stillschweigend vorausgesetzt. Keiner der beiden Kooperierenden sieht sich mit der Infragestellung seiner Identität konfrontiert, zumal die Politik der Abgrenzung als durchaus legitimes und die Kooperation nicht notwendigerweise behinderndes Mittel zwischenstaatlicher Beziehungen und innergesellschaftlicher Auseinandersetzung angesehen wird.

Der Vorteil dieses Modells liegt im wesentlichen in seiner bescheideneren Zielsetzung, die Konflikte nicht völlig ausschalten und Gegensätze harmonisieren, sondern die Austragung der Gegensätze in geregeltere Bahnen ("Spielregeln") lenken will. Es kann wesentlich stärkere, konfliktmindernde und gewaltreduzierende Wirkung haben als die nicht zu verwirklichenden Maximalkonzepte.

III. Vergleich beider Konzepte

Bredows Begriff der antagonistischen Kooperation deckt sich in gewissem Sinne mit dem Begriff der friedlichen Kooperation von Lothar Brock. Der Bredowsche Begriff ist jedoch aus mehreren Gründen vorzuziehen. Sein Begriff bezieht sich ausschließlich auf die beiden gegensätzlichen Gesellschaftssysteme, während der Brocksche Begriff ebenso auf gleichgerichtete Gesellschaftssysteme anwendbar ist.

Bereits die Wortbildung "antagonistische Kooperation" läßt Rückschlüsse auf die Dialektik dieses Kooperationsverhältnisses zu, in der die Widersprüche zum Wesen der Kooperation gehören. Dieses Spezifikum der Kooperation geht aber in dem Begriff der friedlichen Kooperation verloren, der zwar die Zielrichtung, nicht aber das Charakteristikum der hier gemeinten Zusammenarbeit thematisiert.

Zur endgültigen Beurteilung der Adäquanz der jeweiligen Kooperationsbegriffe lassen sich folgende Forderungen, die Gunnar Matthiessen an die verschiedenen Kooperationskonzepte stellt, heranziehen:

"Zu untersuchen wird sein, ob die verschiedenen Kooperationsbegriffe ein reales Verständnis für die objektiven Bedingungen der Friedenssicherung und der

Zusammenarbeit einerseits und die Entgegensetzung und Abgrenzung der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme andererseits beinhalten." (563)

Inhaltlich trifft dies auf beide Modelle zu, wenngleich sich das Bredowsche Konzept stärker mit den Details des fortbestehenden Antagonismus beschäftigt. Formal weist jedoch nur der Bredowsche Begriff darauf hin, daß diese spezielle Kooperationsform nicht nur einen funktionalen und instrumentalen Charakter im Sinne der Friedenssicherung, sondern auch einen eigenen Stellenwert hat.

"Ihre Eigenart erhält sie (die antagonistische Kooperation, Anm. des Verf.) durch den Antagonismus der beiden gesellschaftlichen Systeme, die sich zwar nicht hinderlich für die Zusammenarbeit auswirken müssen, ihr gleichwohl aber eine charakteristische Prägung geben aufgrund der unterschiedlichen Produktionsverhältnisse und der aus ihnen resultierenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationsformen." (564)

In dieser Hinsicht erscheint der Brocksche Begriff unscharf. Darüber hinaus ist die Verwendung des Begriffs "friedliche Kooperation" nur sinnvoll im Zusammenhang mit dem der friedlichen Koexistenz, die sich im Gegensatz zur friedlichen Kooperation ausschließlich auf entgegengesetzte Gesellschaftsformationen bezieht.

Nicht so sehr die Tatsache, daß der Begriff der friedlichen Koexistenz an sich schon im Westen mehr als ungern gebraucht wird, sondern daß der Begriff der friedlichen Kooperation den Anschein erweckt, als ginge es um eine Versöhnung der Widersprüche zwischen Kapitalismus und Sozialismus, läßt den Begriff der

friedlichen Kooperation als dem Tatbestand weniger adäquat, weil ergänzungsbedürftig, erscheinen.

Die Besonderheit intersystemarer Kooperation besteht eben gerade darin, daß sie eine Entwicklung in Bewegung setzen soll, die nach dem Willen ihrer Initiatoren gerade durch die Aufrechterhaltung der antagonistischen Widersprüche bestimmt ist. Mithin thematisiert der Bredowsche Begriff die Sachlage der nur partiellen Interessenidentität eher und läßt die im Zuge der Kooperation zwangsläufig auftretenden Folgeprobleme der verstärkten Abgrenzung erahnen.

Was Brock unter antagonistischer Kooperation verstanden wissen will, erscheint uns jedoch durchaus nicht nebensächlich und soll nicht unberücksichtigt bleiben. Sein Begriff der antagonistischen Kooperation zeigt eine Gefahrenquelle intersystemarer Kooperation auf, für die weniger die Systemunterschiede als vielmehr das unterschiedliche Entwicklungsniveau der Produktivkräfte in den Systemen verantwortlich sind.

In Analogie zu der Kooperation zwischen den Entwicklungsländern oder vormals den Kolonien einerseits und den wirtschaftlichen Zentren, den Industrienationen andererseits, die ja gerade wegen der ungleichen Entwicklung beider Kooperations"partner" zu einem ausbeuterischen Verhältnis führte, soll diese Kooperationsform - als eine der antagonistischen Kooperation im Bredowschen Sinne drohenden Gefahr - mit "imperialistischer Kooperation" bezeichnet werden.

Insgesamt gesehen kann man sich aber folgender Einschätzung Gunnar Matthiessens anschließen: "Abgesehen von dem unterschiedlichen Wortgebrauch erweisen sich von Bredows und Brocks Kooperationsbegriffe als geeignet, die Widersprüchlichkeit des europäischen Entspannungsprozesses und der Zusammenarbeit zwischen antagoni-

stischen Gesellschaftssystemen korrekt widerzuspiegeln." (565)

Ansatzpunkte, an denen die Kooperation am ehesten beginnen könnte und zum Teil schon begonnen hat, sieht von Bredow im militärischen Bereich und im ökonomischen (566). Was den militärischen Aspekt betrifft, so begründet Bredow diese partielle Kooperation mit dem gemeinsamen Interesse, "einen die gesamte Zivilisation vernichtenden Krieg zwischen den Supermächten und ihren Verbündeten zu verhindern." (567)

Gleichzeitig warnte er jedoch auch vor einer "bruchlosen Verknüpfung einer Militärallianz mit Fortschritten in der Entspannung und intersystemaren Kooperation" (568), die beispielsweise der Zweisäulen-Theorie und damit dem Entspannungsverständnis des nordatlantischen Bündnisses und der westlichen Regierungen zugrundeliegt. Seiner Meinung nach "scheint die NATO nur sehr begrenzt der geeignete Rahmen zu sein, in einer Zeit zunehmender Entspannung in Europa, die von einer graduellen Reduzierung dieser Institution nicht getrennt werden kann, die Aufgaben der modernen Gesellschaft zu bewältigen. Umweltforschung wäre viel eher als Gebiet der Zusammenarbeit von Ost und West geeignet." (569)

Auch die ökonomische Zusammenarbeit wird von ihm entschieden positiver bewertet, "denn sie wendet nicht nur Schaden von beiden Systemen ab, sondern soll der Weiterentwicklung beider Systeme dienen." (570)

Gunnar Matthiessen hingegen möchte Abrüstungsmaßnahmen nicht zur Kooperation zählen (571), denn die Einbeziehung der militärischen Komponente "erschwert ein angemessenes Verständnis von der Kooperation als Alternative zur Konfrontation und dem sie tragenden

Instrument, der Rüstung. Sie erlaubt vielmehr, ... das militärische Instrument als solches in die sich gegenwärtig anbahnende Etappe friedlicher Koexistenz hineinzuprojizieren und es somit noch als deren Element zu verfestigen." (572)

Der Vorwurf, mit Entspannungspolitik nur eine besonders trickreiche Fortsetzung des Kalten Krieges zu betreiben, findet zweifellos in der Argumentation von Bredows keinen Ansatzpunkt. Vielmehr sieht er die Bedeutung der militärischen Kooperation gerade darin, "von der rationalisierten Irrationalität der Abschreckungsstrategie wegzukommen und weitere, konstruktivere Regeln der Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet einzuführen." (573)

Ihm geht es demnach um eine Überwindung der Abschreckung, für die zunächst "die weitere Zersetzung all jener ideologischen Fehltritte von der Sicherheitsgarantie, die uns das Bestehen des Militärsystems gewährt habe", notwendig ist. Ziel soll sein, "ein Europäisches Sicherheitssystem, in dem Warschauer Pakt und NATO so verklammert sind, daß das bestehende zweisäulige Militärsystem, das auf der gegenseitigen Abschreckung basiert, unterlaufen und damit langsam für jedermann sichtbar überflüssig wird." (574)

So gesehen lassen sich Rüstungskontrollverhandlungen wieder in den Gesamtzusammenhang "intersystemare Kooperation" einordnen, indem sie einen "Abbau des intersystemaren Mißtrauens intendieren." (575)

Maßnahmen auf dem Gebiet der Kooperation könnten überhaupt nur dann zum Erfolg führen, "wenn die Perzeptionsmuster der politischen Entscheidungsträger und der Bevölkerungen nicht mehr die des Kalten Krieges sind." (576)

Damit decken sich wiederum die Bredowschen Forderungen an eine friedensfördernde Kooperation mit den Vorstellungen von Matthiessen, der Konzeptions- und Zielwechsel als notwendige Implikate eines Kooperationsbegriffs begreift, der als Alternative zur Konfrontationspolitik die Entspannungspolitik praktisch ausgestaltet (577).

Was Gunnar Matthiessen veranlaßte, militärische Absprachen nicht mit Kooperation zu bezeichnen, sind seine Befürchtungen, Rüstungskontrollabsprachen könnten zu einem modifizierten Wettrüsten anstatt zur Abrüstung führen. Auch von Bredow sieht diese Gefahr und verweist darauf, daß eine solche Intention, die immer noch dem Konfrontationsdenken verhaftet ist, das Mißtrauen gegenüber der anderen Seite noch vergrößern und demnach sogar einen Rückschritt gegenüber dem gegenwärtigen Übergangsstadium bedeuten müßte. Damit "fesselt man nicht nur sich selbst im circulus vitiosus des Abschreckungsdenkens, sondern man torpediert damit zugleich jeden Fortschritt in Richtung auf weitere Entspannung." (578)

Beide Autoren gehen also davon aus, daß konstitutives Element der Entspannung trotz aller objektiven Notwendigkeit der politische Wille zur Verständigung bleibt (579). Kooperation, soll sie bestimmendes Element der gesamteuropäischen Beziehungen werden und nicht nur an temporäre, weil partielle Interessen gebunden sein, muß sich in jeder Hinsicht, in ihrer Politik, ihren Instrumenten und Zielsetzungen von denen des Kalten Krieges unterscheiden. Kooperation setzt demnach ein bestimmtes Maß an Entspannung, den Willen zur Verständigung und vor allem die Bereitschaft zur strikten Anerkennung und Einhaltung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz voraus.

Kooperation erscheint somit als Resultat der Entspannung und ist gleichzeitig der Ausdruck von Entspannung, indem sie diese praktisch ausgestaltet, also feststellbar macht, sie glaubwürdig erscheinen läßt und materiell absichert (580).

Gleichzeitig kommt der Kooperation die Funktion zu, den Entspannungsprozeß weiter voranzutreiben. Daraus läßt sich folgern, daß eine Wechselwirkung von Entspannung auf Kooperation und von Kooperation auf Entspannung ausgeht, indem die Kooperation auf die Entspannung rückwirkt und ihr dadurch positive Impulse verleiht, daß sie die vereinbarten Prinzipien konkret zum Ausdruck bringt.

Die buchstabengetreue Einhaltung der Prinzipien als Garantie der Eigenständigkeit und Gleichberechtigung beider Systeme ist für ein Funktionieren der Kooperation im Sinne der Friedenspolitik unerläßlich. Von der Position der Systeme aus gesehen, wird die Eigenständigkeit mithin folgerichtig mit den Instrumenten der Abgrenzung einerseits und dem Verzicht auf die permanente Infragestellung des anderen Systems andererseits vollzogen.

Aus der Anerkennung des jeweils anderen Systems als Realität ist durchaus kein Einverständnis mit der anderen Ordnung und den daraus sich ergebenden Gesellschaftsverhältnissen oder eine Aufgabe der eigenen Identität zu folgern, vielmehr erwächst der Kooperation durch die gegenseitige Respektierung der Abgrenzung ein vertrauensbildendes Element (581). Daraus kann sich eine "ideologische Entkrampfung" (582) im Ost-West-Verhältnis ergeben, die zu dem scheinbar widersprüchlichen Ergebnis des Miteinanders, und nicht bloß eines Nebeneinanders der Systeme,

bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung ihres Gegensatzes führen kann.

Trotz der sich allmählich durchsetzenden Einsicht in die Notwendigkeit der Kooperation, muß diese allen Beteiligten materielle Anreize bringen, da sie ohne stimulierende Vorteile wohl kaum zu einem dauerhaften Bestandteil der internationalen Beziehungen werden wird.

Für die sozialistischen Länder liegt ein Anreiz in der Übernahme westlicher Technologie, die den Innovationsprozeß beschleunigen kann. Einerseits kann die Effizienz der Volkswirtschaften durch Einsparung eigener langwieriger und kostenintensiver Forschungen erhöht und der Lebensstandard der Bevölkerungen angehoben werden, andererseits aber auch die Exportstruktur wesentlich verbessert werden. Langfristig würde dies zu einer Vergrößerung des Außenhandelsvolumens führen und die Devisensituation der sozialistischen Länder verbessern. Hiervon würden letztlich auch die kapitalistischen Länder profitieren, da die sozialistischen Länder mit mehr Devisen auch mehr Waren auf dem kapitalistischen Markt einkaufen könnten.

Für die kapitalistischen Länder bietet sich als besonderer Anreiz für eine Kooperation mit den sozialistischen Ländern die Erschließung neuer Märkte an. Angesichts bereits übersättigter Märkte in einigen Sektoren würden der kapitalistischen Wirtschaft Ausweichmöglichkeiten geboten. Darüberhinaus würden die relativ langfristig abgeschlossenen Verträge mit der Sowjetunion einen bestimmten Auftragsbestand für den festgelegten Zeitraum sichern, womit die kapitalistische Wirtschaft auch unabhängiger von wirtschaftlichen Rezessionen würde.

Ein weiteres Interesse des Westens besteht an einer Sicherung der Rohstoff- und Energieversorgung, zumal die Politik der OPEC-Länder in den letzten Jahren erhebliche Unsicherheitsmomente aufzeigte.

Mit Hilfe von Koproduktionsverträgen und Leistungsaustausch auf den Märkten beider Systeme ließen sich die industrielle Produktion rationalisieren und neue Märkte sichern. Die Kooperation mit den sozialistischen Ländern würde außerdem auf den innerkapitalistischen Markt positiv zurückwirken, da von den für Preisschwankungen und Lohnforderungen relativ unempfindlichen Ostblockmärkten eine preisstabilisierende und inflationshemmende Wirkung zu erwarten ist.

Langfristig müßte für beide Systeme bereits ein Anreiz dadurch gegeben sein, daß der Verzicht auf Kooperation, d.h. auf eine weltweit koordinierte Ausnutzung materieller und geistiger Produktivkräfte zu einer Verminderung der eigenen industriellen Möglichkeiten führen muß (583), und zwar nicht nur, weil mit Hilfe der Kooperation internationale Arbeitsteilung mit Rentabilitäts- und Rationalisierungsvorteilen möglich wird, und die unterschiedlichen Knappheitssituationen leichter überwunden werden können; vielmehr auch, weil die parallelen und zeitraubenden Forschungsprojekte lediglich Duplizierungscharakter haben. Sie können keine qualitative Weiterentwicklung des technischen Fortschritts erbringen und sind gesamtgesellschaftlich gesehen immer eine Verschwendung knapper geistiger (Fachkräfte) und materieller (Kapital, Produktionsmittel) Ressourcen.

Angesichts der immer größer werdender Schwierigkeiten, die Weltbevölkerung ausreichend mit Nahrungsmitteln zu versorgen, ist aber diese Verschwendung fragwürdig geworden.

Für eine erweiterte Zusammenarbeit ist zweifellos der Abbau einer Reihe von Hindernissen notwendig, wobei Anpassungsmaßnahmen an die neuen Erfordernisse von beiden Seiten zu treffen sind. Angesichts der strukturellen Bedingungen (584) und des beiderseitigen Interesses an der Kooperation, liegen die Möglichkeiten der Realisierung einer intensiven Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik zwischen Ost und West mehr im Bereich des politischen Willens, als daß sie von objektiven Schwierigkeiten beeinträchtigt würden.

C. Kooperation und Abrüstung

I. Die Interdependenz beider Strategien

Damit die politische Entspannung zu einem irreversiblen Prozeß und dem eigentlichen Handlungsmuster der intersystemaren Beziehungen werden kann, bedarf sie der Ergänzung durch eine Entspannung auf militärischem Gebiet. Hierzu bietet sich die KSZE mit ihren Vereinbarungen als brauchbarer Ansatz an.

In der Schlußakte von Helsinki wurde von den Teilnehmerstaaten die Überzeugung von der Notwendigkeit allgemeiner Abrüstungsmaßnahmen zum Ausdruck gebracht (585). Mithin besteht die Konsequenz der Sicherheitskonferenz und ihr Auftrag darin, den eingeleiteten Entspannungsprozeß durch Abrüstungsmaßnahmen zu ergänzen und zu vervollständigen, um so einen Rückfall in die Konfrontationspolitik des Kalten Krieges zu verhindern.

Es erhebt sich demnach die Frage, wie die antagonistische Kooperation in der gegenwärtigen Übergangsphase (586) zu konzipieren ist, damit von ihr positive Impulse auf Abrüstungsmaßnahmen ausgehen können.

Haben wir bisher bereits festgestellt, daß Zusammenarbeit nicht a priori friedensfördernd ist, so besteht das Ziel des Entspannungsprozesses doch darin, Europa dem Frieden ein Stück näher zu bringen (587).

Die obige Fragestellung könnte zu dem vorschnellen Schluß verleiten, Kooperation und Abrüstung seien zeitlich voneinander trennbare, klar abgegrenzte Bereiche. Diese Ansicht wird auch in der Tat in führenden NATO-Kreisen vertreten und findet in der Zwei-Säulen-Theorie ihren pragmatischen Ausdruck.

Die Zusammenarbeit wird hier als ein der Abrüstung vorgeordneter Bereich angesehen, dem die Aufgabe zukommt, eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen, jedoch unter ausdrücklicher Beibehaltung der traditionellen Sicherheitsgarantien des Abschreckungssystems. Erst wenn hierdurch eine tragfähige Basis geschaffen worden sei, könne man auch mit Abrüstungsmaßnahmen beginnen. Diese Politik ist aber in sich widersprüchlich. Sie will Vertrauen schaffen durch Zusammenarbeit; um Zusammenarbeit ins Leben zu rufen, bedarf es aber selbst eines gewissen Maßes an Vertrauen. Und keine Seite ist bereit, die Instrumente und Inhalte, die zum Aufbau der Konfrontationsstruktur und des gegenseitigen Mißtrauens führten, abzubauen.

Ist eine Politik nicht bereit, neue Wege zu gehen, weil Erfolge nicht garantiert werden können und hält sie an der althergebrachten Politik der Abschreckung fest, so kann diese Politik nicht zum Ziel "Frieden" führen, vielmehr erscheinen der Entspannungswille und die friedfertigen Absichten suspekt.

Kooperation und Abrüstung müssen deshalb als miteinander verflochtene Wege "einer langfristigen Transformation des Gleichgewichts des Schreckens" angesehen werden (588).

"Abrüstung setzt ebenso, oder eher noch in höherem Maße als wissenschaftliche Zusammenarbeit, eine Atmosphäre des Vertrauens voraus, es handelt sich um einen einheitlichen Prozeß, der beiden Erscheinungsformen zugute kommt." (589)

Das gemeinsame, beide Maßnahmen verbindende Glied liegt in dem Ziel, die politische Situation in Europa zu ändern, indem sie Vertrauen erzielen. Kooperation

und Abrüstung sind gleichermaßen unerläßlich für den Frieden. Im Gegenteil, auf eine der beiden Maßnahmen zu verzichten, hieße, die andere unvollständig und fragwürdig erscheinen zu lassen.

Beide Maßnahmen sind demnach parallel voranzutreiben, jedoch nicht in dem Sinne, daß Fortschritt auf einem Gebiet von Verbesserungen auf anderem Gebiet abhängig gemacht wird. Aus der Zusammenarbeit erwachsendes besseres gegenseitiges Kennenlernen erzeugt das für Abrüstungsmaßnahmen notwendige Vertrauen. Umgekehrt können die durch Abrüstung einsparbaren Ressourcen einer gemeinsamen Nutzung bei intensiverer Zusammenarbeit zugeführt werden. Kooperation und Abrüstung erscheinen demnach als zwei sich gegenseitig ergänzende Aspekte der Entspannungspolitik.

Da insgesamt gesehen die Kooperation auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und technischem Gebiet erwartungsgemäß sehr viel leichter in Gang kommt, schon weil hier unmittelbare materielle Interessen befriedigt werden können, Abrüstung aber die Infragestellung eines gesamten Gedankengebäudes erfordert, können durchaus Erfolge auf ökonomischem Gebiet den Fortschritten im militärischen Bereich vorausseilen. Dies heißt jedoch nicht, daß die militärische Zusammenarbeit der wirtschaftlichen Kooperation folgen müsse; vielmehr müssen zunächst die grundlegenden Bedingungen für Abrüstungsmaßnahmen geschaffen werden. Der Zugang zu Abrüstungsmaßnahmen bedarf - im Gegensatz zur Kooperation auf nicht-militärischem Gebiet - eines veränderten ideellen Ansatzes.

Schließlich können Abrüstungsmaßnahmen auch als ein Teilaspekt der Kooperation angesehen werden. Erinneert sei daran, daß der Ausgangspunkt der Entspannungspolitik, das gemeinsame Interesse der Supermächte an der

Verhinderung einer nuklearen Katastrophe, zu einer partiellen Kooperation zwang. Dies kommt auch in der Galtungsschen Definition von Zusammenarbeit zum Ausdruck: "Zusammenarbeit bzw. Kooperation bedeutet ganz einfach, daß zwei Parteien etwas zusammen produzieren, wirtschaftliche und kulturelle Güter, politische, ja sogar militärische Entscheidungen.

Ko-operieren heißt: "zusammen wirken." (590)

Die Frage nach dem Verhältnis von Kooperation und Abrüstung ist lediglich als Frage nach den Übergangsstrategien zu verstehen, sie stellt keine Ranghierarchie her, noch postuliert sie Bedingungen.

II. Bedingungen für Abrüstungsmaßnahmen

Nun würde man die Problematik unzulässig verkürzen, glaubte man mit einer totalen Beseitigung der Gewaltpotentiale auch gewaltsame Konflikte ausschalten zu können. Nicht die bloße Existenz von Vernichtungswaffen ist für das Entstehen und die Aufrechterhaltung der Konfrontationsstrukturen verantwortlich, sondern der gesamte Konzeptionsrahmen des Abschreckungssystems mit dem Primat militärischer Kategorien in der Außenpolitik (591).

"So wie Abschreckung ein System organisierter Friedlosigkeit ist, so würde Abrüstung ein System von Interessen, Institutionen und Bewußtseinsinhalten darstellen, das in Struktur und Inhalt einer fundamentalen Alternative zum jetzt bestehenden institutionalisierten Unfrieden gleichkäme. ... Die Vermin- derung von Rüstungspotentialen, also der Mittel der Zerstörung, führt keineswegs zu einer Veränderung des Systems der Abschreckung oder des 'Terrorfriedens'. Sie kann gegebenenfalls durchaus zu dessen Stabilisierung

beitragen, wie arms control in Doktrin und Politik gezeigt hat. Wo die Konzeption der Abrüstung reduziert wird auf die Manipulation von Waffensystemen und auf sozialtechnische und technologische Prozeduren (wie Inspektion und Verifikation), die nötig wären, um derartige Systeme umzustrukturieren, dient sie leicht einer Abschreckungspolitik als Alibi.

Wird die Konzeption der Abrüstung nicht auf das gesamte Syndrom des Unfriedens bezogen und werden in ihr die Prämissen einer Abschreckungspolitik nicht in Frage gestellt, wird diesen, beispielsweise in Stufenplänen der Verminderung von Rüstungspotentialen, noch Tribut gezollt, so bleibt Abrüstungspolitik im System von Abschreckung verankert." (592)

Senghaas wendet gegen Rüstungskontrollmaßnahmen mit Recht ein, mit der Beseitigung der Erscheinungsformen des Konfrontationssystems, d.h. mit der alleinigen Beseitigung der Vernichtungswaffen, seien die Ursachen der Konfrontationsstruktur noch lange nicht beseitigt. Doch muß auch gesehen werden, daß mit einer Beseitigung dieser Gewaltmittel die sich verselbständigende Wirkung, die wechselseitige Verflechtung von Drohpolitik und Aggressivität, die eine Ziel-Mittel-Unterscheidung nicht mehr zuläßt, abgebaut werden kann (593). Truppenreduzierungsmaßnahmen müssen somit notwendigerweise die Prämissen des Abschreckungssystems in Frage stellen, will man tatsächlich dem Frieden näher kommen, statt nur die Effizienz der Abschreckung auf einer niedrigeren Stufe zu erhalten.

Wie wir bisher gesehen haben, müssen Abrüstungsmaßnahmen notwendigerweise ambivalent bleiben, wenn sie nicht die Legitimationsgrundlagen des bestehenden Abschreckungssystems in Frage stellen. Im Übrigen erscheint es ohnedies fraglich, ob tatsächliche

Abrüstungsmaßnahmen ergriffen werden können, ohne vorher die Irrationalität des Abschreckungssystems transparent gemacht zu haben.

Mithin ist bei zunehmender Etablierung einer antagonistischen Kooperation auf nicht-militärischem Gebiet der Reflexionsprozeß über Rüstungs- und Militärpolitik so voranzutreiben, daß sich schließlich die intensivierte Diskussion in der Öffentlichkeit nicht mehr mit Appellen zur Übernahme größerer Verteidigungslasten zufrieden gibt, ohne konkret nach dem Nutzen und den Interessen von Rüstung und Rüstungspolitik zu fragen. Dies ist die unmittelbare Funktion der Öffentlichkeit im Entspannungsprozeß (594).

Um aber die Öffentlichkeit aus ihrer Lethargie und apolitischen Haltung herauszureißen und zu einer informierten und engagierten Interessengruppe zu formieren, bedarf es einer Aufhebung des "lernpathologischen Zirkels des Abschreckungssystems". (595)

Die längerfristige Aufrechterhaltung des Abschreckungssystems verlangt die Verselbständigung von Feindbildern und die Ausschaltung anderslautender Information. Dies führt schließlich zu einer "wachsenden Unfähigkeit zur Neuregulierung einmal eingenommener Verhaltensweisen aufgrund neuer Informationen ... die über einen längeren Zeitraum ausgeübte Abschreckungspolitik (hat) nachhaltige Folgen für die Perzeptionsmöglichkeit der Gesellschaft vom 'Gegner'. Das Feind-Stereotyp verdichtet sich mit der Zeit zu einer die wirkliche Realität überdeckenden Wirklichkeit, die verhindert, daß Veränderungen in und überhaupt alle Informationen aus der 'Feindgesellschaft' wahrgenommen und ohne automatische Verzerrung verarbeitet werden." (596)

Diese für die Aufrechterhaltung des Abschreckungssystems notwendigen Bedingungen sind gleichzeitig der Ansatzpunkt zu seiner Überwindung. Der national und international betriebene Reflexionsprozeß ermöglicht es, ergänzt durch die Folgen der Kooperation auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet, "die Systemauseinandersetzung so zu kanalisieren, daß eine weitgehende Abrüstung außenpolitisch möglich ist und innenpolitisch durchsetzbar wird. Erst die Kombination beider Aspekte (des Perzeptions- und des Interessenaspekts) läßt die Abrüstungsalternative realistisch werden. Ein Durchgangsstadium wird dabei - trotz der damit verbundenen Ambivalenz - eine Phase der Rüstungskontroll-Vereinbarungen, der "Kooperativen Rüstungssteuerung" (Baudissin) sein, von der man nur dann zu einer Friedenspolitik gelangt, wenn diese Phase nicht dazu benutzt wird, realiter eine Aufrüstung einzuleiten. ... Indes ist kein anderer Weg zur Abrüstung als der über Rüstungskontrolle in Sicht. Gerade ihre Ambivalenz, von den Regierungen allzugern verschwiegen, macht darauf aufmerksam, wie wichtig an dieser Stelle die aufgeklärte Öffentlichkeit ist." (597)

Damit kommt der intersystemaren Kooperation die Aufgabe zu, neben dem unmittelbaren Nutzen, den sie den Beteiligten erbringt, das politische Klima zu verändern, das vorherrschende a-priori-Mißtrauen abzubauen, wenn nicht bereits zugunsten eines Vertrauens, so doch zu einer unbefangeneren, unvoreingenommenen und nicht wie bisher bereits vorprogrammierten Betrachtungsbereitschaft und Urteilsfähigkeit.

In der Schaffung einer von vorgelagerten Feindperzeptionen weitgehend freigesetzten Atmosphäre des Vertrauens liegt die friedensfördernde Möglichkeit

von Entspannung und nicht in dem Versuch, im Rahmen der intersystemaren Kooperation intersystemare Abhängigkeiten zu schaffen (598).

Damit Abrüstungsmaßnahmen real, d.h. greifbar werden, müßten die Strategien für die Übergangsphase u.a. folgende Elemente beinhalten:

- Untersuchungen, welche Faktoren die Rüstungsentwicklung in den verschiedenen Gesellschaften beeinflussen
- Richtigstellung der positiven Einschätzungen bezüglich der Sekundäreffekte der Rüstungsindustrie (z.B. Rüstungsindustrie als Verwertungsmöglichkeit überschüssigen Kapitals, damit Verhinderung von Arbeitslosigkeit, Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie Instrument zur staatlichen Konjunktursteuerung; technischer Fortschritt in Form von technischen Neuerungen, die der Gesamtgesellschaft zugute kommen u.a.m.) (599)
- Formulierung konkreter, für beide Seiten annehmbarer Reduzierungsvorschläge (600)
- Entwicklung von Konzepten für einen im Sinne der Friedenspolitik nützlichen Einsatz der von der Rüstungsindustrie freigesetzten Kapazitäten (z.B. gemeinsame Kooperationsprojekte zur Beseitigung der Disparitäten in der Dritten Welt (601), gemeinsame Lösung der aus der Industrialisierung erwachsenden ökologischen Probleme und der aus den technischen Prozessen resultierenden Folgeprobleme für den arbeitenden Menschen (Arbeitsphysiologie und -psychologie), globale Regelung der Energie- und Nahrungsmittelversorgung in Form gemeinsamer Forschungsprojekte zur Erschließung und Nutzbarmachung neuer Energiequellen und neuer Nahrungsmittel sowie neuer Methoden zu ihrer Gewinnung usw. (602).

Rüstungskontrollabsprachen stellen trotz ihrer Ambivalenz und trotz ihrer beschränkten Möglichkeit, das Abschreckungssystem zu überwinden, einen Ansatzpunkt für weiterreichende Abrüstungsmaßnahmen dar. Gerade ihre Ambivalenz und die der Rüstungskontrolle innewohnenden Ansätze, sie im Sinne der Aufrechterhaltung des Abschreckungssystems zu mißbrauchen, machen hinlänglich deutlich, daß es eben nicht ausreichen kann, quantitative Reduzierungsmaßnahmen zu ergreifen, sondern daß die Perzeptionsmuster des Kalten Krieges überwunden werden müssen, um so qualitative Rüstungsbegrenzung in den Bereich des Möglichen zu rücken.

Wenn auch die bisherigen Verhandlungen in Wien und Genf noch keine weiterreichenden Fortschritte erzielen konnten, so macht die Fülle von Verhandlungsversuchen der letzten Jahre über Rüstungskontrolle, Truppenreduzierungen und allgemeine Sicherheits- und Verhaltensnormen doch deutlich, daß sich die Regierungen in wachsendem Maße vor objektive Schwierigkeiten gestellt sehen, das Gewaltpotential langfristig aufrechtzuerhalten, geschweige denn zu erweitern.

"Was bleibt, und das ist durchaus nicht kümmerlich als Bilanz, ist die wachsende Unzufriedenheit der beteiligten Gesellschaften mit dem bestehenden Militärsystem in Europa. Was bleibt, sind die wachsenden Schwierigkeiten, es auf dem augenblicklichen materiellen Niveau zu halten. Aus einer De-Eskalierung der Feindbilder, der Verbreitung der Erkenntnisse über die Mechanismen ihrer Manipulation und aus der Verlockung zur begrenzten, kompetitiven Zusammenarbeit könnten sich sehr wohl Impulse ergeben, aus denen real folgt, wovon noch viel mehr gesprochen werden muß: Sicherheit für Europa." (603)

Trotz politischer Entspannung betreiben die Entscheidungsträger unverändert lustlos pro-forma-Aktivitäten, wenn es darum geht, die theoretisch längst vollzogene Infragestellung militärischer Mittel als Instrument zur außenpolitischen Interessendurchsetzung in die Praxis umzusetzen. Hier kommt der informierten Öffentlichkeit die entscheidende Aufgabe zu, diesen Prozeß voranzutreiben und konkrete Maßnahmen von den Regierungen zu fordern.

Im gleichen Maße wie die Perzeption der außenpolitischen Gefahr abzubauen ist, muß innenpolitisch glaubhaft vertreten werden, daß aus einem weiteren Verschleppen der Abrüstungsmaßnahmen ernsthafte und schwerwiegende innenpolitische Legitimationskrisen erwachsen, die für die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung eine größere Gefahr darstellen als die Systemkonkurrenz, die, wie wir gezeigt haben, durchaus in friedliche, beiderseitig vorteilhafte Bahnen gelenkt werden kann. Die relative Erfolglosigkeit der bisherigen militärischen Entspannungsbemühungen beweist jedoch nicht, daß im Rahmen solcher Verhandlungen konkrete Ergebnisse ausgeschlossen wären. Sie sind vielmehr selbst für das Vorantreiben der militärischen Entspannung von Bedeutung, wenn man sie als "zuverlässige Indikatoren für die Reichweite des gegenseitigen Mißtrauens und die Reichweite einer neuen Atmosphäre antagonistischer Kooperation" (604) betrachtet.

Gelingt es nicht, auf dieser Ebene zu brauchbaren Ergebnissen zu gelangen, muß notwendig auf der nächst tieferen Ebene angesetzt werden, um die noch immer wirksamen Relikte des Kalten Krieges zu beseitigen. Je bescheidener der Ansatz, um so höher sind die Realisierungschancen der Abrüstungsmaßnahmen; denn

überfordern die vorgeschlagenen Maßnahmen den Bewußtseinsstand der Völker, verfallen diese allzuleicht der Ohnmacht des Teufelskreises. Dies gilt um so mehr, als sich die Argumentation der Entspannungsgegner verfeinert hat - analog der Entwicklung einer dem Rüstungskomplex in zunehmendem Maße kritisch gegenüberstehenden Öffentlichkeit. Die Entspannungsgegner machen sich die latenten Bedrohungsvorstellungen, die selbst wider besseres Wissen eine schier unglaubliche Lebensfähigkeit besitzen, zunutze und vermitteln den Eindruck, als ginge es um unilaterale Maßnahmen, die den Friedfertigen schließlich dem "Kriegslüsternen" auf Gedeih und Verderben ausliefern.

Zeittafel über die Geschichte der Europäischen Sicherheitskonferenz;
chronologischer Überblick über die wichtigsten Daten

10. 2.1954 Vorschlag des sowjetischen Außenministers, Wjatscheslaw Molotow, über die Gewährleistung der Sicherheit in Europa, "Entwurf der Sowjetregierung für einen gesamteuropäischen Vertrag über die kollektive Sicherheit in Europa", vorgelegt auf der Berliner Außenministerkonferenz
31. 3.1954 Note der Sowjetregierung an die Westmächte über neue Vorschläge der Sowjetunion zum europäischen Sicherheitsproblem
24. 7.1954 Note der Sowjetregierung an die Westmächte über die Vorschläge der Sowjetunion zum kollektiven Sicherheitssystem in Europa und zur Einberufung einer Konferenz sämtlicher europäischer Staaten und der Vereinigten Staaten
4. 8.1954 Erklärung der Sowjetregierung über die Einberufung einer Konferenz sämtlicher europäischer Staaten über die Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa
28. 1.1956 Deklaration der Staaten des Warschauer Pakts über Fragen der Sicherheit in Europa in Prag
- 1957 - 1962 Vier Rapacki-Pläne
- 1963 Gomulka-Plan
25. 3.1966 Note der Bundesrepublik Deutschland zur deutschen Friedenspolitik
6. 7.1966 Erklärung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Bukarest zur europäischen Sicherheit
- 7.10.1966 Rede des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Lyndon B. Johnson, vor der Konferenz amerikanischer Leitartikler in New York
- 21.10.1966 Interview des dänischen Außenministers, Per Haekkerup, in der Zeitung Die Welt
- 21.11.1966 Rede des britischen Außenministers, George Brown, vor einer Konferenz ost- und westeuropäischer Journalisten in London
26. 4.1967 Erklärung der auf der Konferenz in Karlsbad vertretenen kommunistischen und Arbeiterparteien Europas
25. 6.1968 Kommuniqué über die Ministertagung des Nordatlantikrats in Reykjavik; Anhang: Erklärung der Außenminister und Vertreter der am NATO-Verteidigungsprogramm beteiligten Länder über beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderung, sogenanntes Signal von Reykjavik
- 16.11.1968 Kommuniqué über die Ministertagung des Nordatlantikrats in Brüssel
17. 3.1969 Appell der Budapester Konferenz der Staaten des Warschauer Vertrages an alle europäischen Staaten
11. 4.1969 Kommuniqué über die Ministertagung des Nordatlantikrats in Washington
- April 1969 Erklärung der sowjetischen Regierung zum 20. Jahrestag der NATO

5. 5.1969 Memorandum der finnischen Regierung
17. 6.1969 Hauptdokument der internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau
- 31.10.1969 Erklärung der Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages in Prag betr. europäische Sicherheitskonferenz; Anlagen: Dokument über die Erweiterung von gleichberechtigten Beziehungen auf dem Gebiet des Handels, der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, die auf die Entwicklung der politischen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten gerichtet sind (Entwurf)
- Dokument über den Verzicht auf die Anwendung oder Androhung von Gewalt in den gegenseitigen Beziehungen zwischen den Staaten in Europa (Entwurf)
- 5.12.1969 Erklärung der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses zu Fragen der europäischen Sicherheit
- 6.12.1969 Rede des amerikanischen Außenministers, William P. Rogers, vor der Belgisch-Amerikanischen Gesellschaft in Brüssel
13. 1.1970 Erklärung des Sprechers des sowjetischen Außenministeriums, Leonid Samjatin, auf einer Pressekonferenz in Moskau zum Projekt einer europäischen Sicherheitskonferenz
5. 3.1970 Artikel des Direktors des Warschauer Instituts für internationale Politik, Ryszard Frelek, in der Zeitschrift Internationale Politik (Belgrad)
27. 5.1970 Kommuniqué über die Ministertagung des Nordatlantikrats in Rom
22. 6.1970 Kommuniqué über die Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages in Budapest; Memorandum der Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages in Budapest zu Fragen der Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz
- 24.11.1970 Aide-mémoire der finnischen Regierung
- 2.12.1970 Erklärung der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages zu Fragen der Sicherheit und friedlichen Zusammenarbeit in Europa, angenommen auf der Konferenz des Politischen Beratenden Ausschusses in Berlin (Ost)
- 4.12.1970 Kommuniqué über die Ministertagung des Nordatlantikrats in Brüssel
- 9.12.1970 Rede des Abgeordneten Patrick Gordon Walker vor dem Unterhaus
19. 2.1971 Kommuniqué über die Konferenz der Außenminister der Staaten des Warschauer Vertrages in Bukarest
22. 4.1971 Rede des Generalsekretärs der NATO, Manlio Brosio, vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn; Titel: Kann die NATO eine Entspannung überleben?
4. 6.1971 Kommuniqué über die Ministertagung des Nordatlantikrats in Lissabon
- 16./18. 9.1971 Kommuniqué über die Gespräche zwischen dem Bundeskanzler, Willy Brandt, und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Leonid Breschnew, in Oreanda auf der Krim

- 1.12.1971 Kommuniqué über eine Konferenz der Außenminister der Staaten des Warschauer Vertrages in Warschau
- 1.12.1971 Rede des amerikanischen Außenministers, William P. Rogers, vor dem Verein der Auslandspresse in Washington
- 10.12.1971 Kommuniqué über die Ministertagung des Nordatlantikrats in Brüssel
26. 1.1972 Deklaration über Frieden und Zusammenarbeit in Europa, verabschiedet vom Politischen Beratenden Ausschuß der Staaten des Warschauer Vertrages in Prag
- 22.-30. 5.1972 Sowjetisch-amerikanisches Kommuniqué über den Besuch des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Richard M. Nixon, in der Sowjetunion
31. 5.1972 Kommuniqué über die Ministertagung des Nordatlantikrats in Bonn
- 9.11.1972 Finnland lädt formell zur Vorbereitungskonferenz ein
- 22./27.11.1972 Beginn der multilateralen Vorbereitungsgespräche für eine KSZE durch die in Finnland akkreditierten Botschafter aus 33 europäischen Ländern sowie den USA und Kanada
- 28.11.1972 Vereinbarte Verfahrensregelung für die multilateralen Konsultationen in Helsinki zu Fragen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
- 8.12.1972 Kommuniqué über die Ministertagung des Nordatlantikrats in Brüssel
- 28.11.-15.12.1972 1. Phase der Botschaftergespräche (Allgemeines)
15. 1.- 9. 2.1973 2. Phase der Botschaftergespräche (Detailvorschläge)
26. 2.- 6. 4.1973 3. Phase der Botschaftergespräche (Detaildiskussion)
25. 4.- 8. 6.1973 4. Phase der Botschaftergespräche (abschließende Diskussion)
8. 6.1973 Schlußempfehlungen der Konsultationen für die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki
3. 7.- 7. 7.1973 Eröffnung der Europäischen Sicherheitskonferenz durch die Außenminister in Helsinki
18. 9.1973 2. Phase der KSZE in Genf, Ausarbeitung der Mandate
- 21. 7.1975 durch die Kommissionen in Genf
30. 7.- 1. 8.1975 3. Phase der Sicherheitskonferenz in Helsinki
1. 8.1975 Unterzeichnung der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa durch die Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten (mit Ausnahme Maltas: stellvertr. Ministerpräsident)
15. 6.1977 Vorbereitungstreffen zur Festlegung von Datum, Dauer, Tagesordnung und sonstiger Modalitäten des 1. Folgetreffens der KSZE der von den Außenministern benannten Vertreter gemäß den Festlegungen in der Schlußakte

LITERATURVERZEICHNIS

Die Literatur ist nach Sachgebieten geordnet, entsprechend den Grundfragen, die sich im Verlauf dieser Studie ergaben.

I. Allgemeines nennt Titel, die den allgemeinen Behandlungsrahmen abdecken bzw. zur Klärung wissenschaftstheoretischer Vorfragen für den Einstieg in die zu behandelnde Problematik notwendig waren.

Unter II. haben wir Literatur zur Erfassung der Begriffe Entspannung und friedliche Koexistenz aufgeführt; stellenweise wird hier bereits auf besondere Aspekte einer Entspannungspolitik hingewiesen.

III. werden Interpretationen der Erscheinungsformen und Ursachen der Konfliktbeziehungen im Kalten Krieg genannt.

IV. ist eine Zusammenstellung von Zeitschriften und Monographien zum Thema Europäische Sicherheit; angesprochen werden hier Sicherheits- und Verteidigungsmaßnahmen der Bündnissysteme, ihre Beziehungen zueinander und blockinterne Besonderheiten.

Die Entwicklung des Konferenzprojekts (KSZE), der Konferenzverlauf und Interpretationen über das Konferenzergebnis sind das Thema der unter V. aufgeführten Auseinandersetzungen. Entsprechend der Themenstellung unserer Studie ist dies der umfangreichste Abschnitt. Es wurde darauf verzichtet, die verwendeten Originalquellen und amtlichen Dokumente zum Konferenzprojekt detailliert aufzuführen, es ist stattdessen auf die Dokumentationen der Zeitschriften Europa-Archiv und Blätter für deutsche und internationale Politik sowie auf die Berichterstattung und die Kommentare in der aktuellen Tagespresse verwiesen (Schlußphase der KSZE: Sonderheft Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 8/1975 bzw. Europa-Archiv, H. 17/1975 und 20/1975; Debatten im Parlament: Wochenzeitschrift Das Parlament vom 14. Juli 1973 und vom 19. Juli 1975).

VI. Kooperationsproblematik umfaßt Titel zu Grundfragen intersystemarer Kooperation und Abgrenzung, Darlegungen möglicher Ansatzpunkte und Kooperationsbereiche im Ost-West-Verhältnis wie auch Auseinandersetzungen mit ökonomischen Spezialproblemen und Hinderernisse, die durch die Eigenarten der beiden europäischen Wirtschaftsorganisationen hervorgerufen werden.

VII. nennt Untersuchungen zu militärischen Fragen; thematisiert werden u.a. Bedingungen des Abschreckungssystems, die Abrüstungs- und Truppenreduzierungsproblematik.

I. ALLGEMEINES

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR
FRIEDENS- UND KONFLIKT-
FORSCHUNG e.V.
(Hrsg.)

Friedensforschung und
politische Praxis
Jahrbuch für Friedens- und
Konfliktforschung, Bd. II
Düsseldorf 1972

BRACHER, Karl Dietrich
FRAENKEL, Ernst
(Hrsg.)

Internationale Beziehungen
Frankfurt 1969

BRANDT, Willy

Der Wille zum Frieden
Perspektiven der Politik
Frankfurt 1973

BREDOW, Wilfried von

Vom Antagonismus zur Konvergenz?
Studien zum Ost-West-Problem
Frankfurt 1972

BREDOW, Wilfried von
(Hrsg.)

Zum Charakter internationaler
Konflikte
Köln 1973

DEUTSCH, Karl W.

Analyse internationaler
Beziehungen.
Konzeptionen und Probleme
der Friedensforschung
Frankfurt 1968

DOERNBERG, Stefan
GALTUNG, Johan
GROMYKO, Anatoli
SENGHAAS, Dieter
(Hrsg.)

Probleme des Friedens,
der Sicherheit und Zusammenarbeit
Beiträge aus West- und Osteuropa
Köln 1975

END, Heinrich

Zweimal deutsche Außenpolitik
Internationale Dimensionen des
innerdeutschen Konflikts 1949-1972
Köln 1973

FUNKE, Manfred
(Hrsg.)

Friedensforschung -
Entscheidungshilfe gegen Gewalt
München 1975

FURTAK, Robert K.

Internationale Dependenzverhältnisse
in West und Ost
aus politik und zeitgeschichte
B 30-31/74 vom 27.7.1974, S. 3-17

- GALTUNG, Jonar
Strukturelle Gewalt
Beiträge zur Friedens- und
Konfliktforschung
Reinbek 1975
- JUNNE, Gerd
Spieltheorie in der
internationalen Politik.
Die beschränkte Rationalität
strategischen Denkens
Düsseldorf 1972
- KRESS, Gisela
SENGHAAS, Dieter
(Hrsg.)
Politikwissenschaft
Eine Einführung in ihre Probleme
Frankfurt 1972
- KRIPPENDORFF, Ekkehard
(Hrsg.)
Probleme der
internationalen Beziehungen
Frankfurt 1972
- KRYSMANSKI, Hans-Jürgen
Soziologie des Konflikts
Materialien und Modelle
Reinbek 1971
- MEISSNER, Boris
RHODE, Gotthold
(Hrsg.)
Grundfragen sowjetischer
Außenpolitik
Stuttgart 1970
- NATO-Informationsabteilung
(Hrsg.)
NATO-Handbuch
Brüssel 1974
- NERLICH, Uwe
(Hrsg.)
Krieg und Frieden im
industriellen Zeitalter
Beiträge der Sozialwissenschaft I
Gütersloh 1966
- POSER, Günter
Die NATO,
Aufgaben und Strukturen des
Nordatlantischen Bündnisses
München 1974
- PRESSE- UND INFORMATIONSAMT
DER BUNDESREGIERUNG
(Hrsg.)
Die Atlantische Gemeinschaft.
Grundlagen und Ziele der
Organisation des
Nordatlantikvertrages
Eine Dokumentation.
Bonn 1972
- PRESSE- UND INFORMATIONSAMT
DER BUNDESREGIERUNG
(Hrsg.)
25 Jahre Atlantische Partnerschaft
Rückblick und Ausblick
Stuttgart 1974

- RAINA, Peter
(Hrsg.)
Politik in den siebziger Jahren
Frankfurt 1973
- RUEHL, Lothar
Machtpolitik und Friedensstrategie
Hamburg 1974
- SCHWARZ, Hans-Peter
(Hrsg.)
Handbuch der
deutschen Außenpolitik
München 1975
- SENGHAAS, Dieter
(Hrsg.)
Kritische Friedensforschung
Frankfurt 1972
- ders.
Friedensforschung und
Gesellschaftskritik
Frankfurt 1973
- ders.
Konfliktformationen in der
gegenwärtigen Gesellschaft
aus politik und zeitgeschichte
B 49/73 vom 8.12.1973, S. 3-24
- TUDYKA, Kurt P.
Internationale Beziehungen
Eine Einführung
Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1971
- USCHAKOW, Alexander
Der Rat für gegenseitige
Wirtschaftshilfe (Comecon)
Köln 1962
- VILMAR, Fritz
Strategien der
Demokratisierung Bd. I.
Theorie der Praxis
Darmstadt/Neuwied 1973
- Weißbuch 1970
Herausgeber:
BUNDESMINISTER DER
VERTEIDIGUNG
Zur Sicherheit der Bundesrepublik
Deutschland und zur Lage
der Bundeswehr
Bonn 1970
- Weißbuch 1971-1972
Herausgeber:
BUNDESMINISTER DER
VERTEIDIGUNG
Zur Sicherheit der Bundesrepublik
Deutschland und zur Entwicklung
der Bundeswehr
Bonn 1971
- Weißbuch 1973-1974
Herausgeber:
BUNDESMINISTER DER
VERTEIDIGUNG
Zur Sicherheit der Bundesrepublik
Deutschland und zur Entwicklung
der Bundeswehr
Bonn 1974

Weißbuch 1975-1976
Herausgeber:
BUNDESMINISTER DER
VERTEIDIGUNG

Zur Sicherheit der Bundesrepublik
Deutschland und zur Entwicklung
der Bundeswehr
Bonn 1976

Wissenschaft und Frieden

Schriftenreihe des internationalen
Instituts für den Frieden
Wien H. 2/1972, 3/1973, 4/1973

ZELLENTIN, Gerda

Europa 1985
Gesellschaftliche und politische
Entwicklungen in Gesamteuropa
Bonn 1972

II. Entspannung und friedliche Koexistenz

ALTEN, Jürgen von

Sinn und Funktion von Entspannung
im Ost-West-Verhältnis
Europa-Archiv H. 18/1971, S. 639-644

BRANDT, Willy

Friedenspolitik in unserer Zeit.
Vortrag in Oslo am 11.12.1971
anlässlich der Verleihung des
Friedensnobelpreises
Die Atlantische Gemeinschaft.
Grundlagen und Ziele der
Organisation des
Nordatlantikvertrages
Eine Dokumentation, hgg. vom Presse-
und Informationsamt der Bundesregie-
rung, Bonn 1972 S. 9-22

BREDOW, Wilfried von

Zu einigen Problemen der
Ost-West-Entspannung
Blätter für deutsche und
internationale Politik
H. 10/1973, S. 1040-1046

BROSIO, Manlio

Kann die NATO die Entspannung
überleben?
Europa-Archiv H. 10/1971, S. 341-352

GEYER, Rolf

Entspannung, Neutralität, Sicherheit
Osnabrück 1970

HAFTENDORN, Helga

Versuch einer Theorie der
Entspannung
Sicherheitspolitik heute
H. 2/1975, S. 223-242

- JEGOROW, Waleri N. Friedliche Koexistenz und
revolutionärer Prozeß
Berlin (Ost) 1972
- KIRSCH, Botho Umarmung, Spaltung, Abgrenzung
Politik zwischen Koexistenz und
Revolution
Die politische Meinung
H. 141/1972, S. 67-75
- ders. Kalter Friede - was nun?
Die Konfliktstrategie der Sowjets
Zürich 1974
- KOHLSCHÜTTER, Andreas Härte statt Entspannung?
Information für die Truppe
H. 11/1975, S. 27-31
- KUSNEZOW, Wladlen Internationale Entspannungspolitik
aus sowjetischer Sicht
Wien 1975
- LÜDERS, Carl H. Gedanken zur sowjetischen
Entspannungspolitik
aus politik und zeitgeschichte
B 21/74 vom 25.5.1974, S. 3-14
- MATTHIESSEN, Gunnar Tendenzen der internationalen
Politik und Kriterien der
friedlichen Koexistenz
Blätter für deutsche und
internationale Politik
H. 12/1973, S. 1276-1285
- RAU, Eugen Friedliche Koexistenz und Revolution
Zur Dialektik sozialistischer Aktion
Köln 1973
- RITTER, Klaus Analyse der weltpolitischen
Machtverteilung
aus politik und zeitgeschichte
B 38/74 vom 21.9.1974, S. 30-38
- RÜHLE, Hans Die sowjetische "Friedensoffensive"
Die politische Meinung
H. 155/1974, S. 9-20
- SCHEEL, Walter Die Alternative hieße Krieg.
Außenpolitik als Friedenspolitik
Information für die Truppe
H. 8/1975, S. 3-12

- SCHULTE, Ludwig Abschreckung und Feindbild in der Phase der Entspannungspolitik aus politik und zeitgeschichte B 6/73 vom 10.2.1973, S. 3-23
- SHULMAN, Marshall D. Um eine westliche Konzeption der Koexistenz und Zusammenarbeit aus politik und zeitgeschichte B 5/74 vom 2.2.1974, S. 3-20
- STREITHOFEN, Heinrich B. Diskussion um den Frieden Stuttgart 1974
- OCKENFELS, Wolfgang
- TUNKIN, Grigori Die völkerrechtlichen Prinzipien der friedlichen Koexistenz Blätter für deutsche und internationale Politik H. 10/1972, S. 1057-1063
- WILLMS, Bernard Entspannung und friedliche Koexistenz München 1974
- III. KALTER KRIEG
- ADLER-KARLSSON, Gunnar Der Fehlschlag. Zwanzig Jahre Wirtschaftskrieg zwischen Ost und West Wien 1971
- BRZEZINSKI, Zbigniew K. Das war der Kalte Krieg Die ZEIT vom 24.11.1972, 1.12.1972 u. 8.12.1972
- DOMDEY, K.H. Wohin geht Europa Berlin (Ost) 1970
- HOROWITZ, David Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, 2 Bde. Berlin 1969
- LADES, Hans Kalter Krieg. Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft Eine vergleichende Enzyklopädie Freiburg/Basel/Wien 1969 Bd. III, Sp. 465-506
- PFISTER, Josef H.
- KERNIG, Claus (Hrsg.)

- LINK, Werner
Das Konzept der friedlichen
Kooperation und der Beginn des
Kalten Krieges
Düsseldorf 1971
- ders.
Die amerikanische Außenpolitik
aus revisionistischer Sicht
Neue Politische Literatur
H. 2/1971, S. 205-220
- ders.
Rezension über: Nolte, Ernst,
Deutschland und der Kalte Krieg
Zürich 1974
Neue Politische Literatur
H. 3/1975, S. 394-398

IV. EUROPÄISCHE SICHERHEIT

- AFHELDT, Horst
POTYKA, Christoph
REICH, Utz-Peter
u.a.
Durch Kriegsverhütung zum Krieg?
Die politischen Aussagen der
Weizsäcker-Studie
"Kriegsfolgen und Kriegsverhütung"
München 1972
- BERGSTEN, C. Fred
Die Zukunft der atlantischen Welt
Europa-Archiv H. 16/1974, S. 541-554
- BIRRENBACH, Kurt
Europas Sicherheit in der
veränderten Welt
Außenpolitik H. 3/1973, S. 285-298
- ders.
Partner oder Rivalen? Das Verhältnis
zwischen den Vereinigten Staaten
und Westeuropa
Europa-Archiv H. 3/1973, S. 77-84
- BÖHM, Anton
Ost-West
Konfrontation oder Koexistenz?
Osnabrück 1970
- BRZEZINSKI, Zbigniew K.
Neue Dimensionen der Bedrohung
der Sicherheit der Atlantischen
Allianz
Europa-Archiv H. 23/1974, S. 777-786
- BUCHAN, Alastair
(Hrsg.)
Europas Zukunft - Europas Alternativen
Sechs Modelle für das Westeuropa
der siebziger Jahre
Opladen 1969

- ERHARDT, Carl A.
ders.
ERNÜCHTERUNG zwischen Europa
und Amerika
Außenpolitik H. 4/1973, S. 377-391
Neue Impulse für Europa und NATO
Außenpolitik H. 3/1974, S. 270-279
- FRANK, Paul
ders.
Sicherheitsprobleme im Lichte
des Moskauer Vertrages
Europa-Archiv H. 24/1970, S. 867-876
Die Bundesrepublik im west-östlichen
Spannungsverhältnis
Außenpolitik H. 3/1974, S. 275-284
- GASTEYGER, Curt
Europas Zukunft zwischen Ost und West
Baden-Baden 1971
- GRIFFITH, William E.
Das Konfliktverhältnis zwischen
der Sowjetunion und den Vereinigten
Staaten.
Konfrontation und Entspannung
Europa-Archiv H. 6/1971, S. 195-204
- HARTMANN, Rüdiger
Zur europäischen nuklearen Option
Außenpolitik H. 3/1974, S. 280-290
- KAISER, Karl
ders.
Heißer Friede für Europa?
Die ZEIT vom 13.7.1973
Die Krise der europäisch-
amerikanischen Beziehungen
Europa-Archiv H. 12/1974, S. 387-398
- KASTL, Jörg
Das Atlantische Bündnis nach dem
"Jahr Europas"
Europa-Archiv H. 17/1974, S. 589-596
- KENNEDY, Edward M.
Die atlantische Welt in Krise und
Bewährung
Europa-Archiv H. 9/1974, S. 269-276
- MAETZKE, Ernst-Otto
Auch ein Ölembargo wäre Aggression.
Verteidigungsexperten der NATO-
Länder erweitern den Begriff der
Sicherheit
Frankfurter Allgemeine Zeitung
vom 4.2.1975, S. 8

- RAVEN, Wolfram von Die "Atlantische Erklärung" - ein Wertpapier?
Die politische Meinung
H. 155/1974, S. 31-40
- SCHEUNER, Ulrich Bündnispolitik als Grundlage einer europäischen Friedensordnung
Europa-Archiv H. 7/1971, S. 225-231
- STANLEY, Timothy W. Entspannungsdiplomatie.
WHITT, Darnell M. Die Vereinigten Staaten und Europas Sicherheit in den siebziger Jahren
Baden-Baden 1971
- STEINHAUSEN, Rolf Verteidigung und europäische Einigung
Außenpolitik H. 3/1973, S. 299-307
- STEINHOFF, Johannes Wie Europa zu verteidigen ist
Erkenntnisse eines politisch denkenden Offiziers
Die politische Meinung
H. 155/1974, S. 21-30
- ders. Der Zwang zur Verteidigungs-kooperation Westeuropas
Europa-Archiv H. 14/1974, S. 473-478
- WETTIG, Gerhard Der sowjetische Kurs der europäischen Sicherheit - eine Entspannungspolitik neuen Typs
aus politik und zeitgeschichte
B 31/70 vom 1.8.1970, S. 30-40
- ders. Die gegenwärtige sowjetische Politik der europäischen Sicherheit
aus politik und zeitgeschichte
B 10/71 vom 6.3.1971, S. 3-26
- ders. Europäische Sicherheit.
Das europäische Staatensystem in der sowjetischen Außenpolitik
1966 - 1972
Düsseldorf 1972
- WIECK, Hans-Georg Überlegungen zur Sicherheit in Europa
Außenpolitik H. 7/1972, S. 385-392
- WINIEWICZ, Jozef Der polnische Standpunkt zu Problemen der europäischen Sicherheit
Europa-Archiv H. 24/1971, S. 847-858
- ZELLENTIN, Gerda Intersystemare Beziehungen in Europa
Leiden 1970

V. KONFERENZ FÜR SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA (KSZE)

- BAUDISSION, Wolf Graf von
Sicherheitskonferenz.
Vor Illusionen wird gewarnt
Vorwärts vom 24.1.1973, S. 3 f
- ders.
Die Welt nach Helsinki.
Chancen, Optionen und Perspektiven
Information für die Truppe
H. 11/1975, S. 21-26
- BECHTOLDT, Heinrich
Berlin-Abkommen und Sicherheits-
konferenz
Außenpolitik H. 1/1972, S. 1-9
- ders.
Von der ersten zur zweiten Runde
in Helsinki
Außenpolitik H. 1/1973, S. 24-34
- BINDSCHEDLER, Rudolf L.
Der schweizerische Entwurf eines
Vertrages über ein europäisches
System der friedlichen Streit-
erledigung und seine politischen
Aspekte
Europa-Archiv H. 2/1976, S. 57-66
- BIRNBAUM, Karl E.
Frieden in Europa
Voraussetzungen, Chancen, Versuche
Opladen 1970
- ders.
Die Genfer Phase der Konferenz über
Sicherheit und Zusammenarbeit in
Europa. Eine Zwischenbilanz
Europa-Archiv H. 10/1974, S. 305-317
- BLECH, Klaus
Die KSZE als Schritt im Entspannungs-
prozeß. Bemerkungen zu allgemeinen
Aspekten der Konferenz
Europa-Archiv H. 22/1975, S. 681-692
- ders.
Die Prinzipienklärung der KSZE-
Schlußakte
Europa-Archiv H. 8/1976, S. 257-270
- BREDOW, Wilfried von
KSZE: Erwartungen, Ziele, Probleme,
Konsequenzen
antimilitarismus information
H. 2/1973, S. III-15 - III-22
- BREDTHAUER, Karl
Ende der Entspannung?
Blätter für deutsche und
internationale Politik
H. 2/1976, S. 129-139

- BRUNNER, Guido
Das Ergebnis von Helsinki.
Die Vorbereitungen für die Konferenz
über Sicherheit und Zusammenarbeit
in Europa
Europa-Archiv H. 13/1973, S. 439-444
- CYCON, Dieter
Europa, wie es Moskau will.
Die Konferenzpläne gestern und heute
Die politische Meinung
H. 140/1972, S. 35-46
- ders.
Sowjet-Hegemonie über "Gesamteuropa"?
Ein Plädoyer für den europäischen
Geist
Die politische Meinung
H. 147/1973, S. 17-27
- DIESEL, Jürgen
Die Vorbereitungsgespräche in
Helsinki für eine "Konferenz über
Sicherheit und Zusammenarbeit
in Europa"
aus politik und zeitgeschichte
B 36/73 vom 8.9.1973, S. 8-12
- FABIAN, Walter
(Hrsg.)
Plädoyers für eine Europäische
Sicherheitskonferenz.
Über die Möglichkeiten, den Kalten
Krieg endgültig zu beenden
München 1972
- FALIN, Valentin M.
Auf dem Weg zur gesamteuropäischen
Konferenz
Europa-Archiv H. 21/1972, S. 725-732
- FRANK, Paul
Zielsetzungen der Bundesrepublik
Deutschland im Rahmen europäischer
Sicherheitsverhandlungen
Europa-Archiv H. 5/1972, S. 153-160
- FREYMOND, Jacques
Welches Europa?
Gedanken zur Konferenz über
Sicherheit und Zusammenarbeit
Europa-Archiv H. 7/1973, S. 235-246
- FRIEDEL, Alois
RIGGERT, Wolfram G.
Sicherheit und Zusammenarbeit
in Europa.
Entwicklung von 1954 - 1972
aus politik und zeitgeschichte
B 1/2/73 vom 13.1.1973, S. 3-15

- GESCHER, Dieter
Vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung in der Schlußakte von Helsinki
Europa-Archiv H. 8/1976, S. 271-274
- GROLL, Götz von
Ost-West-Gespräche in Helsinki
Außenpolitik H. 9/1972, S. 513-524
- ders.
Die Helsinki-Konsultationen
Außenpolitik H. 2/1973, S. 123-129
- ders.
Die Außenminister in Helsinki
Außenpolitik H. 3/1973, S. 255-274
- ders.
Die Schlußakte der KSZE
Außenpolitik H. 3/1975, S. 243-265
- GUZ, Eugeniusz
Einige Bemerkungen aus polnischer Sicht zum Thema "Informations-, Meinungs- und kultureller Austausch" aus politik und zeitgeschichte
B 38/75 vom 20.9.1975, S. 3-20
- GUZ, Eugeniusz
WESELOH, Hans Achim
Der Kongreß von Helsinki. KSZE. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Stuttgart 1975
- HAFTENDORN, Helga
WIELAND, Leo
Konzert der Staaten und Interessen Probleme und Möglichkeiten einer KSZE aus politik und zeitgeschichte
B 1/2/73 vom 13.1.1973, S. 16-38
- HENZE, Gerhard
Neue Aufgaben der Entspannungspolitik Freizügigkeit und verbesserte Informationsmöglichkeit als Ziele der KSZE
Europa-Archiv H. 18/1975, S. 567-576
- INITIATIVKREIS EUROPÄISCHE SICHERHEITSKONFERENZ (Hrsg.)
Informationen 8/1973
Artikel, Dokumentationen, Zitate, Stellungnahmen zu Fragen der Europäischen Sicherheitskonferenz
- JACOBSEN, Hans-Adolf
Gesamteuropäische Kooperation 1970-1973. Versuch einer Zwischenbilanz. Zur Einführung aus politik und zeitgeschichte
B 36/73 vom 8.9.1973, S. 3-7

JACOBSEN, Hans-Adolf
MALLMANN, Wolfgang
MEIER, Christian
(Hrsg.)

Sicherheit und Zusammenarbeit
in Europa (KSZE).
Analyse und Dokumentation
Köln 1973

JAHN, Egbert

Gesellschaftspolitische Implikationen
der Konferenz für Sicherheit und
Zusammenarbeit
antimilitarismus information
H. 2/1973, S. III-30 - III-37

KNORR, Lorenz

Das Weißbuch, die Politik der
Bundesregierung und die KSZE
Blätter für deutsche und
internationale Politik
H. 3/1976, S. 267-278

ders.

Zwischen Helsinki und Belgrad.
Perspektiven fortschrittlicher
Gesellschaftspolitik im Zeichen
der KSZE
Blätter für deutsche und
internationale Politik
H. 7/1976, S. 733-743

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
Politische Akademie Eichholz
(Hrsg.)

Konvergenz - Koexistenz oder
Zusammenarbeit in Europa.
Zur Problematik der KSZE und
ihrer Bemühungen um eine
europäische Zusammenarbeit
Bonn 1973

LWOW, Michail

Helsinki: Neue Dimensionen der
Diplomatie
Sowjetunion heute H. 3/1973, S. 25 f

MATES, Leo

Europa nach der KSZE
Europa-Archiv H. 11/1976, S. 357-366

MATTHIESSEN, Gunnar

Zur Vorbereitung der Europäischen
Sicherheitskonferenz.
Eine Zwischenbilanz
Blätter für deutsche und
internationale Politik
H. 9/1972, S. 915-927

MEISSNER, Boris

Außenpolitik auf dem XXV. Parteitag
der KPdSU
Außenpolitik H. 2/1976, S. 133-153;
bes. S. 142-144 und S. 147

- NERLICH, Uwe
Der Wandel des "europäischen Systems"
und die Idee einer gesamteuropäischen
Konferenz
Europa-Archiv H. 12/1970, S. 415-423
- o. VERF.
Zur Konferenz für Sicherheit und
Zusammenarbeit in Europa.
Standpunkte in West und Ost
Information für die Truppe
H. 3/1973, S. 3-30
- o. VERF.
Nach der zweiten Runde in Helsinki.
Umriss einer europäischen Charta
der Koexistenz zeichnen sich ab
Deutsche Volkszeitung vom 22.2.1973,
S. 9
- o. VERF.
Europäische Sicherheit:
Ideologische Gegensätze kein
Grund für Konflikte
Deutsche Volkszeitung vom 29.3.1973,
S. 8
- o. VERF.
Politik von Moskau aus: Zusammen-
arbeit aber keine Menschlichkeit
Europa-Archiv H. 5/1974
- OPITZ, Eckart
Der lange Weg nach Helsinki.
Zur Vorgeschichte der KSZE
Die neue Gesellschaft H. 1/1973,
S. 24 ff
- PLATE, Bernard von
Die Politik der europäischen
Neutralen im Ost-West-Verhältnis
Europa-Archiv H. 22/1975
- PRESSE- UND INFORMATIONSAMT
DER BUNDESREGIERUNG
Sicherheit und Zusammenarbeit
in Europa. KSZE-Dokumentation
Bonn 1975
- REICH, Utz-Peter
Die europäische Sicherheitskonferenz.
Ein spieltheoretisches Experiment
München 1971
- RIDDER, Helmut
Zum Beginn der Europäischen
Sicherheitskonferenz.
Perspektiven der friedlichen
Koexistenz
Blätter für deutsche und
internationale Politik
H. 7/1973, S. 697-704

RIDDER, Helmut

Politisch-institutionelle
Konsequenz der KSZE
Blätter für deutsche und
internationale Politik
H. 6/1975, S. 600-603

ders.

Europa nach Helsinki.
Zur Perspektive von
Akzeptanz und Widerstand
Blätter für deutsche und
internationale Politik
H. 12/1975, S. 1307-1318

SCHEEL, Walter

Der lange Marsch zur Entspannung.
Warum die Konferenz über Sicher-
heit und Zusammenarbeit in Europa?
Die ZEIT vom 1.6.1973

SCHRAMM, Friedrich K.
RIGGERT, Wolfram G.
FRIEDEL, Alois
(Hrsg.)

Sicherheitskonferenz in Europa
Dokumentation 1954 - 1972
Frankfurt 1972

SCHWARZ, Hans-Peter
HAFTENDORN, Helga
(Hrsg.)

Europäische Sicherheitskonferenz
Opladen 1970

ders.

Sicherheitskonferenz und westliche
Sicherheitsgemeinschaft.
Die NATO als Clearingstelle west-
licher Entspannungspolitik
Europa-Archiv H. 24/1972, S. 823-834

ders.

Entspannungsideologie und
europäische Realitäten.
Die gemäßigt Progressiven und
ihre Sicherheitskonferenz
Die politische Meinung
H. 140/1972, S. 5-23

SCHWARZKOPF, Dietrich

Sieben Grundprinzipien unter der
Lupe.
Was der Osten unter "Sicherheit
in Europa" versteht
Die politische Meinung
H. 147/1973, S. 29-36

SCHWERIN, Otto Graf

Die Solidarität der EG-Staaten in
der KSZE
Europa-Archiv H. 15/1975, S. 483-492

- SLOTTA, Günther
(Hrsg.)
Chancen für Europa.
Aktuelle Beiträge zur Europäischen
Sicherheitskonferenz
München 1973
- SOLSCHENIZYN, Alexander
KSZE - Begräbnis für Osteuropa
Bayern-Kurier vom 9.8.1975, S. 9
- TICKELL, Crispin
Neuner-Gemeinschaft und
Sicherheitskonferenz
Außenpolitik H. 1/1974, S. 13-23
- WAGNER, Wolfgang
Eine Station auf einem langen Weg.
Zur geschichtlichen Einordnung
der Konferenz über Sicherheit und
Zusammenarbeit in Europa
Europa-Archiv H. 15/1975, S. 479-482
- WELL, Günther van
Die Europäische Politische
Zusammenarbeit in der außenpolitischen
Sicht der Bundesrepublik Deutschland
Europa-Archiv H. 17/1973, S. 581-590
- ders.
Strukturelemente eines neuen
europäischen Staatensystems in
der Diskussion
Europa-Archiv H. 19/1974, S. 643-649
- WETTIG, Gerhard
Praktische Probleme bei der
Begegnung, beim Dialog und beim
Informationsaustausch zwischen
Ost und West
aus politik und zeitgeschichte
B 38/75, S. 21-41
- ders.
Frieden und Sicherheit in Europa.
Probleme bei der Konferenz über
Sicherheit und Zusammenarbeit in
Europa (KSZE) und bei der wechselseitigen
Truppenreduzierung in
Europa (MBFR)
Stuttgart 1975
- WOYKE, Wichard
NIEDER, Klaus
GÖRTEMAKER, Manfred
(Hrsg.)
Sicherheit in Europa?
Die Konferenz von Helsinki und Genf
Opladen 1974
- ZELLENTIN, Gerda
Für und wider die Institutionalisierung
einer Konferenz über
Sicherheit und Zusammenarbeit
in Europa
Europa-Archiv H. 4/1973, S. 147-150

VI. KOOPERATIONSPROBLEME

ALBRECHT, Ulrich
BREDOW, Wilfried von
BROCK, Lothar
u.a.

Durch Kooperation zum Frieden?
Probleme gesamteuropäischer
Sicherheit und Zusammenarbeit
München 1974

BRÄKER, Hans

Osteuropa, die EG und das Gatt
Europa-Archiv H. 19/1973, S. 679-688

ders.

Die Sowjetunion, China und die EWG
aus politik und zeitgeschichte
B 29/73 vom 21.7.1973, S. 3-13

BRESSENSDORF, Erwin B. von

Sicherheit und Wirtschaft
in Europa
Außenpolitik H. 2/1973, S. 130-136

BUNDESZENTRALE FÜR
POLITISCHE BILDUNG
(Hrsg.)

Kooperation oder Konfrontation
mit dem Ostblock?
Informationen zur politischen
Bildung.
Die europäische Gemeinschaft 2
H. 155, S. 32-38

DOBROCZYNSKI, Michal

Subregionale Wirtschaftsintegration
und europäische Zusammenarbeit
Europa-Archiv H. 15/1974, S. 519-528

DOMDEY, K.H.
SCHMIDT, J.L.
(Hrsg.)

Europäische Sicherheit und inter-
nationale Wirtschaftsbeziehungen
Berlin (Ost) 1970

ELSENHANS, Hartmut
JUNNE, Gerd

Deformation und Wirtschaftswachstum.
Die Auswirkungen der wirtschaft-
lichen Ost-West-Kooperation auf
die osteuropäischen Länder
Leviathan 4/1974

GALTUNG, Johan

Europa - bipolar, bizentrisch oder
kooperativ?
aus politik und zeitgeschichte
B 41/72 vom 7.10.1972, S. 3-30

ders.

Kapitalistische Großmacht Europa
oder Die Gemeinschaft der Konzerne?
Reinbek 1973

HERMES, Peter

Wirtschaftliches Engagement der
Bundesrepublik Deutschland im Osten.
Erwartungen und Wirklichkeit
Europa-Archiv H. 1/1973, S. 7-16

- HERMES, Peter
Trends im Handel mit den RGW-Ländern.
Außenpolitik H. 4/1975, S. 363-376
- JACOBSEN, Hanns-Dieter
Die wirtschaftlichen Beziehungen
zwischen West und Ost.
Strukturen, Formen, Interessen,
Auswirkungen
Reinbek 1975
- JAHRBUCH FÜR FRIEDENS-
UND KONFLIKTFORSCHUNG Bd. III
1973
Herausgeber:
ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR FRIEDENS-
UND KONFLIKTFORSCHUNG e.V., Düsseldorf
Perspektiven der Kooperation
zwischen kapitalistischen und
sozialistischen Ländern
- JAROSLAWSKA, Halina
Ökonomische Aspekte der friedlichen
Koexistenz.
Auswirkungen der Integrationsprozesse
im Osten und im Westen.
Studien zur Friedensforschung 10
München 1974
- KNIRSCH, Peter
Möglichkeiten zur Förderung der
Ost-West-Kooperation
Neue Züricher Zeitung vom 10.11.1972
ders.
Vom Ost-West-Handel zur Wirtschafts-
kooperation?
Europa-Archiv H. 2/1973, S. 61-69
- LANDES, David S.
Der entfesselte Prometheus.
Technologischer Wandel und
industrielle Entwicklung in West-
europa von 1750 bis zur Gegenwart
Köln 1973
- MATTHIESSEN, Gunnar
Theoretische und praktische Probleme
intersystemarer Kooperation
Sonderdruck aus Blätter für deutsche
und internationale Politik
H. 5 und 9/1973
- MÖLLER, Walter
VILMAR, Fritz
Sozialistische Friedenspolitik für
Europa. Kein Frieden ohne Gesell-
schaftsreform in West und Ost
Reinbek 1972.
- NÖTZOLD, Jürgen.
Ost-West-Kooperation und
-Kommunikation
Außenpolitik H. 3/1974, S. 291-301

- NÖTZOLD, Jürgen Organisationsformen der Ost-West-Kooperation
Außenpolitik H. 1/1975, S. 17-27
- NYE, Joseph S. jr. Kollektive wirtschaftliche Sicherheit
Europa-Archiv H. 19/1974, S. 650
- o. VERF. Die Kooperation mit Staatsbetrieben im Ostblock, 24 Folgen
Blick durch die Wirtschaft vom 26.4. - 26.7.1973
- o. VERF. Die wirtschaftlichen Profile der Détente
Neue Züricher Zeitung vom 29.6.1973
- RITTER, Klaus Europäische Friedensordnung als Entwicklungsproblem der welt-politischen Infrastruktur
Europa-Archiv H. 15/16/1970, S. 54
- RÖPKE, Jochen Osthandel, Liberalisierung, Rüstungswettlauf
Die politische Meinung H. 161/1975, S. 21-43
- ders. Osthandel und Entspannungspolitik
Vorschläge für ein liberales Modell
Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.2.1976
- ROSE, Günter "Industriegesellschaft" oder Konvergenztheorie.
Genesis, Struktur und Funktionen
Berlin (Ost) 1971
- RYSCHENKOW, Xenia Probleme der wirtschaftlichen Integration in West- und Osteuropa
Europa-Archiv H. 17/1974, S. 597
- SASSE, Christoph Kooperationsabkommen und EG-Handelspolitik. Parallelität oder Konflikt
Europa-Archiv H. 20/1974, S. 695
- SCHMITT, Matthias Ökonomische Perspektiven in der Ostpolitik
Außenpolitik H. 4/1971, S. 193-200
- ders. Ost-West-Kooperation durch Ko-Produktion
Außenpolitik H. 2/1973, S. 137-140

- SCHMITT, Matthias
Industrielle Ost-West-Kooperation.
Probleme und Perspektiven.
Ein Schlüssel für die Intensivierung
ost-westlicher Wirtschaftsbeziehungen
Stuttgart 1974
- SENGHAAS-KNOBLOCH, Eva
Frieden durch Integration und
Assoziation.
Literaturbericht und Problemstudien.
Studien zur Friedensforschung 2
Stuttgart 1969
- SENTI, Richard
Meistbegünstigung oder Regionalismus?
Neue Züricher Zeitung vom 14.8.1974,
S. 13
- SOAMES, Sir Christopher
Europa in der Welt
Europa-Archiv H. 13/1974, S. 421-428
- THALHEIM, Karl C.
Wandel durch Handel?
Die politische Meinung
H. 161/1975, S. 9-20
- VII. ABRÜSTUNG, ABSCHRECKUNG, TRUPPENREDUZIERUNG
- AFHELDT, Horst
ALBRECHT, Ulrich
BAUDISSIN, Wolf Graf von
u.a.
Eine andere Verteidigung?
Alternativen zur atomaren Abschreckung
München 1973
- BAUDISSIN, Wolf Graf von
Grenzen und Möglichkeiten
militärischer Bündnissysteme.
Sicherheitspolitische Perspektiven
im kommenden Jahrzehnt
Europa-Archiv H. 1/1970, S. 1-10
- BERTRAM, Christoph
Gegenseitige Truppenreduzierungen
in Europa.
Politische Möglichkeiten, Risiken
und Chancen
Europa-Archiv H. 2/1972, S. 49-60
- BESYMENSKI, Lew
Eurogroup contra Europa.
Die Rüstungsmonopole und die
militärische Entspannung
Sowjetunion heute H. 7/1973, S. 22-25

BIELFELDT, Carola
KRELL, Gert
TIEDTKE, Stephan
u.a.

Frieden in Europa?
Zur Koexistenz von Rüstung und
Entspannung
Reinbek 1973

BREDOW, Wilfried von

MBFR und europäische Sicherheit
Blätter für deutsche und
internationale Politik
H. 2/1973, S. 120-131

ders.

Intersystemare Kooperation
und Abrüstung
Blätter für deutsche und
internationale Politik
Heft 1/1974

BREDOW, Wilfried von
(Hrsg.)

Ökonomische und soziale Folgen
der Abrüstung
Texte aus West- und Osteuropa
Köln 1974

BREDOW, Wilfried von
GEBEL, Thomas
KUBBIG, Bernd W.
u.a.

Militärpolitik
Materialien zu einer Wehrkunde
Starnberg 1974

GALTUNG, Johan
SENGHAAS, Dieter
(Hrsg.)

Kann Europa abrüsten?
Friedenspolitische Optionen für
die siebziger Jahre
München 1973

HAFTENDORN, Helga

Abrüstungs- und Entspannungspolitik
zwischen Sicherheitsbefriedigung
und Friedenssicherung.
Zur Außenpolitik der BRD 1955-1973
Düsseldorf 1974

HSFK
HESSISCHE STIFTUNG
FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG
(Hrsg.)

Friedensanalysen für
Theorie und Praxis 1,
Schwerpunkt: Feindbilder
Frankfurt 1975

ders.

... 2, Schwerpunkt: Rüstung
Frankfurt 1976

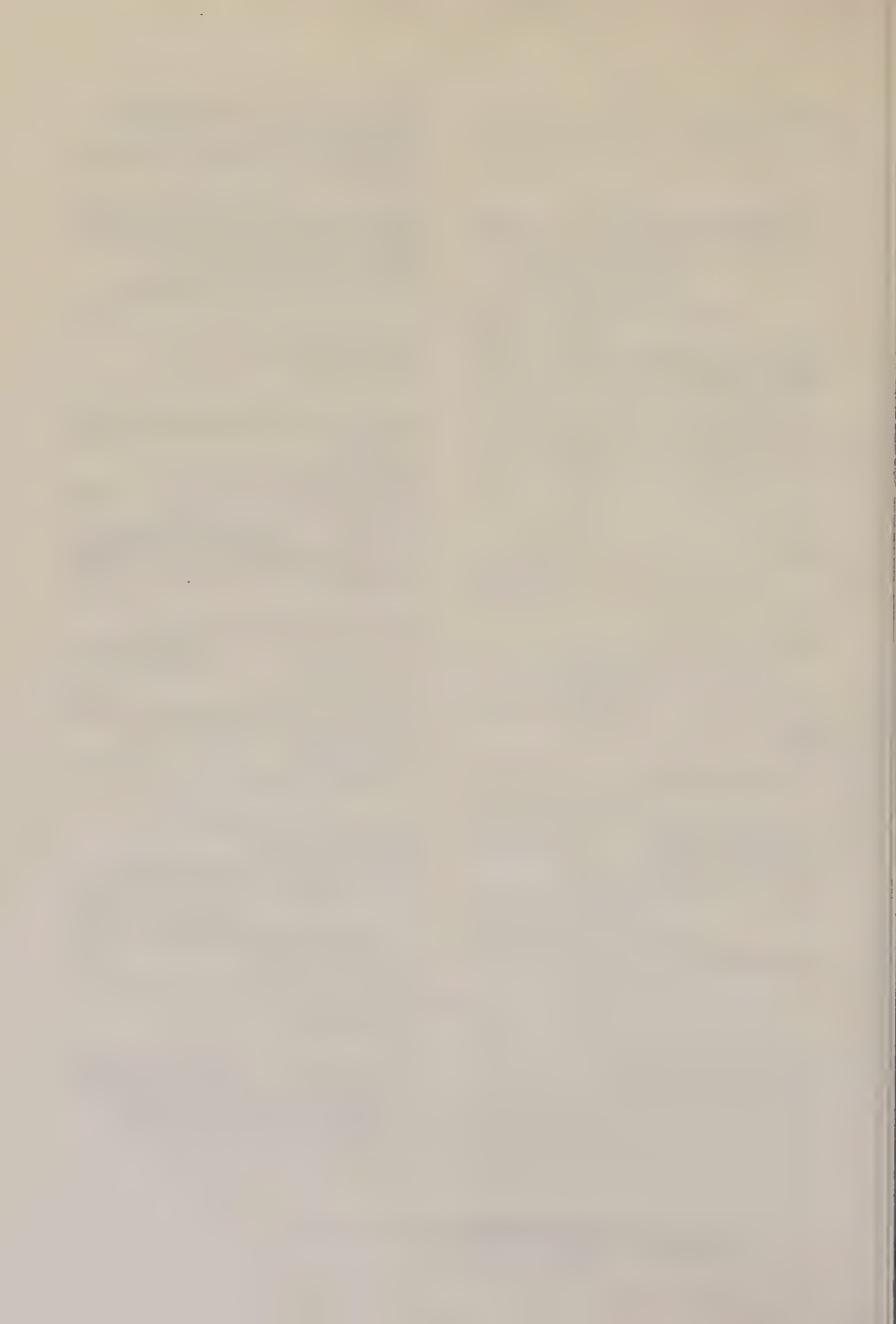
MASKE, Achim

Abrüstung - Gefahr oder Chance für
Arbeitsplätze, Wirtschaftsentwick-
lung und technologischen Fortschritt?
Blätter für deutsche und
internationale Politik
H. 5/1976, S. 490-502

NERLICH, Uwe
(Hrsg.)

Strategie der Abrüstung.
Achtundzwanzig Problemanalysen
Gütersloh 1962

- NERLICH, Uwe
Die Rolle beiderseitiger Truppenverminderungen in der europäischen Sicherheitspolitik
Europa-Archiv H. 5/1972, S. 161-168
- RITTBERGER, Volker
Truppenreduzierungen und europäische Friedensordnung - unter besonderer Berücksichtigung der BRD
antimilitarismus information
H. 2/1973, S. III-23 - III-29
- ROSENKRANZ, Erhard
JÜTTE, Rüdiger
Abschreckung contra Sicherheit?
München 1974
- RUEHL, Lothar
Beiderseitige Truppenverminderungen in Europa.
Möglichkeiten und Grenzen von MBFR-Vereinbarungen
Europa-Archiv H. 10/1973, S. 325-340
- ders.
Die Wiener Verhandlungen über Truppenverminderung in Ost und West
Europa-Archiv H. 15/1974, S. 507-518
- SENGHAAS, Dieter
Abschreckung und Frieden.
Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit
Frankfurt 1972
- ders.
Aufrüstung durch Rüstungskontrolle.
Über den symbolischen Gebrauch von Politik
Stuttgart 1972
- SENGHAAS, Dieter
RITTBERGER, Volker
LUBER, Burkhard
MBFR: Aufrüstung durch Rüstungskontrolle?
aus politik und zeitgeschichte
B 13/73 vom 31.3.1973, S. 26-54
- VILMAR, Fritz
Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus.
Eine sozioökonomische Analyse des Militarismus
Reinbek 1973
- WETTIG, Gerhard
MBFR: Motor der Aufrüstung oder Instrument der Friedenssicherung?
aus politik und zeitgeschichte
B 24/73 vom 16.6.1973, S. 3-37
-



LEBENS LAUF

Name : Krimhilde Marx
Geboren am : 28.1.1952 in Andernach am Rhein
Vater : Hermann Marx
(Beruf: Bankkaufmann)
Mutter : Ottilie Marx, geb. Betzing
Wohnort : Frankfurt am Main

1958 - 1962 Volksschule in Frankfurt
1962 - 1970 Gymnasium in Frankfurt
12.6.1970 Abitur an der Ziehen-Schule
WS 1970/71 - SS 1971 Johannes-Gutenberg-Universität
in Mainz
Fächer: Soziologie
Politologie
Psychologie

WS 1971/72 - WS 1975/76 Phillips-Universität
in Marburg
Fächer: Politologie
Soziologie
Volkswirtschaft
Wirtschafts- und
Sozialgeschichte

Seit SS 1976 Wegen Promotion beurlaubt

